

DEUTSCHLAND EUROPA &



Die Zukunft der Europäischen Union

Rückbau oder Vertiefung?

»Deutschland & Europa« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

Direktor der Landeszentrale
Lothar Frick

Chefredaktion
Jürgen Kalb, jürgen.kalb@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentin
Verena Richter-Demel,
verena.demel@lpb.bwl.de

Beirat
Günter Gerstberger, Robert Bosch
Stiftung GmbH, Stuttgart, im Ruhestand
Renzo Costantino, Ministerialrat,
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Prof. Dr. emer. Lothar Burchardt,
Universität Konstanz

Dietrich Rolbetzki, Oberstudienrat i. R.,
Filderstadt

Lothar Schaechterle, Professor i. R.
am Staatlichen Seminar für Didaktik
und Lehrerbildung Esslingen

Dr. Beate Rosenzweig, Universität Freiburg
und Studienhaus Wiesneck

Dr. Georg Weinmann, Studiendirektor,
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim

Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Jürgen Kalb, Studiendirektor, Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-21 oder -43
Fax: 07 11/16 40 99-77

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil

Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-1 79

Druck

Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei, Ulm
89079 Ulm

»Deutschland & Europa« erscheint
zweimal im Jahr.

Preis der Einzelnummer: 3,00 EUR
Jahresbezugspreis: 6,00 EUR

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
die Meinung des Herausgebers und der Redak-
tion wieder. Für unaufgefordert eingesandte
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine
Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elek-
tronischen Datenträgern sowie Einspeisung
in Datennetze nur mit Genehmigung der
Redaktion.

Titelfoto: dpa, picture alliance 29.1.2017

Auflage dieses Heftes: 16.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 1.3.2017

ISSN 1864-2942



Die europafreundliche Bürgerbewegung »Pulse of Europe« hält in deutschen Städten jeden Sonntag Kundgebungen ab. Eine Kundgebungsteilnehmerin schwingt hier am 29.01.2017 auf dem Goetheplatz in Frankfurt am Main die Europafahne der Europäischen Union. Seit Anfang Februar 2017 werden solche Kundgebungen auch in Stuttgart jeden Sonntag ab 14:00 auf dem Schlossplatz durchgeführt.

© Andreas Arnold, dpa, picture alliance



Die Zukunft der EU: Rückbau oder Vertiefung?

| | |
|---|----|
| Vorwort des Herausgebers | 2 |
| Geleitwort des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport | 2 |
| 1. Die Entwicklung der EU zwischen Zentrifugal- und Zentripetalkräften (Jürgen Kalb) | 3 |
| 2. Europäische Union und das Demokratiedefizit. Wer hat in der EU das Sagen? (Sven Jochem) | 14 |
| 3. Quo vadis EU? Ökonomische Perspektiven Europas (Dirk Wentzel) | 24 |
| 4. Europäische Union im Globalisierungsprozess. Die Krise der europäischen Vergesellschaftung (Hans-Jürgen Bieling) | 34 |
| 5. Die schottische Sicht auf den Brexit und die Europäische Union (Udo Seiwert-Fauti) | 44 |
| 6. Frankreichs Krise und die europäische Einigung (Emiliano Grossman) | 54 |
| 7. Die Visegrád-Gruppe und die Zukunft der europäischen Einigung: Kerneuropa als Alternative? (Jürgen Kalb) | 62 |
| 8. Lernort Brüssel – Europa (be-)greifen (Hans Gaffal/ Jürgen Roos) | 70 |

DEUTSCHLAND & EUROPA INTERN

| | |
|--|----|
| D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 73 | 72 |
|--|----|

Vorwort des Herausgebers

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen der Römischen Verträge, der Gründungsurkunde der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, diskutierte das Europäische Parlament intensiv und öffentlich über die Zukunft der Europäischen Union. Die Europäische Kommission unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Jean-Claude Juncker gab dazu schließlich ein Weißbuch heraus, in dem gleich fünf Szenarien für die Zukunft der EU skizziert wurden.

Politische Beobachter werteten dies als erneutes Zeichen für die Uneinigkeit innerhalb der Europäischen Union. Und in der Tat mehren sich innerhalb der EU seit dem Brexit, dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU durch einen Volksentscheid, sowohl jene Stimmen, die auf einen Rückbau der Gemeinschaft, eventuell sogar auf die Beschränkung als reinem Binnenmarkt drängen, als auch jene Stimmen, die darin eine Chance zur Vertiefung der restlichen Union sehen.

Insbesondere die Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) warnen vor weiteren Integrationsschritten, während aus Mittel- und Südeuropa Stimmen laut werden, jetzt könnte sich die EU auch zur Wirtschafts-, Verteidigungs- oder gar Sozialunion weiterentwickeln. Aber auch in diesen Staaten erstarken gerade EU-kritische Stimmen und rechtspopulistische Parteien, die behaupten, die Suche nach gemeinsamen europäischen Lösungen sei von Anfang an ein Irrweg gewesen. Noch 2017 stehen z.B. nationale Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland an, die die Weichen neu stellen könnten.

Auch wenn die Europäische Kommission gleich fünf Szenarien vorgelegt hat, so wird doch deutlich, dass neben dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der Mehrheit im Europäischen Parlament auch die Bundesregierung nun offen darüber nachdenkt, ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ stärker ins Auge zu fassen, da nicht alle Mitgliedstaaten derzeit zu weiteren Integrationsschritten bereit sind.

Die aktuelle Ausgabe von D&E nimmt diese Diskussion auf und wirft einen kritischen Blick auf den derzeitigen Zustand der EU. D&E möchte dazu beitragen, dass, auch angesichts der aktuellen Situation in den USA, in Russland oder der Türkei, mit sachlichen Argumenten über die Vor- und Nachteile dieser einmaligen Errungenschaft der Nachkriegszeit in der Öffentlichkeit und im Unterricht diskutiert werden kann.



Lothar Frick
Direktor
der Landeszentrale
für politische Bildung
in Baden-Württemberg



Jürgen Kalb
LpB Baden-Württemberg,
Chefredakteur von
»Deutschland & Europa«



Dr. Susanne Eisenmann
Ministerin für Kultur, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

Geleitwort des Ministeriums

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland gehört wesentlich und seit Beginn die Einbettung in ein vereintes Europa. Ein vereintes Europa war zu den Zeitpunkten des Inkrafttretens dieser Verfassungstexte in den Jahren 1949 und 1953 keine greifbare Realität. Auch heute trennen uns noch zahlreiche Hürden von der Verwirklichung dieses Zieles; sie scheinen aktuell sogar mehr zu werden.

Durch die eindeutige rechtliche und politische Festlegung auf das Ziel Europa konnte Deutschland zusammen mit anderen Staaten Europas in den vergangenen Jahrzehnten wesentliche Schritte zu einer Europäischen Union und zu deren Erweiterung realisieren. Diese Europäische Union konnte insbesondere nach der Wende 1989 viel zur politischen und ökonomischen Entwicklung seiner Mitglieder und Nachbarn beitragen und wurde global zu einem wichtigen Akteur. Es ist zu wünschen, dass die Bedeutung Europas für Frieden, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit nach innen und außen auch in Zukunft verstanden und entschlossen gestaltet wird.

Die Autoren dieser Ausgabe von »Deutschland & Europa« greifen entscheidende Themen auf und bieten ansprechendes Material für den Unterricht, das viele Anknüpfungspunkte zu den Bildungsplänen aufweist. Jürgen Kalb zeigt in zwei Beiträgen Kräfte, die den europäischen Zusammenhalt aktuell bedrohen, und stellt ihnen Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit gegenüber. Mit seinem Aufsatz zum strukturellen Demokratiedefizit der europäischen Institutionen vertieft Sven Jochem den Blick auf eine dieser zentrifugalen Kräfte. Dirk Wentzel und Hans-Jürgen Bieling zeigen die ökonomischen Anteile der aktuellen Krise Europas im Rahmen der globalen Entwicklung sowie mögliche Wege aus der Krise auf. Der Brexit spielt bereits in den vier genannten Beiträgen eine wesentliche Rolle. Der Text von Udo Seiwert-Fauti beleuchtet dieses Vorhaben exemplarisch aus schottischer Sicht. Emiliano Grossmann beschäftigt sich mit Frankreich als Deutschlands wichtigstem Partner auf europäischem Parkett und fragt nach Lösungsmöglichkeiten der aktuellen Krise in unserem Nachbarland. Ganz praktische Hinweise geben Hans Gaffal und Jürgen Roos für schulische Studienfahrten nach Brüssel.

Ich begrüße es daher sehr, dass die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg das Thema „Zukunft der Europäischen Union“ gerade zum jetzigen Zeitpunkt aufgreift und empfehle unseren Schulen, dieses Angebot für den Unterricht und für Projektvorhaben zu nutzen.

1. Die Entwicklung der EU zwischen Zentrifugal- und Zentripetalkräften

JÜRGEN KALB

Brexit und Flüchtlingsströme, europaweiter Aufstieg der Rechts-Populisten und horrende Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten der EU, Wirtschafts-, Staatsschulden und Bankenkrise: Noch nie in ihrer Geschichte war die EU solchen Zentrifugalkräften ausgesetzt wie zurzeit. Kaum jemand glaubt noch an das bisherige »Weiter so!«. Kann sich die krisengeschüttelte EU in den nächsten Jahren wiederum neu aufstellen oder gar neu erfinden? Reicht das derzeitige »Europäische Mehrebenensystem« zur Problemlösung aus? Zweifel sind derzeit vor allem in den Medien en vogue, auch wenn die Geschichte der EU von Anfang an immer auch eine Krisengeschichte war.



Abb. 2 »Unser gemeinsames Haus Europa«

© Klaus Stuttmann, 15.9.2016

Die Attraktivität der EU

Noch 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis. Bei der Preisverleihung begründete das norwegische Nobelkomitee seine Entscheidung mit der »stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens«. Die größte Errungenschaft der EU sei »ihr erfolgreicher Kampf für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte.« Seit den Römischen Verträgen hatte sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, 1957 unterzeichnet) von ursprünglich sechs auf zunächst neun (Norderweiterung, 1973) vergrößert. Eine gezielte wirtschaftliche Verflechtung, zunächst im Bereich Kohle und Stahl (Vorläufer der EWG: EGKS, Montanunion, 1951), sollte militärische Konflikte für die Zukunft verhindern und durch

den größeren Markt das Wirtschaftswachstum beschleunigen und damit den Wohlstand der EU-Bürger steigern. Ziel der EWG war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dem sich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte frei bewegen konnten. Durch die Euratom sollte eine gemeinsame Entwicklung zur friedlichen Nutzung der Atomenergie stattfinden. EGKS, EWG und Euratom hatten zunächst jeweils eine eigene Kommission und einen eigenen Rat. Mit dem sogenannten Fusionsvertrag wurden diese Institutionen 1967 jedoch zusammengelegt und nun als Organe der Europäischen Gemeinschaften (EG) bezeichnet.

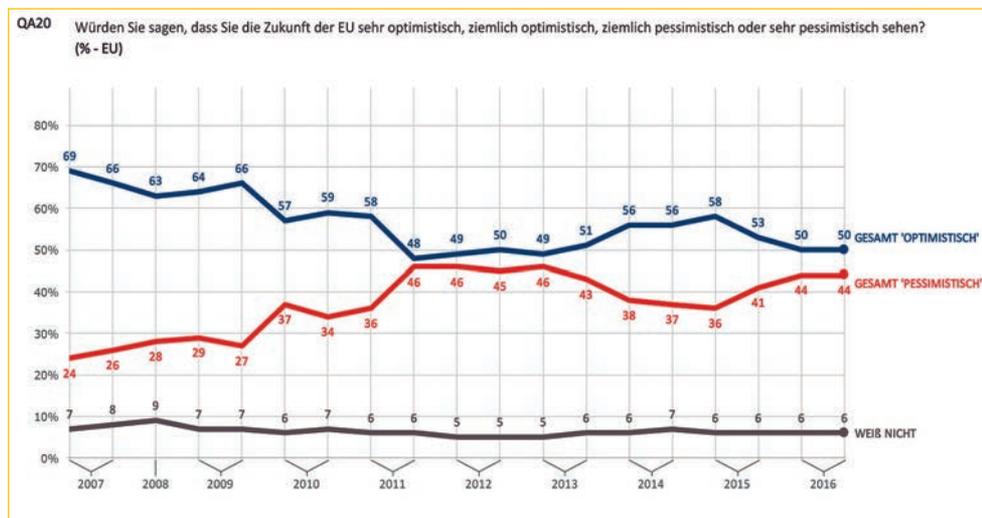
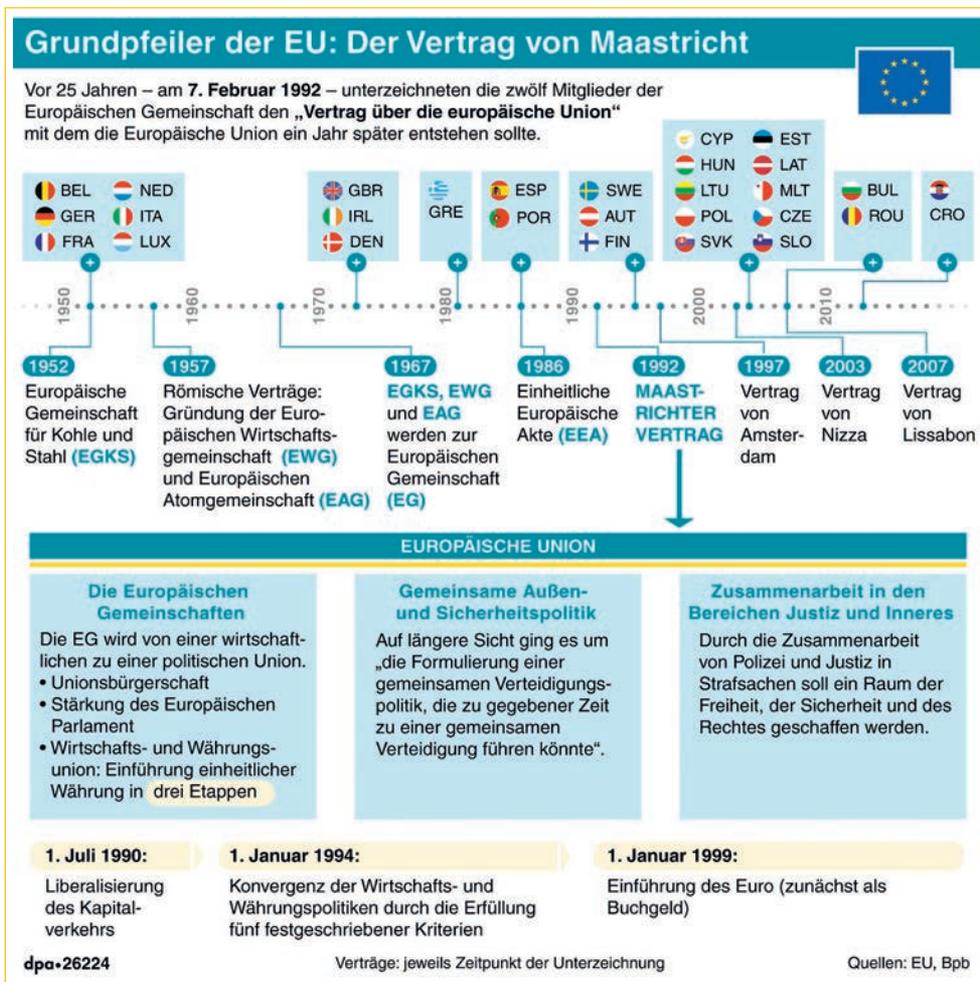


Abb. 1 Die Zukunft der Europäischen Union: Trend; »Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?« © Eurostat (2016): Standard-Eurobarometer 86, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Herbst 2016, S. 19

In den 1980er Jahren folgten Griechenland (1981), Portugal und Spanien (beide 1986) als Neumitglieder. Diese Staaten hatten teils schon seit langem eine Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften gesucht, waren jedoch wegen ihrer autoritären Regierungen nicht zugelassen worden. Erst nach erfolgreichen Demokratisierungsprozessen konnten sie beitreten.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation und die damit im Zusammenhang stehende Wiedervereinigung Deutschlands führten zu weiteren Integrationsritten: Am 7. Februar 1992 wurde der Vertrag von Maastricht zur



Blockade europäischer Entscheidungsprozesse entgegenzuwirken. Integrationswillige Mitgliedstaaten konnten nun in einzelnen Bereichen tiefergehende Einigungsschritte vollziehen, auch wenn sich die übrigen EU-Staaten nicht beteiligten: Als Vorbild dienten hierfür das Schengener Abkommen und die Währungsunion. Allerdings stieß dieses Konzept eines »Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten« auch auf Kritik, da es die EU zu spalten drohe. Ein weiterer Problempunkt war die Arbeitseffizienz der Europäischen Kommission: Stellten bis 2004 einzelne Mitgliedstaaten noch zwei Kommissare, wurde deren Anzahl nach der Osterweiterung auf einen Kommissar pro Land reduziert – dennoch wuchs die Kommission von neun Mitgliedern 1952 bis auf 27 Mitglieder 2007 und schließlich 28 an.

2001 beschlossen daher die Staats- und Regierungschefs der EU die Einberufung eines Europäischen Konvents, der einen neuen Grundvertrag ausarbeiten sollte, mit dem die Entscheidungsverfahren der EU effizienter und zu-

Abb 3 Grundpfeiler der EU: Der Vertrag von Maastricht, 1992

© dpa, Infografik

Gründung der Europäischen Union (EU) unterschrieben. In dem Vertrag wurde zum einen die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, die später zur Einführung des Euro führte; zum anderen beschlossen die Mitgliedstaaten eine engere Koordinierung in der Außen- und Sicherheitspolitik und im Bereich Inneres und Justiz. Zugleich wurde die EWG in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt, da sie nun auch Zuständigkeiten in anderen Politikbereichen als der Wirtschaft erhielt (etwa in der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik).

Durch das Ende des Ost-West-Konfliktes geriet auch die Überwindung der politischen Spaltung Europas in den Blickpunkt der EU. Schon zuvor war sie durch mehrere Erweiterungsrounden von sechs auf fünfzehn Mitglieder angewachsen; nun sollten auch die mittel- und osteuropäischen Länder Teil der Union werden. Hierfür legten die EU-Mitgliedstaaten 1993 die sogenannten »Kopenhagener Beitrittskriterien« fest, mit denen Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die bürgerlichen Grundfreiheiten als Grundwerte der Union definiert wurden. 2004 und 2007 kam es schließlich zu den beiden Osterweiterungen, bei denen zwölf neue Mitglieder in die EU aufgenommen wurden. 2015 trat schließlich Kroatien bei.

Durch die Erweiterungsrounden drohte allerdings die politische Handlungsfähigkeit der EU zunehmend eingeschränkt zu werden: Erste Anpassungsreformen gab es Agrarsektor, bei der regionalen Strukturförderung und bei der Modifizierung des Britenrabatts. Im Hinblick auf das Institutionengefüge waren sie jedoch nur teilweise erfolgreich: Die Veto-Möglichkeiten für einzelne Mitgliedstaaten hätten eine Vielzahl von Entscheidungen blockieren können. Mit der Einführung des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit durch die Verträge von Amsterdam und Nizza wurde eine Möglichkeit entwickelt, um einer solchen

gleich demokratischer werden sollten. Im Oktober 2004 wurde dieser Verfassungsvertrag in Rom unterzeichnet. Er sah unter anderem eine Auflösung der EG und die Übertragung ihrer Rechtspersönlichkeit an die EU, eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, eine Verkleinerung der Kommission sowie eine bessere Koordinierung der Gemeinsamen Außenpolitik vor. Die Ratifikation des Verfassungsvertrags scheiterte jedoch, da ihn Franzosen und Niederländer in einem Referendum ablehnten. Stattdessen erarbeitete daher eine Regierungskonferenz im Jahr 2007 den Vertrag von Lissabon, der die wesentlichen Inhalte des Verfassungsvertrages übernahm. Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft.

Wesentliches Ziel des Vertrags von Lissabon (ebenso wie des gescheiterten Verfassungsvertrags) war eine Reform des politischen Systems der EU. Dabei sollten einerseits die internen Koordinationsmechanismen ausgebaut und die Vetomöglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten reduziert werden, um die EU nach der Osterweiterung 2004 handlungsfähig zu halten; andererseits sollten die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden, um die demokratische Legitimation der EU zu erhöhen. Der Lissaboner Vertrag sollte zudem die EU fit für die Aufnahme weitere Mitgliedstaaten machen.

Nach Art. 49 EU-Vertrag kann jeder europäische Staat, der die Werte der EU achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, die EU-Mitgliedschaft beantragen. Nach gängigem Verständnis ist die Bezeichnung »europäisch« dabei im weiten Sinn zu verstehen und schließt etwa auch die geographisch in Asien liegenden Mitglieder des Europarats ein. Der Beitritt kann jedoch nur dann vollzogen werden, wenn die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllt sind. Um diese Bedingungen zu erfüllen, gewährt die EU den Beitrittskandidaten sowohl beratende als auch finanzielle Hilfen.

Im Rahmen von Beitrittspartnerschaften wird so auf die Angleichung an EU-Standards hingearbeitet. Den Abschluss eines Beitrittsverfahrens bildet ein Beitrittsvertrag, der von allen EU-Mitgliedstaaten, dem Beitrittskandidaten und dem Europäischen Parlament ratifiziert werden muss. Grundsätzlich wird in der Fachterminologie zwischen »Beitrittskandidaten« und »potenziellen Beitrittskandidaten« unterschieden. Aktuell gibt es fünf Beitrittskandidaten. Seit 2005 wird mit der Türkei verhandelt. Im Dezember 2005 wurde Mazedonien der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt, wobei der Termin für den Beginn der Verhandlungen noch offen ist. Montenegro wurde im Dezember 2010, genau zwei Jahre nach der Antragstellung ebenfalls zum offiziellen Kandidaten ernannt. Albanien und Serbien reichten im April bzw. Dezember 2009 ihre Beitrittsanträge ein. Serbien wurde am 1. März 2012 formal als Beitrittskandidat anerkannt und Albanien am 24. Juni 2014. Ein weiteres potenzielles Bewerberland auf dem westlichen Balkan ist Bosnien und Herzegowina, das am 15. Februar 2016 formell den Beitritt beantragte. Eine Sonderrolle nimmt der Kosovo ein, dessen Unabhängigkeit nur von 23 der 28 EU-Mitgliedstaaten anerkannt wird. Befürworter der Aufnahme betonen insbesondere für die Balkanstaaten die friedensstiftende und –sichernde Funktion einer solchen Integration. Allerdings scheinen derzeit die Chancen der Beitrittskandidaten, zeitnah in die EU aufgenommen zu werden, sehr gering. Nach der Volksabstimmung in Großbritannien vom 23. Juni 2016 droht für einige Beobachter sogar eher eine Austrittswelle, nicht nur, weil in vielen Mitgliedstaaten starke rechtspopulistische Strömungen Volksabstimmungen anstreben.



Abb 4 »Freiheit!« Die EU nach dem Brexit

© Gerhard Mester, 2016

europäischen Binnenmarkt. Europafeindliche Strömungen paarten sich mit fremdenfeindlichen Kampagnen, was insbesondere die rund 800.000 polnischen Migranten zu spüren bekamen, die seit der Osterweiterung im Jahre 2004 im Rahmen der »vier Freiheiten« nach Großbritannien emigriert waren. Trotz der entgegengesetzten Position der ansonsten mächtigen multikulturellen Londoner City, dem führenden Finanzplatz Europas, verfielen die Argumente des rechtspopulistischen Lagers insbesondere bei jenen Gruppen der Bevölkerung, die sich vom Globalisierungsprozess »abgehängt« fühlen, so dass gerade die ärmeren, sozial benachteiligten und schlechter ausgebildeten Schichten für den Brexit gestimmt haben. Nicht nur das gegensätzliche Wahlverhalten auf dem Land und in den Städten, auch die geografische Verteilung der Brexit-Stimmen, also die Häufung dieser Stimmen in den Midlands und in Teilen von Wales – unter anderem in den verwüsteten Industrielandschaften, die wirtschaftlich nicht wieder auf die Beine gekommen sind –, sprechen für die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Brexits. Die Wahrnehmung der drastisch gewachsenen sozialen Ungleichheit und das Gefühl der Ohnmacht, dass die eigenen Interessen auf der politischen Ebene nicht mehr repräsentiert werden, schaffen den Motivationshintergrund für die Mobilisierung gegen Fremde, die Abkehr von Europa sowie den Hass auf Brüssel.

Welche Zentrifugalkräfte bedrohen aktuell den Zusammenhalt der EU?

(1) Der »Brexit«

Das politische Bewusstsein einer globalen Großmacht, die im 20. Jahrhundert zweimal siegreich war, aber weltpolitisch im Abstieg begriffen ist, war stets ein anderes als das des europäischen Kontinents. Das spiegelte sich schon im Blick Churchills wider, der 1946 in seiner Zürcher Europa-Rede, als er das britische Empire in der Rolle des wohlwollenden Paten eines Vereinigten Westeuropas gesehen hatte – aber eben nicht als dessen Teil. Aber auch die politischen Eliten von Thatcher über Blair bis Cameron dachten gar nicht daran, sich von einem distanzierten Blick auf das Festland zu verabschieden. Stets wurde »Brüssel« als Ursache für ökonomische Misere und Überbürokratisierung gezeigelt. Angebliche nationale Interessen standen stets im Widerspruch zur Politik der Europäischen Union. Legendär wurde etwa Margaret Thatchers Satz »I want my money back«, mit dem sie den sogenannten Britenrabatt in der EU durchsetzte. Gegenüber der Union wurden auch im »Remain-Lager« regelrechte Angstkampagnen (Habermas, 2016) geschürt. Dabei verfochten die Briten auch unter dem Labour-Premier Tony Blair stets eine entschieden marktliberale Vorstellung von der EU, die zwar eine Erweiterung befürwortete, aber keinesfalls an eine Vertiefung hin zu einer politischen Union dachte: Kein Beitritt zum Schengen-Abkommen, kein Beitritt zum Euro und der damit verbundenen Wirtschafts- und Währungsunion. Im Brexit-Lager machte sich zudem zunehmend Fremdenfeindlichkeit breit, die Weigerung zur Aufnahme von Flüchtlingen über die Balkanroute und Forderungen nach Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im eu-

(2) Zunahme der Flüchtlingsströme in die EU seit 2015 und der Aufstieg des Rechtspopulismus

Antieuropäische und rechtspopulistische Stimmungen zeigten sich aber keineswegs nur auf den britischen Inseln. 2015 versuchten insgesamt mehr als eine Million Personen die Einwanderung über das Mittelmeer in die EU. Rund 900.000 kamen in Griechenland an, 150.000 Flüchtlinge landeten nach Schätzungen des UNHCR in Italien. Heribert Prantl sprach in der Süddeutschen Zeitung bereits im August 2015 von einem »Jahrhundert-Problem« (Prantl, 2016). Dabei erwiesen sich die europäischen Staaten und die Europäische Union bei der Begrenzung und Koordinierung der Flüchtlingsbewegung nach Europa tatsächlich oft als hilflos und überfordert. Angela Merkels Entscheidung vom 4. September 2015, den an der österreichisch-ungarischen Grenze und in Budapest festsitzenden Flüchtlingen vor allem aus Syrien und Afghanistan die Einreise nach Deutschland ohne Registrierung durch Ungarn und damit entgegen dem Dublin-Abkommen zu gestatten, fand nicht nur großes positives Echo in den Medien innerhalb

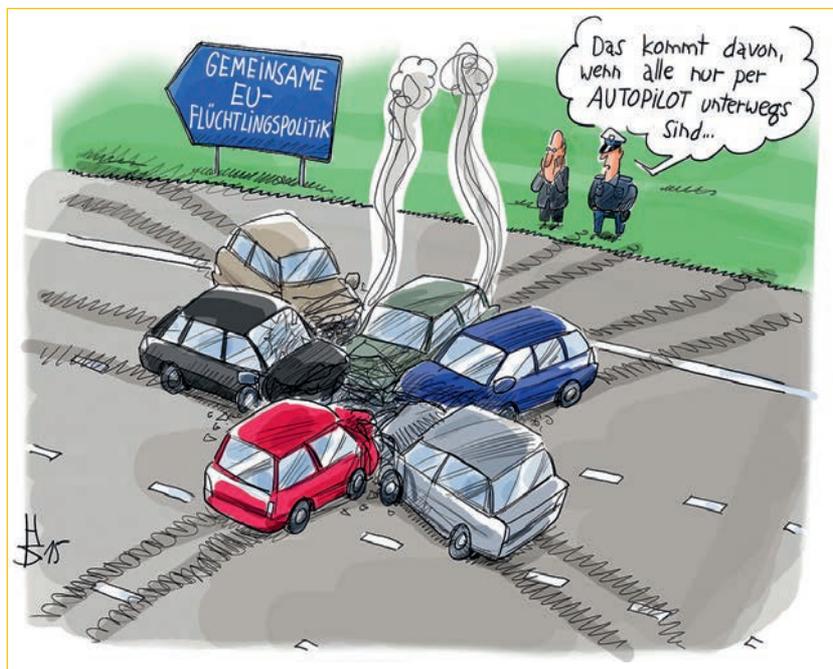


Abb. 5 »Gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik: Warnung an die IAA (Internationale Automobilausstellung)«

© Heiko Sakurai, 18.9.2015

Deutschlands. Es ging sehr schnell nicht nur darum, Menschen zu retten und würdig zu behandeln, die Schutz vor Krieg und Verfolgung in den Nachbarländern Syriens oder eben in der Europäischen Union suchen, kurz die europäische Wertegemeinschaft solidarisch umzusetzen. Es ging auch sehr schnell darum, eine politische Gemeinschaft zu retten, die ihren Gemeinsinn so gut wie verloren zu haben scheint. Die Bilder applaudierender Menschen am Münchner Hauptbahnhof im Zeichen einer »Willkommenskultur« und jene von Stacheldrahtzäunen zuerst an der ungarisch-serbischen Grenze passten emotional nicht zusammen. Aussagen aus Osteuropa, wenn überhaupt, dann nur Christen, nicht aber Muslimen Schutz gewähren zu wollen, erzeugen im liberal geprägten Westen des Kontinents, vor allem in Deutschland, oftmals für Fassungslosigkeit. Zunehmend zeichnet sich ab, dass Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei eine Allianz bilden, die trotz parteipolitischer Unterschiede funktioniert. Die sogenannten Visegrád-Staaten bilden einen Kern unter den ehemaligen Ostblockstaaten. Die »Migrationskrise« hat sie erst richtig zusammengesweißt.

Wenn Politiker aus den Visegrád-Staaten von »Sicherheit« reden, dann meinen sie vor allem »Schutz vor Migranten«.

Dabei ist der Aufstieg nationalkonservativer, rechtspopulistischer sowie rechtsradikaler Bewegungen keineswegs nur ein osteuropäisches Phänomen. Längst haben sie Gründungsmitglieder der EWG wie Frankreich, die Niederlande und Deutschland erfasst, wenn ihre parlamentarischen Vertretungen bislang auch noch nicht in den nationalen Regierungen sitzen.

■ (3) Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff

Die Globalisierung und der Freihandel machen zwar viele reich. Aber zahlreiche Menschen verloren auch die gewohnte soziale Sicherheit bzw. rutschten in prekäre Beschäftigungsverhältnisse ab. Zudem ist in allen europäischen Staaten eine Ablösung von »Government« durch »Governance« zu beobachten (Münkler, 2016). Es ist nicht mehr nur eine Regierung, die Politik macht, sondern ein riesiges und für viele undurchschaubares Netzwerk von Akteuren: Unternehmen, Lobbyisten, Parteien und Nichtregierungsorganisationen. Als Bürgerin und Bürger braucht man

viel mehr Kompetenzen als früher, um mitzumachen: habituell, intellektuell und sprachlich. Und wer nicht mitkommt, der ist raus aus dem politischen Prozess. »Und diese Verlierer erinnern sich jetzt, wie »wunderbar das war«, als scheinbar politische Partizipation noch mit dem Wahlkreuz ging, als Alternativen noch einfach schienen. Volksabstimmungen wie das Brexit-Referendum suggerieren ihnen: Du bist wieder dabei! Du musst auch gar nicht so viel wissen und können, um dabei zu sein: Du machst einfach ein Kreuz auf dem Stimmzettel. Sogar bisherige Nichtwähler werden von rechtspopulistischen Strömungen europaweit wieder an die Wahlurne gelockt.« (ebenda)

Dazu kam die globale Finanzkrise, die mit bei der Immobilienkrise in den USA begann und sehr schnell deutlich machte, wie eng global agierende Groß- und Schattenbanken eine in den 90er Jahren begonnene Deregulierung der internationalen Bankenaufsicht ausgenutzt hatten. In den Folgejahren wuchs sich diese Finanz- und Bankenkrise global zur Weltwirtschaftskrise aus, die sich historisch nur mit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929ff vergleichen lässt. Auch und gerade in der Europäischen Union reagierten die Mitgliedstaaten durchweg mit Bankenrettungs-

aktionen in Milliardenhöhe sowie keynesianisch motivierten Konjunkturstützungsprogrammen. Eine horrende Staatsverschuldung war die unmittelbare Folge, die insbesondere in den struktur- und exportschwachen südlichen Mitgliedstaaten enorme Defizite bei der Refinanzierung, d. h. der Steuererhebung offenbarten. Insbesondere in Griechenland weitete sich dies zu einer massiven politischen Krise aus, die insbesondere in den deutschen Medien als sogenannten »Euro-Krise« diskutiert wurde.

Zur Rettung der »PIGS-Staaten« (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) empfahl die Europäische Union auf deutschen und nordeuropäischen Druck schließlich eine Austeritäts- und Sparpolitik mit wachsender Aufsicht der nationalen Haushalte im Rahmen eines »Europäischen Semesters«, was zwar zur Kooperation mit dem IMF führte, aber auch zur deutlichen Delegitimierung der Kreditkonditionen und zu nationalen politischen Krisen.

Dabei offenbarte diese Entwicklung nunmehr überdeutlich, dass sich der durch die Globalisierung seit langem im Gang befindliche Prozess der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Gesellschaften drastisch verschärft hatte. Insbesondere die auf EU- und Banken-Kredite angewiesenen Mitgliedstaaten setzten die geforderten Sparmaßnahmen in ihren öffentlichen Haushalten durch dramatische Kürzungen im Sozial- und Bildungsetat um, der im europäischen Mehrebenensystem nach wie vor Gegenstand der nationalen Haushalte geblieben ist. Gleichzeitig unterboten sich viele Mitgliedstaaten in einer Strategie der »flat-tax« für international agierende Industrie- und Handelsunternehmen, was die Haushaltslage weiter verschärfte. Zudem setzte der boomende asiatische Exportmarkt, »Werkbank der Globalisierung«, insbesondere den PIGS-Staaten und deren Industrien zu.

Neben enormen Leistungsbilanzdefiziten zeigte und zeigt sich die ganze Dramatik der Situation in einer horrend gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten, die zum Teil weit über 50 Prozent eines Jahrgangs betrifft. Schon ist die Rede von einer »Lost generation«, die sich naturgemäß zu einer gesellschaftlichen und politischen Krise auszuwachsen zeigt. Nicht nur in Griechenland, Spanien und Italien sind die traditionellen Volksparteien erodiert und neue links- oder rechtspopulistische Bewegungen ersetzt worden. Mit am besorgniserregenden ist dabei der Aufstieg des rechtsradikalen »Front National« im EWG-Gründungsstaat Frankreich.

(4) Delegitimierung des Institutionengefüges der EU

Der gescheiterte Verfassungsvertrag der EU (2004) versuchte ebenso wie der bis heute gültige Lissaboner Vertrag (2009) der EU die Gemeinschaft auf die Aufnahme weiterer Mitglieder, damals vor allem aus dem ehemaligen »Ostblock«, vorzubereiten und die EU handlungsfähig zu gestalten. Der zu Beginn dieses Beitrags dargestellte Prozess der europäischen Einigung hatte ja bereits gezeigt, wie kompliziert es war und ist, aus einem Staatenbund, (Charles de Gaulle: »Ein Europa der Vaterländer«), eine wachsende Vergemeinschaftung, aber nach Ansicht vieler Mitgliedstaaten noch lange keinen »Bundesstaat« herzustellen. Europäische Föderalisten scheinen nach wie vor eine Minderheit in der EU darzustellen. Bemühungen der EU um die Herausbildung einer europäischen Identität (Kalb in: Bergmann, 2016) scheinen bis heute eher von bescheidenem Erfolg geprägt, wenn es auch laut Eurobarometerumfragen bei rund der Hälfte der Unionsbürgerinnen und -bürger immerhin zu einer multiplen Identität (»sowohl nationale als auch europäische Identität«, Fuchs, 2013) geführt hat.

Der Konstanzer Politikwissenschaftler **Sven Jochem** beschreibt in seinem Beitrag »Die Europäische Union und das Demokratiedefizit. Wer hat in der EU das Sagen?« die Komplexität der Entscheidungsfindung in der EU sowie die Schwierigkeiten bei einer möglichen Reform.

Für grundlegende Veränderungen und die Aufnahme neuer Mitglieder ist nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat, also dem Rat der (noch) 28 Staats- und Regierungschefs, nötig. Andererseits wurden die Rechte des Europäischen Parlaments seit 2009 deutlich gestärkt, so dass nahezu keine Entscheidung in der EU mehr ohne sein Zutun getätigt werden kann. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass eine Wahlbeteiligung bei Europawahlen von zuletzt 43 Prozent (2014) einen deutlichen Schatten auf die Legitimation dieser zudem von den Medien in Europa wenig beachteten Institution wirft.

Wenn von »Brüssel« die Rede ist, denken viele in erster Linie an die Europäische Kommission und ihre 28 Kommissare. Nach wie vor stellt jedes EU-Mitglied – trotz gegenteiliger Reformversprechungen – einen eigenen Vertreter mit eigenem nationalen Profilierungsbestreben. Überregulierung durch Brüssel ist demgemäß der mantraartig wiederholte Vorwurf. Noch gravierender scheint der Vorwurf der allenfalls indirekten demokratischen Legitimierung der Kommission. Ihre Wahl und Kontrolle durch das Europäische Parlament ist nur eine mittelbare, auch wenn 2014 versprochen und umgesetzt wurde, dass der Kommissionspräsident der Spitzenkandidat einer der großen europäischen Parteien sein soll, wird das Amt doch durch den Europäischen Rat vorgeschlagen und die einzelnen Kommissare gemäß den nationalen parteipolitischen Machtverhältnissen besetzt. Faktisch ist deshalb stets eine Große Koalition der Europäischen Volkspartei sowie der Sozialdemokraten bzw. Sozialisten Europas in der Kommission im Amt. Die Opposition im EP findet deshalb bislang wenig Beachtung bzw. wird für viele von den auch im EP vertretenen EU-Kritikern und Rechtspopulisten besetzt.

Dazu kommt, dass die Kommission nach wie vor das alleinige Gesetzesinitiativrecht besitzt, aber auch noch die Vertragstreue der Mitgliedstaaten überwachen soll. Thomas König (2016) spricht hier von einer »Doppelfunktion (...) als Agendasetzer und Überwacher europäischer Regeln«, was zu »erheblichen Verwerfungen« führen müsse, gerade im Bewusstsein der EU-Bürgerinnen und -Bürger. Deren unmittelbare Mitwirkungsrechte wurden zwar

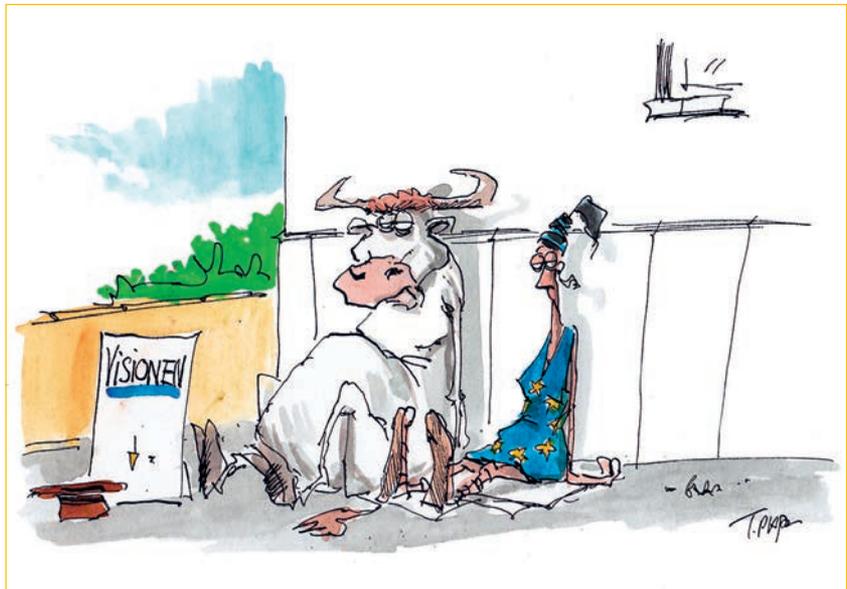


Abb 6 »Europäische Visionen«

© Thomas Plaßmann, 2016

durch die Europäische Bürgerinitiative gestärkt, d. h. hierfür müssen in zwölf Monaten insgesamt eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in einem Viertel aller EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden. Allerdings können die Unionsbürger damit auch nur bewirken, dass sich die Europäische Kommission mit einem bestimmten Thema befasst.

Die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist damit auf europäischer Ebene intransparenter, wenn nicht gar ohnmächtiger als dies auf nationaler Ebene bereits der Fall ist. Wenig Beachtung findet in der Öffentlichkeit zudem der zweite Gesetzgeber auf europäischer Ebene, der Rat der Europäischen Union, also der jeweilige Rat der 28 nationalen Fachminister, der ebenso wie das Europäische Parlament alle Verordnungen und Richtlinien ratifizieren muss, bevor sie dann durch die nationalen Parlamente in nationales Gesetz umgesetzt werden können. Eine Reform dieses Institutionengeflechts (König, 2016: »Wider den Kuhhandel«) oder gar eine Demokratisierung scheinen hier dringend erforderlich, wengleich auch aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage der Mitgliedstaaten eher unwahrscheinlich. Prinzipiell mögliche Mehrheitsentscheidungen, bei denen einzelne Mitgliedstaaten überstimmt werden könnten, sind nach wie vor die Ausnahme.

Wer sind nun aber die Zentripetalkräfte, die die EU zusammenhalten?

Traditionell war das EU-Projekt bisher ein klassisches Elitenprojekt. Volksbefragungen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg hätten sicher wohl nicht unmittelbar zur EGKS, zur »Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl« geführt. Wollten die Vertreter Westdeutschlands, der Bundesrepublik Deutschland, möglichst rasch in die westliche Staatengemeinschaft integriert werden, so ging es den restlichen fünf Gründerstaaten insbesondere um eine Kontrolle kriegswichtiger westdeutscher Kohle- und Stahlproduktion. Dazu kam der Wunsch nach einer Solidargemeinschaft gegen die Sowjetunion und ihre nach 1945 unterdrückten Satellitenstaaten im sogenannten »Ostblock«.

Mit dem ökonomischen Wiedererstarken der Bundesrepublik wuchs zudem der Wunsch der ökonomischen Eliten nach einem gemeinsamen Markt, der schließlich im Europäischen Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten und schließlich in der Wirtschafts- und Währungsunion, der Gründung der Eurozone, seinen vorläufigen Abschluss fand. Geprägt waren diese Prozesse durch eine Vielzahl von Gipfeltreffen der jeweiligen Staats- und Regie-



Abb 7 »Das gemeinsame Haus EUROPA«

© Gerhard Mester, 28.11.2016

rungschefs, aber auch dem von der Öffentlichkeit wenig beachteten beständigen Lobbyismus transnational agierender global Players, die sich z. B. im ERT, dem »European Round Table of Industrialists« (»Europäischer Runder Tisch Industrieller«), einer Lobbyorganisation von rund 50 Wirtschaftsführern großer europäischer multinationaler Unternehmen mit Sitz in Brüssel zusammengeschlossen haben. Ziele des Forums war uns ist das Entwickeln langfristiger wirtschaftsfreundlicher Strategien und die Organisation von Treffen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission, einzelnen Kommissaren oder dem Kommissionspräsidenten, um die Richtung des Integrationsprozesses innerhalb der EU zu gestalten.

Spätestens mit den Widrigkeiten bei der Ratifizierung des Lissaboner Vertrags, den vorausgegangenen Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag, der Staatsschuldenkrise sowie dem Brexit scheint das europäische Projekt an seine Legitimationsgrenzen zu geraten, auch wenn zunehmend zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Umweltschutz und Verbraucherschutz und die europäischen Gewerkschaften sich unüberhörbar für eine europäische Einigung und die Demokratisierung Europas eingesetzt. Zahlreiche Begegnungsprogramme der EU haben zudem zum kulturellen und sozialen Austausch beigetragen, wobei vielleicht die Erasmus-Programme die bekanntesten sind. Nach wie vor scheint europaweit nicht nur den ökonomischen Eliten überdeutlich, dass im globalen Wettbewerb nur ein geeintes, den Nationalstaat überwindendes Europa den Herausforderungen durch Nordamerika und Asien Paroli bieten kann. Ein Zurück zu einem romantisch verklärten sowie nachträglich idealisierten Nationalstaat scheint noch immer höchstens einer Minderheit als erstrebenswertes und realistisches Ziel.

Aber nicht nur in den USA und Großbritannien äußern sich zunehmend jene Stimmen, die sich für eine Renaissance des Protektionismus, vor allem aber der Einschränkung der Personenfreizügigkeit einsetzen. Der Pforzheimer Professor Dirk Wentzel untersucht in seinem Beitrag »Quo vadis EU? Ökonomische Perspektiven Europas« deshalb die Risiken der Abschottung vom Weltmarkt, während der Tübinger Professor Hans-Jürgen Bieling in seinem Beitrag »Die Europäische Union im Globalisierungsprozess« insbesondere auf die Disparitäten innerhalb der EU sowie in ihrem Verhältnis etwa zu den Staaten der sog. Dritten Welt hin-

weist. Hier drohen der EU mittelfristig enorme Legitimationsprobleme.

Im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland setzt sich auch nach der Brexit-Volksabstimmung die Diskussion um den Austritt in neuer Härte fort. Der Journalist Udo Seiwert-Fauti zeigt auf, welche Widerstände die schottische Regionalregierung London hier entgegenbringt. Und der französische Professor Emiliano Grossmann zeigt, wie fragil die Stimmungslage gerade im Wahlkampf in Frankreich mit seinem Präsidialsystem geworden ist. Der rechtsextreme »Front national«, so wird befürchtet, scheint zur stärksten Partei – zumindest im ersten Durchgang der Wahlen – zu werden.

Aber auch die Entwicklungen in den Visegrád-Staaten ge-

ben Anlass zur Sorge. Beschränkungen der Verfassungsgerichtsbarkeit und der Pressefreiheit beunruhigen die EU-Instanzen in Brüssel und Straßburg ebenso wie die Weigerung dieser Staaten, ihnen zugewiesene Flüchtlingskontingente aufzunehmen. Dabei stellt sich hier die Frage, ob die EU überhaupt rechtlich und politisch in der Lage ist, Sanktionen gegenüber z. B. Ungarn und Polen durchzusetzen. Und schon taucht wieder die Frage auf, ob sich eine weitere Integration bzw. Vertiefung nicht auf ein Kerneuropa beschränken müsse, ein Europa der »zwei Geschwindigkeiten« also nur die Lösung sein könne. Ich selbst habe mich dieser Thematik in meinem Beitrag, Jürgen Kalb: »Die Visegrád-Gruppe und die Zukunft der EU: Kerneuropa als Alternative?« gewidmet.

Eine weitere Diskussion schwelt gerade unter der Oberfläche der öffentlichen Aufmerksamkeit, zumindest in Deutschland: Insbesondere im Süden Europas droht eine »lost generation«, eine Generation von jungen Menschen, die von Europa und seiner Politikzutiefst enttäuscht sind, die an das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen der EU nicht mehr glauben können und wollen, die Mobilität nur noch als notwendige Zwangsmigration, als »Brain train« in die florierenden Metropolen Nord- und Mitteleuropas, erleben.

Allenthalben macht sich hier auch noch Fremdenfeindlichkeit breit, eine Abwehrhaltung gegenüber der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die längst nicht nur Großbritannien erfasst hat.

Europäische Sonntagsreden und Hochglanzbroschüren werden der Sachlage schon lange nicht mehr gerecht. Wie in Westdeutschland nach 1945 muss innerhalb der EU auch das soziale Aufstiegsversprechen wieder eingelöst werden. Bildungsoffensiven müssen ebenso wie die ökologische Schonung des dicht besiedelten europäischen Raumes zur gesamteuropäischen Aufgabe erklärt und umgesetzt werden. Dabei kann dies durchaus in nationaler und regionaler Verantwortung im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems geschehen.

Dies bedeutet aber auch, dass die Ressourcen zur Verfügung stehen müssen, d. h. die bislang vor allem profitierenden transnationalen Unternehmen und Exportnationen wie die Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Stabilität und Nachhaltigkeit deutlich umdenken müssen. Hierfür wäre aber noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Umfragen vor den anstehenden Bundestagswahlen zeigen, dass eine Mehrheit der Bundesbürger z. B. einen Schuldennachlass für Griechenland strikt ablehnt.

QA17 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
(% - EU)

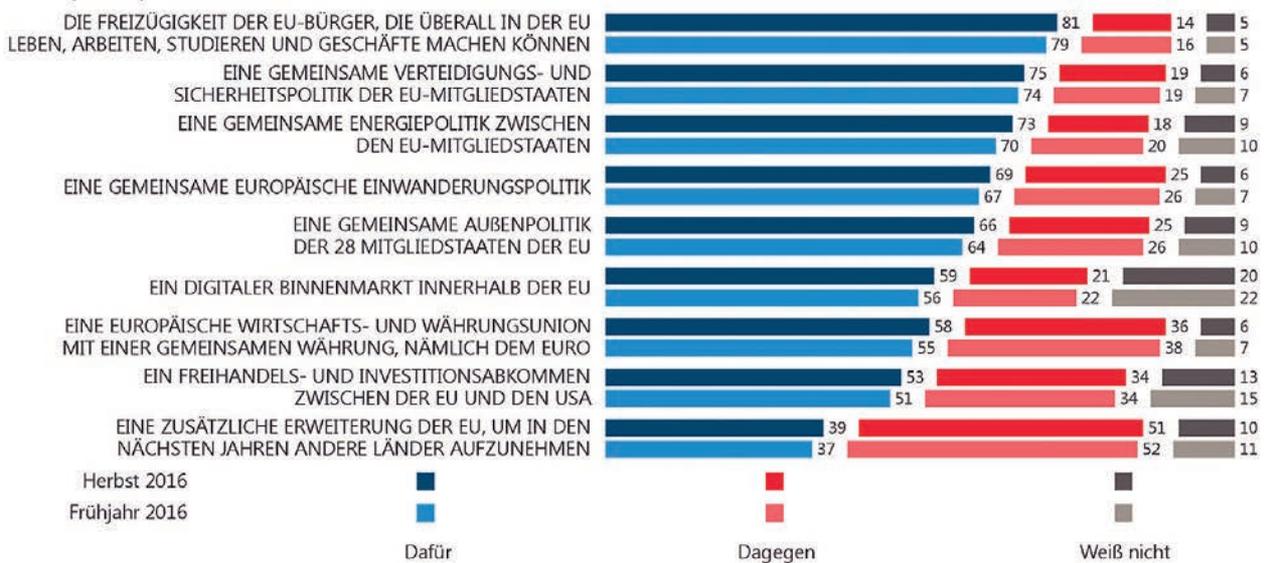


Abb 8 Politische Prioritäten der Europäischen Union: »Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen. Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind?« © Eurostat (2016): Standard-Eurobarometer 86, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Herbst 2016, S. 24

Auch an den Schulen muss noch viel getan werden, um für ein europäisches Problembewusstsein zu werben, um dafür zu werben, transnationale effektive, legitimierte europäische Strukturen zu schaffen, die an eine partizipationsbereite Bürgergesellschaft anknüpfen. Studienreisen wie die des Theodor-Heuss-Gymnasiums Esslingen unter der Leitung von Hans Gaffal und Jürgen Roos leisten hier Vorbildliches: »Studienfahrt nach Brüssel: »Lernort Brüssel – Europa (be-)greifen.« Die Schülerinnen und Schüler kommen nach solchen Studienfahrten mit anderen Augen zurück als sie hingefahren sind. Mit dem »Parlamentarium« in Brüssel hat die EU eine höchst interessante Bildungsstätte geschaffen.

Literaturhinweise

Bergmann, Jan (Hrsg.) (2016): Handlexikon der Europäischen Union. 6. Auflage. Baden-Baden Nomos-Verlag. 2016

Bieling, Hans-Jürgen/ Schieren, Stefan (2017): This time is different. Die Besonderheiten der aktuellen Krise der EU, in: Politikum 1/2017, S. 4–13, Wochenschau-Verlag

Fischer, Joschka (2016): Europa ist mehr als nur ein Markt, Süddeutsche Zeitung vom 2.3.2016, S. 2

Fuchs, Dieter (2013): Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität, in: Deutschland & Europa, S. 8–17, D&E Ausgabe 66: Erweiterungs- und Austrittsdiskussionen in der EU. 2013.

Göler, Daniel (2016): Die EU ist kompliziert – und muss es auch bleiben!, Der Tagesspiegel, 9.7.2016

Görlach, Alexander (2016): Europa braucht bessere Bürger. In: Die Zeit, 5.8.2016

Habermas, Jürgen (2016): Die Spieler treten ab. Kerneuropa als Rettung. Gespräch mit Jürgen Habermas in: Die Zeit, 9.7.2016

Kalb, Jürgen (2016): Identität, europäische. In: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union. 6. Auflage. Vgl. oben S. 534

Kalb, Jürgen (2016): Bricht die Europäische Union auseinander? S. 4–11, in: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. 4/2016

König, Thomas (2016): Wider den Kuhhandel. Süddeutsche Zeitung, 11.7.2016, S. 2

Möller, Almut (2016): Kontinent der Verzagten. Was können wir gegen die Fliehkräfte in der EU tun? In: Internationale Politik, Ausgabe 2, März-April 2016, S. 8–15

Münkler, Herfried (2016): Aufstand einer deprimierten Mittelschicht. Interview mit Herfried Münkler in der Stuttgarter Zeitung, 9.7.2016, S. 47

Orbán, Viktor (2016): Bist du gegen den Frieden? Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.7.2016, S. 6

Prantl, Heribert (2015): Das Jahrhundert-Problem. In: Süddeutsche Zeitung, 17.8.2015, S. 4

Schmidt, Oliver H. (2016): Das Endspiel um die Zukunft der Europäischen Union. The European, 21.6. 2016

Tauber, André, (u. a.) (2016): Nach dem Brexit. Vier Szenarien für die Zukunft der EU. In: Die Welt vom 26.6.2016

Wiedemann, Johannes (2016): Deutsche setzen nach dem Brexit auf mehr Europa. Die Welt vom 7.7.2016

Wingert, Lutz (2016): Rückbau und Umbau der EU! Interview mit Lutz Wingert in: Frankfurter Rundschau vom 19.7.2016

Ziedler, Christopher (2015): Europa der Einzelgänger. Stuttgarter Zeitung vom 21.9.2015, S. 1

MATERIALIEN

M 1 Markus Grabitz: »Der EU droht ein Schicksalsjahr«, 17. 1. 2017, Stuttgarter Zeitung, S. 2

Ende März steht der EU ein runder Geburtstag ins Haus. Am 25. März 1957 unterzeichneten Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten die Römischen Verträge – der Anfang der Gemeinschaft. Nach Feiern ist derzeit aber keinem in Brüssel zumute, denn 2017 könnte zum Schicksalsjahr der Gemeinschaft werden. (...)

Die erste Herausforderung des Jahres ist es, die Macht zwischen Kommission und Parlament neu auszubalancieren, wenn Martin Schulz (SPD) nach Berlin wechselt. Der langjährige Parlamentspräsident hatte eine kaum zu überschätzende Bedeutung im Brüsseler Betrieb: Er war so etwas wie der inoffizielle Vize von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Die beiden verbindet eine tiefe politische Freundschaft. Erst Schulz' Einfluss in den Fraktionen verschaffte wichtigen Gesetzgebungsanliegen der Kommission Mehrheiten im Parlament. (...) Die informelle große Koalition im Haus ist schon jetzt über den Machtkampf um seine Nachfolge zerbrochen. Dem Haus – ein Drittel der Abgeordneten vertritt extreme politische Positionen – droht Zerstrittenheit und Arbeitsunfähigkeit. (...)

Ende März will London den Antrag zum EU-Austritt stellen. Dann gehen binnen weniger Wochen die Scheidungsverhandlungen los. Viel Geld steht auf dem Spiel. London ist Nettozahler: Schrumpft der EU-Haushalt, wenn die Briten raus sind? Oder müssen die anderen Länder mehr Geld zuschießen? Die Gefahr ist groß, dass die Wirtschaft in ganz Europa leidet, wenn der Binnenmarkt kleiner wird. Gelingt es Theresa May, der britischen Regierungschefin, Brüssel auszubooten und ein Freihandelsabkommen mit US-Präsident Donald Trump abzuschließen?

Ein Risiko der Verhandlungen, die im Oktober 2018 abgeschlossen sein sollen, ist, dass sich die EU der 27 von den Briten auseinandertrennen lässt. Polen ist bereits vorgeprescht, versucht, Sonderbedingungen für die Auswanderer ins Vereinigte Königreich auszuhandeln. Dazu der psychische Schock: Das Dogma der »ever closer union« (deutsch: immer enger werdende Gemeinschaft) gilt nicht mehr. Die Sorge ist groß, dass in anderen EU-Mitgliedsländern Austrittsreferenden angezettelt werden. (...)

In den Niederlanden wird im März gewählt, in Frankreich im Mai, im September in Deutschland. In allen drei Gründungsländern der EU sind die Feinde der europäischen Integration erstarkt. Der Rechtspopulist Geert Wilders führt in den Umfragen, die Rechtsextreme Marine Le Pen ebenso. Und in Deutschland belegt die Rechtsaußenfraktion der AfD seit Monaten bei Umfragen den dritten Rang nach Union und SPD. In Brüssel ist man sich einig: Sollte der Front National die nächste französische Regierung anführen, ist die EU zumindest gelähmt, womöglich kaputt. Ohne den deutsch-französischen Motor funktioniert die EU aber nicht. Und es ist undenkbar, dass Angela Merkel oder ihr Nachfolger mit Le Pen eine Basis für eine Zusammenarbeit findet. Marine Le Pen, die Abgeordnete im Europaparlament ist, kündigt bei jeder Gelegenheit an, dass sie die EU zerstören möchte. So ungünstig die Ausgangslage vor den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich auf den ersten Blick erscheint, die Rechtsaußenpolitiker haben kaum eine Perspektive auf die Macht in Haag und an der Seine. Keine Partei ist bereit, mit ihnen zu koalieren und ihr die absolute Mehrheit der Sitze für die Regierungsbildung zu verschaffen. Damit gibt es begründet Hoffnung, dass den rechten Populisten der Durchmarsch misslingt. (...)



M 2 Unterzeichnung der Römischen Verträge, 25. März 1957 (Begründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM; Gründerstaaten waren Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

© picture alliance, akg-images

Der Pakt mit der Türkei, der den Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen eingedämmt hat, steht auf dünnem Eis. Der türkische Machthaber Erdogan ist unberechenbar, auch der Strom illegaler Einwanderung über die zentrale Mittelmeerroute lässt sich nicht kontrollieren. Schlimmer als die Unsicherheit wiegt die Zerstrittenheit der Europäer: Sie können sich nicht auf ein gemeinsames Handeln in der Flüchtlingskrise einigen. Österreich, Ungarn, Dänemark und Polen sind nicht bereit, sich an den Beschluss aller EU-Länder vom September 2015 zu halten und besonders belasteten Ländern wie Griechenland und Italien Flüchtlinge abzunehmen. Malta, das im ersten Halbjahr die Geschäfte der EU führt, will den Streit bis zum Sommer beilegen. Ein Kompromiss könnte sein, dass Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, im Gegenzug mit Geld und Personal der EU-Grenzschutzagentur Frontex unter die Arme greifen.

Darüber hinaus bleibt viel zu tun: Eine systematische Ein- und Ausreisekontrolle soll aufgebaut werden, damit Reisende mit Nicht-EU-Pässen überhaupt erst ausfindig gemacht werden können. Neue Regeln für die Verteilung von neu ankommenden Flüchtlingen sind notwendig, die Nachfolge für das Dublin-Abkommen muss gefunden werden. (...)

Die Eurozone scheidet immer wieder damit, selbst aufgestellte Regeln für Haushaltsdisziplin und Stabilität gegenüber den Mitgliedsländern durchzusetzen. Jüngstes Beispiel ist die Rettung der italienischen Krisenbank »Monte dei Paschi« durch den Staat, obwohl dies eigentlich nach den neuen Statuten verboten ist. Die Verschuldung in Italien und Frankreich hat eine besorgniserregende Höhe erreicht.

Auch der Fall Griechenland wird im ersten Halbjahr noch Aufregung verursachen: Der Internationale Währungsfonds hält die Schuldentragfähigkeit des Landes für überschritten und dringt auf Schuldenerleichterung. Andernfalls droht er mit Rückzug. Unter den Gläubigern ist dazu an erster Stelle Deutschland nicht bereit. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) müsste für derartige Maßnahmen einen Beschluss des Bundestags einholen. Er will dies unbedingt vor der Bundestagswahl im Herbst vermeiden, um der AfD keine Munition zu liefern. Auch in der Union hätte er Mühe, unpopuläre Schuldenerleichterungen für Griechenland durchzusetzen.

© Markus Grabitz: »Der EU droht ein Schicksalsjahr«, 17. 1. 2017, Stuttgarter Zeitung, S. 2

M 3 Hilke Lorenz: »Das Dafür ist das neue Dagegen«, StZ 18./19.2.2017, S. 3

Natürlich ist die Demokratie und damit die Lebensform der offenen Gesellschaft mit allen Freiheiten und Chancen in Gefahr? »Das Unmögliche wird möglich«, sagt der Frankfurter Rechtsanwalt Daniel Röder – und meint die Wahl Donald Trumps. »Noch nie war die Demokratie so gefährdet wie jetzt«, sagt in Berlin der Soziologie-Professor Harald Welzer. Er hat das Werden des Nationalsozialismus erforscht und denkt nun in der Stiftung Future Zwei über Zukunftsfähigkeit nach. Im Moment wäre Harald Welzer jedoch schon froh, die Gegenwart hätte Bestand. Was also tun?

Es ist an der Zeit, einmal für etwas zu sein, statt immer nur dagegen, und das auch zu zeigen, sagen beide unabhängig voneinander. Röder und Welzer sind nicht die Einzigen im Land, die glauben, es sei nötig, für die demokratischen Errungenschaften und Selbstverständlichkeiten einzutreten. Demokratie nur von der Zuschauertribüne zu erleben, das war einmal. Röder hat in Frankfurt im November 2016 mit einer Handvoll Freunden die noch junge Initiative #PulseofEurope gegründet, Welzer zusammen mit anderen in Berlin den Freundeskreis Offene Gesellschaft. Die einen setzen auf das sichtbare Zeichen der Kundgebung, die anderen auf Diskussionen und Gesprächskreise zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In Frankfurt, wo #PulseofEurope seinen Ursprung hat, gehen sie am Sonntag um 14 Uhr wieder auf die Straße. Sie wollen den Pulschlag Europas wieder spürbar machen. (...) Und nicht nur dort. Mittlerweile tun es ihnen Menschen in zehn Städten gleich. Auch Karlsruhe, Freiburg, Köln, Amsterdam, Berlin, Celle, Hamburg, Heidelberg, Kassel, München machen mit – und wahrscheinlich bald auch Stuttgart.

Die Wahlen in den Niederlanden (...) stehen ihnen ebenso vor Augen wie die in Frankreich. Und damit der mögliche Sieg der Rechtspopulisten und Nationalisten. Die Demonstranten treibt die Sorge um, dass Europa dann wieder ein Stückchen weiter bröckeln könnte. »Bleibt bei uns Europäern« werden sie den Niederländern wieder zuzurufen. »Wir wollen den proeuropäischen Politikern Mut machen«, sagt Röders Mitkämpfer Jens Pätzold.

#PulseofEurope setzt auf den emotionalen Kern der europäischen Idee und nicht auf die Bürokratiendebatte, die für viele EU-Zweifler in den Vordergrund getreten ist. Europa sei das größte Friedensprojekt der Nachkriegszeit, sagt Daniel Röder. Die Menschen in Frankfurt sind bereit, sich an diesem Gedanken zu berauschen. »Wir sind eine Pro-Bewegung, eine solidarische Bürgerbewegung«, sagt Röder. In seiner Stimme liegen Begeisterung und Wehmut zugleich: Es gehe um »ein Europa, in dem die Achtung der Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt selbstverständliche Grundlage des Gemeinwesens sind«. Schon die Entscheidung der Briten für den Brexit war ein Einschnitt. Die Wahl Donald Trumps erst recht.

Bis zu diesem Tag, dem 8. November vergangenen Jahres, waren die Röders eine ganz normale Familie. Vater, Mutter, Sohn und Tochter. Die Eltern beide Juristen, beide Mitte 40. Daniel Röder ist als Wirtschaftsrechtler Mitinhaber einer Kanzlei in Frankfurt, Sabine Röder hat sich auf Mediation spezialisiert. Der Tag führte ihnen vor Augen, dass es an der Zeit sei, Europa und die Demokratie nicht mehr länger von der Zuschauertribüne zu beobachten. (...)



M 4 Kundgebungsteilnehmer stehen mit Europafahne und einem Transparent »Pulse of Europe« am 29.1.2017 auf dem Goetheplatz in Frankfurt am Main. Die europafreundliche Bewegung »Pulse of Europe« hält in deutschen Städten jeden Sonntag Kundgebungen ab und warnt vor »Schicksalswahlen« in Europa. © Andreas Arnold, dpa

Die Wahl Donald Trumps hat ihr Leben auf den Kopf gestellt. Noch nie vorher sind sie zum Demonstrieren gegangen – geschweige denn haben sie selbst eine Demonstration organisiert oder gar angemeldet oder eine Bühne für eine Kundgebung aufgebaut. Aber die Zeiten sind ja auch andere. (...)

Auch in Berlin wollen sich Harald Welzer (58) und Andre Wilkens (53), zwei der Mitgründer der Initiative Die offene Gesellschaft nicht mehr von deren Gegnern die Themen vorgeben lassen. Auch sie sind der Überzeugung, dass das Dagegen viel zu viel Kräfte binde. Der neue Geist lasse sich vielleicht mit dem Slogan »Das Dafür ist das neue Dagegen« beschreiben, frotzeln sie – und werden wieder ernst: »Die Vorstellung, dass alle Leute wütend sind und sich den ganzen Tag bedroht fühlen, muss mal aus den Köpfen raus«, sagt Welzer. Bewusst haben sie die Schrift des Philosophen Karl Popper von den »Feinden der offenen Gesellschaft« aufgegriffen. Aber genauso bewusst konzentriert sich ihre Arbeit auf die Anhänger des Lebens demokratischer Selbstverständlichkeiten.

Etwa 2.000 Freunde hat die Initiative, die wie #PulseofEurope daran arbeitet, sich als Verein zu konstituieren. Im Moment werden sie von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützt. Aber ähnlich wie die Frankfurter leben sie trotz eines kleinen Büros organisatorisch von der Hand in den Mund. »Für mich war es eine Sternstunde der Demokratie, als im Spätsommer 2015 ein ganzes Volk so reagiert hat, wie es sich ein Gemeinschaftskundelehrer gewünscht hätte«, sagt Welzer und beschreibt den Moment, als ihm klar wurde, dass dieses positive Gefühl bewahrt werden müsse. Als die Flüchtlinge in großer Zahl kamen, hätten die Menschen gezeigt, dass sie aus der deutschen Geschichte gelernt hätten. »Es war ihnen wichtig, auf der richtigen Seite zu stehen«, sagt er. Demokratie stärken heißt für ihn auch, Menschen in Gesprächen in ihrer Haltung zu stärken. »Wenn die gesellschaftliche Spannung größer wird, ist das nicht die Stunde der Eliten, das ist die Stunde der Bürgergesellschaft.«

© Hilke Lorenz: »Das Dafür ist das neue Dagegen«, Stuttgarter Zeitung, 18./19.2.2017, S. 3

M 5 Sven Astheimer:
»Europas soziale
Kluft«, Frankfurter
Allgemeine Zeitung,
27.12.2016, S. 17

Die von Vizekanzler Sigmar Gabriel angestoßene Debatte über die deutschen Kindergeldzahlungen für EU-Ausländer hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Wer in Deutschland arbeite, solle für seine im Heimatland lebenden Kinder auch nur Leistungen in der dort üblichen Höhe erhalten, forderte der Vizekanzler (...) und bewies mit der Forderung nach einer Indexierung des Kindergelds abermals sein Gespür für öffentlichkeitswirksame Themen. Auch wenn die Erfolgsaussichten von vornherein gering waren, entfaltete der Vorstoß eine derartige Eigendynamik, dass sich auch der anfangs – mangels Erfolgsaussichten – noch zögerliche Finanzminister Wolfgang Schäuble schließlich dem Begehren seines sozialdemokratischen Kabinettskollegen anschloss.

Die umgehende Abfuhr aus Brüssel mit dem Verweis auf geltendes Recht dürfte wohlkalkuliert gewesen sein. Denn Gabriel ging es darum, in der Debatte um mögliche Fehlanreize für Armutszuwanderung einen Punkt zu machen: Die 192 Euro je Kind, die vom 1. Januar an gezahlt werden, sind etwa in Mittel- und Osteuropa eine Menge wert und rufen Schlepper auf den Plan, die durch organisierte Einwanderung in die Sozialsysteme staatliche Leistungen abkassieren. Die Zahl der betreffenden Fälle ist innerhalb eines knappen Jahres sprunghaft gestiegen, den Staat hat das bis November fast eine halbe Milliarde Euro gekostet. Für den Vorwahlkämpfer Gabriel ist dieses Thema den zähen Kampf mit der Kommission wert.

Im Falle der Kindergeldzahlungen geht es »nur« um die Änderung einer bestehenden Regelung – und dennoch schlagen die Wellen hoch. Welche politische Sprengkraft das Thema Sozialleistungen in der Europäischen Union birgt, hat zuletzt vor allem das Brexit-Votum der Briten gezeigt. Die Zuwanderung – auch in Sozialsysteme – spielte dabei eine entscheidende Rolle.

Die Spannung entsteht durch die unterschiedlichen Typen von Wohlfahrtsstaaten unter dem Dach der EU und das enorme Gefälle unter den jeweils gewährten Schutzleistungen: vom vornehmlich steuerfinanzierten skandinavischen Modell mit seiner hohen Umverteilungskomponente über den stärker auf Beiträgen basierenden Sozialstaat bismarckscher Prägung in Deutschland oder Österreich bis hin zu den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas, die ihren Bürgern oft nur eine rudimentäre Absicherung bieten (können) gegen die sozialen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit.

Aktuelle Daten der europäischen Statistikbehörde zeigen, wie gewaltig das Gefälle ist: Demnach geben Dänemark, die Niederlande und Österreich, je Kopf gerechnet, je meisten aus für den Sozialschutz ihrer Bürger. Es folgen Frankreich und Deutschland, deren Ausgaben noch um 30 Prozent über dem EU-Durchschnitt liegen. Am anderen Ende der Skala rangieren Rumänien, Bulgarien und Lettland, deren Aufwand den Mittelwert um volle 70 Prozent unterschreitet.

Diese enorme Kluft wirft die alte Frage auf, ob es eine ökonomische Integration Europas geben kann ohne ein politisches Pen-



M 6 »Sozialtourismus?«

© Schwarwel, picture alliance, dieKLEINERT.de

dant. Bedingt also ein funktionierender Binnenmarkt von Helsinki bis Faro auch irgendwann die Vergemeinschaftung der Sozialpolitik? Die Gründerväter der Union und ihrer Vorläufer haben diese Frage verneint, und bis heute fällt die Gestaltung der Sicherungssysteme in die Zuständigkeit der Nationalstaaten.

Es existieren aber auch Forderungen, den Zentrifugalkräften in der Union ein soziales Europa als einendes Element entgegenzusetzen. Denn noch immer haben sich vor allem die Mittelmeerlande in der Eurozone nicht von den Folgen der Finanzkrise erholt. In Griechenland, Spanien, Portugal und Italien sind viele, vor allem junge Menschen vergeblich auf der Suche nach Arbeit. Die 2013 mit viel Bohei eingeführte Jugendgarantie für einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz ist ein Versuch einer koordinierten Politik der Mitgliedstaaten – mit bislang mäßigem Erfolg.

Noch weiter geht der erste Entwurf für eine europäische Säule sozialer Rechte, die Kommissionspräsident Juncker zu Beginn des Jahres vorgelegt hat. Nachvollziehbarerweise stehen deutsche Sozialversicherungsträger diesem Sammelsurium aus zwanzig Politikempfehlungen skeptisch bis ablehnend gegenüber und vermuten allein schon durch die Namensgebung einen drohenden Eingriff in ihre Kompetenzen. Eine echte Harmonisierung oder gar Vergemeinschaftung der äußerst unterschiedlichen Renten- oder Gesundheitssysteme innerhalb der EU scheint allerdings auf absehbare Zeit unmöglich.

Auch wenn die Kritiker den vorliegenden Juncker-Vorschlägen für eine Sozialunion deshalb kaum inhaltliche Bedeutung beimessen, gilt der alte Satz: Wehret den Anfängen! Denn ist die soziale Säule einmal errichtet, dürften im Haus Europa rasch die Bestrebungen wachsen, auf dieses Fundament draufzusatteln. Ein schleichender Ausbau der Sozialunion jedoch birgt unüberschaubare Risiken und könnte schnell in eine Transferunion münden. Nach dem Steuerzahler darf jedoch nicht auch noch der Beitragszahler in die Haftung genommen werden für unterlassene Strukturreformen in anderen Mitgliedsländern.

© Sven Astheimer: »Europas soziale Kluft«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2016, S. 17

M 7 Paul Vorreiter: »Lust auf Europa machen«, Deutschlandfunk, 23.1.2017

Die Die EU steht im Jahr 2017 vor vielen Herausforderungen. Vor allem das Erstarken von Populisten macht ihr zu schaffen. Proeuropäische Gruppen wollen das Image der Europäischen Union aufpolieren. Unklar ist, ob der neue Parlamentspräsident Antonio Tajani sie dabei unterstützt.

»Ja, ich glaube, die Föderalisten die einzigen sind, die eine klare Vorstellung von der Europäischen Einigung besitzen. Alle anderen fuchteln herum und fummeln herum und haben keine Idee, wie es weitergeht und wo es hingehen soll«, sagt Jo Leinen in seinem Brüsseler Büro. Der SPD-Europaparlamentarier ist Mitglied der proeuropäischen Spinelli-Gruppe. Sie argumentiert, dass in Zeiten der Globalisierung Nationalstaaten zu schwach seien, um die großen Probleme zu lösen. Das ist genau das Gegenteil der rechtspopulistischen Sichtweise, die da lautet: Die EU lasse sich von Staaten wie der Türkei vorführen, und: Erst seit kleine Länder entlang der Balkanroute im Alleingang entschieden haben, Grenzen hochzuziehen, seien deutlich weniger Flüchtlinge gekommen.

Wozu dann noch die EU? In drei anstehenden Wahlen – in den Niederlanden, Frankreich, und Deutschland könnten EU-Gegner mit diesen Argumenten punkten: Jo Leinen hält das für gefährlich:

»Es kann schiefgehen und wenn natürlich ein Gründungsland der Europäischen Union auf die antieuropäische Ebene kommt, dann droht Ungemach und dann haben wir noch ein größeres Unglück, als wir es bereits mit dem Brexit hatten. Werden die proeuropäischen Kräfte in den Niederlanden und Frankreich gewinnen, dann hat man wieder Ruhe für eine gewisse Zeit und dann kann man die EU wieder konsolidieren.« (...)

Nach Beruhigung sieht es aber erst mal nicht aus: Die rechtspopulistische »Partei für die Freiheit« des Islamkritikers Geert Wilders kann laut Umfragen die Parlamentswahl in den Niederlanden gewinnen. Und in Frankreich gilt die rechtsextreme Marine Le Pen als Favoritin bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl. Ob sich der proeuropäische unabhängige Kandidat Emmanuel Macron durchsetzen kann – das ist noch nicht absehbar.

»There is this Europe, that we would like to improve, but we are not even at the point of improving it. We are at the point of keeping it the way it is in preventing it from going backwards.«

Brüssel, Hauptversammlung bei den Jeunes Européens Fédéralistes, JEF, den jungen föderalistischen Europäern. Ophélie Omnes, eine 26-jährige Juristin mit dunkelrotem Sweater und Armreifen kündigt vor etwa zwanzig Gleichaltrigen an, was dieses Jahr ansteht: Aktionen und Überzeugungsarbeit, damit die Europäische Union nicht weiter demontiert werde, eine tiefere Integration sei momentan nicht das Thema. Ein Defensivspiel, also. (...)

Die Jugendorganisation plant eine Demo zur Feier des 60. Jahrestags der Römischen Verträge, dem Grundstein für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Mit Aktionen wie »#Don't touch my schengen« setzt sich JEF dafür ein, dass die Grenzen innerhalb der EU offen bleiben, kurzum: Sie versucht, die wesentlichen Errungenschaften der Union zu verteidigen. Ophélie Omnes bedauert, dass sie in Vergessenheit geraten sind:

»Man muss langfristig denken. Wir müssen zumindest hervorheben, dass das, was bisher aufgebaut wurde, gut für die Menschen ist. Viele wissen



M 8 »Eben erst im Bau!«

© Gerhard Mester, 28.11.2016

nicht, warum das Roaming in wenigen Monaten abgeschafft wird. Der Grund, warum sie sich einfach so ein Ticket in den Urlaub nach Spanien oder Griechenland buchen können, ist, dass wir die Grenzen abgeschafft haben. Das sind konkrete Beispiele, die das Bewusstsein derjenigen Bürger stärken könnten, die nicht komplett gegen Europa sind, aber nicht wissen, wie sehr Europa ihren Alltag verbessert.«

Eine starke Europäische Union strahlt nicht alleine durch ihre Politik. Die Institutionen brauchen auch ein Gesicht. Das Europaparlament ist mit Martin Schulz sichtbarer geworden. Antonio Tajani, der Nachfolger, will moderativer auftreten und die politische Arbeit den Fraktionen überlassen. Bei seiner Wahl in Straßburg ist der konservative Politiker womöglich auch von Europakritikern und Nationalisten gewählt worden. Ob Tajani auch die Proeuropäer überzeugen kann? (...)

Die österreichische Grünen-Politikerin und Parlamentsvizepräsidentin Ulrike Lunacek unterstützt ebenso die Spinelli-Gruppe und vergibt an Tajani keine Vorschusslorbeeren:

»Er kann nicht gleichzeitig ein Präsident für Le Pen und für die Grünen sein, das geht sich nicht aus. Aber im Sinne von seine eigene Vergangenheit ablegen: Er war Sprecher von Berlusconi, er war Industriekommissar zu Zeiten, als der Abgasskandal schon gebrodelt hat, wenn er wirklich ein geschätzter Präsident werden will, dann muss er mit dieser Vergangenheit brechen. Er will sehr wohl zeigen, dass er was kann, aber ob er es wagt, mit denen, die ihn gewählt haben auch manchmal zu brechen, das kann ich noch nicht sagen. Ich hoffe, er wird es tun.«

© Paul Vorreiter: »Lust auf Europa machen«, Deutschlandfunk, 23.1.2017

2. Europäische Union und das Demokratiedefizit. Wer hat in der EU das Sagen?

SVEN JOCHEM

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen, als basale Krise wird ihr Demokratiedefizit ausgemacht. Der vielstimmige Chor der einschlägigen Kritiker übersieht, dass die EU als politische Ordnung eigener Güte kaum den demokratietheoretischen Kriterien genügen kann, wie wir sie territorialstaatlichen Demokratien anlegen. Bei der Legitimität des Regierens in der EU offenbaren sich spätestens mit der Finanzkrise nach 2007 Defizite. Die EU scheint in einem demokratietheoretischen Tocqueville-Paradoxon gefangen zu sein – bei fortschreitender Demokratisierung der EU fallen verbleibende Demokratiedefizite immer stärker ins Gewicht. Diese sorgen bei gleichzeitiger Aushöhlung der territorialstaatlichen Demokratien durch das Regieren der EU für Legitimationskrisen und Auflösungstendenzen der EU.

Krisen der EU

Die Europäische Union (EU) hat Krisenkonjunktur. Erstens stellt die Finanzkrise nach 2007 die Leistungsfähigkeit der EU Institutionen in Frage; gleichzeitig wird ein Solidaritätsdefizit zwischen den Mitgliedstaaten sichtbar. Zweitens erschüttert der Brexit den Glauben an eine unumkehrbare Integrationsdynamik; nach Grönland (1985) und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien treten weitere Austritte zumindest in die Sphäre des Möglichen – zumindest steht der Zusammenhalt im Euroraum zur Disposition. Drittens mobilisieren EU-skeptische links- sowie vor allem rechts-populistische Parteien in vielen Mitgliedsländern immer breitere Wählerschichten; deren Erfolgsaussichten dürften nach dem Wahlsieg von Donald Trump in den USA in Europa eher steigen als sinken. Viertens untergräbt ein Demokratiedefizit der EU den weiteren Integrationsprozess sowie die Leistungsfähigkeit der europäischen Institutionen; das Demokratiedefizit wird in der medialen (Höpner/Scharpf/Streeck 2016, Streeck 2016- vgl. dazu auch die Satiresendung »Die Anstalt« im ZDF vom 6.9.2016: www.zdf.de/comedy/die-anstalt/tafelnummer-eu-demokratiedefizit-102.html) als auch in der wissenschaftlichen Debatte als zentrale Herausforderung der



Abb. 1 »Der Dompteur hat's schwört!«

© Heiko Sakurai, 6.12.2016

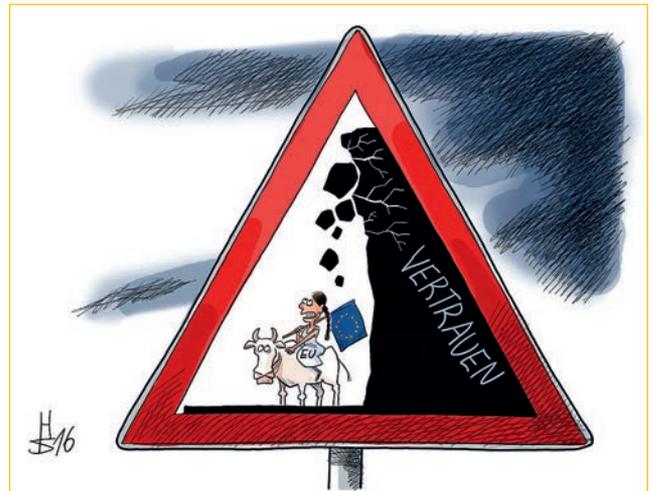


Abb. 2 »Europaweiter Warnhinweis«

© Heiko Sakurai, 6.12.2016

EU angesehen (sehr kritisch jüngst Schweiger 2016, als Überblick Jensen 2009, Schmidt 2015).

Die Bürgerinnen und Bürger vieler Mitgliedsländer zweifeln immer stärker am demokratischen Gehalt der EU und fühlen sich von den in Brüssel tagenden Regierungen und Ministern sowie der Brüsseler Bürokratie kaum wahrgenommen; sie fordern Mitsprache sowie Mitbestimmung ein und verteidigen ihre nationale demokratische Souveränität gegenüber vergemeinschafteten aber als undemokratisch wahrgenommenen Politiken der EU. Empirisch betrachtet ging das Vertrauen der Bevölkerung in die EU seit 2007 deutlich zurück. Gegenwärtig vertrauen insgesamt 62 Prozent der EU Bürgerinnen und Bürger der EU eher nicht. Dass das Vertrauen in die Institutionen der EU gesamteuropäisch betrachtet etwas stärker ausgeprägt ist als das Vertrauen in das jeweils nationale Parlament bzw. die jeweils nationale Regierung, ist ein schwacher Trost (Abb. 3, Eurostat 2016: 14).

Der permissive Konsens der Europäischen Integration hat sich erschöpft, das bis in die Mitte der 1980er Jahre unpolitische Projekt der Europäischen Integration wird immer stärker politisiert und zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen (Zürn 2016).

In diesem Beitrag zeige ich unterschiedliche Facetten des vielstimmigen Chors auf, der das Lied vom vermeintlichen Demokratiedefizit der EU anstimmt. Ich argumentiere, dass die Klagen über das Demokratiedefizit der EU übersehen, dass Regieren in entgrenzten Räumen schwerlich mit traditionellen Demokratievorstellungen empirisch sowie normativ zu fassen ist. Es existieren hohe Anforderungen an die unterschiedlichen Dimensionen der Legitimität in der EU, welche die EU immer weniger erfüllen kann. Zu Beginn des Jahres 2017 scheint die EU in einem demokratietheoretischen und legitimatorischen Tocqueville-Paradoxon gefangen zu sein: bei einer fortschreitenden Demokratisierung der EU fallen die verbleibenden Demokratiedefizite subjektiv stärker ins Gewicht – und es droht damit ein demokratietheoretischer und legitimatorischer Tocqueville-Effekt, demzufolge die EU just dann auseinanderfallen könnte, wenn demokratietheoretische Defizite der EU abgemildert werden.

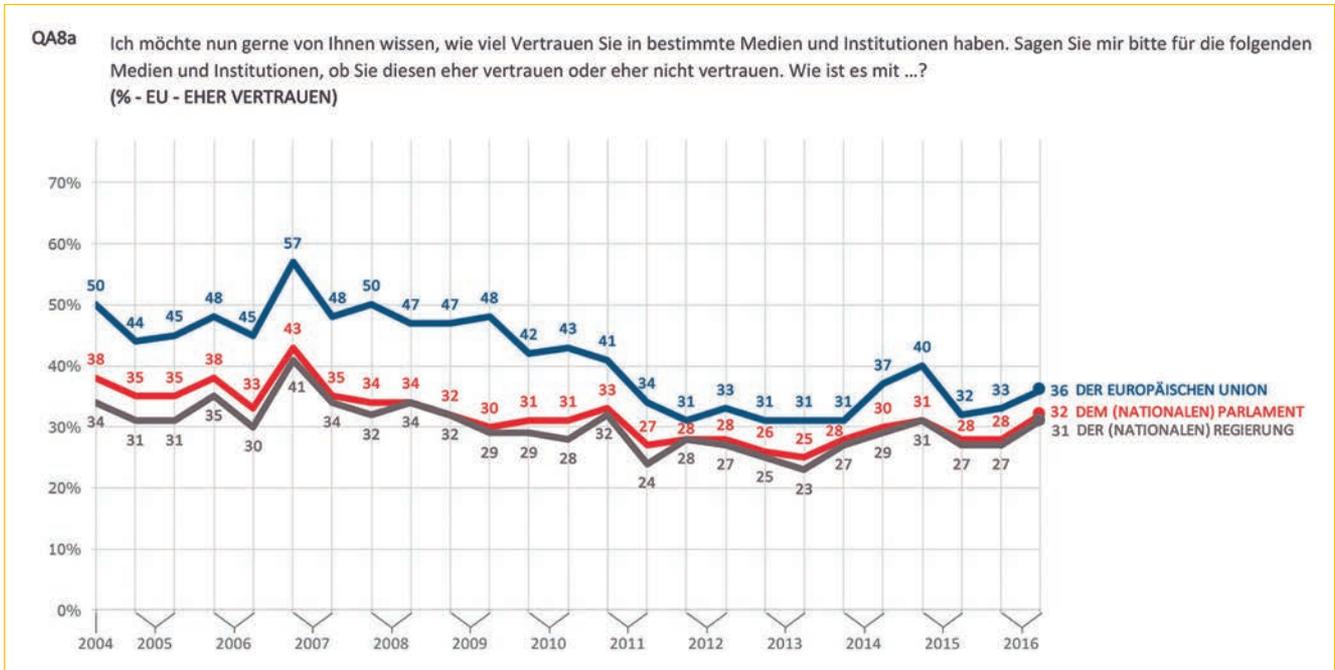


Abb. 3 Vertrauen in nationale Regierungen und Parlamente sowie in die Europäische Union: Trend; »Ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Medien und Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Institutionen, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.«
© Eurostat (2016): Standard-Eurobarometer 86, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Herbst 2016, S. 14

Facetten der Debatte

Das Demokratiedefizit der EU ist ein Dauerbrenner in der einschlägigen Forschung (Jensen 2009, Schmidt 2015). Armin Schäfer (2006) hat die gesamte Debatte entlang zweier Dimensionen geordnet. Erstens ist es für Forscherinnen und Forscher fraglich, ob eine Demokratisierung überhaupt wünschenswert wäre oder nicht; zweitens ist es fraglich, ob eine Demokratisierung als möglich angesehen wird oder nicht (vgl. Abb. 4). Auf der Diagonalen einer solchermaßen konstruierbaren Vierfelder-Matrix liegen sich Optimisten und Fatalisten gegenüber, die beide Fragen mit jeweils ja bzw. nein beantworten. Die Pessimisten hingegen sind grundsätzlich für eine Demokratisierung, allerdings sehen sie in absehbarer Zukunft keine empirisch wahrnehmbaren Möglichkeiten für solche eine Entwicklung. Ihnen gegenüber sind die Apologeten davon überzeugt, dass eine Demokratisierung der EU grundsätzlich machbar wäre, sie lehnen diesen Schritt allerdings als normativ nicht erstrebenswertes Ziel ab.

Abb. 4: Die vier Positionen zum EU-Demokratiedefizit

| | | Demokratisierung möglich | |
|---------------------------------|------|--------------------------|-------------|
| | | ja | nein |
| Demokratisierung erstrebenswert | ja | OPTIMISTEN | PESSIMISTEN |
| | nein | APOLOGETEN | FATALISTEN |

vgl.: Schäfer (2006: 351) mit weiteren Literaturverweisen.

Die apologetische sowie die fatalistische Position lassen sich in der jüngeren Literatur kaum mehr feststellen. Die Europäische Union nach den Verträgen von Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat eine Vertiefung bei gleichzeitiger Erweiterung durchlaufen, und die EU ist in vielen Bereichen des täglichen Lebens der Bürgerinnen und Bürgern so präsent, dass sich kaum jemand mit guten Gründen der normativen Forderung entziehen kann, in der EU stärker demokratische Prinzipien zu etablieren. Insofern prägen die Optimisten und die Pessimisten die gegenwärtige Debatte über das vermeintliche Demokratiedefizit in der EU. Diese beiden Positionen werden aus den anregenden Disputen ersicht-

lich, die der integrationspolitische Optimist Jürgen Habermas mit den Pessimisten Fritz W. Scharpf oder Wolfgang Streeck ausgefochten hat. (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4 und 5 (2013) sowie Leviathan, Heft 1 und 2 (2015))

Demokratie und Postdemokratie

Was ist überhaupt Demokratie? Wie können die Grundbausteine der Demokratietheorie sinnvoll auf ein Gebilde angewendet werden, in dem demokratisches Regieren jenseits des Territorialstaates institutionalisiert werden soll? Kurz: Wie ist Demokratie jenseits des National- oder Territorialstaates im europäischen Kontext überhaupt zu denken?

Es ist für die Debatte über das vermeintliche Demokratiedefizit der EU keineswegs irrelevant, dass die Demokratie in den Mitgliedsländern und in etablierten und für funktionstüchtig eingestuft Demokratien postdemokratisch ausgezehrt erscheint. Colin Crouch (2004) führte den Begriff der **Postdemokratie** in die sozialwissenschaftliche Debatte ein – wenngleich Jacques Rancière ihn bereits vorher verwendete (vgl. Jochem 2013). Nach Crouch seien genuin demokratische Institutionen wie Wahlen, Parteienwettbewerb, Gewaltentrennung etc. formal intakt. Gleichwohl würden diese Institutionen sinnlos in einer Welt, in der das international aufgestellte (Finanz-)Kapital die Leitlinien der Politik vorformuliere, international vernetzte Medienkonzerne mit politainment Nebensächlichkeiten verbreiten würden sowie sich insgesamt eine neoliberale Grundhaltung durchsetze, der zufolge keine Alternative zu ökonomischen Notwendigkeiten möglich sei (vgl. ebenfalls Brown 2015, siehe aber auch Merkel 2014).

„There is no Alternative“, dieser TINA-Slogan von Margaret Thatcher symbolisiere den Siegeszug des Neoliberalismus – auch nach der Finanzkrise seit 2007 (Crouch 2011). Neoliberale Marktentgrenzung sei die Quelle für den Niedergang territorialstaatlicher Demokratien – und just die EU würde mit ihrer Politik der Freizügigkeiten diese vielfältigen Entgrenzungen befördern (negative Integration), ohne gleichzeitig zur Eingrenzung von entfesselten Märkten oder zur Absicherung der Bevölkerung gegenüber verschärften Marktprozessen (positive Integration) etwas beitragen zu können.



Abb. 5 »Postdemokratie?«

© Gerhard Mester, 14.1.2014

Aus demokratietheoretischer Perspektive erscheint die EU als Sinnbild eines postdemokratischen Gefüges. Das Primat der Marktlogik werde durch die ‚Hüter‘ der ökonomischen Freizügigkeiten (Europäischer Rat, Europäische Kommission, Europäischer Gerichtshof sowie Europäische Zentralbank) abgesichert, das genuin demokratische Organ, das Europäische Parlament, habe hingegen zu wenig Macht und Einfluss auf diese neoliberale Politik, die auf europäischer Ebene nicht den Sprung zur wahren Demokratie schaffe, gleichzeitig jedoch durch ihre Politik die Demokratie in den Mitgliedsländern aushebele. Insofern schränke die EU die Volkssouveränität ein, gewähre gleichzeitig ‚unpolitischen‘ oder ‚undemokratischen‘ Organen technokratischer Provenienz maßgebliche Gestaltungsmacht – die ihrerseits sich dem Einfluss der Lobbyisten des Kapitals öffnen würden.

Als Gegenargument gegen solchermaßen stark normativ aufgeladene Vorstellungen von und Erwartungen an Demokratie wird aufgeführt, dass die EU als Hüterin demokratischer Prinzipien in den Mitgliedsländern auftrete. Die jeweiligen Erweiterungsrounds – zumindest im Süden und Osten – erfolgten auch unter dem Gesichtspunkt, die demokratischen Institutionen in den Beitrittsländern zu stabilisieren. Die EU sei berufen, die Menschenrechte sowie die Gewaltentrennung in den Mitgliedsländern zu überwachen. Dies ist gegenwärtig in Ungarn und Polen zu beobachten, war aber auch schon ein Thema in Italien in der Regierungszeit von Berlusconi oder in Österreich in Zeiten der Regierungsbeteiligung der FPÖ (Blauberger 2016). Ferner achtet die EU auf eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten für Asylanten, Migranten oder Bürgerinnen und Bürger anderer Mitgliedsländer der EU in den nationalen Demokratien. Dieser genuin demokratische Effekt der EU wird in der Schweiz herbeigesehnt (Blatter 2016). Aus international vergleichender Perspektive wird deutlich, wie die EU für gesellschaftliche Integration und eine Stärkung der Demokratie in den Mitgliedsländern wirkt (Blatter/Schmid/Blättler 2016). In dieser Sichtweise stärkt die EU republikanische Werte wie Gewaltenteilung, Gewaltenschränkung und universelle Menschenrechte, die aufgrund historischer Erfahrungen dem Gestaltungskalkül des Volkes, genauer der Mehrheit des Volkes, entzogen und der Obhut des Rechtsstaates anheimgestellt werden sollen.

Tiefschürfender weist Andrew Moravcsik (2002, 2008) die normativen Klagen über ein vermeintliches Demokratiedefizit der EU zurück. Für ihn werde bei der Frage des Demokratiedefizites mit zwei Maßstäben gemessen. Zum einen argumentiert er, dass nicht alle Forderungen nach weiterer Demokratisierung der EU angemessen seien, da sie in den Demokratien der Mitgliedsta-

ten auch nicht gestellt würden. Dies führe dazu, dass eine Delegation von politischen Regulierungsaufgaben an unpolitische Organisationen (z. B. Verfassungsgerichte oder Zentralbanken) in den Mitgliedsstaaten akzeptiert werde, eine solche Akzeptanz der EU hingegen verwehrt werde.

Im Detail argumentiert Moravcsik (2008: 340): »At home, we do not generally treat referendum defeats on non-salient issues as threats to the basic legitimacy of the political system. We do not view indirect democratic accountability via ubiquitous constitutional institutions like constitutional courts, central banks, regulatory authorities and foreign policy authorities as illegitimate or undemo-

cratic. We do not expect non-salient issues alone to motivate informed voting or meaningful democratic mobilization. We do not believe that increased political participation will be a panacea for the ills of political systems.«

Zum zweiten betont er, dass hinter dem vermeintlichen Demokratiedefizit eher die Klage über mangelnde Legitimität verborgen sei. Insofern handele es sich also um eine Krise des ‚subjektiven‘ Empfindens nicht ausreichender Anerkennung der Einzelnen durch ein politisches Geschehen, das ‚zu weit weg von der Bürgerschaft‘ sei.

■ Demokratie oder Legitimität?

Das Demokratie-Kriterium erschöpft sich bei der Beurteilung des Regierens in entgrenzten Räumen; die Versuche scheitern, Demokratie normativ gehaltvoll jenseits des Territorialstaates zu denken, übrig bleibt die Ersetzung des Demokratie-Kriteriums durch das Kriterium legitimen Regierens (Jörke/Thake 2011, Jensen 2009, Schmidt 2013). Damit wird eine subjektive Dimension der Anerkennung von Politik durch die betroffene Bevölkerung in den Fokus gerückt. Bei legitimer Politik handelt es sich um Politik, bei der die Betroffenen den politischen Akteuren vertrauen und sie sich den Entscheidungen fügen, sich also Macht in Herrschaft verwandelt (Schmitter 2001: 2). Nach Scharpf – und erneut in Anlehnung an Max Weber – seien vor allem dann Politiken legitim, wenn sie von den durch die Entscheidung schlechter gestellten akzeptiert und anerkannt würden. Scharpf differenziert die Input-Legitimität von der Output-Legitimität. Vivien A. Schmidt differenziert zusätzlich die Throughput-Legitimität (Schmidt 2013).

Erstens kann **Input-Legitimität** durch ein partizipatives Verfahren der Bevölkerung – in der Regel Wahlen – als Teil einer politischen Gemeinschaft gemehrt werden. Ein gemeinsames deliberatives Ringen um angemessene Handlungen in einem gemeinsamen öffentlichen Raum ermöglichen die Responsivität der Regierung gegenüber den solchermaßen geäußerten Interessen einer klar fassbaren Bevölkerung. Den Regierungen kann somit – vor allem in Zeiten der Wahlen – Unterstützung für ihre Handlungen zugerechnet werden – oder eben nicht.

Die **Output-Legitimität** hingegen ist ein Leistungskriterium, mit dem die Effizienz der Policies zur Problemlösung erfasst wird. Die Regierung solle das ‚allgemeine Wohl‘ der Bevölkerung mehren. Es ist dabei strittig, wie konkret ein solches Output-Ziel zu bestimmen sei, gelte es als ‚technische‘ Einstufung der Experten oder als implizite oder explizite Zustimmung der Bevölkerungs-

mehrheit? Entscheidend wird immer die politische Einstufung der Bevölkerung sein. Als **Throughput-Legitimität** wird die ‚Güte‘ des europäischen Regierens umschrieben; das Ziel dieser Legitimitätskategorie ist es, die ‚black box‘ des europäischen Regierens teilweise zu öffnen. Letztlich fußt diese Legitimität einerseits auf der Legalität des Regierens, andererseits auf dem Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den regierenden Akteuren. Dieses Vertrauen ist abhängig von der Transparenz des Regierungsprozesses sowie der grundsätzlichen Offenheit gegenüber allen Interessen und Interessengruppen. Somit soll mit dieser Form der Legitimität die allgemeine Fairness des Regierens erfasst werden.

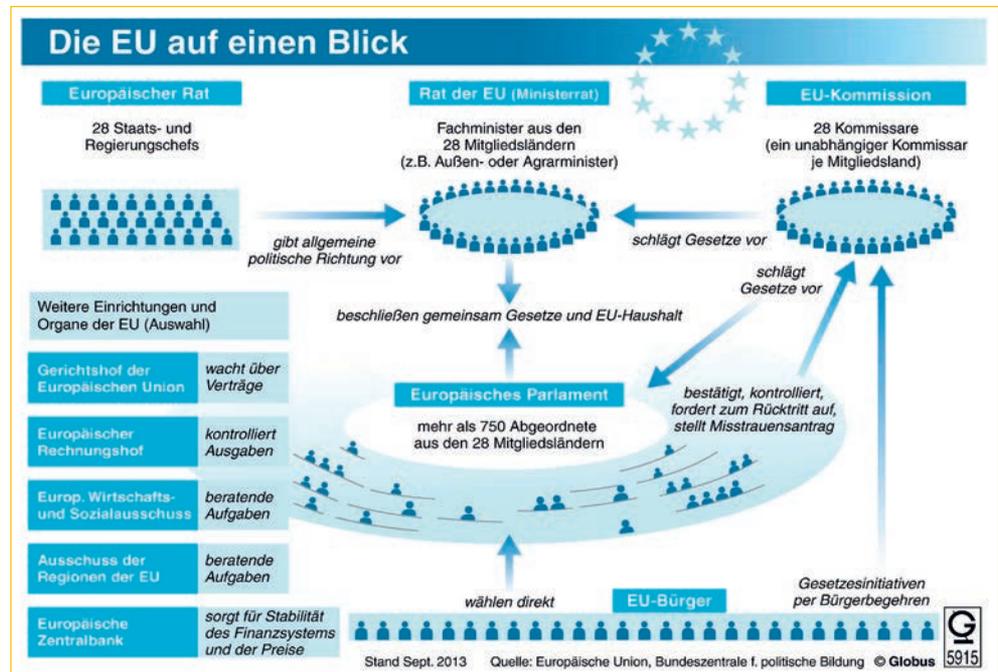


Abb. 6 Europäische Institutionen

© picture alliance, dpa-Infografik, 2013

■ Quellen der Legitimität

Die EU als UPO, als ein »unidentified political object«, ein facettenreiches und komplexes politisches System mit zahlreichen Politikverflechtungen und verhandlungsdemokratischen Imperativen verfügt über mehrere Quellen der Legitimität. Die EU ist kein demokratischer Territorialstaat, aber sie ist mehr als ein internationales Regime zur Regulierung gemeinsamer Probleme und mehr als eine internationale Organisation. »(T)he EU does not end up uniformly on either the international organization or the state side of the spectrum. It is not simply a strong international organization or a weak state, but is similar to a state in some respects and an international organization in others. Whereas its constitutional foundations (state membership and sovereignty) and its social legitimacy (weak citizenship and identity) are typical for an international organization, the EU's territoriality, issue-scope, and policy-making process (separation of powers, majority voting, and law enforcement) are similar to those of a state« (Leuffen/Rittberger/Schimmelfennig 2013: 7).

Die Apologeten der Demokratiedefizit-These kritisieren vor allem die **„technischen“ Organe der EU**, die einer direkten oder indirekten demokratischen Legitimation durch Wahlen entzogen sind, also vor allem die Europäische Zentralbank (EZB) sowie den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Von den ‚politischen‘ Organen ist das Europäische Parlament zwar unmittelbar demokratisch legitimiert, dessen Befugnisse wurden auch seit 1979 stets schrittweise ausgebaut, aber es wird als zahnloser Tiger kritisiert, da das Parlament zwar bei bestimmten Reformen des Sekundärrechts mitbestimmen darf, es allerdings weit davon entfernt ist, die politische Agenda wirksam beeinflussen zu können. Der Europäische Rat, in dem die Regierungschefs der Mitgliedsländer im intergouvernementalen und konsensualen Modus die Weichen der europäischen Geschichte stellen, kann zwar auf eine indirekte Legitimation durch nationale Wahlen verweisen, gleichwohl wird kritisiert, dass hinter dem scheinbar demokratischen Prinzip, dass jedes Land eine Stimme habe, eine (ökonomische) ‚Diktatur‘ herrsche, in der die deutsche Regierung als Vertreterin der Ankerökonomie Europas mit ihrem ‚Austeritätsfetischismus‘ die restlichen Mitgliedsländer dominiere. Der EU Kommission kommt letztlich eine tragende Funktion im Gesetzgebungs- und Regulierungsprozess zu. Sie füllt die Rolle der Agenda-Setterin aus. Allerdings sind die Entscheidungsprozesse innerhalb der Kommission

kaum transparent, gemeinhin wird die Kommission aufgrund ihrer bürokratischen und technokratischen Politikentwicklung kritisiert. Und letztlich steht die Kommission immer stärker im Schatten des Rates und deutscher Interessen: »Comission discretion occurs in the shadow of the Council – which (...) is in the shadow of Germany« (Schmidt 2015: 20, vgl. Streeck 2013).

Die ‚technischen‘ Organe der EU besitzen keine direkte oder indirekte demokratische Input-Legitimität, allerdings verfügen sie über andere Quellen der Legitimitätsgewinnung. Der Europäische Gerichtshof steht vor allem in der Kritik, geht er doch mitunter über die vertraglichen Grundlagen der EU hinaus und beanstandet ausschließlich die Verhaltensweisen der Mitgliedsländer, nicht aber anderer Organe der EU (Höpner 2011, 2014). Hier ist zu bedenken, dass der EuGH eher dem frühen Supreme Court gleicht, und dafür Sorge trägt, dass ein einheitlicher Rechtsraum geschaffen und von den Mitgliedsländern respektiert wird. »Er ist als eine Art oberstes Bundesgericht, nicht als spezialisiertes Verfassungsgericht entworfen – eine zentrale Unterscheidung zu seinem Verständnis« (Möllers 2015: 344). Zudem ist seit Anbeginn des EuGH den Mitgliedsregierungen klar gewesen, dass es die Aufgabe dieses Gerichtes ist, die Einheitlichkeit der Regelungen im Bereich der grundlegenden Freizügigkeiten vis-à-vis den Mitgliedsländern durchzusetzen. Insofern wussten alle Mitgliedskandidaten, auf welches Regelsystem sie sich einlassen. Mit der klassischen Entscheidung ‚Cassis de Dijon‘ von 1979 wurde erstmals klar, dass der EuGH die Freizügigkeitsregeln verteidigt, ohne jedoch nationale Ausnahmen (z. B. beim Umwelt- oder Gesundheitsschutz) per se auszuschließen. Dabei orientiert sich der EuGH durchaus am rechtlichen Konsens in der Mehrzahl der Mitgliedsländer und widerspricht dann aber auch mit höchstrichterlicher Gewalt abweichenden Regulierungsvorstellungen der Minderheitsauffassung (Möllers 2015: 347). Es ist bezeichnend, dass der Rechtsphilosoph Möllers eine legitimatorische Schwachstelle des EuGH aufzeigt, die kaum in der öffentlichen sowie der wissenschaftlichen Debatte aufgegriffen wird: Die Binnenstruktur des Gerichts mit nicht immer nachzuvollziehenden Zuweisungen von bestimmten Fällen an bestimmte Richter oder die Wahl des Präsidenten (Möllers 2015: 347f.).

Weniger stark in der Kritik ist die Europäische Zentralbank, gleichwohl wird auch sie – nicht zuletzt aufgrund ihres Krisenmanagements im Laufe der Finanzkrise nach 2007 – für ihre technischen und den politischen Prozessen entzogenen Entscheidungs-



Abb. 7 »Fütterung!«

© Burkhard Mohr, 29.9.2016

gen kritisiert. Dabei ist noch offen, ob die EZB sich in der Finanzkrise von einem (anfänglichen) ‚Oger‘, d.h. einem menschenähnlichen Ungeheuer, zu einem Held entwickelt hat (Schmidt 2015: 31–37). Die EZB wird dabei vor allem an ihrer Output-Performanz gemessen. Nach angeblichem Zögern und einer anfänglichen Zurückhaltung interpretierte die EZB ihre grundlegenden Ziele und Aufgaben flexibler und nahm schließlich beherrzt die Rolle eines ‚lender of last resort‘ wahr. Gleichwohl wird diese Neuinterpretation ihrer Aufgaben vor allem in Deutschland stark kritisiert. Die EZB kann ihre neue Rolle kaum glaubhaft gegenüber der politischen Öffentlichkeit vertreten. Hier ist sie zu sehr eingeklemmt zwischen einer Kommunikation mit der politischen Öffentlichkeit einerseits und den Märkten andererseits; und die Neuinterpretation der monetären Spielregeln fand unter dem drohenden juristischen Veto seitens des Bundesverfassungsgerichtes statt. Insofern verwundert es kaum, dass die EZB keine klare Kommunikationsstrategie in der Öffentlichkeit entwickeln kann – »legitimacy remains elusive« (Schmidt 2015: 28).

Bei den ‚technischen‘ Organen der EU wird das Dilemma des europäischen Regierens im Spannungsfeld von Demokratie und Legitimität deutlich. Die Organe der EU widersprechen unserem territorialstaatlich geprägten Verständnis von Demokratie. Regieren jenseits des Territorialstaates kann bislang kaum den demokratischen Anforderungen entsprechen. Aber gleichwohl ist die Politik der EU durchaus legitim, vor allem, wenn sie den Anforderungen einer Output-Legitimität entsprechen kann. Allerdings stößt dann legitime EU-Politik auf demokratische Politik der Territorialstaaten. Die EZB hat in den vergangenen Jahren gezeigt, welche Zwangsmaßnahmen sie den Krisenländern des Südens auferlegen und somit demokratische Selbstbestimmung in diesen Ländern aushebeln kann. Aus der Perspektive der Territorialstaaten ergibt sich somit eine ‚politics without policies‘ Situation, bei der territorialstaatliche demokratische Prozesse ohne policy-relevante Konsequenzen bleiben. Spiegelbildlich zeichnet sich die Politik der EU als ‚policies without politics‘ aus, zumindest ohne unmittelbaren demokratischen Prozess, wie es die Bevölkerung aus den Mitgliedsstaaten gewohnt ist – und wie es unserem demokratiethoretischen Ideal entspricht (vgl. Schmidt 2015).

Das erst 1979 in seiner jetzigen Form institutionalisierte Europäische Parlament dient als Quelle direkter Legitimität, allerdings wird es als ‚zahnloser Tiger‘ im vielschichtigen Netz europäischen Regierens eingestuft. In Gefolge der Finanzkrise nach 2007, als das Entscheidungszentrum innerhalb der EU von der Kommission zum Europäischen Rat mit seiner Hegemonie deutscher Interes-

sen schwenkte, verblieb das Europäische Parlament weitgehend im Abseits. Zwar wurde in der jüngsten Vergangenheit die Stellung des Europäischen Parlamentes gestärkt. Und bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 wurde der Parteienwettbewerb des Parlamentes aufgewertet mit der vor allem in Deutschland medial inszenierten Konkurrenz zweier ‚Spitzenkandidaten‘ für den Posten des Kommissionspräsidenten. Gleichwohl konnten diese graduellen Veränderungen das in den Verträgen festgeschriebene und durch die Finanzkrise verstärkte institutionelle Ungleichgewicht zwischen intergouvernementalen Organen und dem Europäischen Parlament nicht beseitigen (Möllers 2015).

Fazit

Werden unsere demokratiethoretischen Erwartungen an die EU befriedigt? Wohl kaum. Wer hat das Sagen in Europa? Viele Akteure, auch die Bevölkerung, aber eben nicht in

dem Maße, wie sie es aus den demokratischen Prozessen der Mitgliedstaaten kennt. Fragt man die Bürgerinnen und Bürger der EU, ob sie denken, dass ihre Stimme in der EU ‚zählt‘, dann verneinen zwar im Herbst 2016 immerhin 54 Prozent der Befragten diese Frage, gleichwohl bejahen sie auch immerhin 40 Prozent. In den kleinen Ländern des Südens und Ostens ist die Resignation stark ausgeprägt (in Griechenland verneinen 84 Prozent der Befragten diese Frage), die höchste Zustimmung zu dieser Frage äußern – eine Ironie der Integrationsgeschichte – die deutliche Mehrheit der Bevölkerungen in den integrations-skeptischen Ländern des Nordens (in Schweden bejahen immerhin 67 Prozent der Befragten diese Frage) (Eurostat 2016: 18).

Die EU ist Staat sowie Internationale Organisation. Werden die klassischen Kriterien der Demokratietheorie angelegt, dann ist das Regieren jenseits des Territorialstaates innerhalb der EU nicht demokratisch. Wenn die Kriterien gelockert, wenn die theoretische Aufmerksamkeit vom demokratischen zum legitimen Regieren umschwenkt, dann fällt die Bilanz ambivalent aus.

Seit der Finanzkrise von 2007 verstärkte sich der intergouvernementale Modus des Regierens in der EU mit im besten Falle indirekter Input-Legitimität. Die Kommission wurde geschwächt, das Europäische Parlament nur symbolisch aufgewertet. Die Output-Legitimität der EU erodierte zusehends – was noch durch die Flüchtlingskrise in Europa und den Brexit zugespitzt wurde.

Deutliche Risse der Solidarität zwischen den Mitgliedsländern sind sichtbar, nationale Interessen werden immer stärker verfolgt; und die Hegemonie der deutschen Regierung und deutscher (Wirtschafts-)Interessen nährt die Kritik nicht nur im Süden Europas. Während die Legitimität immer stärker erodiert, ist aus historischer Perspektive der demokratische Gehalt der EU durchaus gesteigert worden. Die EU scheint in einem demokratiethoretischen Tocqueville-Paradoxon gefangen zu sein – bei fortschreitender Demokratisierung der EU fallen verbleibende Demokratiedefizite immer stärker ins Gewicht. Diese sorgen bei gleichzeitiger Aushöhlung der territorialstaatlichen Demokratien durch das Regieren der EU für Legitimationskrisen und Auflösungsstendenzen der EU.

Wir sind gegenwärtig Zeuge einer intensiven Politisierung der EU (Zürn 2016). Der politische Wettstreit über die Zukunft Europas wird mit dem Brexit befeuert. In naher Zukunft wird sich zeigen, wie die EU weiter Bestand haben wird. Es ist zu vermuten, dass sich der Trend hin zu stärker ausdifferenzierten Integrationsstufen weiter verstärken wird (Leuffen/Rittberger/Schimmelfennig 2013). Dies mag integrationsfunktionalistisch zu begrüßen sein. Nor-

D72.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

Meine Stimme zählt in der EU (%)

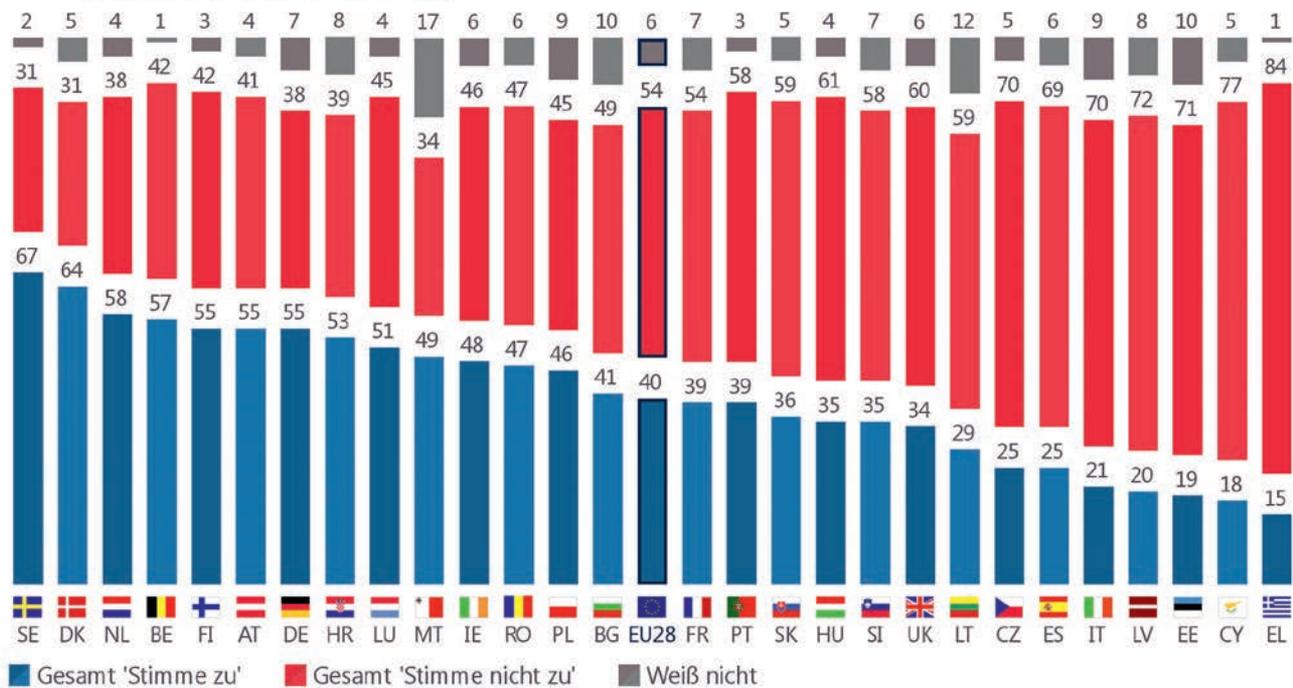


Abb. 8 »Meine Stimme zählt in der EU« – nationale Ergebnisse; »Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Meine Stimme zählt in der EU (%)«
© Eurostat (2016): Standard-Eurobarometer 86, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Herbst 2016, S. 18

mative Erwartungen an eine legitime Politik der EU werden auf diesem Wege allerdings weiter enttäuscht. Das sprichwörtliche ‚Rosinenpicken‘ einzelner Mitgliedsländer bei einer voranschreitenden differenzierten Integration, einer Integration unterschiedlicher Geschwindigkeiten, wird zunehmen; die Bevölkerungen werden sich fragen, warum nicht auch ihr Heimatland günstigere Bedingungen bei der europäischen Integration aushandelt, und sie werden sich letztlich fragen, was die EU noch normativ zusammenhält.

Die EU führt durch ihre ‚policies without (democratic) politics‘ dazu, dass in den territorialstaatlichen Demokratien immer stärker ‚(democratic) politics without policies‘ betrieben werden. Dass populistische Bewegungen und Parteien diesen Tatbestand mit guten demokratietheoretischen Argumenten anprangern, verwundert kaum. Wie können bei der gegenwärtigen Politisierung der EU diese demokratietheoretischen Klagen entkräftet werden? Mit dem Verweis auf eine erhöhte Output-Legitimität allein wird dies nach den ambivalenten Erfahrungen der Finanz- und Flüchtlingskrise kaum zu schaffen sein. Die Optimisten bedürfen also überzeugender normativer Begründungen, warum die Politik der EU zwar nicht demokratisch, aber dennoch legitim sein soll.

Literaturhinweise

Blatter, Joachim/Schmid, Samuel D./Blättler, Andrea C. (2016): Democratic Deficits in Europe: The Overlooked Exclusiveness of Nation-States and the Positive Role of the European Union, in: Journal of Common Market Studies 54 (1), S. 1–19

Blauberger, Michael (2016): Europäischer Schutz gegen nationale Demokratiedefizite?, in: Leviathan 44 (2), S. 280–302

Brown, Wendy (2015): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört, Berlin

Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, London

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin

Höpner, Martin (2011): Der europäische Gerichtshof als Motor der europäischen Integration: Eine akteursbezogene Erklärung, in: Berliner Journal für die Soziologie 21 (2), S. 203–229

Jensen, Thomas (2009): The Democratic Deficit of the European Union, Living Reviews of Democracy 2009 (www.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/cis-dam/CIS_DAM_2015/WorkingPapers/Living_Reviews_Democracy/Jensen.pdf, letzter Zugriff, 27.12.2016)

Jochem, Sven (2013): Entzauberungen der Demokratie – Theorien der Postdemokratie im Vergleich, in: Armingeon, Klaus (Hrsg.): Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie: Festschrift für Manfred G. Schmidt, Wiesbaden, S. 445–456

Jörke, Dirk/Tage, Ingo (2011): Vom demokratischen Regieren zum legitimen Regieren?, in: Politische Vierteljahresschrift 52 (2), S. 286–305

Leuffen, Dirk/Rittberger, Berthold/Schimmelfenig, Frank (2013): Differentiated Integration. Explaining Variation in the European Union, Basingstoke

Möllers, Christoph (2015): Krisenzurechnung und Legitimationsproblematik in der Europäischen Union, in: Leviathan 43 (3), S. 339–364

Moravcsik, Andrew (2008): The Myth of Europe's „Democratic Deficit“, in: Intereconomics November/December 2008, S. 331–340

Schäfer, Armin (2006): Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union, in: Leviathan, 34 (3), S. 350–376

Scharpf, Fritz W. (2012): Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Policy and Its Collapse in the Euro Crisis, MPIfG Discussion Paper 12/6, Köln

Schmidt, Vivien A. (2015): The Eurozone's Crisis of Democratic Legitimacy: Can the EU Rebuild Public Trust and Support for European Economic Integration?, European Economy Discussion Papers 015/September 2015, Brüssel

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin

MATERIALIEN

M 1 **Martin Beglinger:** »Nach dem Brexit: Mehr Demokratie jetzt!«, 30. 6. 2016, Neue Zürcher Zeitung

Für die meisten europäischen Spitzenpolitiker ist die direkte Demokratie eine Schreckvorstellung. Doch Europa braucht nach dem Brexit nicht weniger Referenden, sondern mehr.

Da gibt es diese alten Sätze von Jean-Claude Juncker, die seit dem Brexit neuerdings gar in Talkshows vorgelesen werden. Es sind Sätze aus dem Jahr 1999, aufgeschnappt hat sie der Brüsseler Korrespondent des »Spiegels«, der Juncker folgendermaßen zitierte: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

Diese (nie dementierten) Juncker-Sätze veraten ein bemerkenswertes demokratisches Selbstverständnis. Genau nach dieser Art des damaligen luxemburgischen Premierministers wurde seit 1991 die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion realisiert, Stück für Stück, vom freien Personenverkehr bis hin zum Euro, während sich die politische Verantwortung für diese fundamentalen Weichenstellungen im supranationalen Nebel verlor. »Nach derselben Methode soll auch der Bau des Bundesstaates Europa« mit einem »Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen« weitergehen, schrieb 1999 der »Spiegel« im gleichen Artikel und zitierte noch einmal den »pffiffigen Kopf« Juncker: Mit der Einführung des Euro »bildet sich bald ein neues Wir-Gefühl: wir Europäer«.

Gelenkte Demokratie: Just nach Methode Juncker ist in den letzten 25 Jahren ein Turm entstanden, sehr hoch, sehr rasch, bei heiterem Wetter gebaut, aber mit einem miserablen Fundament, wie sich jetzt zeigt, da der Wind heftig gedreht hat. Die Methode Juncker, das war gelenkte Demokratie durch die Hintertüre. Und dies alles im Namen höherer Einsicht. Nun werden die Briten durch die Vordertüre der Urnenlokale wieder austreten, und seither beben das Königreich und ein Teil des Kontinents.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die gelenkte Demokratie ausgerechnet mit einem freiwillig angesetzten Referendum ausser Kontrolle geriet. Mit einem Referendum, das seinen Initianten David Cameron unter sich begrub, ihn, der sich todsicher wähnte, die Mehrheit des Volkes werde ihm ebenso folgen wie die Mehrheit im Parlament. Der erste Frust der Verlierer richtete sich gegen Cameron, der zweite gegen die direkte Demokratie. Es verging kein Tag, bis auf dem Kontinent erste Stimmen zu vernehmen waren wie diese: »Bin ich froh, dass es in Deutschland keine Volksabstimmungen gibt.« Der Chefredaktor des Magazins »Focus« qualifizierte das Votum der gut 33 Millionen Briten als »undemokratisch« ab, während eine Kolumnistin der »Zeit« mahnte: »Große Politik kann und darf nicht am Stammtisch entschieden werden.« Ein anderer deutscher Twitterer befand schließlich: »Die Dummheit der Menschen ist das größte Argument gegen direkte Demokratie.«

Wie die Dummheit zu definieren ist, das hatte keinen Platz in diesem Tweet, doch man darf getrost vermuten, dass all diese Kommentare nicht geschrieben worden wären, hätten die Dummen sich an den Rat der Klugen gehalten. Eine Mehrheit für »Remain« wäre dann für die gleichen Leute ein Ausdruck demokratischer Reife gewesen. Stattdessen überstimmten nun die armen und wenig gebildeten »Provinzler« das mondäne London, und die schlimmen Alten haben den Jungen soeben die Zukunft vernagelt, so



M 2 Plakat der Schweizerischen Volkspartei (SVP), auf dem die Ausweisung (Ausschaffung) krimineller Ausländer gefordert wird. Hauptbahnhof Basel, Schweiz, am 9.02.2016.

© Foto: Thomas Burmeister, dpa

sehen es zumindest Letztere, die (gemäß YouGov) zu 75 Prozent für einen Verbleib in der EU gestimmt haben.

Das Brexit-Chaos ist nicht deshalb ausgebrochen, weil jetzt zu viel direkte Demokratie im Spiel war, sondern vorher zu wenig. Der Brexit war eine demokratische Rebellion, vielleicht gar eine Art demokratische Notwehr der Vergessenen. Politische Stilnoten waren hier gewiss nicht zu holen, doch in all den Jahren zuvor hatten die Briten nie Gelegenheit, sich auch nur zu Teilen dieses europäischen Gebildes zu äußern. So ging es gleich um alles oder nichts. Den wohl größten demokratischen Schock haben dabei die Jungen eingefangen. Dass sie nun in Wut und Frust versunken sind, weil sie künftig wieder Pässe zeigen müssen, weil die EU-Stipendien nicht mehr automatisch sprudeln oder weil sie sich jetzt alleingelassen fühlen in einem (vermeintlich) isolationistischen Land, wer könnte es ihnen verdenken? Kleinere Schocks dieser Art gab es auch schon in der linksliberalen städtischen Schweiz nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Doch die jungen Briten blenden eines lieber aus in ihrem großen Zorn gegen die Alten: dass volle 64 Prozent der 18- bis 24-Jährigen gemäß den bisherigen Umfragen offenbar nicht abstimmen gingen, worunter überraschend viele Studenten, während sich mindestens 70 Prozent der Alten an die Urnen bemühten. Mit anderen Worten: Die Generation »Easy Jet« hat es auch selber vergeigt. Für sie ist der Brexit zum schrillen »wake-up call« geworden. Frei nach Bill Clinton: »It's democracy, stupid!« Ein Kreuz an der Urne ist kein Like-Klick auf Facebook, und eine Abstimmung lässt sich auch nicht kurzerhand per Internet-Resolution rückgängig machen, damit das Resultat passt. Selber schuld, wer warum auch immer grad keine Zeit oder Lust zum Abstimmen hatte an jenem historischen 23. Juni.

Ein Weckruf sollte der Brexit auch in Brüssel sein. Die EU, sagten ihre Repräsentanten schon vorher, wolle sich jetzt nicht mehr um Glühbirnen und Staubsauger kümmern, sondern um das große Ganze, um die »Verwesentlichung« der Europäischen Union, wie das diplomatische Codewort für die »Vereinigten Staaten von Europa« heißt. Doch die alte Glühbirnenmanie ist das sehr viel kleinere Problem, wenn man das große Ganze weiterhin nach der Methode Juncker »verwesentlicht«. So würde der Turm noch höher und wackliger. Es ist wohl eher Rückbau angesagt. (...)

© Martin Beglinger: Nach dem Brexit: Mehr Demokratie, jetzt! in Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 30.6.2016

M 3 Joachim Blatter:
 »Bringt die EU
 tatsächlich weniger
 Demokratie?«,
 Neue Zürcher Zei-
 tung, 14.7.2016

In der direkten Demokratie fällt es den Alteingesessenen offenkundig sehr viel leichter, ihre exklusive Herrschaft zu verteidigen. Jüngst wurde in einem NZZ-Beitrag (M 1) die EU mit der gelenkten Demokratie Russlands gleichgesetzt, der Brexit als demokratische Rebellion der Vergessenen bezeichnet und mehr direkte Demokratie als Lösung propagiert. Das eigene nationale Demokratiemodell als der Weisheit letzter Schluss?

Dem gilt es eine nüchterne Analyse der demokratischen Vor- und Nachteile nationaler und supranationaler Herrschaft sowie repräsentativer und direktdemokratischer Partizipationsformen entgegenzusetzen.

Aus demokratischer Sicht liegt die Hauptproblematik der EU tatsächlich in der großen Distanz zwischen den Institutionen der EU und den europäischen Bürgern. Die Hauptursache für diese Distanz liegt allerdings nicht in den formalen Strukturen der EU begründet, sondern in der geringen Europäisierung der sogenannten »intermediären« Organisationen, v. a. in der extrem nationalistisch gefärbten Berichterstattung der Medien über europäische Politik. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, dass die EU die Demokratie in zweierlei Hinsicht massiv gestärkt und verbessert hat. Zum einen hat die EU in Süd- und Osteuropa den Übergang von autoritären Systemen zu Demokratien befördert und stabilisiert; zum anderen trägt die EU zusammen mit anderen supranationalen Institutionen dazu bei, ein zentrales Defizit der nationalen Demokratien in einer globalisierten Welt zu reduzieren. (...) Die massiv gestiegenen sozioökonomischen Ströme und Verflechtungen über nationale Grenzen hinweg haben dazu geführt, dass nationalstaatliche Politik massive, meist negative, externe Effekte jenseits der nationalen Grenzen produziert. Solange die Nationalstaaten keine internen Mechanismen etablieren, um die Interessen der »betroffenen externen anderen« in ihren Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess einzubinden, sind supranationale politische Institutionen die einzige Möglichkeit, Exklusivität und Ignoranz nationaler Demokratien zu reduzieren.

Bei einer nüchternen Analyse der demokratischen Vor- und Nachteile kommt die EU damit viel besser weg, als im öffentlichen Diskurs meist angenommen wird. Anders die nationalen Demokratien – auch in Bezug auf die direkte Demokratie der Schweiz: Wir erleben in allen nationalen Demokratien eine zunehmende »Tyrannei der Alteingesessenen«. Dies liegt zum einen daran, dass die meisten Demokratien Zugewanderte viel zu lange vom Stimm- und Wahlrecht ausschließen. Alle europäischen Länder – vor allem aber die Schweiz und die anderen deutschsprachigen Länder – sind in Bezug auf die demokratische Mitbestimmung von Immigranten sehr viel exklusiver, als dies aus der Sicht der normativen Demokratielehre der Fall sein sollte. Das Schweizer Parlament hat bei der jüngsten Reform des Bürgerrechtsgesetzes die Chance verpasst, das größte Demokratiedefizit der Schweiz – den Aus-



M 4 Mit Plakaten warben Frauen des Aktionskomitees »Ein Ja für die Frau« am 5. 2. 1971 in der Schweiz für das Frauenstimmrecht. Nach jahrzehntelangem Kampf erhielten die Schweizer Frauen am 7. 2. 1971 die volle politische Gleichberechtigung auf Bundesebene. In Deutschland war 1919 das Frauenwahlrecht eingeführt worden. © dpal picture alliance

schluss von knapp 25 Prozent ihrer erwachsenen Bewohnerschaft aus dem Stimmvolk – zu reduzieren. Die EU dagegen trägt dazu bei, dieses fundamentale Demokratiedefizit der Nationalstaaten etwas zu reduzieren, indem sie von ihren Mitgliedstaaten verlangt, dass sie bei Kommunal- und Europawahlen die Bürger aller EU-Staaten mitstimmen lassen.

(...) Die »Alteingesessenen« verteidigen ihre politischen Privilegien nicht nur gegenüber neuen Mitbewohnern, sondern auch gegenüber ihrem eigenen Nachwuchs, indem die jüngste Generation von der Stimmabgabe ausgeschlossen wird. (...)

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass es in einer direkten Demokratie den Alteingesessenen sehr viel leichter fällt, ihre exklusive Herrschaft zu verteidigen. Der Kampf im 20. Jahrhundert um das Frauenstimmrecht spricht hier eine deutliche Sprache. Die direkte Demokratie trägt tatsächlich zu einer stärkeren Identifikation der Menschen mit ihrer politischen Gemeinschaft bei – aber nur bei den Inkludierten, bei den vielen Ausgeschlossenen ist das Gegenteil der Fall. Kritikern der direkten Demokratie wird immer unterstellt, sie hielten die Menschen für dumm. Damit wird davon abgelenkt, dass eine niveauvolle Kritik der direkten Demokratie nicht auf die Fähigkeiten der Menschen abstellt, sondern auf die geringe Qualität des öffentlichen Diskurses. Diese Problematik wurde nicht nur beim Brexit deutlich. Auch in der Schweiz werden zunehmend Volksinitiativen angenommen, die aus liberaldemokratischer Sicht problematisch sind, weil sie die Rechte von Individuen und Minderheiten verletzen.

Warum schüren international agierende Wirtschaftsführer den Nationalismus, verteidigen die scheinbare Souveränität der Nationalstaaten, loben nationale Demokratien und diskreditieren supranationale politische Institutionen wie die EU? Weil sie in einer Welt von rivalisierenden Nationalstaaten viel leichter ihre Interessen umsetzen können, indem sie mehr oder minder explizit mit Wegzug drohen.

© Joachim Blatter: Bringt die EU tatsächlich weniger Demokratie? in: NZZ, 14.7.2016

M 5 Wolfgang Streeck: »Wenn die EU untergeht, wird keiner weinen«, 13. 10. 2016, Die ZEIT

Steht die Europäische Union, von ihren Betreibern »Europa« genannt, vor dem Ende? Wird sie an der Krisenkonjunktur unserer Tage zerbrechen – dem britischen Austritt, den Flüchtlingen, dem unaufhaltsamen wirtschaftlichen Abrutschen des Mittelmeerraums, der sich ankündigenden deutschen und italienischen Bankenkrise? So schnell verschwinden Institutionen nicht; eher geraten sie außer Gebrauch, verfallen, werden umgenutzt, ausgeschlachtet, überbaut. Das kann sich hinziehen, und wenn es gut geht, wird daraus ein gleitender Übergang zu einer neuen Ordnung, eine Reform ohne Reformer. Ebenso möglich aber ist ein dauerhafter Ordnungsverlust, ein normalisierter Stellungs- und Abnutzungskrieg, der sich selbst verlängert, indem er jeden guten Willen zu einem Neuanfang zerstört.

Das britische Austrittsvotum hätte, nach dem Scheitern des Dublin-Regimes und dem Desaster der Währungsunion, als weiterer Beweis dafür genommen werden können, dass mehr Integration im Europa von heute zu mehr Konflikt und deshalb zu weniger Integration führt. So hätte sich vielleicht eine Diskussion über das eröffnen lassen, was die Franzosen die finalité der europäischen Integration nennen. Aber das hätte die Gestaltungskraft der politischen Eliten überfordert. Zwar wurde der EU-Parlamentspräsident Schulz zurückgepfiffen, als er am Tag nach dem Brexit-Votum frohlockend alle Hindernisse zur sofortigen Einführung des Euro in der ganzen EU beseitigt sah. Zugleich aber wurde die Gelegenheit ausgelassen, die Austrittsverhandlungen zur Schaffung eines neuen, individuell anpassbaren Mitgliedsstatus zu nutzen, der auch für schon beigetretene Länder offen wäre und zur Grundlage eines kooperativen Europas à la carte hätte werden können, eines Europas nicht der »zwei Geschwindigkeiten«, sondern einer »variablen Geometrie«, als Alternative zu der ever closer union des Maastrichter Vertrags mit ihrer Vision eines zentralisierten, supranationalen Superstaats.

Eine derart weitgehende Reform, die Folgen auch für die »vier Freiheiten«, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer – des für den britischen Austritt entscheidenden Streitpunkts –, hätte haben müssen, war der europäischen politischen Klasse aber zu riskant. Zu viel stünde für sie auf dem Spiel: die Möglichkeit, Verantwortung »nach oben« abzuschieben und die Bürger mit der Aussicht auf das Wolkenkuckucksheim einer supranationalen Demokratie über die Austrocknung der nationalen Demokratie hinwegzutrogen; der Scheinkonsens zwischen den Mitgliedstaaten über Sinn und Zweck der europäischen Integration, der nur durch peinliche Vermeidung jeglicher Erwähnung der unterschiedlichen mit ihr verfolgten nationalen Interessen aufrechtzuerhalten ist, und so weiter. So setzt man darauf, siehe Merkel in der ZEIT, durch harte Austritts- und Assoziierungsverhandlungen Anschlussstäter abzuschrecken, und hofft erst einmal, dass eine Wirtschaftskrise – die allerdings auszubleiben scheint – oder im Gegenteil ein unverhoffter europäischer Wachstumsschub die Briten dazu bringt, reumütig in den Brüsseler Schoß, so wie er ist, zurückzukehren.

Also weiter wie bisher? Beim Treffen von Bratislava, dem ersten ohne Großbritannien, bestand Einigkeit, alle »institutionellen Fragen« auf sich beruhen zu lassen, angeblich weil sie »die Menschen« nicht interessieren. Stattdessen gab es wie gewohnt ein Kommuniqué mit Versprechungen – bessere »Kommunikation« in »klarer und ehrlicher Sprache« (!), untereinander und mit »unseren Bürgern« (!) – und eine »Bratislava Roadmap« für den Weg,



M 6 »Erziehungsberatung!«

© Gerhard Mester, 26.8.2016

wenn nicht zu »Europa«, dann wenigstens zum nächsten Gipfel. Bis März 2017 soll in vier mutmaßlich »bürgernahen« Bereichen Handlungsfähigkeit bewiesen werden: bei Migration (»keine Wiederholung der unkontrollierten Zuflüsse des letzten Jahres und weitere Senkung der Zahl der irregulären Migranten«), innerer Sicherheit (bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste), Verteidigung (mehr im Dezember) und »wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung« (Fortschrittsbericht über den »digitalen Binnenmarkt« und Planung, nach acht Jahren Krise, von gemeinsamen Maßnahmen, wenn schon nicht gegen die Arbeitslosigkeit, dann doch immerhin gegen die Jugendarbeitslosigkeit).

Allerdings glaubt niemand, dass eine Rückkehr in die gute alte Zeit der Output-Legitimität ausreichen wird, um »Europa« zusammenzuhalten. Man scheint sich darauf einzustellen, Probleme noch mehr als bisher »flexibel« zu lösen, das heißt durch Umgehung oder Beugung eines Regelwerks, das man nicht ändern oder loswerden kann. Je nach Interesse und abhängig von den Ergebnissen kann man dies als konstruktive Weiterentwicklung oder als destruktive Unterminierung der Union auffassen. Wie begrenzt allerdings die Möglichkeiten einer pragmatischen Flexibilisierung der europäischen Institutionen sind, lässt sich an den beiden Konflikttherden zeigen, die unmittelbar nach Bratislava aufbrachen: der europäischen beziehungsweise deutschen Flüchtlingspolitik und der nicht enden wollenden Krise der Währungsunion, die sich derzeit in einem beschleunigten Niedergang der italienischen Wirtschaft manifestiert. Wie kritisch diese Themen sind, wird daran deutlich, dass Orbán und Renzi öffentlich gegen die Konferenzbeschlüsse protestierten. Renzi trat nicht einmal zusammen mit Merkel und Hollande vor die Presse, obwohl sich die beiden mit ihm eigens zu seiner Unterstützung in einem inoffiziellen Dreier-Direktorium zusammengetan hatten. (...)

© Wolfgang Streeck: »Wenn die EU untergeht, wird keiner weinen«, 13. 10. 2016, Die ZEIT

M 7 Martin Höpner, Fritz Scharpf, Wolfgang Streeck: »Europa braucht die Nation«, 2. 10. 2016, Die ZEIT

Der Unmut über die EU lässt sich nicht mehr ignorieren. In ihrer gegenwärtigen Gestalt behindert sie die Politik ihrer Mitgliedstaaten und wird von diesen behindert. Die nationalen Demokratien befinden sich in einem Prozess schleichender Aushöhlung, ohne dass demokratische Prozesse auf europäischer Ebene dies ausgleichen könnten. Die EU reagiert auf politische Blockaden, indem sie Entscheidungen von hoher Tragweite den politisch niemandem verantwortlichen Autoritäten des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Kommission überlässt, und provoziert damit wachsende Widerstände. Sie kann und darf nicht bleiben, wie sie ist.

Die durch den Brexit-Schock angestoßene Debatte spaltet ihre Teilnehmer in zwei Lager. Die einen wollen »mehr Europa« und glauben weiterhin, der Zweck der EU sei die Überwindung der Nationalstaaten. Die anderen wollen »weniger Europa« und am liebsten ein Zurück zu voller nationaler Souveränität. Beides ist gleich unrealistisch. Auch eine reformierte EU wird mehr sein als eine internationale Organisation, aber weniger als ein Bundesstaat.

Die Herausforderung besteht in der Aktivierung demokratischer Prozesse auf den Ebenen sowohl der EU als auch ihrer Mitglieder. Es gilt, nach flexibleren Institutionen zu suchen, die gemeinsames europäisches Handeln ermöglichen. Gleichzeitig aber müssen diese Institutionen die demokratische Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten dort schützen, wo einheitliche europäische Lösungen fundamentalen Gegebenheiten und Interessen einzelner Länder widersprechen. Wer eine handlungsfähigere EU will, muss daher gleichzeitig einen »verantwortlichen Nationalismus« (Larry Summers) akzeptieren. Diese Kombination ist nicht nur möglich, sondern auch geboten, um die friedliche Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft der europäischen Völker vor dem sich abzeichnenden unverantwortlichen Nationalismus zu retten. (...)

■ 1. Die Macht der Europa-Richter begrenzen

Die europäischen Verträge begründen nicht nur völkerrechtliche Verpflichtungen, sondern wirken auf die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten wie eine mit zahllosen Detailregelungen überfrachtete Verfassung. Ihre Interpretation obliegt allein dem EuGH, der als »Motor der Integration« erheblichen Gebrauch von dieser Befugnis macht. Insbesondere hat der EuGH die Grundfreiheiten – die Regeln zur freien Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital – wie auch das Wettbewerbsrecht mit immer weitergehenden Bedeutungen aufgeladen. Diese Bestimmungen werden auf Institutionen und Praktiken angewandt, für die sie nicht geschaffen wurden, etwa auf soziale Dienstleistungen, auf die öffentliche Daseinsvorsorge und sogar auf die Tarifautonomie der Sozialpartner. Wo immer sich ein Bezug zum Binnenmarkt behaupten ließ, wurden im Namen von Grundfreiheiten und Wettbewerbsrecht Liberalisierungen erzwungen. Das verdrängt nicht nur die Politik zugunsten des Rechts, sondern gibt auch der europäischen Integration eine wirtschaftsliberale Richtung, die der sozialen Marktwirtschaft zuwiderläuft. Was wäre dagegen zu tun? Wir plädieren für eine gezielte Vertragsänderung. Diese müsste vorsehen, dass im Hinblick auf die Grundfreiheiten die Mitgliedstaaten allein an Richtlinien und Verordnungen des europäischen Gesetzgebers gebunden sind. Alle Richtlinien und Verordnungen, mit denen die bisherige Rechtsprechung kodifiziert wurde, würden weiter gelten. Aber es entfielen der Zwang zum vorseilenden Gehorsam in



M 8 »Europäische Werte«

© Gerhard Mester, 7.3.2016

Bezug auf künftiges Richterrecht, und Richter könnten den europäischen Gesetzgeber nicht länger durch ihre einseitige Interpretation der Grundfreiheiten an Änderungen hindern.

■ 2. Dem Drang zur Vereinheitlichung trotzen

Der politischen Handlungsfähigkeit des europäischen Gesetzgebers stehen die hohen Konsenshürden des »ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens« entgegen, das nur durch einen Vorschlag der Europäischen Kommission in Gang gesetzt werden kann. Und das Verfahren führt nur zum Erfolg, wenn am Ende nicht bloß eine absolute Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament, sondern auch fast alle 28 Regierungen im Rat zugestimmt haben. Will man daran etwas ändern, muss man zu Entscheidungen mit einfacher Mehrheit im Rat und im Parlament übergehen. Das aber würde die politische Legitimität der europäischen Gesetzgebung untergraben. Diese ist auf das Konsensprinzip und auf die Unterstellung angewiesen, dass die demokratisch verantwortlichen nationalen Regierungen auch legitimiert seien, die Anliegen ihrer Staatsvölker im Rat zu vertreten. Und solange es dabei bleibt, dass Gesetze der EU in allen Mitgliedstaaten einheitlich gelten sollen, wird man auch das Konsensprinzip nicht weiter abschwächen dürfen, als dies mit dem Übergang von der Einstimmigkeit zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat bereits geschehen ist. (...) Anders wäre es nur, wenn das in der Praxis schon oft durchbrochene Prinzip der einheitlichen Geltung des europäischen Rechts in allen Mitgliedsländern generell gelockert würde. Dazu könnte neben dem bisherigen »ordentlichen Gesetzgebungsverfahren« ein zweiter Verfahrensweg eröffnet werden, in dem europäische Gesetze mit einfacher Mehrheit beschlossen werden, während einzelne Regierungen die Anwendung auf das eigene Land durch ein formelles Opt-out ausschließen können. Die Initiatoren eines Gesetzes – zu denen neben der Kommission auch nationale Regierungen und Fraktionen des Europäischen Parlaments gehören sollten – hätten dann die Wahl zwischen diesen beiden Verfahrenswegen. Die Aussicht auf majoritäre Entscheidungen würde nicht nur die Handlungsfähigkeit der europäischen Gesetzgebung steigern, sondern auch die politische Mobilisierung für europäische Initiativen begünstigen, die heute sofort als aussichtslos gelten würden. (...)

© Martin Höpner, Fritz Scharpf, Wolfgang Streeck: »Europa braucht die Nation«, 2. 10. 2016, Die ZEIT

3. Quo vadis EU? Ökonomische Perspektiven Europas

DIRK WENTZEL

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftssysteme schrieb der Ökonom Francis Fukuyama 1992 sein berühmtes Buch vom »Ende der Geschichte«, das weltweit Beachtung fand. Fukuyama äußerte darin die Vermutung, dass die Demokratie und eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung weltweit gesiegt hätten und dass es keine ernst zu nehmende Alternative mehr gäbe zu offenen Grenzen, freiem Welthandel und wirtschaftlicher Integration. Offenbar hatte Fukuyama kurzfristig Recht, wie der Anstieg des Welthandels, der Aufstieg Chinas und auch die sehr erfolgreiche europäische Integration in den vergangenen 25 Jahren bestätigten. 1992 hatte die EU noch zwölf Mitglieder; 2017 sind es trotz des Referendums in Großbritannien noch immer 28 Mitgliedstaaten und es existiert eine längere Liste von beitriftswilligen Kandidaten. Jedoch scheint das Pendel der Globalisierung zurückzuschlagen – allerdings auf andere Art, als es sich manche globalisierungskritische Gruppierung ursprünglich gewünscht hatten. Erstmals hat es in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg wieder gewaltsame Grenzveränderungen gegeben – auf der Krim und in der Ost-Ukraine, die beide durch Russland bzw. mit dessen Unterstützung annektiert wurden. Außerdem gibt es europaweit einen starken Anstieg des Rechtspopulismus, der sich im Gebiet der Wirtschaftspolitik üblicherweise für die Beschränkung des Welthandels, gegen die freie Wanderung von Arbeit und Kapital und für den protektionistischen Schutz heimischer Industrien einsetzt. Die Befürworter des Brexit in Großbritannien hatten ihre Kampagne mit dem Slogan »Britain first« aufgezogen – ein Prinzip, das dem freien Welthandel grundsätzlich und sachlogisch widerspricht. Denn wenn jedes Land dieses Prinzip für sich als legitim einstufen würde, dann wäre der freie Welthandel quasi über Nacht infrage gestellt. Wo steht Europa ein Jahr nach dem britischen Referendum und mitten in der Finanz- und Migrationskrise? Sind die gemeinsamen Interessen – vor allem im wirtschaftlichen Bereich – nach wie vor stark genug, um den Fliehkräften der Desintegration und des neuen Nationalismus zu begegnen?



Abb. 1 »Europ-Man«

© Thomas Pläßmann, 2016

zeichnet werden – d. h. Wähler stimmen in erster Linie nach Gefühlen ab und ignorieren objektive Fakten – ist nicht damit zu rechnen, dass die Mehrheit der Europäer für die Beendigung des Binnenmarktprogrammes stimmen würde. Ein möglicher Rückfall in Kleinstaaterei und strategische Handelspolitik würde alle beteiligten Länder massiv schädigen.

Ein Blick in die Handelsstatistiken unterstreicht die Bedeutung des europäischen Binnenhandels. Deutschland etwa hat gemeinsame Grenzen mit neun anderen europäischen Ländern – bis auf die Schweiz alle EU-Mitglieder und die meisten auch in der Eurozone. Alle diese Länder sind sehr enge Handelspartner Deutschlands, allen voran Frankreich, die Niederlande, Italien und das Vereinte Königreich. Der Binnenmarkt war, ist und wird auch zukünftig die treibende Kraft der europäischen Integration bleiben. Von besonderer Bedeutung für Europa ist auch der Tourismus. Frankreich etwa war 2014 mit ca. 85 Millionen Besuchern weltweiter Spitzenreiter beim Tourismus. Auch hier ist nicht damit zu rechnen, dass eine mögliche neue rechtspopulistische Regierung diese wirtschaftliche Lebensader Frankreichs durchtrennen wird. Die Wahlerfolge der Rechtspopulisten liegen primär in dem Umstand begründet, dass sie sich sehr stark dem Migrationsthema widmen. Aber auch diese Regierungen werden vor allem an wirtschaftlichen Erfolgen gemessen. Ein Ausstieg aus dem Binnenmarkt würde aber die wirtschaftliche Situation in keinem Land verbessern.

■ Ökonomische Perspektiven des Binnenmarktes

Die vier Freizügigkeiten für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Personen sind nach wie vor das Kernstück des Binnenmarktes (Abb. 2) und der europäischen Integration. Auch der Euro hat sich seit seiner Einführung 2002 als Erfolgsgeschichte erwiesen und bewährt. Er ist im Vergleich zur Deutschen Mark wertstabiler und hat auch die bisherigen Finanzkrisen relativ gut überstanden. Obwohl die überraschenden Wahl- und Abstimmungsergebnisse im Jahre 2016 als das neue »Zeitalter des Post-Faktischen« be-

■ Ökonomische Auswirkungen des Brexit

Politisch und auch staatsrechtlich hat die Debatte um und die Entscheidung für den Brexit vor allem eines gezeigt: Ein Referendum ist für Entscheidungen mit solcher Tragweite nicht geeignet, denn es eröffnet Populisten ungeahnte Einflussmöglichkeiten,

z.T. auch unter vorsätzlicher Verwendung gefälschter Informationen in Medienkampagnen (sog. »fake news«). Die Wahlbeteiligung von ca. 72 Prozent und das hauchdünne Ergebnis für den Brexit zeigen, dass nur ca. ein Drittel der Bevölkerung für den Austritt gestimmt hat. Interessant ist auch das Faktum, dass primär alte Menschen für den Austritt stimmten, während die jungen Wähler zu ca. zwei Dritteln in der EU bleiben wollten. Unabhängig vom Ergebnis kann jedoch festgehalten werden, dass die Brexit-Kampagne auf beiden Seiten auf inhaltlich schwachem Niveau stattfand. Es zeigt sich zudem ein Mangel im politischen System des Landes, da auch nach dem Brexit Konfusion darüber herrscht, in welcher Weise die Institutionen der Gewaltenteilung (Regierung, Parlament, nationale und europäische Gerichte) in die Umsetzung des Brexit einzubinden sind.

Der Brexit hat vielfältige ökonomische, soziale und politische Konsequenzen für das Vereinigte Königreich und für die EU gleichermaßen. Der wirtschaftliche Gesamteffekt des Brexit ist weitgehend negativ, sowohl für die EU als auch für England, das den Hauptteil der Anpassungsmaßnahmen tragen muss (vgl. Fuest 2016a). Aber am schlimmsten betroffen sein dürfte das Finanzzentrum London: Dort haben sich zwar 67 Prozent der Bevölkerung für einen Verbleib in der EU ausgesprochen, aber sie müssen jetzt mit den Folgen des Brexit klarkommen.

Besonders interessant dürfte die Situation in Schottland werden, das mit großer Mehrheit für den Verbleib in der EU gestimmt hat und nun einen neuen Weg in die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wagen könnte.

Selbst wenn es jetzt noch einen »Exit vom Brexit« gäbe – wovon nicht auszugehen ist – so wäre schon ein Schaden eingetreten (siehe Fuest 2016a), denn es ist nach dem Referendum eine Phase der Orientierungslosigkeit und Unsicherheit eingetreten. Zwar behauptet die Regierung von Theresa May »Brexit heißt Brexit«, aber es existiert bislang keinerlei konkreter Plan und Strategie, welches neue Wirtschafts- und Handelsmodell England denn zukünftig verfolgen wird. In jedem Fall wird der Brexit eine sehr langwierige Verhandlung erfordern, die sich über Jahre hinziehen wird (vgl. Fuest 2016b).

Bedingt durch die Entscheidung des Londoner Verfassungs-Gerichts hat die Regierung keine absolute Gewalt über die Verhandlungen mit der EU, sondern muss das Parlament in allen Details befragen. Der Brexit ist nämlich keine einfache Ja oder Nein-Entscheidung, sondern eine vielschichtige Angelegenheit mit Hunderten Detailfragen. Und in

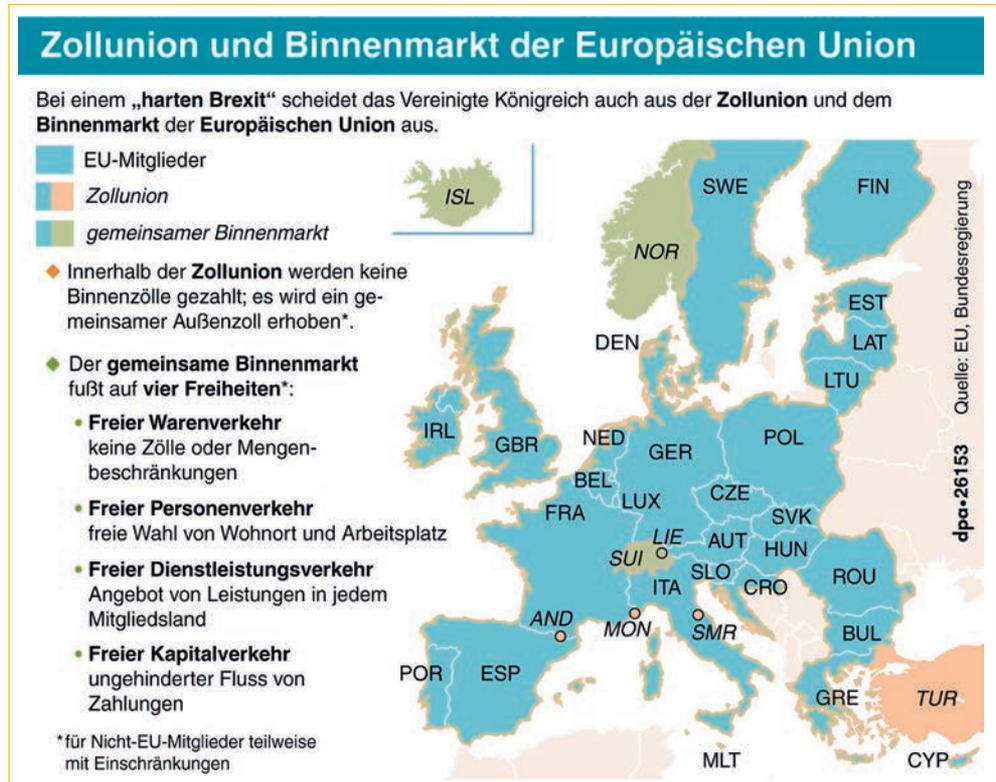


Abb. 2 Zollunion und Binnenmarkt der Europäischen Union (Stand: 18.1.2017). Nach dem Votum der Briten, die Europäische Union zu verlassen, will die britische Premierministerin Theresa May Großbritannien auch aus dem europäischen Binnenmarkt führen. © dpa-Infografik

diesen Detailfragen können britische Parlamentarier sehr wohl gegen den Brexit stimmen, wenn es die Interessen ihrer spezifischen Wählerschaft betrifft.

Der Brexit wird eine Abkehr des Vereinigten Königreichs vom Gemeinsamen Markt bedeuten, denn eine Trennung der Freizügigkeiten von Personen und Kapital wird mit der EU nicht verhandelbar sein – aus gutem Grund. Es gibt keine »gute« Kapitalverkehrsfreiheit und eine vermeintliche »schlechte« Personenfreizügigkeit. Am wahrscheinlichsten dürfte für das Vereinigte Königreich eine Lösung im Sinne einer Freihandelszone oder einer



Abb. 3 »Brexit – ratsch ...« © Gerhard Mester, 2016

Die Welthandelsorganisation WTO

Die WTO (World Trade Organization) zählt zu den wichtigsten Institutionen zur Behebung internationaler Wirtschaftsprobleme. Ihr Ziel ist es, Zölle und andere Handelshemmnisse abzubauen und den freien Handel zu fördern.



Abb. 4 Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) wurde 1995 als Nachfolgeorganisation des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) gegründet. Sie hat ihren Sitz in Genf. Die WTO hat derzeit 162 Mitglieder. Die WTO ist neben dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die wichtigste Institution zur Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme. Ihre Aufgabe ist es, den freien Welthandel zu fördern, und so bemüht sich die WTO um den Abbau von Handelshemmnissen wie beispielsweise Zöllen. Die WTO legt verbindliche Regeln für den weltweiten Handel fest; Mitgliedstaaten, die den freien Handel behindern, müssen mit Strafen rechnen. Entscheidungen über neue Handelsabkommen oder Verfahren werden im Konsens getroffen. Ein Schiedsausschuss versucht, Interessenkonflikte zu schlichten.

© dpa-Infografik, 2016

Zollunion sein, wie sie die EU heute z. B. mit der Türkei hat. Damit könnte das zentrale Anliegen der »Brexiteers«, die Beschränkung der Migration, erreicht werden. Gleichzeitig jedoch wird die City of London den sog. »Bankenpass« und andere Privilegien, die die Stadt als Finanzzentrum des Binnenmarktes hatte und die mit der Kapitalverkehrsfreiheit verbunden sind, verlieren.

Die EU wird im Gegenzug allerdings auch wirtschaftlich schwächer, weil sie mit dem Vereinigten Königreich ein großes Land verliert, das zudem Nettozahler in der EU ist.

Das größte wirtschaftliche Risiko für die Briten liegt in einem fast unmöglichen Spagat zwischen den verschiedenen Interessengruppen. Einerseits haben vor allem diejenigen Menschen für den Brexit gestimmt, die sich als die Verlierer der Globalisierung fühlen und die mehr staatlichen Schutz heimischer Industrien wünschen. Andererseits erfordert das »Geschäftsmodell London« eine hohe internationale Offenheit und Verflechtung, weshalb Vertreter der Stadt bereits Ausnahmen von einer möglichen Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit fordern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Anfang 2017) ist noch nicht klar ersichtlich, wie der Brexit organisiert und wie die wirtschaftlichen Einbußen aufgefangen oder eventuell sogar kompensiert werden könnten (vgl. Fuest 2016b). Ein neues, weltoffenes Geschäftsmodell ist jeden Fall nicht in Sicht. Das von den Brexiteers und der »United Kingdom Independent Party« (UKIP) vehement vertretene Prinzip des »Britain first« jedenfalls führt zu einer Beschränkung des Freihandels und zu einer Verletzung der WTO-Prinzipien. Es ist für die Weltwirtschaft auch nicht als ein allgemeines Prinzip tauglich, denn würde jedes Land nach dem Prinzip »my country first« verfahren, wäre der Welthandel gestorben mit gravierenden wirtschaftlichen Konsequenzen für die Menschen und die Unternehmen.

Ökonomische Auswirkungen der US-Wahl: Der »Trump-Faktor«

Das derzeit größte Risiko der Weltwirtschaft dürfte in der Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump liegen. Die Wahl des Populisten und bekennenden Gegners des Freihandels wirft viele Fragen auf, die die Unsicherheit in der Weltwirtschaft und im nach wie vor wichtigsten Handelspartner der USA, Europa, weiter verstärken werden.

Trump hat im Wahlkampf ein öffentliches Investitionsprogramm versprochen, um die Infrastruktur des Landes zu modernisieren. Hierdurch könnte durchaus eine wirtschaftliche Stimulation resultieren, wie auch die positiven Börsendaten im Anschluss an die Wahl bestätigen. Allerdings ist die Frage einer möglichen Finanzierung eines solchen Investitionsprogramms völlig offen. Durch die ebenfalls im Wahlkampf angekündigten massiven Steuerentlastungen der Unternehmen dürfte das US-Haushaltsdefizit weiter wachsen und die

Spielräume an den Kapitalmärkten verengen. Besonders risikobehaftet ist in diesem Zusammenhang das Verhältnis zu den Chinesen, denen Trump ja bereits hohe Strafzölle auf Importe androhte. Gleichzeitig ist China jedoch der größte Gläubiger der USA, so dass ein möglicher Handelskonflikt sich auch auf die Bereitschaft der Chinesen auswirken dürfte, amerikanische Staatsanleihen zu kaufen. Jeder dieser möglichen Konflikte hätte negative wirtschaftliche Auswirkungen für Europa.

Problematisch am wirtschaftlichen Konzept von Trump ist besonders seine negative Einstellung zum Freihandel. Die versprochene Kündigung der nordamerikanischen-mexikanischen Freihandelszone (NAFTA) ist ebenso schwierig wie die Aufkündigung der Verhandlungen über TTIP, von der Europa in jedem Fall negativ betroffen sein wird – insbesondere die ohnehin strukturschwachen Länder im Süd-Osten Europas.

Der Ausbau der Finanzmarkt-Architektur

Die Finanzkrise hat Europa zwischen 2008 und 2014 fest im Griff gehalten – zuerst mit der Bankenkrise und zweitens mit der Staatsschuldenkrise und dem Vertrauensverlust in Staatsanleihen der süd-osteuropäischen Länder. Gelöst ist die Finanzmarktkrise noch keineswegs, sondern sie wurde vielmehr abgelöst durch eine ebenfalls sehr beunruhigende Flüchtlingskrise im Anschluss an den Zusammenbruch mehrerer Länder im Nahen Osten.

Gleichwohl hat es große Fortschritte gegeben bei der europäischen Bankenregulierung und bei der Sicherung des Finanzsystems generell (vgl. Wentzel 2014). Europa ist heute wesentlich besser aufgestellt als noch 2008. Außerdem hat es in den europäischen Krisenstaaten beachtliche Reformanstrengungen gegeben. Ein

möglicher Konkurs eines kleinen EU-Staates würde vermutlich ohne große Auswirkungen oder Domino-Effekte für die Nachbarstaaten bleiben: Der Europäische Stabilitäts-Mechanismus (ESM) hat eine relativ große Glaubwürdigkeit und finanzielle Feuerkraft. Das entscheidende Fragezeichen hingegen liegt bei den großen EU-Staaten – allen voran Italien und Frankreich – sowie im Vereinigten Königreich, das nach seinem Alleingang nunmehr auch bei Finanzkrisen nicht mehr mit dem Beistand des ESM oder anderer europäischer Rettungsmechanismen rechnen könnte.

Kernpunkt der Finanzmarktarchitektur bleibt die sog. Europäische Bankenunion. Der für alle systemrelevanten Banken einheitliche Überwachungsmechanismus hat seine Arbeit aufgenommen. Die bei der EZB angesiedelte Bankenaufsicht der Großbanken hatte bis dato noch keine Bewährungsprobe zu meistern – was sich allerdings angesichts der Finanzrisiken etwa in Italien schnell ändern kann. Sollte eine europäische Großbank in Konkurs gehen, käme der einheitliche Abwicklungsmechanismus erstmals zum Tragen, mit dem ein Abwälzen der Bankrisiken auf die nationalen Steuerzahler verhindert werden soll: Ordnungspolitisch ein dringend notwendiger und lange überfälliger Schritt: Das Haftungsprinzip muss auch für Banken wieder glaubwürdig eingeführt werden (vgl. Wentzel 2014).

Schwer einzuschätzen ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des britischen Bankensektors. Sollten einzelne britische Banken durch den Brexit in Konkursgefahr geraten, wären sie möglichen Spekulationsattacken vergleichsweise hilflos ausgeliefert. Zudem wäre wohl kaum damit zu rechnen, dass die britische Regierung in einer solchen Krisensituation ausgerechnet bei der EU oder der EZB um Hilfe nachsuchen würde. In jedem Fall müssen die britischen Banken neue Geschäftsmodelle entwickeln, um den Verlust des EU-Geschäfts zu kompensieren. Bis dato ist allerdings noch keine Aufbruchsstimmung oder Innovationswelle zu erkennen. In der nahen Zukunft dürfte der Finanzsektor Europas durch den Brexit mit großer Unsicherheit behaftet sein.

Wirtschaftsbündnisse weltweit

Die wichtigsten Freihandelsabkommen unter dem Dach der Welthandelsorganisation WTO



Abb. 5 »Wirtschaftsbündnisse weltweit«

© dpa-Infografik, Nov. 2015,

Der Ausbau des Freihandels mit anderen Regionen der Welt

Freier Handel zwischen den europäischen Partnern sowie auf der Ebene der WTO ist nach wie vor das überlegene Prinzip. Partieller oder genereller Protektionismus – in welcher Form auch immer, ist kein tragfähiges Prinzip. Insofern ist es sehr bedauerlich, dass das Projekt einer europäisch-amerikanischen Freihandelszone (TTIP) durch den Brexit und durch die Wahl des Freihandelsgegners Donald Trump zunächst erst einmal auf Eis liegt. Allerdings kann die kurzfristige politische Krise nicht über die Richtigkeit des langfristigen Projekts hinwegtäuschen. Glücklicherweise konnte das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen (CETA) noch vor der Wahl Trumps ratifiziert werden. Die wichtigsten Argumente für TTIP bleiben auch nach der Wahl von Donald Trump gültig. Gerade für die Europäer würde ein gro-



Abb. 6 US-Präsident Donald Trump unterzeichnete am 23.1.2017 den Rückzug der USA aus dem geplanten transpazifischen Handelsabkommen TPP. Er setzt damit sein Motto aus dem Wahlkampf um: »America first«
© picture alliance, ap-photo, 23.1.2017

Der Wachstumsimpuls resultieren mit positiven Effekten für die Arbeitsmärkte und die Investitionen. Insbesondere für die von Jugendarbeitslosigkeit stark betroffenen Länder ermöglicht TTIP viele Chancen. Nur Handel und Investitionen haben nachhaltige Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Durch die Niedrigzinspolitik der EZB jedenfalls werden dauerhaft keine Arbeitsplätze geschaffen. Eine sehr große Bedeutung hätte TTIP für Europa im Bereich der Umwelt- und Sozialstandards. Käme es zum Freihandelsabkommen, wären die Europäer gleichberechtigte Partner und könnten bei der internationalen Durchsetzung von Standards – etwa im Bereich der Textilproduktion – eigene Maßstäbe verwirklichen. Ohne ein verbindliches Abkommen wird es jedoch zu einem unregulierten Prozess kommen, bei dem nicht mit gemeinsamen Lösungen zu rechnen ist: Dies wäre vermutlich im Interesse der neuen US-Regierung, die gezielt amerikanische Firmen unterstützen will. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob Donald Trump mit dieser Strategie erfolgreich sein kann, denn die einsei-

tere Vergrößerung der EU zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorstellbar. Dies mag u. U. auch daran liegen, dass es gegen die potenziellen Beitrittskandidaten in einigen Ländern der EU schwere Vorbehalte gibt, etwa gegenüber der Türkei oder gegenüber Mazedonien. Die Entscheidung zur Aufnahme neuer Mitglieder in die EU ist aber nach wie vor einstimmig zu treffen – und das ist derzeit schlichtweg ausgeschlossen. Für die beitragswilligen Länder kann dies verschiedene negative Effekte haben – der wahrscheinlichste ist wohl eine relativ große Ausreisewelle der jungen Menschen in Richtung Kern-Europa.

Die EU muss ihre wirtschaftlichen Kräfte bündeln und darf sich nicht verzetteln. Der Binnenmarkt bleibt nach wie vor ein attraktives Konstrukt, das allen Beteiligten Vorteile verspricht. Dort, wo es möglich ist, sollte eine vertiefte Integration angestrebt werden – etwa bei der partiellen Steuerharmonisierung für Unternehmen, bei der Angleichung von Standards der Rechnungslegung, bei der Umweltgesetzgebung, in der Medienpolitik und bei der Urheberrechtsgesetzgebung, bei der Asylpolitik und nicht zuletzt bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Gleichzeitig muss die EU den Versuchungen einer laxen Geldpolitik der EZB widerstehen.

Bei der Frage, ob die EU eine Erweiterungs- oder Vertiefungsstrategie verfolgen sollte, wird immer auf die Diskussion verwiesen, ob es eine »optimale Größe« der EU. Diese Frage ist nicht neu und sie wird je nach Stimmung und ggf. Krisenlage unterschiedlich bewertet. Wissenschaftlich eindeutig kann sie jedenfalls nicht beantwortet werden (siehe Wentzel 2012). In jedem Fall ist jedoch zu berücksichtigen, dass die EU weit mehr ist als nur ein gemeinsamer Markt, sondern dass die EU in aller erster Linie eine Wertegemeinschaft ist, wie sie beispielsweise in der »Millennium-Charta« im Jahr 2000 festgelegt wurde. Beitrittskandidaten werden zuerst gemäß den »Kopenhagener Prinzipien« auf ihre Rechtsstaatlichkeit und auf ihre demokratischen Institutionen hin überprüft, ehe es zu einer Analyse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kommt. Aus gegenwärtiger Sicht und bei Anwendung der Kopenhagener Kriterien drängen sich keine neuen Mitglieder auf.



Abb. 7 »Gelebte Demokratie«: Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der EU mit Kanada
© Schwarwel, 2016, dpa

Erweiterung oder Vertiefung der EU: Neue Gesichtspunkte einer alten Debatte

Ausblick 2025: Größe und Form eines neuen Europas

Die gegenwärtigen Herausforderungen Europas sind einzigartig und das »neue postfaktische Zeitalter« scheint zu großen Überraschungen bei Wahlen zu führen. Ob sich allerdings die Wähler dauerhaft gegen ihren eigenen wirtschaftlichen Vorteil entscheiden werden, ist höchst fragwürdig – und gibt Anlass zu einer gewissen Hoffnung. Auch ein Zurück in Kleinstaaterei und Währungsvielfalt, wie von vielen Rechtspopulisten gefordert, ist nicht wahrscheinlich. Die Vorteile einer gemeinsamen Währung im Binnenmarkt überwiegen die Kosten um ein Vielfaches. Und auch das häufig vorgebrachte Argument, man könne mit strategischen Währungsabwertungen Vorteile für das eigene Land »erschleichen«, kann nicht überzeugen. Kein einziges Land der Welt hat bisher dauerhaft seine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit mit Währungsabwertungen vertuschen können. Der Euro ist nach wie vor die bessere Lösung für Europa. Fehlende Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder kann hingegen nur durch nationale Reformen behoben werden, bei denen die EU allerdings sehr interessante Hilfsangebote machen kann.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Zukunft Europas liegt auch in einer angemessenen Reaktion auf die Flüchtlingskrise. Neben einer erfolgreichen Integrationspolitik (vgl. Wentzel 2010) sind auch die Ursachen für Flucht, Vertreibung und wirtschaftliche Unterentwicklung im Umfeld Europas zu bekämpfen. Es gilt einerseits, Fortschritt auch in den Ländern Europas, die derzeit noch nicht der EU angehören, zu fördern und damit den Wanderungsanreiz gerade für junge Menschen zu verringern. Andererseits sind auch die mediterranen Hilfsprogramme auszubauen, um die Migrationsanreize etwa in Afrika und im mittleren Osten zu reduzieren. Es zeigt sich immer deutlicher, wie eng die wirtschaftliche Entwicklung Europas auch zukünftig mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verbunden ist.

Literaturhinweise

Fuest, Clemens (2016a), Der Brexit ist ökonomisch irrational, in: Wirtschaftswoche, 27. Mai 2016, S. 38

Fuest, Clemens (2016b), Den Brexit-Schaden begrenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juli 2016, S. 20

Wentzel, Dirk (2014): Fortschritte der EU bei der Bankenregulierung. Auf dem Weg zu einer Bankenunion, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Deutschland & Europa, Heft 67–2014, S. 34–43

Wentzel, Dirk (2013a) (Hrsg.), Internationale Organisationen. Ordnungspolitische Grundlagen, Perspektiven und Anwendungsbereiche, in: Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 97, Stuttgart

Das Freihandelsabkommen TPP

Vertragspartner des Trans-Pacific Partnership Agreement
Ziel: größte Freihandelszone der Welt schaffen

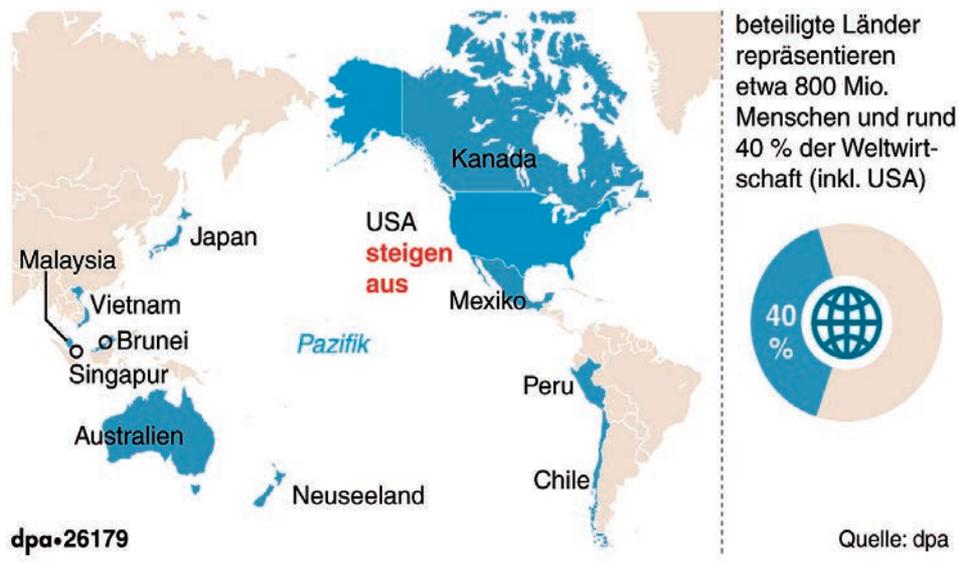


Abb. 8 Geplantes transpazifisches Freihandelsabkommen TPP scheidet am Widerstand der US-amerikanischen Regierung unter Donald Trump.
© dpa- Infografik, 2017

Wentzel, Dirk (2013b), Internationale Organisationen. Historische Entwicklung, theoretische Begründungen und Entwicklungsperspektiven, in: Internationale Organisationen. Ordnungspolitische Grundlagen, Perspektiven und Anwendungsbereiche, in: Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 97, Stuttgart, S. 193–206

Wentzel, Dirk (2012): Bestimmungsgründe für eine optimale Größe der Europäischen Union, Manuskript, in: Müller, Christian, Frank Trosky und Marion Weber (Hrsg.), Ökonomik als allgemeine Theorie menschlichen Verhaltens, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft Band 94, S. 195–218

Wentzel, Dirk (2010): Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Migration und ihre Medienwahrnehmung, in: Deutschland und Europa, Heft 60

MATERIALIEN

M 1 Clemens Fuest: »Der Brexit ist ökonomisch irrational«, Wirtschaftswoche, 27.5.2016, S. 38, 17.8.2015, S. 4

Ein EU-Austritt Großbritanniens würde nicht nur der Wirtschaft schaden, sondern könnte auch Turbulenzen an den Devisenmärkten provozieren. Prognosen sind ja bekanntlich schwierig. Trotzdem bin ich sicher: Ein EU-Austritt Großbritanniens, der sogenannte Brexit, wäre sowohl für die Briten als auch für den Rest der Europäischen Union ein schlechtes Geschäft.

Schauen wir uns die Ausgangslage an: Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ist traditionell auf Offenheit und internationalen Handel ausgerichtet, die Beziehungen zur EU haben hohes Gewicht. Die Hälfte der Exporte geht in andere EU-Länder – vor dem EU-Beitritt Großbritanniens waren es nur 40 Prozent. Von besonderer Bedeutung ist der Finanzsektor, sein Anteil an der Wertschöpfung beträgt derzeit rund acht Prozent. Im Bereich der Finanzdienstleistungen erzielte Großbritannien zuletzt einen Außenhandelsüberschuss von 90 Milliarden Pfund, das sind fünf Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Von diesem Überschuss entfällt ein Drittel auf EU-Staaten.

Auch bei den Investitionen ist das Land eng mit den europäischen Partnern verflochten. 46 Prozent des Bestandes der ausländischen Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich kommen aus der EU, umgekehrt halten britische Investoren 43 Prozent der Direktinvestitionen in anderen EU-Staaten.

Wenn sich die britischen Wähler am 23. Juni für den EU-Austritt entscheiden, werden zunächst mehrjährige Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zur EU folgen. Für die Wirtschaft eine Phase der Unsicherheit: Investoren und Konsumenten würden Ausgaben zurückstellen, bis geklärt ist, wie es weitergeht.

Und wenn der Austritt vollzogen ist? Dann drohen der britischen Wirtschaft erhebliche Turbulenzen. Einige optimistische Studien erwarten zwar, dass Großbritannien den Zugang zum Binnenmarkt behält, London das führende Finanzzentrum in Europa bleibt und das Land durch weniger Regulierung gegenüber dem Rest der EU an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt. Positiv für das Vereinigte Königreich wäre ferner, dass der Nettobeitrag zum EU-Haushalt in Höhe von 0,5 Prozent vom BIP entfällt. Für diese optimistischen Szenarien werden Gewinne von bis zu 4,5 Prozent des BIPs berechnet.

Diese Vorstellungen dürften allerdings unrealistisch sein. Dass der wirtschaftliche Austausch mit der EU beeinträchtigt wird, ist kaum zu vermeiden. Denn ein voller Zugang zum Binnenmarkt würde voraussetzen, dass Großbritannien auch relevante europäische Regulierungen übernimmt – und diese loszuwerden ist ja gerade ein wichtiger Grund für den Brexit.

Der wegfallende Handel könnte vielmehr nach aktuellen Berechnungen des ifo Instituts die britische Wirtschaftsleistung um bis zu drei Prozent reduzieren. Hinzu kommt, dass mit dem schrumpfenden Handel auch die wirtschaftliche Dynamik insgesamt leidet, die Unternehmen also weniger investieren und Innovationen ausbleiben. Wenn man das berücksichtigt, könnten die Verluste bis zu 14 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Eine Studie der London School of Economics hält gar Verluste von bis zu 20 Prozent für denkbar.

Auch in der EU würde der sinkende wirtschaftliche Austausch zu Wachstumsverlusten führen. Dies gilt insbesondere für Länder wie die Niederlande und Luxemburg, die durch die Finanzindustrie eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden sind. Auch in



M 2 »Wir Engländer lieben nun mal unsere Selbstständigkeit!«

© Klaus Stüttmann, 27.1.2013

Deutschland wären Verluste zu erwarten – nach ifo-Berechnungen bis zu drei Prozent vom BIP.

Was zudem in der Brexit-Frage noch zu wenig diskutiert wird, sind mögliche Verwerfungen an den Devisenmärkten. Das britische Pfund hat im Vorfeld des Referendums bereits an Wert verloren; die Abwertung würde sich bei einem EU-Austritt wohl beschleunigen. Einige Banken prognostizieren eine Kapitalflucht und einen regelrechten Absturz der britischen Währung auf unter einen Euro. Die britische Notenbank müsste mit Zinserhöhungen dagegenhalten. Das wiederum würde den Häusermarkt in Schieflage bringen – viele Haushalte haben hohe Hypotheken aufgenommen, bei denen die Zinsen jährlich angepasst werden.

Könnte dadurch auch das Vertrauen der Märkte in den Euro leiden? Verabschieden sich die Briten, liegt die Frage nahe, ob weitere Länder die EU (oder den Euro-Raum) verlassen wollen. Derzeit hat zwar kein EU-Staat Austrittsabsichten geäußert. Doch ist zu erwarten, dass angesichts der latenten Unsicherheit der Euro gegenüber der traditionellen Krisenwährung US-Dollar abwertet. All dies zeigt: Eine Entscheidung für einen Brexit wäre ökonomisch irrational – aber in einem Referendum ist nicht garantiert, dass wirtschaftliche Vernunft den Sieg davonträgt.

© Clemens Fuest: »Der Brexit ist ökonomisch irrational«, Wirtschaftswoche, 27.5.2016, S. 38, 17.8.2015, S. 4

M 3 DIW-Chef: Ausstieg führt zu geringerem Wachstum«, Stuttgarter Zeitung, 18.1.2017; S. 9

Der von der britischen Premierministerin Theresa May angekündigte harte EU-Ausstieg ihres Landes wird nach Einschätzung von DIW-Präsident Marcel Fratzscher sowohl die EU als auch die Briten teuer zu stehen kommen. »Die wirtschaftlichen Kosten eines harten Brexit sind sicherlich höher als alle anderen Optionen«, sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) (...) der Nachrichtenagentur Reuters. Beide Seiten – und damit auch Deutschland – würden wirtschaftlich mit Wachstumseinbußen für einen solchen Ausstieg bezahlen.

Allerdings rechnet Fratzscher nicht mit einem tiefen wirtschaftlichen Einbruch durch den Brexit oder gar einer Rezession. Für Großbritannien könnte es nach seinen Worten zu Wachstumseinbußen von jährlich 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten kommen. Auch

Deutschland werde Abstriche beim Wachstum machen müssen, allerdings nur in relativ geringem Ausmaß, sagte er. Eine Gefahr für Deutschland und Europa als Standort von Firmen könnte entstehen, wenn Großbritannien – wie schon angedacht – die Unternehmenssteuern massiv senkt. Dass es gelingen kann, damit Firmen anzuziehen, zeigten Beispiele wie Irland oder Luxemburg, erklärte der DIW-Präsident. Fratzscher empfiehlt der EU und Deutschland dennoch, sich nicht auf einen solchen Steuersenkungswettbewerb einzulassen. »Einen solchen Wettbewerb kann Deutschland nicht gewinnen«, sagte er. Er halte es für eine bessere Strategie, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, etwa durch Investitionen in die digitale Infrastruktur.

Wenn Großbritannien beim EU-Abschied einen klaren Trennungsstrich ziehe zum europäischen Binnenmarkt führe dies zu Erschwernissen beim Handel und den Investitionen, sagte Marcel Fratzscher. Das treffe Deutschland sehr hart, denn die Deutschen investierten stark in Großbritannien. »Hier wird es große Anpassungen und hohe Kosten geben«, warnte der DIW-Chef.

»Die Strategie, die die britische Regierung nun zu verfolgen scheint, heißt: wir wollen die Kosten für die Europäer und die Deutschen so stark erhöhen, dass sie uns einen bevorzugten Zugang zum Binnenmarkt gehen.«

Er halte das für eine äußerst gefährliche Strategie, der man in jedem Fall widerstehen muss, sagte Fratzscher. »Ich würde mir wünschen, dass man die Briten im Binnenmarkt hält.« Das wäre wirtschaftlich die beste Lösung für alle Beteiligten. Dazu müsste Großbritannien aber die Kröte des freien Güter- und Personenverkehrs schlucken. »Das ist unverhandelbar«, sagte der DIW-Präsident. «

© dpa, DIW-Chef: »Ausstieg führt zu geringerem Wachstum«, Stuttgarter Zeitung, 18.1.2017; S. 9

M 4 Peter Nonnenmacher: »Nicht länger halb drin«, Stuttgarter Zeitung, 18.1.2017

Lang sind die Briten, was Europa betrifft, nach Theresa Mays Worten »halb drinnen und halb draußen« gestanden. Mit halbherzigen Lösungen, ist es der britischen Regierungschefin zufolge nun bald vorbei. May will ihr Land binnen zwei Jahren ganz nach draußen manövrieren. Ihrer Ansicht nach lässt der Brexit-Volksentscheid vom vorigen Sommer keinen weiteren Verbleib Großbritanniens im EU-Binnenmarkt zu. Klarer hätte May kaum sein können bei ihrer Brexit-Grundsatzrede.

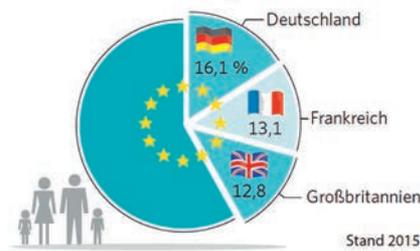
Auch die europäische Zollunion betrachtet sie letztlich als Hindernis. An die Außentarif der Zollunion sollen die Briten auch nicht länger gebunden sein.

Überraschend klar hat May auch ihre Prioritäten aufgelistet. Um ein Ende des freien Zuzugs vom Kontinent führt für sie kein Weg mehr herum. Europäische Richter sollen keinen Einfluss mehr haben aufs Königreich. An EU-Mitgliedsbeiträgen will sich Großbritannien nicht mehr beteiligen. Die Trennung von der EU ist komplett. Eine neue globale Rolle schwebt May vor, die den Glanz vergangener Zeiten wieder aufleben lassen soll. Ob das realistisch ist, ist keine Frage, die sie in diesem Zusammenhang diskutieren will. In welche neuen Abhängigkeiten ein solcher Schritt

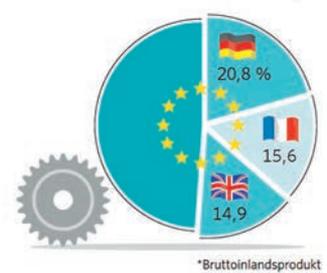
WIRTSCHAFTLICHE SCHWERGEWICHTE

Großbritannien, Deutschland und die EU

Anteil an der EU-Bevölkerung



Anteil an der EU-Wirtschaftsleistung*



Deutschlands Handel mit Großbritannien



Wechselkurs Britisches Pfund in Euro



Britisches Pfund in US-Dollar



StZ-Grafik: zap

Quellen: dpa, ifo, Eurostat, Stat. Bundesamt, ariva

M 5 Großbritannien, Deutschland und die EU

© Stuttgarter Zeitung, 18.1.2017, S. 9

führen könnte, kümmert in diesem großen Augenblick nationalen Wandels in Downing Street ebenfalls niemanden.

Die Brexiteers jedenfalls jubeln. Die Hardliner haben sich durchgesetzt. Großbritanniens EU-Austritt, der auch anders möglich gewesen wäre, nimmt nun die Gestalt eines äußerst harten Brexit an. Begünstigt hat diese Wendung, dass die Wirtschaftslage seit dem Referendum auf der Insel relativ stabil geblieben ist. Kompliziert hat zweifellos auch Donald Trump die Lage, mit seiner Verheißung eines schnellen britisch-amerikanischen Handelsvertrags diese Woche, und seiner Verachtung für die EU.

Für May ist klar: notfalls könne sie auch leben ohne eine Vereinbarung mit Europa. Durch den harten Brexit wird der Zusammenhalt des Königreichs ernsthaft getestet werden. Schottland kann kaum hinnehmen, dass es einfach so aus Europa herausgebrochen werden soll. Irland und Nordirland sind über der Aussicht auf neue Grenzposten und Zollhäuschen, und in Angst um den nordirischen Frieden, eh schon in Panik geraten. Für sie kommt ein harter Brexit einer Katastrophe gleich.

© Peter Nonnenmacher: »Nicht länger halb drin«, Stuttgarter Zeitung, 18.1.2017



M 6 »Starke Männer!«

© Gerhard Mester, 16.1.2017

M 7 Alexander Armbruster: »Fünf Gründe fürs Abschotten«, FAZ, 16.1.2017

Freihandel geht im Prinzip sehr einfach. Eine Regierung, die für Freihandel ist und weiß, dass dies auch die Menschen im Land wollen, braucht bloß alle Zölle, Qualitätsanforderung und andere Handelsvorschriften abzuschaffen – und schon hat dieses Land für sich Freihandel etabliert. Verbraucher, Unternehmen und öffentliche Institutionen entscheiden dann, welche Waren, Dienstleistungen und Wertpapiere sie von inländischen Anbietern kaufen und welche von ausländischen – je nachdem, wie sie es für sich am besten finden. Daraus ergibt sich dann eine bestimmte Importmenge und eine bestimmte Ausfuhr, in denen sich diese unzähligen Konsum- und Sparwünsche spiegeln.

Und wer, ist eine dahingehend zulässige Frage, sollte es eigentlich besser wissen? Ökonomen wissen, dass Freihandel unter dem Strich allgemein einen höheren Wohlstand ermöglicht. Viele Länder auf der ganzen Welt haben sich in den vergangenen Jahrzehnten denn auch entschieden, Handel zu erleichtern. Das kurze Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs geschlossene Handels- und Zollabkommen GATT ist im Jahr 1995 in der Welthandelsorganisation (WTO) aufgegangen. Dieser gehören mittlerweile 164 Länder an, darunter etwa auch China und Russland. Mitunter haben sich Länder auch entschieden, ihre Märkte schrittweise stärker zu integrieren, die EU ist das bekannteste Beispiel dafür. (...)

Gleichzeitig ist Protektionismus keineswegs verschwunden – im Grunde genommen hat sich kein einziges Land auf dem gesamten Planeten bislang zu komplettem Freihandel entschieden. Die öffentliche Diskussion über dieses Thema ist deutlich lauter geworden durch den designierten amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Dieser drohte bekanntlich schon im Wahlkampf vielfach hohe neue Zölle an und Steuern. Nach seinem Wahlsieg hält er daran fest – und setzt amerikanische wie ausländische Unternehmen (medienwirksam) etwa über den Kurznachrichtendienst Twitter unter Druck, Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten zu schaffen, in Amerika zu produzieren anstatt beispielsweise in Mexiko.

Die chinesische Führung rät öffentlich zwar von Protektionismus ab, aber gerade in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt gelten teils strenge Regeln und Restriktionen für ausländische Unternehmen. Tatsächlich gibt es auch in der Wirtschaftslehre neben dem großen Argument für freien Handel von Waren und

Dienstleistungen eine Reihe ökonomischer Gründe, die Protektionismus nicht nur erklären, sondern aus denen heraus auch klar wird, warum sich Regierungen teils dafür entscheiden. Hier kommt eine kleine Übersicht:

1. Verteilungskonflikte und Ungleichheit

Unter dem Strich, da sind sich Ökonomen einig, erhöhen Freihandel und Globalisierung den allgemeinen Wohlstand. Sie machen hingegen nicht automatisch auch jeden einzelnen reicher. Es gibt Menschen, die arbeitslos werden und keine neue Stelle finden, wenn ihre Unternehmen Arbeitsplätze ins Ausland verlagern oder vom Markt verschwinden, weil sie im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten existentiell unterliegen. Werden diese Menschen nicht aus dem Wohlstandszuwachs insgesamt »entschädigt«, ergeht es ihnen wirklich schlechter. Je nachdem, um wie viele Betroffene es geht und wie gut sie sich organisieren (können), um für ihre Interessen zu streiten, kann es politisch opportun sein, so eine Umverteilung durch Außenhandel nicht zuzulassen oder zumindest zu

bekämpfen.

Der in Aachen lehrende Wirtschaftsprofessor Oliver Lorz erklärt das in seinem Lehrbuch über Außenhandel so: »Wenn die Handelsgewinne nur bei einer Minderheit der Bevölkerung anfallen, während die Mehrheit durch Außenhandel eher verliert, dann würde der Medienwähler gegen eine Handelsliberalisierung sein und eine Politik, die sich an den Interessen des Medienwählers ausrichtet, ebenfalls.« Nun ist nicht bekannt, ob eine solche Argumentation den künftigen amerikanischen Präsidenten umtreibt. In seinem Interview mit der Bild-Zeitung sagte er aber auch den Satz: »Ich glaube an den Freihandel, ich liebe den Freihandel, aber es muss ein kluger Handel sein, damit ich ihn fair nenne.« Wer sich um Ungleichheit sorgt, hat freilich alternative Möglichkeiten als die heimische Wirtschaft abzuschotten, zum Beispiel über die Gestaltung des Steuersystems oder der Sozialsysteme.

2. Alte Industrien und Strukturwandel

Handel erschließt vielen Unternehmen und Branchen neue Absatzmärkte, steigert deren Profitabilität und schafft Arbeitsplätze. Andere hingegen schrumpfen, weil sie vergleichsweise weniger mithalten können mit Anbietern aus dem Ausland. Wieder je nachdem, um wie viele Menschen es geht, kann eine Regierung entscheiden, sie schützen zu wollen oder den Strukturwandel zumindest zu bremsen. Die Stahlbranche ist ein aktuelles Beispiel: Regelmäßig beschwerten sich Entscheider in Brüssel, Berlin und Washington in Peking über die hohe Produktion und niedrigen Preise chinesischer Hersteller. Der (berechtigte) Vorwurf lautet auf Dumping. Sie haben dabei die durch die günstige Konkurrenz aus Fernost bedrohten Arbeitsplätze im Blick und gewichten dies offenkundig höher als die Vorteile der Verbraucher durch die niedrigeren Preise.

Politisch kann sich das auszahlen unter der Annahme, dass die potentiellen »Handelsverlierer« eben stark in einer Branche oder sogar regional (Stichwort »Rust Belt«) konzentriert sind und sich politisch eher engagieren als eine breit gestreute und kunterbunte Koalition der Handelsgewinner. (...)

3. Aufstrebende Firmen schützen

Eine neue Zukunftsbranche entsteht nicht von jetzt auf gleich. Häufig fangen einige (kleine) Firmen an, probieren aus, müssen über Versuch und Irrtum erst lernen, wie ihre Produkte am besten ankommen und wie sie diese so günstig wie möglich herstellen.

Das braucht Zeit und in der Wirtschaftslehre gibt es darum das Argument, sie währenddessen vor vielleicht längst etablierten großen ausländischen Konzernen und möglichen Wettbewerbern zu schützen (»Infant Industry Protection«). Die Empfehlung richtet sich immer wieder zumal an aufstrebende Volkswirtschaften und Entwicklungsländer. Ist die heimische neue Branche dann einmal gewachsen, hat sie vielleicht nicht nur »gelernt«, wie sie am besten produziert, sondern realisiert auch noch Skalenerträge und wird hierdurch umso wettbewerbsfähiger auf dem Weltmarkt.

4. Sicherheitsinteressen

Neben wirtschaftlichen Erwägungen spielen natürlich auch geostrategische politische Überlegungen in die Handelspolitik. Es gibt Branchen, die nur mit Erlaubnis und streng kontrolliert ihre Erzeugnisse ins Ausland liefern dürfen, zum Beispiel Rüstungskonzerne. Gleiches gilt für manche Schlüsseltechnik, die auch militärisch genutzt werden kann. Hinzu kommen Güter, bei denen viele Länder schlicht nicht vom Ausland abhängig und damit theoretisch erpressbar sein wollen – Nahrungsmittel sind ein prominentes Beispiel, die Hilfen für Bauern sind allzu bekannt.

5. Große wirtschaftsstarke Länder sind anders

Die Argumente für Freihandel sind gerade für kleine Länder gewichtig, deren Wirtschaftskraft und Produktion faktisch keinen Einfluss auf die Preise auf den Weltmärkten haben. Für große, wirtschaftsstarke Länder – wie die Vereinigten Staaten – ergibt sich aufgrund ihrer Größe zumindest ein Anreiz zu versuchen, durch Protektionismus den eigenen Wohlstand zu vergrößern – auf Kosten des Auslands. Die Idee verbirgt sich in der Wirtschaftslehre unter dem sperrigen Begriff »Optimalzoll« und meint folgenden Gedanken: Ein großes Land hat womöglich so großen Einfluss, dass es etwa durch einen Einfuhrzoll das Preisverhältnis auf den Weltmärkten zu seinen Gunsten verbessern könnte, seine Wohlfahrt also mehr, während diese des Auslands sinkt. Nicht klar ist, ob Trump und seine Berater das im Hinterkopf haben. Einigermaßen dazu passt hingegen dieser Satz aus seinem Interview mit der »Bild«-Zeitung: »Zum Teil wurde die EU gegründet, um die Vereinigten Staaten im Handel zu schlagen, nicht wahr?« Und auch seine Rhetorik, bessere »Deals« anzustreben in vielen einzelnen Handelsabkommen. (...)

© Alexander Armbruster: »Fünf Gründe fürs Abschotten«, FAZ, 16.1.2017.

M 8 Holger Steltzner: »Droht ein Wirtschaftskrieg?«, FAZ, 3.2.2017, S. 1

Donald Trump verstört. Er poltert, ist unberechenbar, entschlossen, schnell und brutal direkt. Amerikas neuer Präsident unterschreibt Dekrete in Serie, legt sich mit einem Land nach dem anderen an. Er will eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen und die Mexikaner dafür zahlen lassen. Er verhängt ein Einreiseverbot für Staatsbürger aus sieben muslimischen Ländern ohne besondere Rücksicht auf das Recht der Vereinigten Staaten. Er wirft Japan und China vor, die Währungen zu manipulieren, und greift Deutschland wegen angeblicher Ausbeutung im Handel an. (...) In Deutschland mag man darüber klagen, als Sündenbock herhalten zu müssen. Doch aus amerikanischer Perspektive ist etwas dran an dem Vorwurf, dass Deutschland seinen Erfolg als Ausrüster der Fabriken der Welt und Lieferant von Premiumautos zum Teil auch dem schwachen Euro verdankt. Die Bundesbank rechnete kürz-

Deutschlands wichtigste Handelspartner

Angaben für 2015 in Milliarden Euro



M 9 »Deutschlands wichtigste Handelspartner«

© dpa-Infografik, 2016

lich vor, wie sehr die strittigen Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank den Euro gegenüber dem Dollar geschwächt haben. Natürlich kann Deutschland den Wechselkurs nicht manipulieren, weil die geldpolitische Zuständigkeit an die EZB abgegeben wurde. Auch werden die Negativzinspolitik und die Anleihekäufe der EZB hierzulande besonders scharf kritisiert. Aber es stimmt leider auch: Die Politik von EZB-Präsident Mario Draghi gäbe es ohne Duldung durch die Bundeskanzlerin nicht, mag Angela Merkel noch so oft die Unabhängigkeit der Zentralbank betonen. (...) Der Vorwurf aus Trumps Team, Deutschland verschaffe sich mit dem Euro (»implizite Deutsche Mark«) unfaire Vorteile im Handel, geht deshalb fehl, weil Amerikas Notenbank ihrerseits mit ultralockerer Geldpolitik den Dollar drückt. Außerdem notiert der Euro derzeit bloß in der Mitte der Schwankungsbreite seit seiner Einführung. Vor allem aber sind Produkte aus Deutschland wegen ihrer Qualität und Technik so begehrt und nicht, weil sie billig sind. Doch wahrscheinlich finden Argumente in Washington kein Gehör mehr.

Der Exportweltmeister Deutschland muss sich auf eine Zeitenwende einstellen. Trump sieht im freien Handel keinen Wohlstandsgewinn für alle. Für ihn ist der globale Wettbewerb ein Wirtschaftskrieg zwischen Nationen, in dem des einen Gewinn des anderen Verlust ist. Der Import- und Schuldenweltmeister Amerika sucht unter Trump sein Heil im Protektionismus. Er will mit Zöllen im Ausland hergestellte Produkte teurer machen in der trügerischen Hoffnung, so Amerikas Industrie wiederzubeleben. Steigende Preise für amerikanische Konsumenten werden dabei ebenso in Kauf genommen wie Hürden für länderübergreifende Produktionsketten.

Deutschland sollte gelassen reagieren. Die Antwort muss noch bessere Qualität sein, vor allem aber bessere Wirtschaftspolitik. Deutschland muss für Investitionen wieder attraktiver werden. Denn der Spiegel der deutschen Überschüsse sind gewaltige Kapitalexperte der Deutschen, die ihr Geld oft ohne Fortune in Amerika, Griechenland oder anderswo investieren. (...)

© Holger Steltzner: »Droht ein Wirtschaftskrieg?«, FAZ, 3.2.2017, S. 1

4. Europäische Union im Globalisierungsprozess. Die Krise der europäischen Vergesellschaftung

HANS-JÜRGEN BIELING

Vor noch gar nicht allzu langer Zeit erschien die Zukunft der europäischen Integration vielen Beobachtern in einem geradezu rosigen Licht. In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion dominierte ein Gestaltungsoptimismus, der sich in zahlreichen Dokumenten und Stellungnahmen manifestierte. So hatte sich der »Europäische Rat« (2000:2) mit der Lissabon-Strategie das Ziel gesetzt, die EU bis zum Jahr 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen«; die Kommission formulierte in ihrer »Global Europe«-Strategie die Konzeption einer umfassenden und offensiven Handelspolitik (European Commission 2006); und Javier Solana, der damalige Hohe Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), verdeutlichte mit der von ihm initiierten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) (Europäischer Rat 2003), dass die EU über die wirtschaftlichen Themen hinaus gewillt war, sich auch machtpolitisch stärker zu profilieren. Flankiert wurden diese Positionierungen durch Reden und Artikel von Kommissions- und Regierungsvertretern, die eine »Weltmacht«-Rolle der EU einforderten (vgl. Bury 2004; Verheugen 2005), oder durch Studien, die die neue globale Rolle der EU mit Blick auf die verfügbaren, vornehmlich »weichen« Machtressourcen wissenschaftlich zu konzeptualisieren versuchten (Manners 2002; Rifkin 2004; Leonard 2005). Nach nun fast einem Jahrzehnt sich überlagernder Krisenprozesse und interner Desintegrationstendenzen müssen die damals lancierten Diskurse als Ausdruck einer europäischen Hybris erscheinen. Tatsächlich wäre eine solche Interpretation jedoch zu oberflächlich. Nachfolgend soll dargelegt werden, dass die EU grundsätzlich an der in den 1990er und 2000er Jahren entwickelten Globalisierungsstrategie festhält, diese jedoch aufgrund der internen Krisendynamiken und externen Widerstände neu zugeschnitten wird. Dies zeigt sich vor allem in der Ausrichtung der internationalen Handels- und Investitionsbeziehungen, zum Teil aber auch in anderen Bereichen der außenpolitischen Kooperation. Im Bereich der politischen Diplomatie agiert die EU eher zurückhaltend, wirtschafts- und handelspolitisch mitunter aber auch aggressiv, um sich gleichsam aus der ökonomischen Krise »heraus zu handeln« (Wolff 2016).



Abb. 1 »Freu dich nicht zu früh, Europa!«

© Klaus Stüttmann, 12.10.2012

Dynamiken und Merkmale der europäischen Globalisierungsstrategie

Eine aktive europäische Globalisierungsstrategie hat sich eigentlich erst in den letzten Jahrzehnten herausgeschält. Zuvor war der Integrationsprozess sehr viel stärker nach innen und eher defensiv orientiert. In den Nachkriegsjahrzehnten war es maßgeblich darum gegangen, Deutschland (sicherheits-)politisch einzubinden, gegen die Sowjetunion und den Realsozialismus gerichtet, die transatlantische Kooperation zu stärken, sowie die nationalen Wirtschaftsräume zu modernisieren. Was den letztgenannten Punkt betrifft, kam der europäischen Integration die Funktion zu, Spannungen und Restriktionen, die sich aus der unterschiedlichen Reichweite des ökonomischen Funktionsraumes (Handel, Investitionen, Finanzbeziehungen) und des politischen Funktionsraumes (geprägt durch nationalstaatlichen Institutionen von Demokratie, Recht und Umverteilung) ergaben, durch den gemeinsamen Markt und supranationale Institutionen mit begrenzten Entscheidungskompetenzen zu überbrücken (Statz 1989; Ziltener 1999).

Seit den 1980er und 1990er Jahren haben sich durch die intensivierte Integration und den Zusammenbruch des Realsozialismus die Ziele, Kriterien und Instrumente der »Überbrückung« beträchtlich gewandelt. Durch die wiederholten Vertragsrevisionen sind im Zuge zentraler Integrationsprojekte wie dem EG-Binnenmarkt, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), der Finanzmarktintegration und Ost-Erweiterung die supranationalen Kom-

petenzen erweitert worden; und politökonomisch beschleunigten sich durch die grenzüberschreitende ökonomische Verflechtung und die Ausdehnung des Wirtschaftsraumes zugleich die Prozesse der EU-internen Globalisierung. Beides begünstigte etwas zeitverzögert zudem einen Wandel der Außenbeziehungen der EU (Bieling 2010). Von einigen Sektoren wie z. B. der Landwirtschaft einmal abgesehen, stellte die EU zunehmend weniger einen Handelsblock oder gar eine handelspolitische »Festung« zur Abwehr wirtschaftlicher Konkurrenten dar (Cafruny/Ryner 2003). Sie entwickelte sich vielmehr in die Richtung eines »offenen Regionalismus«: zum einen aufgrund der veränderten globalen Konstellation, vor allem einer deutlich erweiterten und vertieften Liberalisierungsagenda wie sie u. a. durch die 1995 gegründete WTO zum Ausdruck gebracht wurde; und zum anderen aufgrund der Globalisierung der europäischen Transnationalen Konzerne (TNKs), für die die Märkte in anderen Weltregionen eine immer größere Bedeutung erlangten.

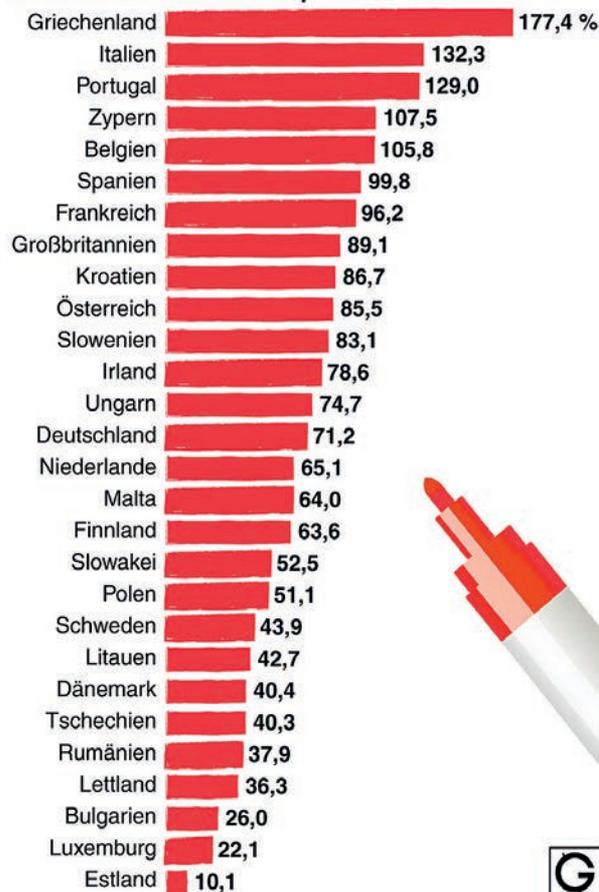
Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen – nicht zuletzt des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkriegs – und der hierdurch gestärkten Bereitschaft zur Kooperation, hat sich im Kontext dieser doppelten – internen wie globalen – Transformation der Operationsbedingungen der Europäischen Union ein spezifischer, vermehrt eigenständig und offensiv ausgerichteter außenpolitischer Gestaltungsansatz herauskristallisiert. Dieser Gestaltungsansatz zeichnet sich vor allem durch folgende Merkmale aus: die Fokussierung auf Handels- und Investitionsfragen und andere Formen der wirtschaftlichen Kooperation, die Förderung von zentralen Elementen des Good Governance (Schutz von Menschenrechten, Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung von Korruption, Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaft etc.), die Verankerung dieser und anderer Normen in internationalen Verträgen, Regimen und Institutionen, d. h. eine multilaterale Orientierung, eine – innerhalb der NATO – eher moderate Entwicklung der militärischen Interventionskapazitäten sowie ein sehr dichtes und umfassendes Netz diplomatischer Beziehungen. In den meisten Charakterisierungen der EU wird entsprechend hervorgehoben, dass diese weit davon entfernt ist, eine traditionelle Groß- oder gar Supermachtpolitik zu betreiben. Sie steht vielmehr für einen kooperativen, multilateral orientierten und rechtsbasierten Gestaltungsansatz, der gestützt auf ein weitausgreifendes Netzwerk der Wirtschafts- und Sicherheitsdiplomatie vornehmlich auf Elemente einer »weichen«, d. h. auf Handel und Diplomatie basierten Geopolitik vertraut und sich nur ausnahmsweise einer militärischen Erzwingungspolitik wendet.

Die europäische Globalisierung in der »Doppelkrise«

In den 1990er und 2000er Jahren ist der hier skizzierte Gestaltungsansatz der EU in der Wissenschaft und in den Medien – bis hin zur Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2012 – vielfach gefeiert und nicht selten auch verklärt worden. Der reale Kern so mancher Überhöhung und Verklärung besteht darin, dass der europäische Wirtschaftsraum nicht nur über ein beträchtliches produktives Potenzial verfügt, sondern die Formen der internen Organisation auch gut geeignet zu sein scheinen, die globale Verflechtung und Kooperation zu fördern. Dies gilt z. B. für das Prinzip der wechselseitigen Anerkennung nationaler Regulierungsstandards – in Kombination mit gewissen Mindeststandards. Dieses Prinzip erwies sich zunächst im Kontext des EG-Binnenmarktes als ein sehr effektives Instrument zur Beseitigung »Nichttarifärer Handelshemmnisse« (NTHs) und zur Deregulierung der europäischen Ökonomie, bevor es anschließend auch vermehrt im globalen Maßstab für die Liberalisierung der Märkte für Waren und (Finanz-)Dienstleistungen genutzt wurde (Abdelal 2006; Meunier 2007).

Schuldenlast in der EU

Stand der öffentlichen Verschuldung Ende 2015 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Eurostat (Okt. 2016)

© Globus 11343

Abb. 2 »Schuldenlast in der EU«

© dpa-Infografik, 2016

Ähnliches lässt sich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik beobachten. Nachdem die zwischenstaatliche Rivalität in Europa durch die multilaterale – vertragsrechtliche und institutionelle – Verankerung zentraler normativer Standards wie Freihandel, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie insgesamt sehr wirksam eingehegt worden war, versuchte die EU diese Organisationsprinzipien – oft im Schatten der US-Hegemonie – auch in der Gestaltung der Außenbeziehungen umzusetzen (Bieling 2014).

Die strategischen und konzeptionellen Erwägungen der EU korrespondieren mit einer liberal-kosmopolitischen Perspektive, die im Fall von Verstößen gegen Eigentumsrechte oder Menschenrechte auch Sanktionen und andere Formen der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Intervention, also den – erzwungenen – Verzicht auf nationale Souveränität zulässt. Noch immer atmen viele Dokumente und Stellungnahmen der EU den Geist dieser Basisphilosophie. Ebenso ist aber auch nicht zu übersehen, dass die – schon früher bestehenden Widersprüche und Grenzen: fehlende gemeinschaftliche Kohäsionsmittel bei einer fortbestehenden intern fragmentierten Souveränitätsstruktur des EU-Systems – des hier skizzierten Gestaltungsansatzes in den letzten Jahren stärker hervorgetreten sind. Die Gründe hierfür sind in einer »Doppelkrise« zu verorten, die einerseits auf die EU-internen Krisendynamiken, andererseits aber auch auf die Krise des Multilateralismus, vielleicht sollte man bereits sagen: den allmählichen Abschied von einer multilateral organisierten Weltwirtschaft und Weltordnung verweist.

■ Europäische Desintegration

Was die EU-internen Krisenprozesse betrifft, so ist inzwischen umfangreich untersucht und dargelegt worden, dass diese zwar durch die transatlantische Finanzkrise ausgelöst worden waren, sich dann aber aufgrund der ungleichen Entwicklung und der spezifischen Muster der finanziellen (Inter-)Dependenz zwischen den Gläubigern und Schuldnerländern in der EU verfestigten (Bieling 2015). Hinzu kam ferner, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten im Jahr 2010 – begleitet durch den diskursiven Kursschwenk von der Finanz- zur Staatsschuldenkrise – zu einem austeritätspolitischen Krisenmanagement in Verbindung mit einer Politik der Struktur-reformen übergingen (einer »internen Abwertung« durch niedrigere Löhne und Sozialleistungen), was in vielen Ländern die wirtschaftliche Erholung verzögerte oder sogar blockierte (vgl. Tabelle 1). Die Zentralbanken, allen voran die EZB, kompensierten diese Entwicklung partiell und gingen zu einer expansiven Geldpolitik über. Die EZB intervenierte umfassend in die Geld- und Kapitalmärkte, um die Krise wenigstens etwas abzuschwächen und um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern (Bieling/Heinrich 2015).

Abb. 3 Wirtschaftliche Eckdaten der Europäischen Union

| | 1997– 2001 | 2002– 2006 | 2007– 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
|--|---------------|---------------|---------------|------|------|------|------|
| Jährliches Wirtschaftsleistung (in % zum Vorjahr) | 3,0 | 2,1 | 0,5 | -0,5 | 0,2 | 1,6 | 2,2 |
| Investitionen (in % zum Vorjahr) | 3,9 | 2,6 | -1,2 | -3,5 | -1,5 | 2,6 | 3,5 |
| EU-interne Nachfrage (in % zum Vorjahr) | 3,0 | 2,1 | 0,3 | -1,5 | -0,1 | 1,8 | 2,1 |
| Arbeitslosenquote (in % aller Erwerbsfähigen) | k. A. | 8,9 | 8,5 | 10,5 | 10,9 | 10,2 | 9,4 |
| Öffentlicher Schuldenstand (in % des BIP) | k. A. | 60,3 | 70,2 | 85,3 | 87,4 | 88,5 | 86,6 |
| Leistungsbilanz (in % des BIP) | 0,0 | 0,1 | -0,3 | 0,9 | 1,4 | 1,4 | 1,8 |

© European Commission (2016: 156ff)

Die ökonomischen und sozialen Kosten der Austeritäts- und Strukturreformpolitik waren für die EU beträchtlich, für die Länder der südeuropäischen Peripherie mitunter sogar dramatisch. Angesichts der gedämpften effektiven Nachfrage dauerte es vielfach sehr lange, bis das Vorkrisen-Niveau der volkswirtschaftlichen Produktion wieder erreicht wurde. Mehr noch, durch die Heftigkeit der Krise und die lange Dauer der Stagnation wurden auch viele, eigentlich nutzbare produktive Kapazitäten vernichtet: etwa dadurch, dass die Banken angeschlagenen Unternehmen keine Kredite mehr gaben; dadurch, dass produktivitätssteigernde Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder in Forschung und Entwicklung gestrichen wurden; oder auch dadurch, dass die Erwerbslosigkeit, insbesondere die Jugenderwerbslosigkeit, ein sehr hohes Niveau erreichte, so dass zuvor erworbene berufliche Qualifikationen durch ihre Nichtnutzung – partiell – entwertet wurden. Darüber hinaus waren die austeritätspolitischen Programme verteilungspolitisch tendenziell regressiv angelegt (Heise/Lierse 2011). Die meisten Elemente – so die Beschneidung der öffentlichen Infrastruktur, die Kürzung von Sozialleistungen oder die Erhöhung indirekter Steuern – belasteten überproportional Haushalte mit einem geringen Einkommen. Es wäre jedoch verkürzt, die Krise nur unter ökonomischen und verteilungspolitischen Aspekten zu betrachten. Die politisch-kulturellen Krisendynamiken sind schwer zu übersehen. Wie die stark fallenden Zustimmungsraten des Eurobarometers andeuten, wenden sich mittlerweile viele Menschen von der EU ab. Ihre

Kritik richtet sich in den südeuropäischen Ländern vor allem gegen die austeritätspolitische Disziplinierung durch die EU. In den »nördlichen« Gläubigerländern kritisieren viele hingegen die potenziellen Transferleistungen und – so vor allem in Mittel- und Osteuropa – die Tendenzen zur Herausbildung eines europäischen Superstaates. Politisch verdichten sich diese Prozesse – nochmals verstärkt durch die Krise des europäischen Grenz- und Migrationsregimes – unter anderem im Zulauf zu Parteien und Bewegungen des nationalistischen Populismus (Hentges 2017), dessen Diskurse und auch Praktiken – UKIP und die Brexit-Initiative führen dies deutlich vor Augen – die föderale Struktur und Operationsweise der EU grundsätzlich in Frage stellen. Die EU ist angesichts der Kumulation unterschiedlicher Krisen nicht nur verstärkt mit sich selbst beschäftigt, ihr fällt es überdies auch schwer, auf der Grundlage der etablierten internen Mechanismen des Interessenausgleichs die Außenbeziehungen kraftvoll zu gestalten.

■ Krise des Multilateralismus

Doch nicht nur die internen Bedingungen des externen europäischen Gestaltungsansatzes, auch das globale Umfeld selbst hat sich seit den 2000er Jahren gravierend gewandelt. Schon damals war erkennbar geworden, dass sich nicht alle Länder und Regionen auf die liberale rechtsbasiert-multilaterale Strategie der EU einlassen. Neben den USA zeigten sich – zum Schutz der nationalen Souveränität und zur Förderung von Entwicklung – vor allem die großen Schwellenländer, nicht zuletzt die BRICS, oft nicht oder nur sehr zögerlich bereit, den Initiativen und Konzepten der EU zu folgen (Bieling 2014). Substanzielle Konflikte kennzeichneten eine ganze Reihe globaler Handlungsfelder: so etwa die Verhandlungen über die Doha-Entwicklungsrunde innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), die energiepolitische Kooperation unter Nutzung und Fortentwicklung des Energiecharta-Vertrags, die effektive Implementierung und Fortschreibung der Klimarahmenkonvention, oder auch die Stabilisierung von Krisenregionen, insbesondere des Nahen und Mittleren Ostens.

In den 2000er Jahren hat die EU auf diese Schwierigkeiten dahingehend reagiert, die multilateralen Arrangements durch einen exzessiven Bilateralismus zu flankieren. So sind in der Handelspolitik mit einzelnen Ländern, Ländergruppen oder Regionen zahlreiche bilaterale Handels- und Investitionsabkommen abgeschlossen oder zumindest angestrebt worden. Mit den BRICS und anderen großen Schwellenländern wurden »strategische Partnerschaften« vereinbart, die über die wirtschafts- und handelspolitische Kooperation hinaus auch Fragen der Energiepolitik und des Good Governance umschlossen (Keukeleire et al. 2011). Außerdem stärkte die EU mit dem weiteren Ausbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und den Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstens (EAD) die sicherheitspolitischen und diplomatischen Komponenten des Netzwerkes geregelter Außenbeziehungen.

Ungeachtet dieser Initiativen hat sich die Krise des Multilateralismus im Verlauf der letzten Jahre weiter zugespitzt. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Die Doha-Entwicklungsrunde ist inzwischen endgültig gescheitert;
- das globale Management der Wirtschafts- und Finanzkrise der G-20 ist ausgelaufen und hat keine neuen multilateralen Impulse geliefert;
- eine kooperative Befriedung der Ukraine ist nach wie vor in weiter Ferne;
- noch chaotischer stellt sich die Konfliktkonstellation in Syrien dar;
- und in der externen Bearbeitung der Krise des europäischen Grenz- und Migrationsregimes dominieren bilaterale ad hoc Vereinbarungen.

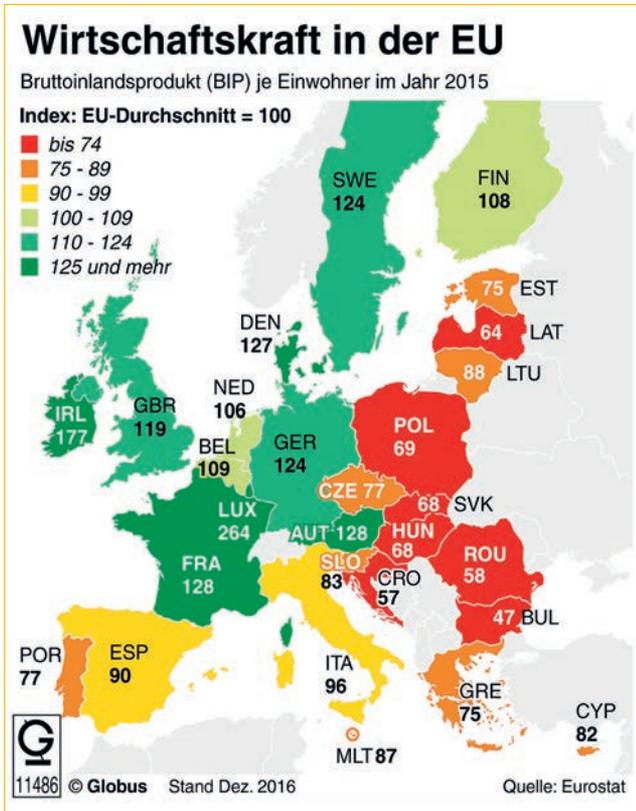


Abb. 4 »Wirtschaftskraft in der EU«

© dpa-Infografik, 2016

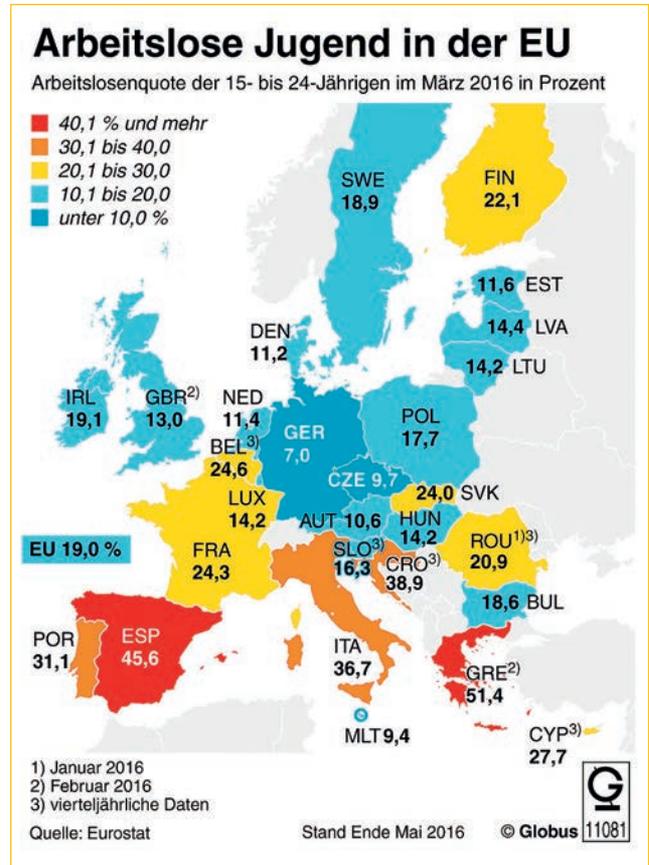


Abb. 5 »Arbeitslose Jugend in der EU«

© dpa-Infografik, 2016

Offenkundig hat sich der liberale rechtsbasiert-multilaterale Gestaltungsansatz in diesen und anderen Krisenkonstellationen als wenig effektiv erwiesen. Tatsächlich ist nicht davon auszugehen, dass sich in näherer Zukunft viel hieran ändern wird: zum einen, weil sich nicht nur das globale ökonomische Gewicht der BRICS und anderer Schwellenländer im Verlauf der letzten Dekade weiter gesteigert hat und zudem vielfältige Formen einer neuen, relativ eigenständigen Süd-Süd-Kooperation entstanden sind; und zum anderen, weil auf der anderen Seite des Atlantiks die außenpolitischen Signale des neuen US-Präsidenten, Donald Trump, eher eine weitere Schwächung, nicht aber Stärkung multilateraler Übereinkommen erwarten lassen.

Neue Akzente in der Gestaltung der Globalisierung – und deren Grenzen

Die EU scheint sich dieser doppelten Krisenkonstellation durchaus bewusst zu sein, reagiert hierauf aber bislang sehr widersprüchlich. Dies gilt insbesondere für die ökonomische Strategie der Krisenüberwindung. Wie oben skizziert, setzt diese primär auf eine austeritätspolitische Konsolidierung und Strukturreformen. Da hierdurch – ungeachtet der merkwürdigen Rhetorik von einer expansiven Austerität – die konjunkturelle Entwicklung jedoch gebremst wird, richtet sich der Blick verstärkt auf die Förderung der Exporte. In diesem Sinne wandten sich führende Repräsentanten der EU zunächst gegen die Gefahren eines heraufziehenden Protektionismus, und die Kommission lancierte dann ein neues Strategiepapier zu »Trade, Growth and World Affairs« (European Commission 2010), das die zentralen Ziele und Instrumentarien der »Global Europe-Strategie« fortschrieb und an die veränderte Krisenkonstellation anpasste (Wolff 2016: 132ff). Zudem wurde 2009 eine Verhandlungsoffensive gestartet, um in der WTO ein plurilaterales Dienstleistungsabkommen (TiSA) und wei-

tere interregionale Abkommen mit den USA (TTIP), Kanada (CETA) und dem MERCOSUR auszuhandeln. Obgleich die rasche Realisierung der aufgeführten Abkommen vielfach unwahrscheinlich ist, hat sich die Leistungsbilanz der EU von ausgeglichen zu positiv verändert (vgl. Tabelle 1). Nur im Fall einiger Länder – Deutschland, die Niederlande und Schweden – reflektiert sich hierin allerdings eine erfolgreiche Exportsteigerung. Bei den anderen Ländern war es vor allem die konjunkturbedingte Drosselung der Importe, durch die die zuvor stark negative Leistungsbilanz korrigiert wurde.

Weitaus komplexer sind die strategisch-konzeptionellen Überlegungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Nachdem sich die alte Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) noch relativ traditionell am Vorbild der nationalen Sicherheitsstrategie der USA orientiert hatte, ist die neue EU Global Strategy (EUGS) reflexiver angelegt. Sie nimmt die Widerstände, die der europäischen Gestaltung entgegenwirken, expliziter zur Kenntnis (Howorth 2016) und hebt hervor, dass der Fokus nicht mehr so eng auf Fragen der Sicherheit und Verteidigung liegen sollte, sondern auch die spezifische Rationalität anderer außenpolitischer Handlungsfelder (Umwelt, Soziales, Entwicklung, Energie etc.) zu berücksichtigen ist. Zudem ist der EUGS konzeptionell ein starker Innen-Außen-Nexus eingeschrieben, so dass die Gestaltung der globalen Beziehungen nicht von den inneren Entwicklungen entkoppelt wird (Tocci 2016). Ob diese Entwicklung einer stärker reflexiven Strategie dazu führt, die außenpolitische Gestaltungsmacht der EU zu erhöhen, ist jedoch sehr ungewiss: zum einen, weil der Konflikt zwischen den multilateralen Weltordnungsvorstellungen der EU und den unilateralen (USA) oder multipolaren Perspektiven (BRICS) fortbesteht; und zum anderen, weil das Management der Finanz- und Eurokrise die EU im Vergleich zu anderen Ländern und Regionen politökonomisch deutlich geschwächt hat.



M 1 »Ich bin doch schon bezaubernd schön ..., habt ihr immer gesagt!«

© Gerhard Mester, 4.9.2016

Literaturhinweise

Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden: VS Verlag

Bieling, Hans-Jürgen (2014): Die BRIC(S) in der globalen politischen Ökonomie: Weltordnungspolitische Perspektiven der Europäischen Union, in: Nölke, Andreas/May, Christian/Claar, Simone (Hrsg.): Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs, Wiesbaden: VS Springer, 377–394

Bieling, Hans-Jürgen/Heinrich, Mathis (2015): Central Banking in der Krise. Neue Rolle der Europäischen Zentralbank im Finanzkapitalismus, in: Widerspruch 34(2), 25–35

Bury, Hans-Martin (2004): Europas Zukunft gestalten; in: Integration 27(4), 316–319

European Commission (2006): Global Europe: Competing in the world. A Contribution to the EU's Growth and Jobs Strategy, Brussels, 4.10.2006, COM(2006) 567 final

European Commission (2010): Trade, Growth and World Affairs. Trade Policy as a core component of the EU's 2020 strategy, Brussels, 9.11.2010, COM(2010) 612 final

European Commission (2016): Statistical Annex of European Economy, Autumn 2016, Brüssel

Leonard, Mark (2005): Why Europe will run the 21st Century, London: Forth Estate

Meunier, Sophie (2007): Managing Globalization? The EU in International Trade Negotiations; in: Journal of Common Market Studies 45(4), 905–926

Rifkin, Jeremy (2004): Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt a. M.; New York: Campus

Tocci, Natalie (2016): The making of the EU Global Strategy, in: Contemporary Security Policy 37(3), 461–472

Verheugen, Günter (2005): »Europa muss Weltmacht werden!«, in: Internationale Politik, Januar 2005, 34–43

Wolff, Sebastian (2016): »Trading out of Crisis? Zur Bedeutung von Handelspolitik im europäischen Krisenmanagement, unv. Inauguraldissertation, Tübingen

MATERIALIEN

M 2 Ludger Gerken: »Zu schwach für ein Bollwerk«, ZEIT online, 31.1.2017

Kann die EU den USA des Donald Trump etwas entgegensetzen? Wollte man es sich einfach machen, müsste man diese Frage glatt verneinen. Denn was hat sich verändert, seit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Mitte September letzten Jahres vor dem Europäischen Parlament erklärt hat, es stehe schlecht um die Europäische Union, sie sei in ihrer Existenz gefährdet?

Viele Bürger in fast allen Mitgliedstaaten stehen dem europäischen Einigungsprozess skeptisch gegenüber. Hinzu kommen der bevorstehende EU-Austritt Großbritanniens und eine Politik Russlands, die antieuropäische Kräfte unterstützt und versucht, die EU zu spalten und zu schwächen. In Anbetracht dieser Herausforderungen muss die EU sich eingestehen, dass sie sich in den letzten Jahren weder in der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik noch

mit den Regeln des Wirtschafts- und Stabilitätspakts gegen die Einzelinteressen der Mitgliedstaaten durchsetzen konnte.

Deshalb muss es der Union angesichts der aggressiven Ansagen Trumps auch gegen die EU endlich gelingen, eine neue Balance zu finden. Die letzten großen Krisen im Hinblick auf den Euro, die Ukraine und die Flüchtlinge zeigen, dass die Gemeinschaft in zentralen Bereichen stärker werden muss.

Die EU ist an einer entscheidenden Weggabelung. Sie muss sich fragen, ob sie eine weitere Integration wagt, gegen die es unterschiedlichen Widerstand in einigen Ländern gibt. Das gilt etwa für die Bankenregulierung, bei der die südlichen EU-Mitglieder eine rasche weitere Risikoteilung befürworten, während Deutschland strikt dagegen ist. Und das gilt mit ähnlichen Koalitionen für die Währungsunion; auch dort drängt der Süden auf Maßnahmen der Umverteilung. Geht es dagegen um eine gemeinsame Asylpolitik und die Umverteilung von Flüchtlingen, verlaufen die Fronten eher zwischen Ost und West.

Die Krise der vergangenen Jahre hat die Konstruktionsfehler des Euros offengelegt. Seither wurden zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um den Fortbestand der Gemeinschaftswährung zu sichern. Im Kern des Problems steht jedoch nach wie vor das ungelöste Problem, wie mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten – insbesondere einer divergierenden Wettbewerbsfähigkeit oder hohen öffentlichen Schulden – der Eurostaaten umgegangen werden soll. Während einige Staaten Transfers und eine Unterstützung durch die EZB fordern, verlangen andere wie Deutschland weitere Reformen und Sparmaßnahmen.

Allein die Tatsache, dass die neue US-Regierung auf einen Zerfall des Euroraums wettet, wird die Problemlösung nicht beschleunigen. Denn für eine dauerhafte Stabilisierung des Euros müssten einige Eurostaaten massiv mit ihrer bisherigen wirtschaftspolitischen Tradition brechen, etwa indem sie eine Staateninsolvenzordnung einführen. Aber eine Bereitschaft hierfür ist nicht zu erkennen. Donald Trump hat im Wahlkampf und in den ersten Tagen im Amt klar gezeigt, dass er Freihandel ablehnend gegenübersteht, insbesondere dann, wenn Volkswirtschaften mehr in die USA exportieren als sie von dort importieren. Als einer seiner ersten Amtshandlungen hat er das TPP-Abkommen mit den Staaten des Pazifikraums gekündigt, den Nafta-Freihandelsvertrag mit Kanada und Mexiko will er neu verhandeln. Der EU geht damit nicht nur ein wichtiger Verbündeter im Kampf für ungehinderten Handel verloren. Es werden zudem Rufe laut, sie solle ein Gegen-

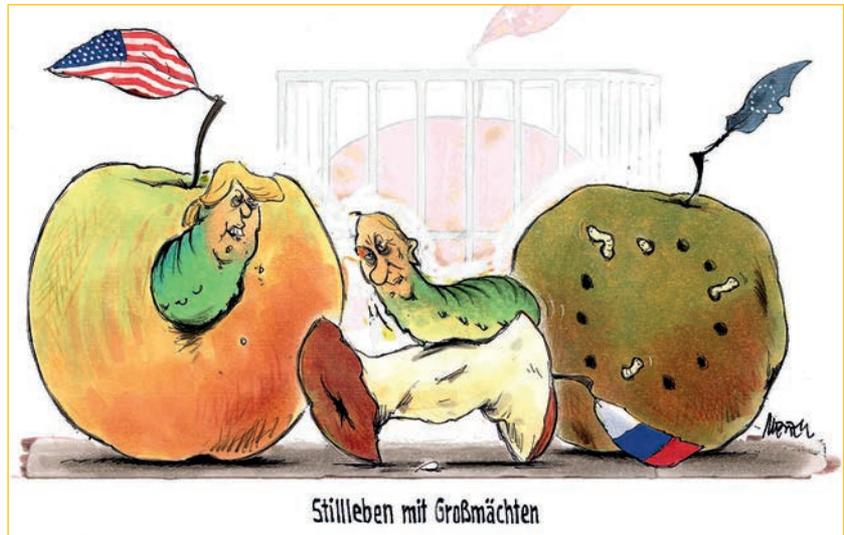
gewicht zu den USA bilden und die Lücke füllen, die die neue US-Regierung hinterlässt. Eine eigene Klima- und Verteidigungspolitik. Dies ist aus mehreren Gründen Wunschen. Im Zuge der Ceta- und TTIP-Verhandlungen hat sich gezeigt, dass Teile der europäischen Bevölkerung Freihandelsabkommen kritisch gegenüberstehen. Zwar werden sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auch weiterhin zum Freihandel bekennen. Die Proteste gegen Ceta und TTIP dürften ihnen jedoch die Lust auf die Aushandlung weiterer umfassender Freihandelsabkommen erst einmal genommen haben. TTIP liegt ohnehin auf Eis.

Klima und Umwelt: Die Abkühlung der Beziehungen zu den USA wird Europa zwingen, auch die eigene Energie- und Klimapolitik zu überdenken. So muss ein außenpolitischer Flirt zwischen den USA und Russland osteuropäische Staaten beunruhigen, die teilweise stark von russischem Erdgas abhängig sind. Russland könnte sich ermutigt sehen, den Stopp von Energielieferungen erneut als politisches Druckmittel zum Beispiel gegenüber einem Nachbarland wie Lettland mit einer großen russischen Minderheit einzusetzen.

Eine stärkere Vernetzung der Energieinfrastruktur zwischen den EU-Mitgliedstaaten würde die Möglichkeit eröffnen, sich bei Versorgungsengpässen gegenseitig auszuhelfen und weniger abhängig von russischen Energieimporten zu werden.

Ein Umdenken ist auch in der Klimapolitik erforderlich, in der die USA unter Trump kein Verbündeter im Bemühen um weltweit anspruchsvolle Klimaschutzverpflichtungen mehr sein werden. Ohne eine ambitionierte Klimaschutzpolitik der USA wird für die EU die Gefahr steigen, dass energie- und emissionsintensive Unternehmen aus der EU in die USA oder andere Länder mit laxeren Umweltbestimmungen abwandern oder Marktanteile an ihre außereuropäische Konkurrenz verlieren. In diesem Fall rücken auch die klimapolitischen Ziele der EU in noch weitere Ferne.

(...) In der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind bisher noch überhaupt klare Gemeinsamkeiten zu entdecken. Angesichts der kritischen Anmerkungen Trumps zur Nato dürften aber die europäischen Nato-Staaten nicht umhinkommen, ihre Verteidigungsetats zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Italien, Spanien und Deutschland. Um das Zweiprozentziel des Bündnisses zu



M 4 »Stilleben mit Großmächten«

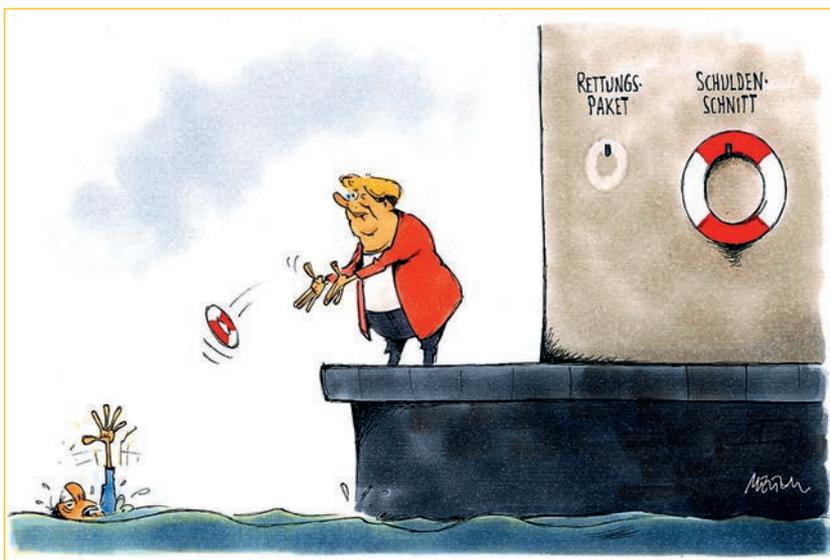
© Gerhard Mester, 16.1.2017

erreichen, müsste Deutschland die jährlichen Verteidigungsausgaben um 25 Milliarden Euro steigern. Die zu erwartenden Mehraufwendungen haben den verteidigungspolitischen Anstrengungen der EU bereits im Vorfeld der Amtsübernahme Trumps eine neue Dynamik verliehen. Ohne Großbritannien beschlossen die übrigen 27 EU-Mitgliedstaaten beim Gipfeltreffen von Bratislava im September 2016, die Zusammenarbeit im Bereich der äußeren Sicherheit und der Verteidigung zu verstärken. Auf Grundlage einer »globalen Strategie der EU für Außen- und Sicherheitspolitik« sollen konkrete Vorschläge, etwa zur Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit und zur Verbesserung der Fähigkeiten der EU im Bereich der zivilen Krisenbewältigung schnellstens erarbeitet werden. Auch soll die Effizienz bei den Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten gesteigert werden. Außerdem soll ein Europäischer Verteidigungsfonds eingerichtet werden, der mit Mitteln des EU-Haushalts Investitionen in Forschung und Entwicklung von Rüstungstechnologien fördert und zu einer gemeinsamen Finanzierung bei Entwicklung und Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien führt.

Das sind aber erst einmal nur politische Beschlüsse. Bei dem Bemühen, sie umzusetzen, wird sich zeigen, inwieweit die EU-Staaten bereit sind, ihre zum Teil massiv divergierenden Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

Angesichts all dieser Probleme fällt es schwer, Optimismus zu entwickeln. Gleichwohl liegt aber auch in dieser äußerst krisenhaften Situation eine Chance. Denn in Europa sollte eigentlich allen klar sein, dass die Herausforderungen nicht auf nationaler Ebene gemeistert werden können, sondern – wenn überhaupt – nur die Zusammenarbeit in der EU Retterin in Not sein kann.

© Ludger Gerken: »Zu schwach für ein Bollwerk«, ZEITonline, 31.1.2017



M 3 »Da ist doch der Wurm drin!«

© Gerhard Mester, 16.1.2017



M 5 »Prometheus«

© Gerhard Mester, 19.9.2016

M 6 Andreas Schwarzkopf: »Was die EU tun muss«, Frankfurter Rundschau, 4.2.2017

Die Europäische Union steht vor gewaltigen Herausforderungen. Wollen die Mitgliedstaaten diese bewältigen, müssen sie ihre Politik dramatisch ändern.

Es gibt Momente, da könnte man meinen, europäische Politiker hätten verstanden. Es sind die Augenblicke, in denen wieder häufiger über Solidarität und Gemeinsinn gesprochen wird. Die EU-Staaten können nur zusammen bestehen. Diesen Satz haben einige Staats- und Regierungschefs während des Gipfels formuliert. Er ist inzwischen fast ein Mantra von Europapolitikern, die ihn immer häufiger verwenden seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, seit klar ist, wie hart der Brexit aus Sicht der britischen Premierministerin Theresa May werden soll. Und das ist gut so. Schließlich löst der harmonische Klang die Disharmonien vorerst ab.

Doch es braucht mehr als liebliche Melodien, um die Probleme der EU zu lösen. Eine Schwierigkeit ist die Weltwirtschaft, die nicht mehr so viel Wohlstandszuwachs wie in den vergangenen Jahrzehnten produziert. Zudem geht die Schere von Reich und Arm in vielen Staaten weiter auseinander. Das führt zu einem schärferen Verteilungskampf. Trump und seine Truppe sind ein Teil dieser Auseinandersetzung und nicht Teil der Lösung. Schließlich wollen sie auf allen Ebenen dafür sorgen, dass die Vereinigten Staaten mehr vom Kuchen bekommen.

Nichts anderes meint »Amerika zuerst«. Andere Länder oder Volkswirtschaften werden als Konkurrenten und nicht als Partner betrachtet. Für die EU erwachsen daraus einige Anforderungen. Die scheinbar einfachste ist es, die Reihen zu schließen. Bisher standen EU-Staaten zusammen bei Bedrohungen von außen. Das zeigt etwa der Konflikt mit Russland in der Ukraine-Krise. Innenpolitisch ist es für den Staatenbund nicht so einfach. Die Banken- und Wirtschaftskrise hat ökonomische Ungleichgewichte verschärft, in deren Folge in fast allen EU-Staaten rechtspopulistische und nationalistische Töne lauter und die sie vertretenden Parteien erfolgreicher wurden. Diese Entwicklung wird nur zu stoppen sein, wenn die EU-Staaten das Versprechen für alle Bürgerinnen und Bürger auf politische, ökonomische und kulturelle Teilhabe einlösen und niemanden ausgrenzen.

Hinzu kommt der demografische Wandel. Derzeit leben etwa 7,5 Milliarden Menschen auf der Erde. Bleibt es bei den bisherigen Geburtenraten, wächst diese Zahl bis 2050 auf rund elf Milliarden und bis 2100 auf 20 Milliarden. Daraus ergibt sich, dass der derzei-

tige Migrationsdruck in den kommenden Jahren steigen wird. Gemessen daran kann die derzeitige europäische Flüchtlingspolitik mit dem Ziel, die Festung Europa auszubauen, nur ein Übergang in eine angemessene Migrationspolitik sein. (...)

Die EU muss Zuwanderung stärker als bisher zulassen und besser als bisher lenken, statt sie abzuwehren. Das liegt in ihrem Interesse. Viele EU-Staaten wie Deutschland benötigen bei einer sinkenden Einwohnerzahl zusätzliche Arbeitskräfte, um den erreichten Wohlstand zu halten. Außerdem müssen die EU-Staaten die bisherige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik stärker koordinieren und dem Ziel unterwerfen, die Ursachen der Flucht konsequenter und zielgerichteter als bisher zu beseitigen, damit die Menschen in diesen Staaten Zukunftsperspektiven haben und gar nicht mehr weg wollen. Das wird nicht leicht. Es zu unterlassen, wäre fahrlässig.

Ein weiteres Problem ist der Klimawandel. Damit das Ziel des Gipfels von Paris erreicht werden kann, also langfristig fossile Brennstoffe nicht mehr genutzt werden, müssen Menschen vor allem in den Industrienationen weniger verschwenderisch leben und wirtschaften.

Wissenschaftler halten Effizienzsprünge für nötig, die es bisher noch nicht gab. Geschieht dies nicht, werden die Folgen des Klimawandels die Verteilungskämpfe noch deutlich verschärfen und den Migrationsdruck erheblich erhöhen. Dadurch werden weitere Staaten destabilisiert. Die Unsicherheit wächst.

Diese gewaltigen Herausforderungen kann die Europäische Union natürlich nicht alleine bewältigen. Doch kann und muss die Union sich intensiver als bislang engagieren und weltweite Prozesse anschieben. Die Ressourcen dazu sind jedenfalls vorhanden. Und mögliche Ansätze für Lösungen liegen ebenfalls auf dem Tisch. Die EU könnte beispielsweise die ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des Staatenbunds mit einer angemessenen Wirtschaftspolitik ausgleichen. Dies würde nicht nur das Gemeinschaftsgefühl stärken, sondern dabei helfen, nationalistischen und rassistischen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Gelingt es der Europäischen Union mit Schritten wie einem Finanzausgleich nicht, ihre Politik dramatisch zu ändern, droht ihr Ungemach. Womöglich würden auch andere Staaten dem Beispiel Russlands, der Türkei und eben der Vereinigten Staaten folgen und Freiheitsrechte im Namen des Nationalismus einschränken. Polen und Ungarn sind die ersten Schritte in diese Richtung bereits gegangen. Oder zugespitzter formuliert: Die Demokratie könnte sich selbst abschaffen.

© Andreas Schwarzkopf: »Was die EU jetzt tun muss«, Frankfurter Rundschau, 3.2.2017

© Andreas Schwarzkopf: »Was die EU jetzt tun muss«, Frankfurter Rundschau, 3.2.2017

M 7 Joschka Fischer: »Die richtige Antwort auf Trump«, Süddeutsche Zeitung, 1.2.2017, S. 2

Donald J. Trump, der 45. Präsident der Vereinigten Staaten, hat gleich in seiner Antrittsrede klargemacht, dass er mitnichten daran denkt, sich im Amt anzupassen. »America first« steht für die Abkehr, vermutlich sogar die bewusste Zerstörung dessen, was die unterschiedlichsten Präsidenten, Demokraten ebenso wie Republikaner, seit Franklin D. Roosevelt aufgebaut und, mal besser, mal schlechter, erhalten haben. Es ist das, was unter dem Begriff der »amerikanischen Weltordnung« zusammengefasst wurde. Bisher garantierten die USA eine Weltordnung. Wenn sie nun von einer globalen Führungsmacht zu einem Land des Nationalismus und Isolationismus werden, von einem Hegemon also zu einer Großmacht unter anderen Großmächten, so wird dies nicht nur Amerika verändern, sondern auch die jetzige Weltordnung – selbst wenn die USA weiterhin mit großem Abstand die stärkste Nation auf dem Globus bleiben.

Allein die wirtschaftlichen und politischen Folgen eines von den USA, dem jahrzehntelangen Motor des freien Welthandels, ausgehenden Protektionismus und des Versuchs, die Globalisierung zu revidieren oder zumindest zugunsten einer engen nationalen Interessendefinition der USA umzukehren, wären massiv und sind heute kaum abschätzbar. Das letzte Mal, dass sich die Welt in diesen Abgrund gestürzt hatte, war in den 1930er-Jahren des 20. Jahrhunderts gewesen. Die Folgen sind bekannt.

Jahrzehnte alte Bündnisse und Sicherheitsgarantien werden erschüttert oder ganz infrage gestellt werden, Institutionen, Verträge und Werte, die bis heute die Grundlage dieser Ordnung bildeten, könnten zerstört werden, kurz: Die alte Ordnung der Pax Americana wird fallen, zerstört ohne Not durch Amerika selbst. Eine neue, geschweige denn eine bessere Ordnung, die an ihre Stelle treten könnte, ist mitnichten absehbar. Fast alles spricht also für chaotische Zeiten in der näheren Zukunft.

Zu den großen Verlierern dieser großen Transformation werden die beiden ehemaligen Feindmächte der USA aus dem Zweiten Weltkrieg gehören, vorneweg Deutschland und, mit Einschränkungen, Japan. Beide Mächte hatten 1945 eine totale Niederlage erlebt und konnten ihren Wiederaufstieg nur unter zwei Bedingungen erreichen: der radikalen Absage an jede Form von Machtstaat (daher der tief verwurzelte Pazifismus in beiden Staaten nach 1945) und ihre Transformation zu Handelsstaaten unter der Sicherheitsgarantie der Siegermacht USA und des von ihr errichteten internationalen Systems.

Wenn diese Garantie oder gar das gesamte System wegfällt, stehen diese beiden Wirtschaftsmächte vor einem gewaltigen Sicherheitsproblem. Dabei befindet sich Japan in einer geopolitischen Randlage, die ihm zumindest theoretisch noch die Option einer Renationalisierung der eigenen Sicherheit belässt. Allerdings würde eine solche Veränderung die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Ostasien dramatisch steigen lassen. Und da in dieser Region fast nur Atommächte agieren, ist diese Perspektive selbst in der Theorie alarmierend. Deutschland aber liegt, mit der größten Bevölkerung und Wirtschaftsmacht, in der Mitte Europas und ist umgeben von Nachbarn, die fast alle im 20. Jahrhundert schon einmal Kriegsgegner waren. Seit Beginn des Kalten Krieges hängt das Land von der amerikanischen Schutzgarantie ab, einem multilateralen transatlantischen und europäischen Netzwerk und einer rechts- und wertebasierten internationalen Ordnung mit einem Freihandelssystem, das den Machtstaat und seine mit ihm einhergehenden Einflusszonen überflüssig gemacht zu haben schien.



M 8 US-Präsident Donald Trump am 6.2.2017 in Washington D.C.

© picture alliane, AP-Photo

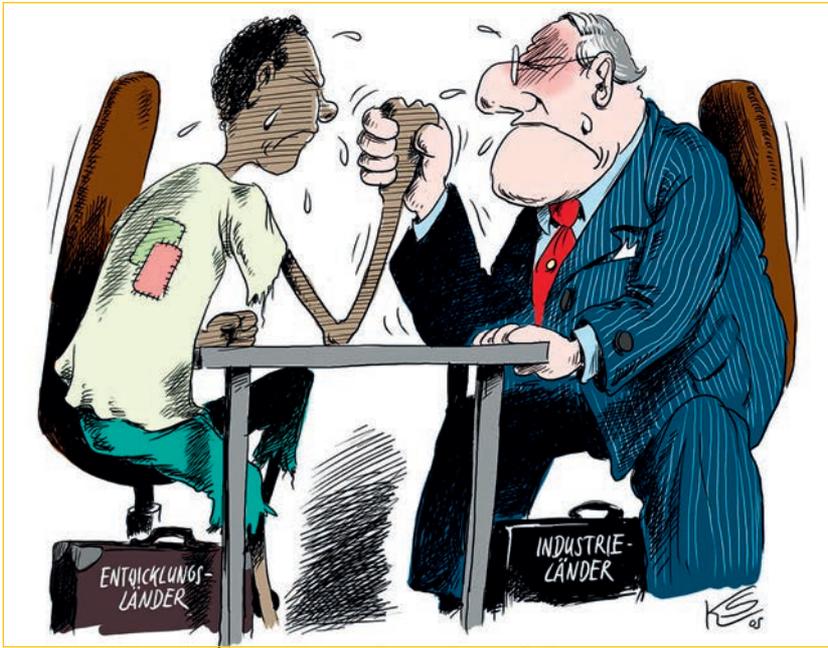
Selbst theoretisch verfügt Deutschland nicht über die Option einer Renationalisierung seiner Sicherheitspolitik, denn ein solcher Schritt würde den Kontinent zerreißen. Es sei nicht vergessen, dass die von Amerika nach 1945 geschaffene globale und regionale Ordnung vor allem auch dazu diente, die beiden ehemaligen Feindmächte einzubinden und dauerhafte Sicherheit vor ihnen zu schaffen. Deutschland bleibt auf Grund seiner geopolitischen Lage und seines Gewichts nur Europa als Perspektive. Und zwar kein Europa der Hegemonie, sondern des Rechts, der Integration und des friedlichen Interessenausgleichs, der EU also.

Allein dieser eine Punkt, Deutschlands geopolitische Lage, zeigt, wie monströs daneben jegliche Form von deutschem Nationalismus tatsächlich ist und wie sehr das Gelingen der EU den elementaren deutschen Interessen entspricht – dank Donald Trump heute mehr denn je. Deutschland kann sich nicht von den Strukturen kollektiver Sicherheit verabschieden, genauso wenig wie andere Europäer. Es gibt keine deutsche Sicherheit ohne Polen, keine französische ohne Deutschland. Ganz im Gegenteil wird Europa (und mit ihm Deutschland) alles tun müssen, um diese kollektive Sicherheit um einen Beitrag dazu erheblich zu stärken. Das gilt für Nato und EU gleichermaßen.

Deutschlands Stärke liegt in seiner finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, und diese Stärke wird es jetzt für EU und Nato in einem Maße einsetzen müssen, wie das in den Jahrzehnten der sogenannten Friedensdividende und den Jahren der Euro-Krise nicht der Fall war. Sparsamkeit ist ohne jeden Zweifel eine Tugend, aber wenn das Haus brennt und einzustürzen droht, gelten andere Prioritäten. Neben der Sicherheit ist das zweite elementare Interesse Deutschlands ein freier Welthandel, denn davon lebt das Land, vorneweg vom innereuropäischen Handel. Die USA werden auch in Zukunft ein Markt von überragender Bedeutung bleiben, und Deutschland kann kein Interesse daran haben, dass sich China und die USA (die beiden wichtigsten Exportmärkte der Bundesrepublik außerhalb der EU) in einem Handelskrieg wiederfinden und der Protektionismus sich global ausbreitet. Allein schon Trumps Rhetorik hat dazu geführt, dass sich China und Europa annähern. Trumps Präsidentschaft wird große Erschütterungen und Risiken für die Europäer mit sich bringen, ja völlig neue Herausforderungen. Die bedeuten aber zugleich auch große Chancen, wenn, ja wenn die Europäer zusammenhalten und endlich machtpolitisch erwachsen werden. Vor einem aber sollten sie sich hüten: Antiamerikanismus.

Trump ist wohl der Präsident, aber nicht das ganze Amerika. Der Nordatlantik, unsere gemeinsame Geschichte und unsere gemeinsamen Werte werden die beiden Kontinente auch unter Trump weiter verbinden, selbst wenn sich vieles in Zukunft ändern wird.

© Joschka Fischer: »Die richtige Antwort auf Trump«, Süddeutsche Zeitung, 1.2.2017, S. 2



M 9 »Sie verhandeln noch!«

© Klaus Stuttmann, 11.12. 2005

M 10 Jan Dirk Herbermann: »WTO-Ministertreffen: Welthandelsrunde ist Geschichte«, Handelsblatt, 20.12.2015

Die seit Jahren blockierte Welthandelsrunde ist nicht mehr zu retten: Die Mitglieder der Welthandelsorganisation konnten ihren erbitterten Disput über die Mammut-Verhandlungen zur internationalen Markt-Öffnung nicht beilegen. In der Abschlusserklärung des WTO-Ministertreffens in Nairobi 2015 heißt es lapidar, die Mitglieder hätten »unterschiedliche Meinungen« über die sogenannte Doha-Runde. Mit anderen Worten: Eine Wiederbelebung des größten Projekts der WTO wird es nicht geben. Allerdings konnten sich die mehr als 160 WTO-Mitglieder in Nairobi auf ein Ende der umstrittenen Exportsubventionen für Agrargüter einigen:

Generaldirektor Roberto Azevêdo erklärt zum Abschluss des Ministertreffens, es handele sich um die »wichtigste« Entscheidung im Agrarbereich in der mehr als 20-jährigen Geschichte der WTO. In der Doha-Frage setzten sich die USA und auch die EU de facto durch. Der US-Handelsbeauftragte Michael Froman erklärte nach dem Treffen in Kenias Hauptstadt: Nairobi sei ein »Wendepunkt« für die WTO. Die Amerikaner hatten sich vor Nairobi bereits auf Doha eingeschossen und ein Ende der bisherigen Verhandlungen verlangt – Washington will nicht weiter Zeit und Energie mit nutzlosem Feilschen vergeuden.

Handelsdiplomaten erwarten nun einen Schwenk der in Genf ansässigen WTO zu kleineren Verhandlungsformaten: Interessierte Mitglieder picken sich nur noch einzelne Bereiche zur Liberalisierung heraus. Dass diese Strategie funktioniert, zeigte sich (2015). In Nairobi verabschiedeten 53 WTO-Mitglieder endgültig ein Abkommen zum Zollabbau für gut 200 Produkte der Informationstechnologie. Der Vertrag deckt in etwa 10 Prozent des gesamten Welthandels ab. Schon im Juli hatten sich die Parteien auf das Paket geeinigt. Demgegenüber steckt die Welthandelsrunde, 2001 in Doha, Katar, mit viel Optimismus gestartet, hoffnungslos fest. Die Gespräche über eine Öffnung der Märkte für Industriegüter, Agrarprodukte und Dienstleistungen, an denen alle WTO-Mitglieder gleichberechtigt teilnehmen, sind zu komplex. Die Gegensätze zwischen Armen und Reichen, Großen und Kleinen sind zu groß. Stillstand auf einem Gebiet führt automatisch zu einer Blockade der gesamten Runde.

Dennoch wollen Entwicklungsländer unter Führung Indiens die Verhandlungen fortsetzen. Ursprünglich sollte die Doha-Runde

die armen Länder stärker in die Weltwirtschaft einbinden: Arm und Reich sollten von der Globalisierung profitieren. Der nicht gelöste Konflikt über Doha wird laut Experten wie Sven Hilbig von »Brot für die Welt« Konsequenzen haben: »Der fehlende Konsens über die Fortsetzung der Doha-Runde ist der erste Schritt zum Ausstieg aus der Entwicklungsagenda der WTO«.

© www.handelsblatt.com/politik/international/wto-ministertreffen-welthandelsrunde-ist-geschichte-12747886.html

M 11 Andreas Zumach: »Zukunft der WTO ist ungewiss«, tageszeitung (taz), 21.1.2015

Die Zukunft der Welthandelsorganisation (WTO) bleibt weiter ungewiss. Die zehnte WTO-Ministerkonferenz endete (...) in der kenianischen Hauptstadt Nairobi ohne Einigung auf eine Fortsetzung der 2001 ausgerufenen und bis heute weitgehend ergebnislosen »Doha-Verhandlungsrunde«. Die Wirtschafts- und Handelsminister der 164

WTO-Mitgliedstaaten konnten sich lediglich auf den allmählichen Abbau von Agrarexportsubventionen verständigen sowie auf den Wegfall von Zöllen für rund 200 Produkte der Informationstechnologie.

Von den im Jahr 2001 als »Entwicklungsrunde« deklarierten Doha-Verhandlungen sollten laut dem damals beschlossenen Mandat vor allem die armen Staaten des Südens profitieren. Obwohl dieses Versprechen bis heute nicht erfüllt wurde, wollen nicht nur diese Staaten die Doha-Runde fortsetzen, sondern auch Schwellenländer wie Indien und China. Die USA, die EU-Staaten, die Schweiz, Japan, Kanada und Australien dringen jedoch auf das Ende der Doha-Runde und die Vereinbarung eines Verhandlungsmandats über den Internethandel und andere neue Themen. Über die Ziele, die die Industriestaaten ursprünglich in der Doha-Runde durchsetzen wollten, verhandeln sie seit einigen Jahren außerhalb der globalen WTO in bilateralen und regionalen Verhandlungsrunden wie TTIP, TTP, Tisa und EPA.

»Der fehlende Konsens über die Fortsetzung der Doha-Runde ist der erste Schritt zum Ausstieg aus der Entwicklungsagenda der WTO«, erklärte Sven Hilbig, Welthandelsexperte der evangelischen Hilfsaktion »Brot für die Welt«.

Die WTO-Expertin von Oxfam, Marita Wiggerthale, kritisierte, die USA und die EU hätten »das Versprechen einer Entwicklungsrunde nie eingelöst und entwicklungsfreundliche Handelsregeln immer wieder blockiert«. Das sei bei vielen Themen in Nairobi nicht anders gewesen. Die EU-Länder, die USA und andere Industriestaaten versprochen in Nairobi, die jahrzehntelange Forderung nach baldiger Abschaffung ihrer Agrarexportsubventionen zu erfüllen – allerdings weiterhin mit Ausnahmen für einige Produkte. »Dieser Schritt zum Verbot kommt rund 20 Jahre zu spät«, erklärte Tobias Reichert, Handelsexperte bei der Entwicklungsorganisation Germanwatch. »Vor allem in afrikanischen Ländern haben stark subventionierte Agrarexporte aus der EU viele Bauern in den Ruin getrieben.«

Weiterhin nicht bereit sind vor allem die USA, aber auch viele EU-Staaten für eine vollständige Öffnung ihrer Märkte für Agrarprodukte aus den Ländern des Südens. In der Abschlusserklärung von Nairobi werden die Industriestaaten lediglich »aufgefordert«, Importe von Baumwolle aus den ärmsten Ländern nicht mehr zu beschränken.

© Andreas Zumach: »Zukunft der WTO ist ungewiss« www.taz.de, 21.1.2015

M 12 Rolf Wenkel: »Ist die WTO noch zeitgemäß«, Deutsche Welle, 14.7.2016

»Seine Kunden bekämpft man nicht.« Diese Weisheit liegt der Gründung der WTO zugrunde. Intensiver Handel zwischen den Ländern der Welt und eine möglichst starke Verflechtung der Wirtschaftssysteme tragen dazu bei, dass Staaten politische Konflikte friedlich lösen und sie nicht eskalieren lassen. Neben dem internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbankgruppe ist die WTO eine der zentralen Organisationen der Vereinten Nationen.

Zurzeit sind 162 Staaten Mitglieder der Organisation mit Sitz in Genf. Etwa zwei Drittel von ihnen sind Entwicklungs- oder Schwellenländer. Alle Mitglieder gemeinsam erwirtschaften etwa 97 Prozent des Welthandelsvolumens. 20 Regierungen verfügen zurzeit über einen Beobachterstatus und verhandeln über den Beitritt ihrer Staaten.

Das Interesse an einer Mitgliedschaft in der WTO scheint also ungebrochen. Das verwundert, denn im Grunde ist die letzte große Verhandlungsrunde, in der ein neues multilaterales Abkommen verabschiedet werden sollte, die so genannte Doha-Runde, nie richtig zum Ziel gekommen. Von einer Zerreißprobe war die Rede, scheitert Doha, scheitert die WTO, hieß es allenthalben.

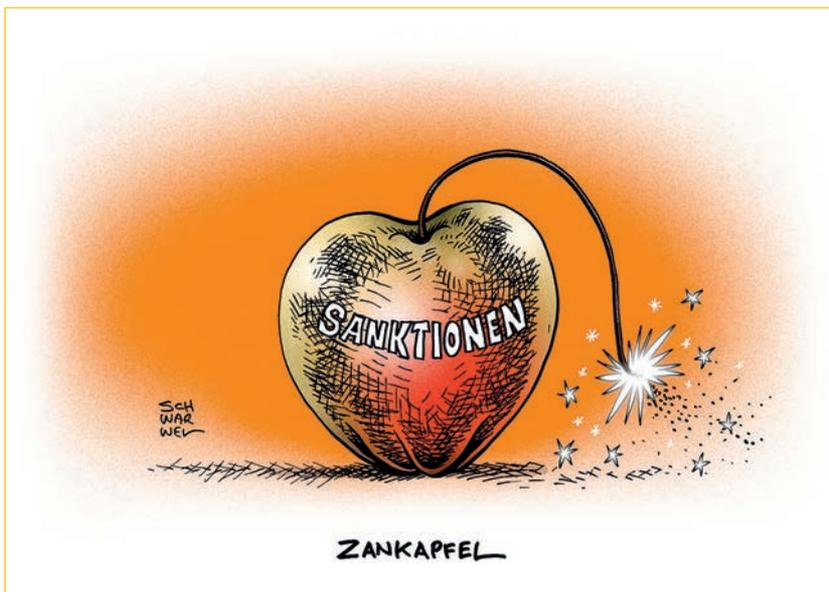
Ist die WTO überhaupt noch zeitgemäß angesichts der Tatsache, dass statt eines großen multinationalen Handelsabkommens viele kleine regionale und bilateralen Abkommen geschlossen werden? »Die WTO ist immer noch attraktiv für Beitrittsländer, auch für Länder wie Liberia oder Afghanistan«, widerspricht Clara Brandi, Handelsexpertin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik DIE. »Sie signalisieren damit, dass sie sich an moderne Handelsregeln halten, und sie erhöhen sich damit die Chancen für einen besseren Marktzutritt.«

Immerhin einigten sich im Dezember 2013 auf der indonesischen Ferieninsel Bali 160 Mitglieder auf ein Abkommen zur Vereinfachung internationalen Warenaustausches. Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde stand damals schon nicht mehr zur Debatte – dieses Ziel war unerreichbar. Die Handelsminister haben sich stattdessen auf ein Teilpaket geeinigt, um den Stillstand der letzten Jahre zu überwinden. Seitdem spricht man vom Post-Bali-Prozess.

Das Bali-Paket erleichtert die Ein- und Ausfuhr von Gütern, reduziert Agrarsubventionen und verbessert Exportmöglichkeiten für die am wenigsten entwickelten Länder. Die Erwartung ist, dass das Abkommen Wachstum fördert und Arbeitsplätze schafft. Werden Zoll- und Handelskosten nur um ein Prozent verringert, brächte das rund 40 Milliarden Dollar mehr an Einkommen rund um den Globus – auch für Entwicklungsländer, sagen Experten. Aber der bedeutendste Effekt des Pakets ist eher symbolischer Natur: Die Einigung in Bali ist wichtig, um das Vertrauen in die WTO als globaler Regelsetzer wiederherzustellen.

»In ihrer Funktion als Verhandlungsforum verharrt die WTO jedoch in einer Krise. Daran hat auch die Überwindung des Bali-Blues nichts geändert«, sagt Clara Brandi vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. »Im Gegenteil, jetzt hat sich sogar noch der Graben vertieft, denn mittlerweile haben einige Mitgliedsländer offen dafür plädiert, die Doha-Runde zu beenden.«

Einen Trost gibt es aber. Denn die WTO ist nicht nur ein Verhandlungsforum, sondern erfüllt zahlreiche weitere wichtige Funktionen – und die erfüllt sie gut. Das Streitschlichtungsverfahren für Handelskonflikte zum Beispiel ist sehr erfolgreich, und ihre Handelsregeln werden so häufig wie nie zuvor genutzt. »Das bereits beschlossene globale Regelwerk funktioniert: Die WTO-Regeln



M 13 »Zankapfel und Sanktionen«, 2016

© Schwarwel, dieKLEINERT.de, picture alliance

haben nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise den Protektionismus in Schach gehalten«, sagt Clara Brandi.

Besonders erfolgreich ist die WTO bei der Lösung von Handelsstreitigkeiten. Die Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten (Dispute Settlement Understanding, DSU) ist das weltweit erste verbindliche zwischenstaatliche Verfahren. Die WTO-Mitglieder verpflichten sich, bei Streitigkeiten die Schlichtungsvorschläge der Organisation anzunehmen. (...) Mehr als 470mal ist die WTO seit 1995 zur Schlichtung angerufen worden (Stand 2014), und viele Verfahren haben sich schon in der sogenannten Konsultationsphase von selbst erledigt. Und: »Das Verfahren steht jedem Mitgliedsland offen, das sich benachteiligt fühlt«, sagt Clara Brandi, »also auch so kleinen Ländern wie Liberia oder Afghanistan.«

Für die Zukunft der WTO ist es entscheidend, welchen Weg die Schwellenländer einschlagen. Es besteht die Gefahr, dass sie sich von der WTO abwenden und eigene regionale Verhandlungen starten. Sicher ist, Multilateralismus bleibt enorm wichtig. »Die WTO mag ihre Schwächen haben, aber die Welthandelsorganisation ist das Forum, in dem alle Länder bei den Verhandlungen mit am Tisch sitzen und eine Stimme haben«, so Brandi.

Im multilateralen Prozess können kleinere Länder außerdem besser Koalitionen schmieden und sind so weniger stark dem Einfluss der großen Länder ausgesetzt. Multilaterale Abkommen verhindern schließlich die Diskriminierung unbeteiligter Drittstaaten. Sie schaffen Handelsregeln mit globaler Geltungskraft, die einen Gegenpol zum »Spaghetti-bowl«, zum Durcheinander regionaler Abkommen darstellen. »Deutschland hat nicht zuletzt als Exportnation ein Interesse an der Zukunft des globalen Handelssystems und sollte sich für die WTO als Verhandlungsforum stark machen.«

© www.dw.com/de/ist-die-wto-noch-zeitgemäß/a-19397808

5. Die schottische Sicht auf den Brexit und die Europäische Union

UDO SEIWER-FAUTI

Schottlands First Minister, die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon, verkündete am 24.6.2016 in der schottischen Hauptstadt Edinburgh vor dem Parlamentskorrespondentenkorps unmissverständlich: »Schottland wird sich auf gar keinen Fall gegen seinen erklärten Willen aus der EU herausziehen lassen. Schottland wird die Abstimmung der vergangenen Nacht zum Anlass nehmen, um einen eigenen Zukunftsweg zu suchen! Ein zweites Unabhängigkeitsreferendum ist höchst wahrscheinlich.« Während das gesamte United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland mit 51,9 Prozent für den Ausstieg aus der EU stimmte, gab Schottland auf die Referendumfrage »Should the United Kingdom remain a member of the European Union or leave the European Union?« eine ganz andere Antwort: 62 Prozent stimmten für den Verbleib und nur 38 Prozent gegen den Verbleib in der EU. In der schottischen Hauptstadt Edinburgh stimmten 74,4 Prozent Pro EU, in Glasgow, Schottlands größter Stadt, waren es 67 Prozent. Die endgültigen Abstimmungsergebnisse aller Landesteile des Vereinigten Königreiches zeigen, wie uneinig und gespalten in nur wenigen Stunden das United Kingdom in der EU-Mitgliedschaftsfrage geworden war.



Abb. 1 »Die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon am 26.2.2017 vor dem schottischen Parlament in Edinburgh«
© Jane Barlow, picture alliance, empics

■ Das Brexit-Votum – ein »Affront gegen schottische Interessen«

In Schottland wird das Wahlergebnis des Volksentscheids zum Ausstieg des UK aus der EU bis heute weitgehend als Affront gegen schottische Interessen wahrgenommen. Wieder einmal, so sagen viele Schotten, habe England »seine« Interessen durchgesetzt und alle anderen Teile des UK überstimmt. Die Schotten würden dadurch in eine Situation versetzt, die sie bis heute nicht akzeptieren könnten und wollten.

Wenige Tage nach dem Brexit-Votum unternahm Nicola Sturgeon dann den nächsten politischen Schritt. Er wurde in London und insbesondere in der britischen Regierung als Kampfansage wahrgenommen. Sie traf sich in Brüssel mit den EU-Spitzen: mit dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, dem damaligen EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz sowie verschiedenen Abgeordnete aus den EU-freundlichen Fraktionen im Europäischen Parlament.

Vor Brüssels Medienvertretern erneuerte die schottische Regierungschefin ihre Botschaft an London und die EU: »Schottland hat pro EU gestimmt und ich möchte Europa und der EU deutlich zeigen, dass wir Schotten in der EU bleiben wollen.« Ihr Besuch wurde auf allen britischen TV Kanälen live verfolgt. Die Reaktion der Londoner Pro Ausstiegs-Medien (wie z. B. Daily Mail, Express, Telegraph) ließ demgemäß auch nicht lange auf sich warten. Der Tenor ihrer Berichte lautete: Schottland sei nach wie vor ein Teil des UK. Das

habe Schottlands Bevölkerung im Unabhängigkeitsreferendum 2014 schließlich so gewollt. Jetzt könne Schottland nicht so tun, als sei man nicht mehr UK-Mitglied. Schottland habe sich der britischen Mehrheitsmeinung und Volksabstimmung zu beugen und müsse als UK-Teil auch die EU verlassen.

Die schottische Haltung wird demgegenüber besonders deutlich, wenn man sich die aktuellen Wirtschaftsdaten ansieht. Im Dokument »Potential Implications of the UK Leaving the EU on Scotland's Long Run Economic Performance Scottish Government« – der schottischen Regierung vom August 2016 heißt es z. B.: »... as a result, Scotland's exports to the EU are now worth more than £ 11.6 billion a year – 42 Prozent of the country's international exports. EU membership also helps to facilitate some of Scotland's trade with the rest of the world through the trade agreements that the EU has secured. EU membership is also important for attracting inward investment into Scotland as it allows companies easy access to European markets. There are nearly 1,000 EU-owned companies in Scotland employing over 115,000 people. Scotland also secured more Foreign Direct Investment (FDI) projects than any part of the UK outside of London in 2015.«

■ Ein Blick auf die Geschichte des United Kingdom

Um die seit dem EU Referendum anhaltende Auseinandersetzung zwischen London und Schottland, der britischen Regierung in London und der schottischen Regierung in Edinburgh, zu verstehen, hilft ein Blick auf die Geschichte der beiden Länder bzw. Landesteile.

1707 wurde im »Act of Union« das schottische Parlament und das englische Parlament zusammengelegt. So entstand das heutige Unterhaus, englisch: »House of Commons«, in London. Es sollte als Parlament bis 1998 das alleinige Sagen für das gesamte UK haben.

Erst 1997 änderte sich das grundlegend. 1997 stand die Wiederwahl des in Edinburgh geborenen britischen Premierministers an. Tony Blair, Führer einer sozialdemokratischen Regierung (»Labour«) in London brauchte dringend die schottischen Stimmen, um wiedergewählt zu werden. Schottland galt damals als das Stammland der Labourparty.

Schottland wählte traditionell deutlich links. Die ehemalige Schiffbaustadt Glasgow galt sogar als Hochburg der linken Sozialdemokraten, der Sozialisten. Um diese Stimmen zu bekommen, versprach Toni Blair den Schotten ein eigenständiges schottisches Parlament. Es sollte in Zukunft alleine über all das, was in Schottland politisch zur Entscheidung anstand, ab- und bestimmen. Das Schlagwort dafür lautete »Devolution«, d.h. die Verlagerung der Macht aus London in die Regionen. So sollten auch in Belfast und Cardiff neue Regionalparlamente für Nord-Irland und für Wales entstehen. Das Londoner Unterhaus sollte zukünftig primär für England zuständig sein.

Das »Devolution-Referendum« vom 11. September 1997 zeigte Schottlands Wille deutlich auf. 74,29 Prozent stimmten für ein neues »Scottish Parliament« in Edinburgh, nur 25,71 Prozent waren dagegen. Alleine die Orkney- und Shetland Inseln sowie die schottische Grenzregion (zu England) Dumfries and Galloway stimmten gegen ein neues Parlament.

Neue schottische Identitätsentwicklung: Der Aufstieg der SNP

Das schottische Parlament hat in den 18 Jahren seines Bestehens rasch zu einer neuen Identität Schottlands und der schottischen Bevölkerung beigetragen. Mittlerweile werden an die 70 Prozent der Schottland betreffenden Entscheidungen völkerrechtlich verbindlich in Edinburgh getroffen. Die britische Regierung und das Londoner Parlament haben darauf fast keinen Einfluss mehr. Für die schottische Bevölkerung sitzt »ihr« Parlament in Edinburgh. Das hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die innerbritische Politik, denn Schottlands Politiklandschaft hatte sich zudem seit 2007 komplett gewandelt.

Aus dem ehemaligen »Scottish Labour Land« wurde mittlerweile ein »Scottish National Party (SNP)-Land«.

Bei der Eröffnung des Scottish Parliaments im Mai 1999 hatte die sozialdemokratisch und Pro-Europa ausgerichtete SNP als zweitgrößte Fraktion 35 Abgeordnete. Die schottische Labourparty

Briten stimmen für EU-Ausstieg

So haben die britischen Wähler beim **Brexit-Referendum** am 23.6. gestimmt:

So haben die Wähler in den **382 Wahlkreisen** mehrheitlich gestimmt:

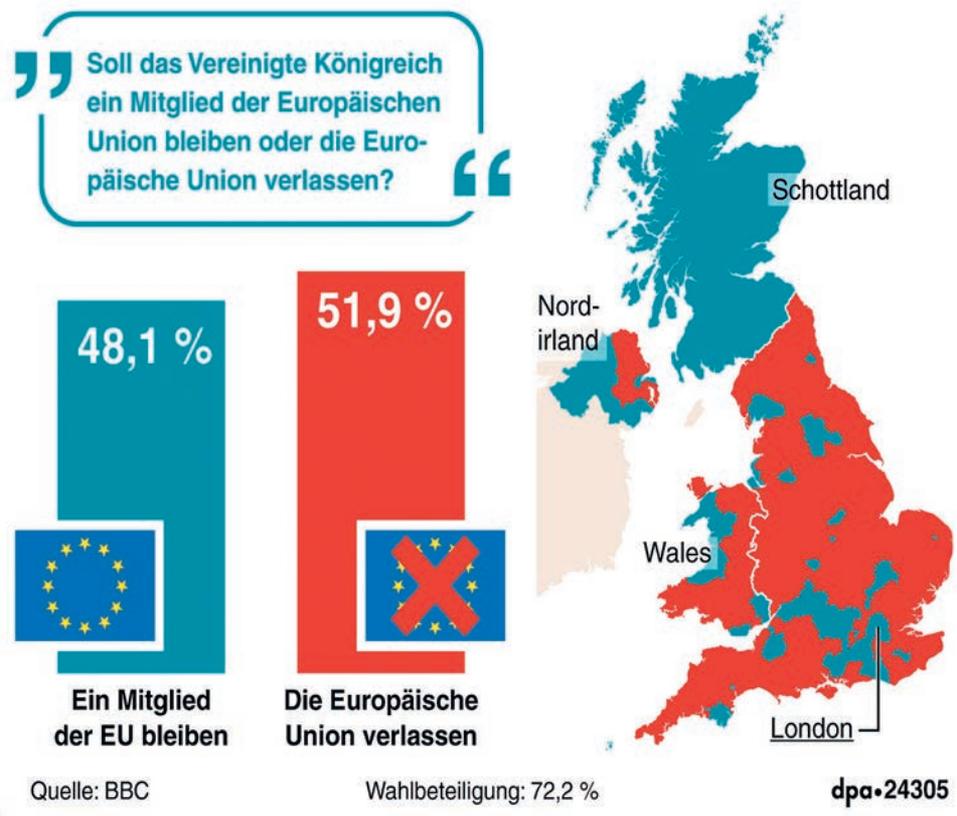


Abb. 2 »Brexit-Volksabstimmung im Vereinigten Königreich von Großbritannien«, 23.6.2016

© dpa-Infografik

stellte die Regierung mit der absoluten Mehrheit der Sitze. Mit der Wahl 2007 begann dann aber der Aufstieg der SNP bis zur heute nahezu unangefochtenen Regierungspartei. Unter Führung von Parteichef Alex Salmond erreichte die SNP 47 Sitze. Die bis dahin allein oder in einer Koalition mit den Liberaldemokraten regierende Scottish Labour Party kam nur noch auf 46 Sitze. Zum ersten Mal in der Geschichte Schottlands stellte die (gleichfalls sozialdemokratische) schottische Nationalpartei die Regierung, d.h. First Minister Alex Salmond führte eine SNP-Minderheitsregierung an.

Vier Jahre später geschah dann das bis dahin kaum Fassbare: Die SNP gewann 49 Sitze bei den Wahlen, die Scottish Labour fiel auf 37 Sitze zurück und musste erstmals in Schottland eine SNP-Regierung mit absoluter Mehrheit akzeptieren. Dieses Ergebnis wurde im September 2016 erneut nahezu bestätigt. Die SNP unter ihrer neuen Partei – und Regierungschefin Nicola Sturgeon kam auf 62 Sitze, Labour schaffte es nur noch auf 29 Sitze, hinter den neu erstarkten Konservativen mit 31 Sitzen.

Unabhängigkeitsreferendum Schottlands

England und die EU hatten die Parlamentswahlen in Schottland 2016 ganz besonders genau verfolgt. Der Grund: Im September 2014 hatte in Schottland ein von vielen lang erhofftes Unabhängigkeitsreferendum in Schottland stattgefunden. Hierbei war die SNP als Verfechterin der schottischen Unabhängigkeit jedoch deutlich unterlegen. 55,3 Prozent der schottischen Wähler stimmten gegen die Empfehlung der Regierungspartei SNP, Schottland solle unabhängig werden. Nur 44,7 Prozent stimmten für die Un-

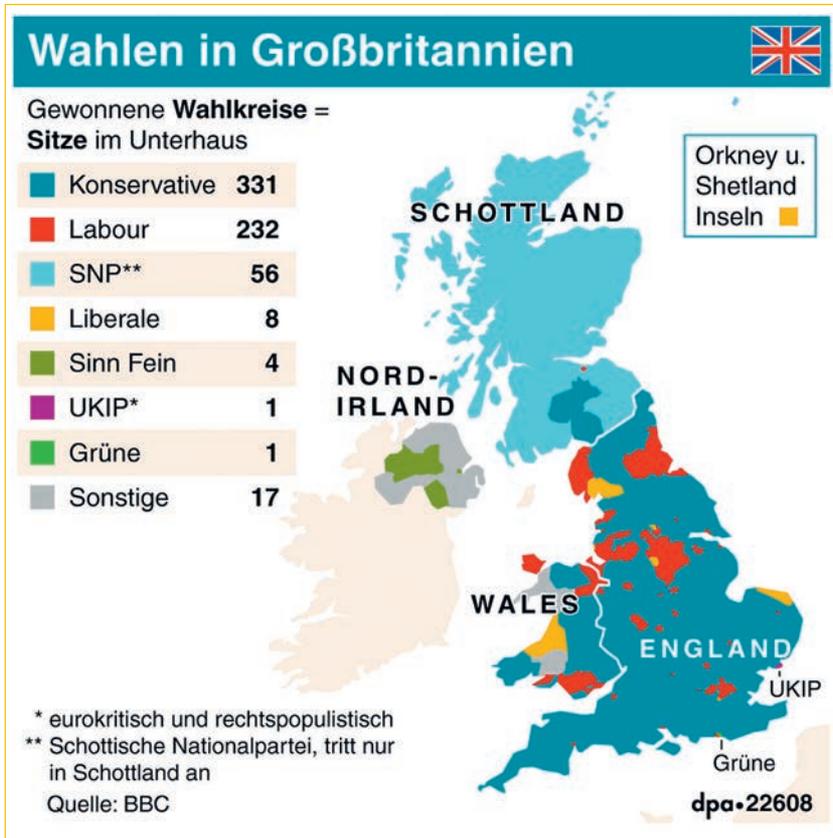


Abb. 3 »Unterhauswahlen in Großbritannien vom 8.5.2015«

© dpa-Infografik

abhängigkeit, in Zahlen: etwas über 2 Mio. Schotten stimmten für die Union, dagegen 1,617 Millionen Schotten für die Unabhängigkeit.

■ Anhaltende Spannungen

Das »Indy Ref«, wie es im schottischen Sprachgebrauch heißt, hat das UK, wie viele Beobachter beschreiben, trotzdem eher geteilt als vereint. Schottland und England, so scheint es, haben sich seit 2014 offensichtlich auf zwei sehr unterschiedliche Zukunftswege begeben.

Die Wahlen zum britischen Unterhaus im September 2015 belegten das eindeutig. Nachdem die SNP in Schottland bereits unangefochten mit deutlicher Mehrheit regierte, wurde Nicola Sturgeon, die neue SNP-Gallionsfigur auch in ganz Großbritannien zum Medienstar. Viele Engländer und Schotten stellten fest, sie spreche die Sprache der »normalen« Leute und ginge auf ihre Sorgen und Nöte ein.

Das Wahlergebnis der Unterhauswahl zeigt unübersehbar die Sturgeon-Auswirkungen: Von 59 in Schottland zur Verfügung stehenden Parlamentssitzen eroberte die Scottish National Party 56 Sitze, ein Plus von 50 Sitzen. Scottish Labour, schottische Liberaldemokraten und schottische Konservative erreichten in Schottland jeweils gerade noch einen Sitz.

■ »Rule Britannia, Britannia rules the wave«, Thomas Augustine Arne, 1710–1778

Am Freitag, dem 24. Juni 2016, trat um 8.15 Uhr Premierminister David Cameron vor seinem Amtssitz in der Londoner Downing Street vor die Kameras und verkündete, dass er zurücktreten werde. David Cameron hatte das EU-Referendum am 23. Juni 2016 initiiert, auch um seine rechtskonservativen EU-ausstiegswilligen Parteikollegen der konservativen Partei im Unterhaus zu beru-

higen, sich für den Verbleib des UK in der EU ausgesprochen und insgesamt verheerend verloren. Nach siebenmonatigem Zögern verkündete seine Nachfolgerin, Theresa May nun zu Beginn des Jahres 2017 den sogenannten »harten Brexit«: Inzwischen hat auch das Parlament des UK, das Londoner Unterhaus, beschlossen, den Briten nicht nur das Verlassen der Europäischen Union, sondern auch des Binnenmarkts und der Zollunion zuzumuten. Eine Teil-Integration, etwa ein Verbleiben im EU-Binnenmarkt wie z.B. beim Modell Norwegens, oder eine Zollunion, wie sie die Türkei praktiziert, lehnt die britische Regierung nach wie vor kategorisch ab. Damit will sie die volle nationale Souveränität zurückerlangen, die Einwanderung aus EU-Staaten begrenzen sowie Gesetze unabhängig von EU-Entscheidungen und Europäischem Gerichtshof verabschieden. May strebt zudem an, eigene Freihandelsabkommen mit Drittstaaten auszuhandeln, nicht zuletzt mit den USA unter ihrem neuen Präsidenten, dem Brexit-Befürworter Donald Trump. Auch die Beziehungen zur EU, weiterhin Großbritanniens wichtigster Handelspartner, will May nur über ein weitreichendes Freihandelsabkommen regeln, das sie noch während der Austrittsverhandlungen innerhalb der nächsten zwei Jahre abschließen will.

Schottlands Parlament reagiert darauf sehr eindeutig. Mit 90 zu 36 Stimmen stimmte es am 7.2.2017 für den Verbleib in der EU und im europäischen Wirtschaftsraum. Die Abstimmung hat zwar keinerlei rechtliche Bindung für die britische Regierung, aber sie zeigt, dass Liberaldemokraten, Sozialdemokraten (Scottish Labour), Grüne wie auch die sozialdemokratische Scottish National Party unerwartet gemeinsam stimmen, wenn es um Schottland geht. Alleine die schottischen Konservativen stimmten für Mrs. May und ihre Austrittspläne, die am 9.2.2017 vom Londoner Unterhaus schließlich mit großer Mehrheit abgesegnet wurden.

Diese prinzipielle Unnachgiebigkeit Mays und ihr immer klarerer Kurs Richtung komplette Abkoppelung Großbritanniens von der EU haben Nicola Sturgeon in eine schwierige Lage gebracht. Sollte London nicht noch einlenken, bliebe ihr kaum etwas anderes übrig, als tatsächlich ein zweites Unabhängigkeitsreferendum zu verlangen. Sturgeon selbst hatte versichert, dass sie nicht »bluffe«, wenn es um die Zukunft Schottlands gehe. Schon wird über ein neues Unabhängigkeitsreferendum spekuliert. Voraussetzung dafür wäre, dass sich London mit einem erneuten Urnengang einverstanden erklären würde. Denn rechtskräftig kann eine schottische Volksbefragung nur sein, wenn die Zentralregierung grünes Licht dafür gibt. Dass die Regierung May ein solches Schottlandreferendum ansetzen müsste, sobald das schottische Parlament sie mit Mehrheitsbeschluss dazu aufforderte – daran zweifeln nicht mal die schottischen Konservativen und die schottische Labour Party. Beide Gruppierungen sind leidenschaftliche Gegner einer Abspaltung Schottlands von England. Ein Schottlandreferendum zu blockieren wäre für London extrem gefährlich.

Beharrliche Zweifel am Sinn der Unabhängigkeit Schottlands bestehen aber auch bei vielen Schotten. Zum Beispiel fragen sich viele, wenn sie an die Haushaltsprobleme ihres Landes und an die Krise der Ölindustrie in der Nordsee denken, ob ein eigener schottischer Staat tatsächlich auf soliden Beinen stehen würde – oder ob sie doch besser aufgehoben wären im Vereinigten Königreich. Auch die Vorstellung, dass zwischen einem in der EU verbleibenden Schottland und einem irgendwann nicht mehr zur EU gehörenden England plötzlich Zollschränken errichtet werden

müssten, ist vielen nicht geheimer. Die Turbulenzen, die das Brexit-Drama auslöste, haben zu genereller Verunsicherung geführt. (Nonnenmacher 2017)

Das Votum der britischen Wähler im ganzen UK spiegelt den allgemeinen Krisenzustand in der EU und ihrer Mitgliedstaaten wider. In den Ergebnissen der Wähleranalyse wiederholt sich das Muster, das auch anderorts in Europa, z. B. zuletzt bei der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten und ebenso bei den letzten Landtagswahlen in Deutschland zeigte. Dem populistischen Lager, hier vor allem der UKIP, scheint es gelungen, Teile der Nichtwähler zu mobilisieren. Diese rekrutieren sich überwiegend aus den Randgruppen der Bevölkerung, die sich »abgehängt« fühlen. Dies sind insbesondere die ärmeren, sozial benachteiligten und schlechter ausgebildeten Schichten, die insbesondere in England für den Exit gestimmt haben. Nicht nur das gegensätzliche Wahlverhalten auf dem Land und in den Städten, auch die geografische Verteilung der Exit-Stimmen, also die Häufung dieser Stimmen in den englischen Midlands und in Teilen von Wales – unter anderem in den verwüsteten Industrielandschaften, die wirtschaftlich nicht wieder auf die Beine gekommen sind –, sprechen für die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Brexits. Die Wahrnehmung der drastisch gewachsenen sozialen Ungleichheit und das Gefühl der Ohnmacht, dass die eigenen Interessen auf der politischen Ebene nicht mehr repräsentiert werden, schaffen den Motivationshintergrund für die Mobilisierung gegen Fremde, die Abkehr von Europa, den Hass auf Brüssel. Fraglich ist, ob die Partei der Konservativen im UK, die Tories, die Hoffnungen dieser Wählergruppen befriedigen kann und will.

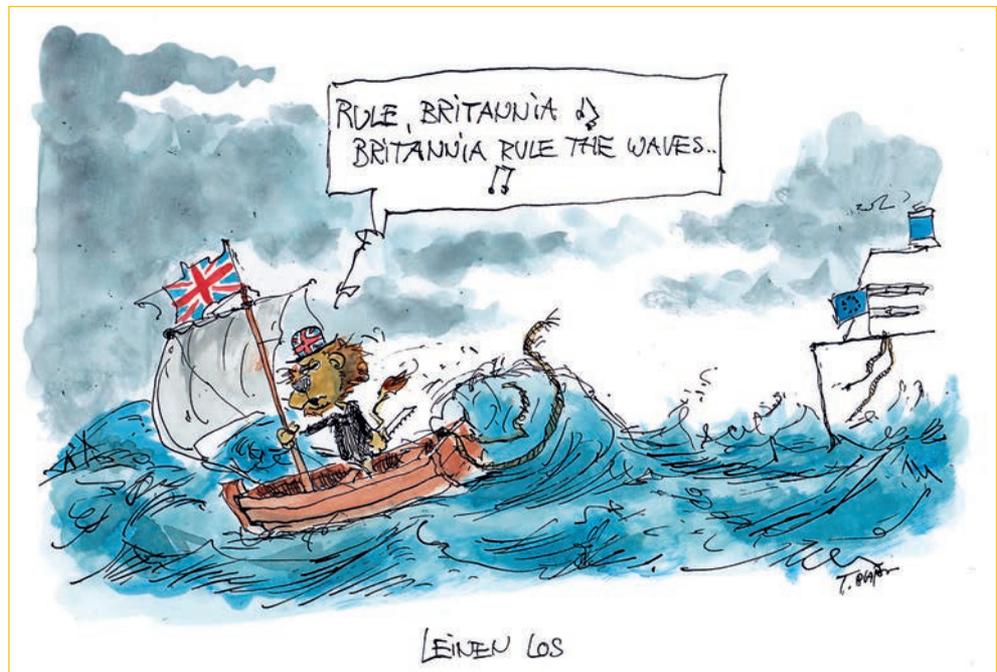


Abb. 5 »Rule Britannia! Leinen los!«

© Thomas Plaßmann, 2016

In Schottland führte diese Bewegung demgegenüber eher zum Aufstieg der stark sozialdemokratisch orientierten Scottish National Party, die von Anfang an gegen die liberale Wirtschaftspolitik der Tories seit Margrete Thatcher aufgestellt war. So überlagern sich regionale, soziale und politische Probleme im UK derart, dass an weitergehende Prognosen nur schwer zu denken ist.

Literaturhinweise

Macwhirter, Ian (2016): Tsunami. Scotland's Democratic Revolution. Freight Books Glasgow

McLeish, Henry (2016): Rethinking our Politics- The political and constitutional future of Scotland and the UK, Luath Press, Edinburgh

Munro, Colin A. (2017): Die Folgen des Brexit und die EU, in Politikum 1/2017, S. 24–33, Wochenschau-Verlag

Nonnenmacher, Peter (2017): Schotten wollen der EU die Treue halten, StZ, 10.2.2017, S. 6

Schweiger, Christian (2017): Der Brexit und wie es dazu kam, in: Politikum 1/2017, S. 14–23, Wochenschau-Verlag

Internethinweise

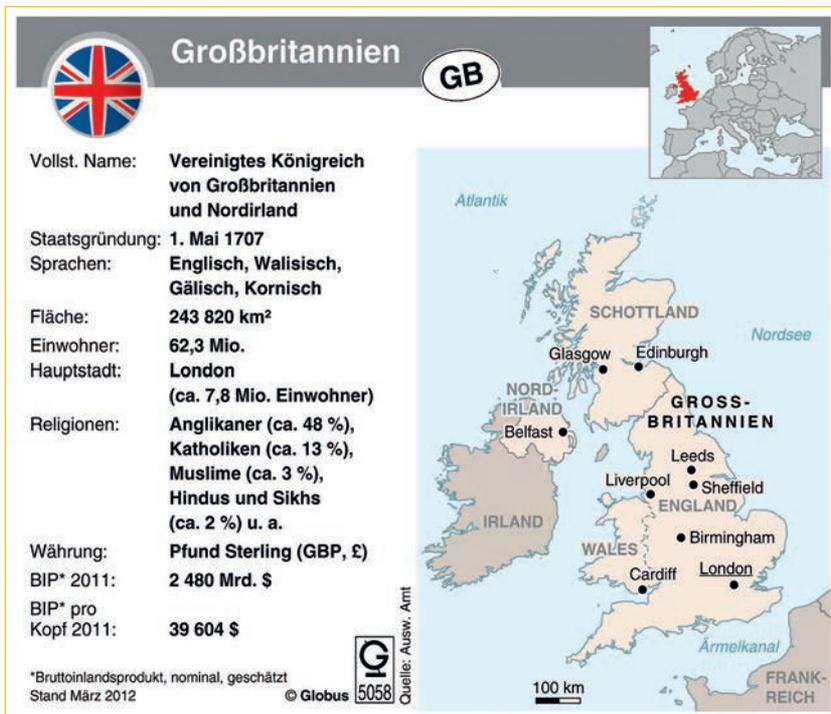
Theresa May: Brexit means Brexit- Rede www.independent.co.uk/news/uk/politics/theresa-may-brex-it-means-brex-it-conservative-leadership-no-attempt-remain-inside-eu-leave-europe-a7130596.html

Nicola Sturgeons Rede vom 24. Juni 2016: www.youtube.com/watch?v=1moPW7bgmHI



Abb. 4 »Gespaltene Persönlichkeit? Ist das was Ernstes?«

© Gerhard Mester, 2016



M 1 Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland

© dpa-Infografik, 2012

MATERIALIEN

M 2 einestages (Spiegelonline) (2016): »Archaische Angst des kleinen Bruders«, Interview mit Prof. Dr. Helmut Weber, Fellow am Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität zu Berlin.

Eine »Union mit weniger gegenseitiger Zuneigung« habe es noch nie gegeben, kommentierte Robinson-Crusoe-Autor Daniel Defoe, der Anfang des 18. Jahrhunderts als englischer Spion in Schottland den Aufruf miterlebte. Und trotzdem: 1707 vereinigten sich England und Schottland in den »Acts of Union«. Das Königreich Schottland ging in einem wirtschaftlich prosperierenden Staat auf – und verlor im Gegenzug einen Großteil seiner Eigenständigkeit, um die es jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte. Von Anfang an, so scheint es, stand die Liaison beider Länder unter einem schlechten Stern. Wie viel alter Frust ist es, der nun den aktuellen Erfolg der schottischen Separatisten befeuert? Und wo liegen die historischen Wurzeln für die Abneigung der Schotten gegenüber den Engländern? einestages sprach mit dem Großbritannien-Experten Helmut Weber über den Ursprung alter Aversionen – und die historischen Wurzeln des schottischen Nationalismus.

einestages: Welcher englische Witz über die Schotten trifft die Kaledonier derzeit am härtesten?

Weber: »Sean Connery hat gesagt er kehrt von den Ba-

hamas zurück, wenn Schottland unabhängig wird. Er muss sich ja jetzt vor Angst in die Hosen machen.«

einestages: Und die schottische Witz-Retourkutsche auf diese Gemeinheit?

Weber: »Die britische Regierung warnt davor, dass ein unabhängiges Schottland bald der dritten Welt angehören wird. Die schottische Antwort lautet: Schon möglich. Aber ob es wirklich so viel besser wird?«

einestages: Warum können die Schotten die Engländer eigentlich nicht ausstehen?

Weber: In der Summe haben die Menschen im Land gar nichts gegen die Engländer – die Aversion richtet sich eher gegen die Zentrale London. Die Schotten treibt die archaische Angst des kleinen Bruders um, zu kurz zu kommen, ungerecht behandelt, immer wieder benachteiligt zu werden. Es herrscht ein uraltes, weit verbreitetes Gefühl, von dem großen Nachbarn im Süden über den Tisch gezogen worden zu sein.

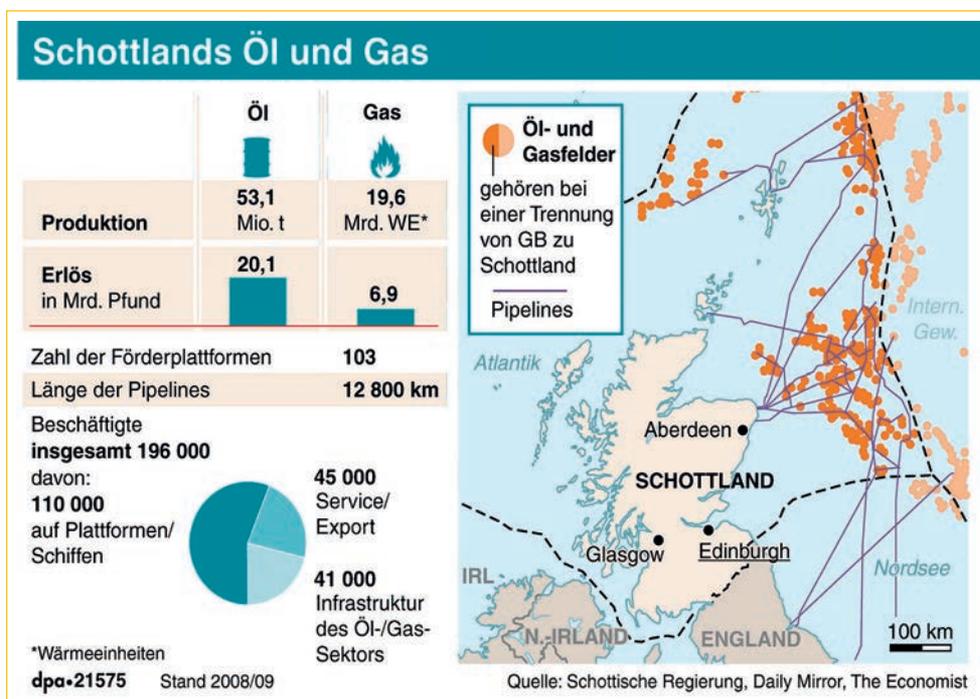
einestages: Wann genau begann das schottisch-englische Schlamassel?

Weber: Probleme gab es von Anfang an, seit der Nationenwerdung beider Länder. England war immer die größere, stärkere Macht, Schottland das kleinere und ärmere Land, das sich verteidigen musste. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen

um das Jahr 1300: mit dem Versuch des englischen König Edwards, sich Schottland ebenso einzuverleiben, wie das mit Wales gelungen war. Der Film »Braveheart« thematisiert diesen blutigen Konflikt.

einestages: Das Schlachtenepos von 1995 mit Mel Gibson bestärkte viele Kaledonier in ihrem Groll auf England. Es befeuerte den schottischen Nationalismus ...

Weber: ... und hat den Drang nach Unabhängigkeit emotional aufgeladen. Jahrhundertlang kämpften die Schotten um ihre Eigenständigkeit, die angloschottischen Kriege waren ein permanentes »on and off«.



M 3 Schottlands Öl und Gas-Vorkommen

© dpa-Infografik, 2009

einestages: Trotzdem opferten die Schotten im Jahr 1707 ihre Autonomie und gingen mit England zusammen. Warum taten sie sich das überhaupt an?

Weber: Die Schotten waren militärisch schwach – und ökonomisch am Boden. Das schottische Kolonialabenteuer in Panama war gründlich gescheitert, die Elite des Landes hatte fast ihr gesamtes Vermögen verloren. Die Engländer nutzten diese Schwäche, dieses kleine Zeitfenster, geschickt aus, um das schottische Königreich an sich zu binden.

einestages: Das einfache Volk wollte die Union mit England um jeden Preis verhindern ...

Weber: ... doch die Adeligen setzten sich durch: London versprach im Unionsvertrag, die finanziellen Verluste des Panama-Desasters auszugleichen. Und für die schottische Wirtschaft öffnete sich ein gewaltiger Markt. Das kleine Land profitierte von der globalen Wirtschaftsmacht des Nachbarn.

einestages: Das ganze gleicht einer Vernunftfehde ungleich starker Partner ...

Weber: ... in der es immer wieder kriselte. Nehmen Sie etwa die Schlacht bei Culloden 1746: Drastisch unterwarfen die Engländer die überwiegend schottischen Aufständischen, verboten Kilt und Dudelsack: ein bis heute nicht verwundenes nationales Trauma, das natürlich Ressentiments schürt.

einestages: In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfuhr der schottische Nationalismus einen großen Aufschwung. Was hat die Separatisten so stark gemacht?

Weber: Eine zentrale Rolle spielen die gewaltigen Erdölfunde vor der schottischen Küste Ende der Sechzigerjahre. Plötzlich fühlten sich die Schotten stark – und finanziell in der Lage, allein klarzukommen.

einestages: Etwa zeitgleich kam Margaret Thatcher an die Macht, für viele schottische Nationalisten bis heute die Inkarnation des Bösen. Warum?

Weber: Die Politik Thatchers war eine Politik der Stärkung der Londoner City als internationaler Finanzplatz und der Ausrichtung oft an den Interessen der City, verbunden mit einer schonungslosen Deindustrialisierungspolitik. Bergwerke und Werften wurden stillgelegt, die Arbeitslosigkeit stieg. Das schürte den Groll der Schotten.

einestages: Dazu kommt ein religiös bedingter Unterschied beider Mentalitäten.

Weber: In Schottland herrscht traditionell der gemeinschaftsbezogene und in gewissem Sinne egalitäre Calvinismus vor – in England der eher individualistisch und hierarchisch geprägte anglikanische Protestantismus. Die Schotten ticken einfach anders.

einestages: Was stört die Schotten am anti-europäischen Kurs vieler Engländer?

Weber: Die Kaledonier sind traditionell viel stärker mit dem Kontinent verweben: Es gab Zeiten in der Geschichte, da studierten Generationen schottischer angehender Schotten in im Ursprung ein genuin kontinentaleuropäisches – der englische Sonderweg ihnen eigentlich fremd. (...)

© www.spiegel.de/einestages/schottland-referendum-wurzeln-der-england-feindschaft-a-991717.html

Nein zur Unabhängigkeit



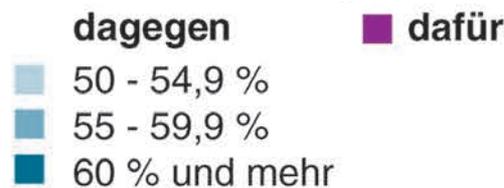
So stimmten die Schotten über einen souveränen schottischen Staat ab:

insgesamt:

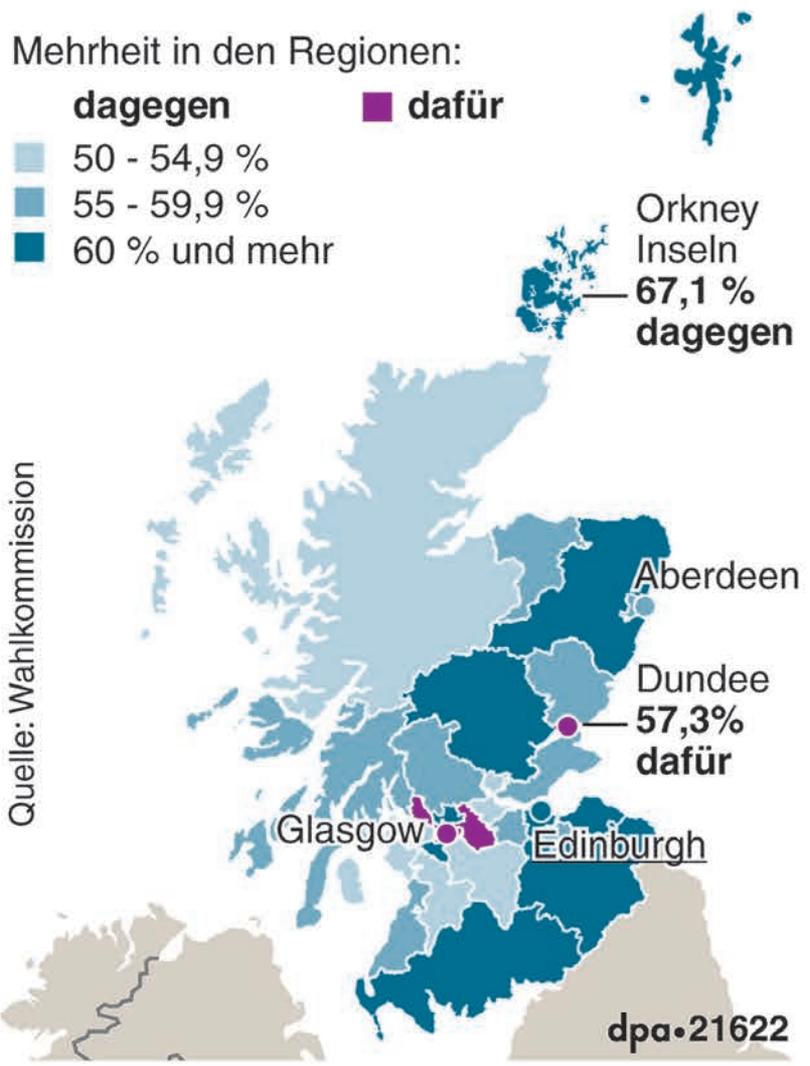


Wahlbeteiligung: 84,6 %

Mehrheit in den Regionen:



Quelle: Wahlkommission

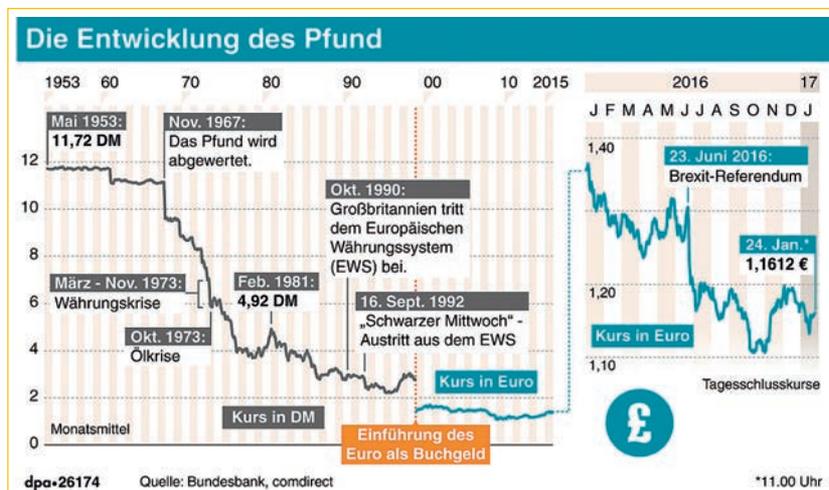


M 4 Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands vom UK am 19.9.2014

© dpa-Infografik, 2014

M 5 Arvid Kaiser: »Fünf Argumente für den Brexit. Diese Vorteile hat Großbritannien ohne die EU«, manager magazin, 21.6.2016

Die Brexiteers haben es schwer, als Stimme der Vernunft wahrgenommen zu werden. (...) Umfragen zeigen, dass die »Leave«-Position stark mit niedrigem Bildungsstand und der Leserschaft von Boulevardblättern wie »Express« oder »Sun« zusammenhängt. Wenn es um wirtschaftliche Fragen geht, ist das Verdikt noch deutlicher. Ein Aufruf von Ökonomen in der »Times«, für den Verbleib in der EU zu stimmen, fand fast 200 Unterzeichner. Die »Economists for Brexit« hingegen sind zu acht. Trotz dieses eindeutigen Votums: Es gibt sie, ökonomische Gründe für den nun beschlossenen Austritt – und zwar auch welche, die einem ersten kritischen Blick standhalten. (...)



M 6 Die Entwicklung des britischen Pfundes £ zum Euro

© dpa Infografik, Februar 2017

1. Runter mit dem Pfund

Der Finanzmarkt signalisiert eindeutig, dass Kapital aus einem von der EU losgelösten Britannien abfließen würde. Der Absturz von Pfund und Aktienmarkt nach dem Brexit-Votum spricht Bände. Eine drohende Währungs- und Wirtschaftskrise ist auch das zentrale Argument von Finanziers wie George Soros gegen den Brexit. Doch »für ein Land, das sich in eigener Währung verschuldet und ein übermäßiges Zahlungsbilanzdefizit hat, wäre das fallende Pfund eine gute Sache«, hält US-Ökonom Paul Krugman dagegen (der allerdings andere Gründe, die gegen den Brexit sprechen, für gewichtiger hält). Tatsächlich beruht die optimistische Prognose der »Economists for Brexit«, die im Gegensatz zu den Szenarien von Bank of England, London School of Economics oder Finanzministerium einen positiven Wachstumseffekt errechnet, auf einer Abwertung des Pfund – ein Wettbewerbsvorteil für britische Exporteure, auch wenn Vorleistungen aus dem Ausland teurer würden. Die Zahlungsbilanz wäre demnach immer noch negativ, aber nur noch leicht. Als Abwertungsstrategie könnte der Brexit so die darben- de Industrie auf der Insel wieder in Schwung bringen.

2. Kleinere City, ausgeglichene Metropole

Mit einem stärkeren Fokus auf das exportstarke produzierende Gewerbe könnte die britische Wirtschaft auch ihre Abhängigkeit vom Finanzsektor verringern – ein seit der Finanzkrise immer wieder vorgetragenes Anliegen, das bisher aber kaum untermauert wurde. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt immer noch sieben Prozent, doppelt so viel wie in Deutschland. Die Kombination aus billigem Pfund und dem Verlust der EU- »Passporting«-Rechte für Londoner Finanzdienstleister könnte den Trick allerdings schaffen. Als Programm gegen die Dominanz der Londoner City wollen die Brexiteers ihr Vorhaben freilich nicht verstanden wissen. Die wenigen Branchenvertreter, die wie Ex-HSBC-Chef Michael Geoghegan für den Ausstieg warben, sehen die Zukunft des Landes eher in einer Art größerem Hongkong, als deregulierter Fluchthafen für globales Kapital. Dennoch ist eindeutig, wie bedeutsam der privilegierte Zugang zum EU-Markt für London als führendem Standort für Finanzdienstleistungen ist. Wenn der fällt, dürfte die Fluchtbewegung andersherum verlaufen: Französische und andere Banker ziehen zurück auf den Kontinent. Mit ihnen würde London erhebliche Kaufkraft verlieren – aber auch eine Quelle für Verzerrungen, zum Beispiel am Immobilienmarkt, die in anderen Branchen derzeit die Dynamik bremsen.

3. Keine Rücksicht auf die Landwirte

Die Anti-EU-Kampagnen stellen die Union als Hindernis für freien Welthandel dar. Das Veto eines einzelnen der 27 Noch-Partnerstaaten könne ein Abkommen mit anderen Nationen blockieren:

Frankreich stelle sich gegen den Deal mit Kanada quer, Deutschland gegen den mit Japan, Italien gegen den mit Australien. Relevante Handelsabkommen habe die EU nur mit Mexiko, Südkorea und Südafrika zustande gebracht. Die könne Großbritannien allein auch schnell abschließen – und sich außerdem mit den führenden Wirtschaftsnationen in Übersee einigen. Simon Wolfson, Chef der Bekleidungskette Next, würde mit China und Indien anfangen. Als Handelspartner sei der Rest der Welt längst wichtiger für die Briten als Europa. (...) Ob mehr Handelsabkommen auch mehr Handel bringen, stellen die »Economists for Brexit« selbst infrage. In einem Punkt könnte sich Großbritannien aber deutlich von der EU abheben: »Das Vereinigte Königreich könnte sich von der Gemeinsamen Agrarpolitik lossagen, die durch Zölle und Subventionen den Nahrungspreis für britische Verbraucher hochtreibt«, heißt es beim EU-freundlichen Centre for European Reform. Das ginge zu Lasten auch britischer Landwirte, die aber vergleichsweise wenig Einfluss genießen. (...)

4. Mehr Einwanderung – nur nicht aus Europa

Während der Wahlkampf sich vor allem darum drehte, die Zuwanderung aus Osteuropa zu begrenzen, umwarben die Brexiteers Wähler aus der südasiatischen und karibischen Minderheit mit der gegenteiligen Botschaft: Großbritannien könne sich außerhalb der EU wieder für mehr Menschen aus den Commonwealth-Staaten öffnen. Da mag Sehnsucht nach dem ehemaligen Empire mitklingen. Für Unternehmer wie James Dyson ist aber genau das ein praktischer Grund, gegen die EU zu opponieren: Sie ist ihnen in der Migrationspolitik zu restriktiv. »Wir können keine ausländischen Ingenieure einstellen, wenn sie nicht aus der EU sind«, klagte Dyson dem »Telegraph«. Möglich sei das zwar schon, die Prozedur dauere aber viel zu lange. (...)

5. Eine stabilere EU hilft auch den Briten

Last not least ein etwas paradoxes Argument, das aber dennoch plausibel ist. Wenn der Nicht-Euro-Staat Großbritannien aus der EU verschwindet (...), könnte Rest-Europa stabiler werden – und damit auch den Briten helfen. Denn, da sind sich Pro- und Anti-Brexit-Ökonomen einig, in Europa hapert es im Moment vor allem an der wirtschaftlichen Perspektive, weil die Währungsunion nicht funktioniert. Nötig wäre dafür eine staatliche Grundlage, die wirtschaftliche Ungleichgewichte ausgleicht – was aber mit der nationalen Eigenständigkeit und den in der EU-28 nötigen Kompromissen nicht zu schaffen ist. (...)

© www.manager-magazin.de/politik/europa/brexit-die-vernunftigsten-wirtschafts-argumente-dafuer-a-1098273.html

M 7 Christian Zschke:
»Alle gegen alle«,
Süddeutsche Zeitung
vom 27.6.2016, S. 4

Allmählich setzt bei vielen Briten, die für den EU-Austritt gestimmt haben, die große Ernüchterung ein. Das liegt daran, dass immer deutlicher wird, in was für einen Schlamassel sich das Land gebracht hat. Und wie sehr das Vereinigte Königreich zu einer geteilten Nation geworden ist. Nach dem Referendum ergibt sich folgendes Bild: Die Konservative Partei ist tief gespalten, die Labour-Partei völlig zerstritten, Schottland und Nordirland fühlen sich von England und Wales hintergangen, nie war die Diskrepanz zwischen London und besonders dem Norden Englands größer. Die Jungen, die mit riesiger Mehrheit für den Verbleib gestimmt ha-

ben, sind sauer auf die Alten, die mehrheitlich gegen die EU sind, die gebildete, pro-europäische Mittelschicht und die Arbeiterklasse stehen einander mit Unverständnis gegenüber. Nigel Farage, Chef der EU-feindlichen UK-Independence Party, sagte, das sei der »Sieg der anständigen Leute« gewesen. Was soll das heißen? Dass es knapp der Hälfte der Briten an Anstand mangelt? Also jener Hälfte, die sich nicht von seinem Populismus hat einlullen lassen?

Die britische Gesellschaft war immer ein komplexes, vielfältiges Gebilde, und das Klassensystem ist niemals wirklich abgeschafft worden. Dennoch wohnte ihr eine große Kohärenz inne, was daran liegt, dass die britische Identität über Jahrhunderte gewachsen ist und sich durch ein ungebrochenes Verhältnis zur eigenen Geschichte auszeichnet. Nun fühlt es sich an, als sei auf der Insel der Streit aller gegen alle ausgebrochen, und es ist weit und breit niemand in Sicht, der als einende Kraft wirken könnte.

Besonders bemerkenswert ist, wie viele Briten sich für eine Kampagne empfänglich gezeigt haben, die zu einem Gutteil auf Halbwahrheiten, surrealen Versprechen, Ignoranz und dem Schüren von Angst vor Zuwanderung basierte. In den Tagen nach der Abstimmung haben viele Wähler ihre Gründe für die Ablehnung der EU genannt. Es seien zu viele Muslime im Land, es werde zu viel im Grüngürtel gebaut, man habe damit gerechnet, dass die eigene Stimme ohnehin nicht zähle.

Es war absurd und hatte in vielen Fällen mit der EU schlicht nichts zu tun. Nicht wenige Briten haben für den Austritt gestimmt, weil es ihnen in der Wahl zuvörderst darum ging, dagegen zu sein. Wogegen, war dabei weitgehend egal. Dass vor allem weniger gebildete, ältere und ärmere Briten dieses diffuse Dagegen geäußert haben, heißt nicht, dass man deren Sorgen und Ängste nicht ernst nehmen müsste. Die Wahl lässt sich auch lesen als Folge der Finanzkrise und der Eliten-Skepsis, die sich daraufhin entwickelt hat. Als Folge einer Sparpolitik der Tories, die dazu führte, dass sich viele Menschen im Land abgehängt fühlen. Als Folge der Tatsache, dass in der Londoner City Millionen verdient werden, während in Sunderland in manchen Familien mittlerweile die dritte Generation arbeitslos ist. Warum sollten diese Menschen den Eliten in London glauben, den Politikern und den Experten, wenn diese sagen, es sei essenziell, in der EU zu bleiben, weil sich sonst alles zum Schlechten wende? Viel schlechter geht es ja ohnehin nicht.



M 8 »Die nächste Flüchtlingskatastrophe ... «

© Klaus Stuttmann, 22.4.2016

Die wachsende Ungleichheit im Land war der Nährboden, auf dem die teils perfide Kampagne der EU-Gegner wachsen konnte. Die Labour-Partei, die sich traditionell der Arbeiter annimmt, hat in diesem Wahlkampf vollkommen versagt, weil sie es nicht schaffte, den Ressentiments und Lügen eine eigene, pro-europäische Erzählung entgegenzusetzen. Eine, in der es etwa auch um die Verdienste der EU für Arbeitnehmer hätte gehen können. Es ist Premierminister David Cameron, der durch die Ansetzung des Referendums für die aktuelle Lage verantwortlich ist. Aber es ist die Labour-Partei mit ihrem in der EU-Frage so halbherzigen Chef Jeremy Corbyn, die sich fragen muss, ob sie wirklich genug getan hat, um ihre einstigen Stammwähler zu erreichen.

Dennoch liegen aus pro-europäischer Sicht die Hoffnungen jetzt auf Labour. Wenn die Konservativen im Herbst einen neuen Vorsitzenden wählen, würde dieser wohl Neuwahlen anberaumen, damit seine Brexit-Regierung ein belastbares Mandat hätte. Sollte es Labour gelingen, den internen Streit rasch beizulegen, einen Vorsitzenden zu wählen, der eine glaubwürdige Alternative als Premierminister wäre – und das ist Jeremy Corbyn nicht –, und einen pro-europäischen Wahlkampf führte, hätte die Partei eine reelle Chance, die Abstimmung zu gewinnen.

Und wenn die Briten sich tatsächlich (...) mehrheitlich von den Tories abwendeten und eine pro-europäische Regierung wählten: Wäre das nicht gewissermaßen ein zweites Referendum, mit anderem Ausgang? Zugegeben, wahrscheinlich ist das nicht. Aber möglich ist es.

© Christian Zschke: »Alle gegen alle«, Süddeutsche Zeitung vom 27.6.2016, S. 4



M 9 Theresa May: »Der ganz harte Brexit«

© Klaus Stüttmann, 16.1.2017

M 10 Marcus Theurer: »Grundsatzrede zum Brexit. May schafft klare Verhältnisse«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.1.2017

Die Brexit-Rede der britischen Premierministerin Theresa May bestätigt die Erwartungen: Großbritannien wählt den »harten« Brexit. Das Vereinigte Königreich soll die EU verlassen – ohne wenn und aber. Mit Mays Rede sind auch die letzten Spekulationen, dass die Briten den klaren Schnitt doch scheuen könnten, vom Tisch. Das Königreich wird nicht nur die EU verlassen, sondern auch den europäischen Binnenmarkt. Das Regelwerk der Europäischen Zollunion will May ebenfalls nicht akzeptieren, »riesige« Beiträge zum EU-Haushalt schließt sie für die Zukunft gleichfalls aus. Stattdessen strebt May ein »mutiges und ehrgeiziges« Freihandelsabkommen mit der EU an.

Die Regierungschefin in London schafft damit vor den schwierigen Austrittsverhandlungen klare Verhältnisse. Monatelang hat May herumlatiert und nicht explizit gesagt, dass sie bereit ist, den Zugang zum Binnenmarkt für mehr Kontrolle über Einwanderungspolitik zu opfern. Diese Hängepartie ist nun vorbei.

Der Vorteil für die bevorstehenden Austrittsverhandlungen, die im Frühjahr 2017 beginnen sollen: London und Brüssel werden keine wertvolle Verhandlungszeit darauf verwenden, in der brisanten Frage der Personenfreizügigkeit doch noch irgendwie die Quadratur des Kreises zu schaffen. Nach allem, was beide Seiten bisher zu diesem Thema gesagt haben, wäre dies ein weitgehend hoffnungsloses Unterfangen, das die Verhandlungsatmosphäre nur unnötig vergiftet hätte.

Klar ist allerdings auch: Seit Dienstag ist mit neuen Handelshürden zu rechnen, worunter beide Seiten leiden werden – die Briten aber voraussichtlich stärker. Die EU hat noch nie ein Freihandelsabkommen geschlossen, das dem Partner einen Handelszugang gewährt, der gleichwertig mit der Binnenmarkt-Zugehörigkeit ist. Die Verhandlungsaufgabe ist enorm. Dass ein umfassendes Freihandelsabkommen binnen zwei Jahren vereinbart und ratifiziert werden kann – wie von May angestrebt – halten Fachleute für unrealistisch. Die Verhandlungen bieten jede Menge Zündstoff für Streit und Zerwürfnisse.

Tatsächlich wird deshalb wohl eine Zwischenlösung notwendig werden. Sie sollte regeln, welche Handelsspielregeln für die Zeit nach 2019 gelten – wenn die Briten zwar voraussichtlich nicht

mehr in der EU sind, es aber wohl noch kein Freihandelsabkommen als Ersatz für die bisherige Mitgliedschaft Großbritanniens im Binnenmarkt gibt. Ohne einen solchen Puffer, der mehr Zeit für die Verhandlungen schafft, droht der Brexit im Chaos zu enden.

© www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit/grundsatzrede-zum-brexit-may-schafft-klare-verhaeltnisse-14678862.html

M 11 Die Welt/ N24 »Schottland rebelliert gegen Mays Brexit-Pläne«, 7.2.2017

Schottland untermauert seine Position im Streit mit London: In einer Abstimmung stellte sich eine überwältigende Mehrheit schottischer Parlamentarier gegen die Brexit-

Pläne von Theresa May. Das war ein deutliches Signal Richtung London: Das schottische Regionalparlament in Edinburgh hat sich gegen die Regierungspläne Großbritanniens gestellt, im März den Brexit in Brüssel zu beantragen.

Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ihr Vorwurf: Es seien bei den Brexit-Plänen von Theresa May noch zu viele Fragen offen. Eine überwältigende Mehrheit der Abgeordneten sah das offenbar ähnlich. 90 Parlamentarier stimmten für den Antrag. 34 stimmten dagegen. Es handelt sich zwar bloß um eine symbolische Abstimmung, da ein Votum des Regionalparlaments nicht bindend ist, aber die Botschaft, die hinter der Abstimmung steckt, sollte in London verstanden werden. (...) Denn die Brexit-Pläne der Briten haben auch eine Debatte über eine Unabhängigkeit Schottlands hochkochen lassen. Anders als Engländer und Waliser hatten sich die Schotten bei der Volksabstimmung über den Brexit im vergangenen Jahr mit großer Mehrheit für den Verbleib in der EU ausgesprochen. Am Tag danach trat Regierungschefin Nicola Sturgeon vor die Presse und verkündete mit unverkennbar schottischem Zungenschlag, eine Abstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands sei nun »sehr wahrscheinlich«.

Das Problem: Auch acht Monate später gibt es laut Umfragen noch immer keine Mehrheit für eine Unabhängigkeit. Die Drohungen aus Schottland wurden entsprechend verhaltener. Im Jahr 2017 werde es kein neues Unabhängigkeitsreferendum geben, erklärte Sturgeon.

Stattdessen forderte die Regionalregierung Zugeständnisse, wie einen Sonderstatus für Schottland innerhalb Großbritanniens mit Verbleib im europäischen Binnenmarkt und weitere Kompetenzen. Die symbolische Abstimmung im Regionalparlament dürfte wohl den Zweck haben, den Druck auf London zu erhöhen.

© www.welt.de/politik/article161895578/Schottland-rebelliert-gegen-Mays-Brexit-Plaene.html

M 12 Friedbert Meurer: »Schottland nach dem Brexit-Votum: In der EU bleiben – aber wie?«, Deutschlandradiokultur, 6.7.2016

Die erste und nächstliegende Lösung, wie Schottland in der EU bleiben kann, wäre, sich von Großbritannien zu trennen, also die Unabhängigkeit. Schottland droht gegen seinen Willen aus der EU herausgezogen zu werden, das gilt als Legitimation für ein zweites Referendum, nachdem das erste 2014 verloren ging.

»Der einzige Weg, Schottland innerhalb eines europäischen Rahmens zu halten, ist die Unabhängigkeit, also ein zweites Referendum«, fordert der frühere schottische Regierungschef Alex Salmond. »Und diesmal würden wir den Volksentscheid gewinnen.«

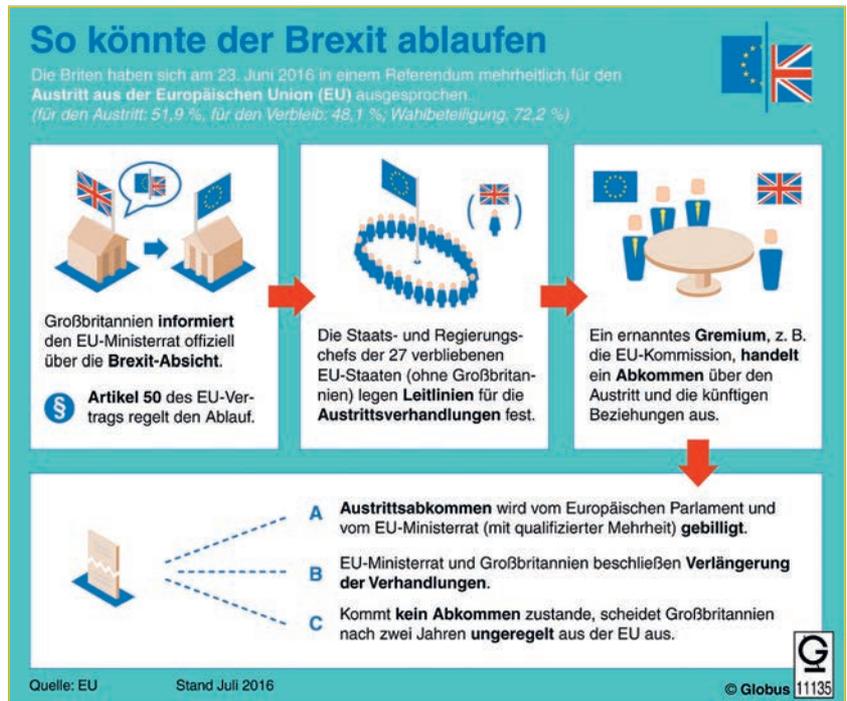
Das ist aber nicht ganz so sicher. In einigen Monaten kann sich der Zorn der Schotten gelegt haben. Es würden wieder die alten Fragen diskutiert: ist ein Bruch mit Großbritannien nicht zu riskant? Die schottische Regierung will erst dann ein zweites Referendum herbeiführen, wenn sie sicher, ganz sicher weiß, es auch zu gewinnen. (...)

Außerdem muss das Parlament in Westminster einem zweiten Referendum zustimmen.

Dazu fehlt im Moment die Bereitschaft. Der für Schottland zuständige Minister David Mundell, ein Tory-Politiker: »Jetzt über ein neues Referendum zu diskutieren, ist überhaupt nicht hilfreich. Genau jetzt bemühen wir uns doch, für Stabilität zu sorgen. Aber das erste, was die Erste Ministerin jetzt erwähnt, bevor die Tinte unter dem Referendum überhaupt trocken ist, das ist die Unabhängigkeit.«

Ein Punkt scheint aber jetzt etwas einfacher zu sein: Schottlands Erste Ministerin Nicola Sturgeon stieß zwar bei ihrem Besuch in Brüssel vergangene Woche auf nicht allzu offene Arme, aber Frankreich und Spanien würden wohl im Fall einer Unabhängigkeit nichts mehr dagegen haben, mit Schottland über eine Wiederaufnahme in die EU zu verhandeln.

Die zweite Möglichkeit wäre die sogenannte »umgekehrte Grönland-Lösung«. Grönland gehört zu Dänemark, aber nicht mehr zu EU. Die umgekehrte Grönland-Lösung sieht so aus: Großbritannien geht aus der EU heraus, Schottland bleibt, ist also sowohl Teil der EU als auch Großbritanniens.



M 14 So könnte der Brexit ablaufen

© dpa Infografik, Juli 2016

Aber der Präzedenzfall passt wohl nicht ganz. Die Beziehungen zwischen Grönland und Dänemark sind viel lockerer als zwischen Schottland und Großbritannien. Gäbe es zwischen Schottland und England Grenzkontrollen? Wäre Schottland je nachdem im Binnenmarkt und England nicht? Brexit insgesamt verhindern? Also fährt Nicola Sturgeon als dritte Variante schwereres Geschütz auf: ein mögliches Veto gegen London.

»Es geht darum, ob das schottische Parlament einem Brexit-Gesetz im Unterhaus, das Schottland aus der EU würfe, zustimmen muss. Logisch betrachtet kann ich kaum glauben, dass eine solche Zustimmung nicht notwendig sein soll. Das wird natürlich die britische Regierung völlig anders sehen.«

Nicola Sturgeon beruft sich auf den Scotland Act, das Gesetz, das Schottland zum Beispiel ein eigenes Parlament beschert hat. Darin gibt es eine Zustimmungsklausel – Schottland muss und darf über bestimmte Gesetze selbst entscheiden. Aber auch über den Brexit? Verfassungsrechtler haben erhebliche Zweifel. Westminster würde einen schottischen Einspruch einfach übergehen, das

Veto liefe ins Leere. (...) Blicke also eine vierte Möglichkeit: Schottland versucht, sich so intensiv wie möglich an den Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU einzubringen. Sehr wahrscheinlich wird London den Regionalregierungen in Wales, Schottland und Nordirland irgendeine Form der Beteiligung oder Konsultation an den Verhandlungen in Aussicht stellen. Schottland kann dann versuchen, eigene Interessen anzumelden und Sonderabsprachen mit der EU für sich zu treffen. Der frühere britische Außenminister William Hague warnt aber davor, dass Schottland das nutzen werde, um möglichst viel Sand ins Getriebe der Brexit-Verhandlungen zu streuen.

© www.deutschlandradiokultur.de/schottland-nach-dem-brexit-votum-in-der-eu-bleiben-aber-wie.979.de.html?dram:article_id=359281



M 13 »Nach dem Brexit: Wer entscheidet nun?«

© Gerhard Mester, 2016

6. Frankreichs Krise und die europäische Einigung

EMILIANO GROSSMAN

Fr Frankreich und Deutschland schaffen es immer wieder auf beiden Seiten des Rheins in die Schlagzeilen. Gründe genug dafür gibt es, insbesondere Kriege zwischen beiden Ländern, die nicht nur im 20. Jahrhundert die politische Stabilität in ganz Europa gefährdeten. In der Nachkriegszeit waren demgegenüber die deutsch-französische Beziehungen so eng wie nie zuvor in der Geschichte des Kontinents. Sie wurden geradezu zum Symbol der längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte, aber auch eines regionalen Integrationsprozesses, der weltweit seines Gleichen sucht. Dabei erinnern sich viele noch an die legendären deutsch-französischen »Pärchen« wie Schmidt und Giscard und später Kohl und Mitterrand, die die Medienberichterstattung in beiden Nachbarländern jahrelang prägten. Inzwischen scheint dies nicht mehr ganz so harmonisch zu verlaufen. Jacques Chirac (1995–2007), Nicolas Sarkozy (2007–2012) sowie François Hollande (2012–2017) bildeten keineswegs solche legendären Pärchen mit ihren Gegenüber wie den deutschen Bundeskanzlern Helmut Kohl (1982–1998), Gerhard Schröder (1998–2005) oder Angela Merkel (seit 2005). Die deutsch-französischen Beziehungen erscheinen vielen Beobachtern aktuell weit weniger eng als noch vor 10 oder 15 Jahren. Problematisch ist das vor allem in Anbetracht der außergewöhnlichen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. In Hinsicht z. B. auf die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses, der Migrationspolitik in Europa, des Syrien-Konflikts oder anderer aktueller Fragen erscheint eine enge deutsch-französische Kooperation aber notwendiger denn je.

»Krise« als Kennzeichen der europäischen Einigung

Der Begriff »Krise« ist mit den Jahren fast zu einem Klischee in Bezug auf die europäische Einigung verkommen: seit den siebziger Jahren hat es wohl keine Periode mehr gegeben, die nicht von irgendeinem führenden Politiker als »Krise« bezeichnet wurde. Nichtsdestotrotz stechen die letzten Jahre besonders hervor. Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise und der sich rasch anschließenden Schuldenkrise führten zu großen wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen in ganz Europa. Der Krieg in Syrien und die Instabilität in mehreren nordafrikanischen Ländern führte darüber hinaus zu Flüchtlingsströmen an europäische Küsten in bis dahin ungekannten Größenordnungen. Dazu kam, dass insbesondere Frankreich von einer Welle besonders gravierender terroristischer Anschläge heimgesucht wurde. In Frankreich waren in der Folge die politischen Alarmsignale offensichtlich. Das sichtbarste Signal waren dabei sicherlich die Er-



Abb. 1 Der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing (l) und Bundeskanzler Helmut Schmidt (r) am 11.07.1980 im Nato-Saal in Bonn.

©dpa, picture alliance

folge des rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen »Front national«. Im ersten Wahlgang der Regionalwahlen von 2015 wurde der »Front National« gar mit 28 Prozent der Stimmen zum ersten Mal Frankreichs stärkste Partei. Lediglich Frankreichs Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen federte letzten Endes diesen Erfolg ab, so dass der »Front national« Anfang 2017 immer noch keine der 15 Regionen regiert. Die Wahlergebnisse waren jedoch extrem knapp und die Partei ist heute in allen Regionalparlamenten stark vertreten.

Für die regierende »Sozialistische Partei« (PS) waren die Wahlen eine schwere Niederlage, auch wenn diese letzten Endes etwas weniger deutlich ausfiel als befürchtet. Und obwohl die konservativen »Les Républicains«, damals noch von Nicolas Sarkozy geführt, als klare Sieger dieser Wahlen hervorgingen, sahen die Resultate auch für die Konservativen insgesamt ähnlich besorgniserregend aus.

Wahlanalysen ergaben, dass die Wählerschaft besonders der Konservativen im Schnitt deutlich älter, aber auch deutlich einkommensstärker als der Durchschnitt der Wählerschaft in Frankreich insgesamt war. Vor allem jüngere Wähler und insbesondere Erstwähler wandten sich in den letzten Jahren deutlich stärker dem »Front national« zu. Dazu trat eine wachsende Unzufriedenheit mit der »politischen Klasse« insgesamt.

»Politikverdrossenheit« ist dabei natürlich kein neues Phänomen, aber in den letzten Jahrzehnten verstärkte es sich doch deutlich, insbesondere in Hinsicht auf die Vertrauenswerte gegenüber dem jeweils regierenden Staatspräsidenten.

Abb 2 zeigt z. B. die Entwicklung der Beliebtheit des französischen Präsidenten seit Anfang der 1980er Jahre auf. Man sieht deutlich,

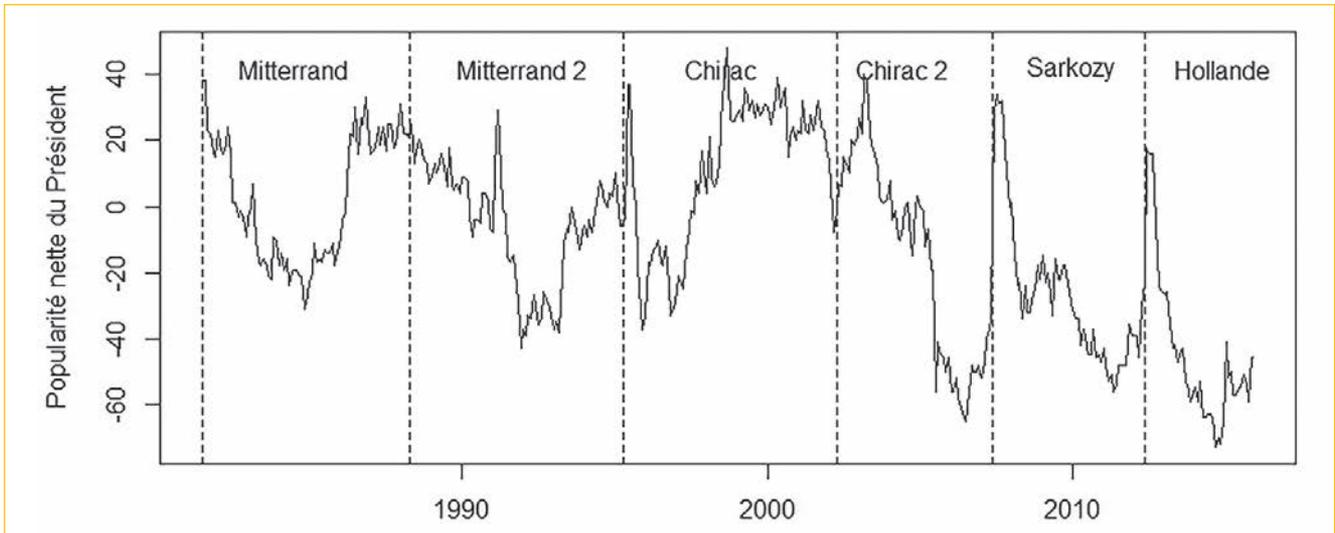


Abb. 2 Beliebtheitswerte französischer Staatspräsidenten«

© Emiliano Grossman

dass es eine Tendenz gibt, die unabhängig ist von der jeweiligen Parteipräferenz sowie der Persönlichkeit des Präsidenten. Bereits kurze Zeit nach Beginn der jeweiligen Amtszeit schwindet die Beliebtheit dramatisch. Und seit den beiden Amtszeiten von François Mitterrand hat jeder neue Präsident den Negativrekord seines Vorgängers sogar noch überboten.

Dazu kommt noch, dass die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen stark sank. Nach Umfragen schwand zudem dramatisch das Vertrauen in Politiker und sogar in die aktuelle demokratische Staatsform.

Warum sind nun französische Politiker so unbeliebt bei ihren Wählern? Warum sind immer mehr Franzosen versucht, für eine nationalpopulistische Partei wie den »Front national« zu stimmen? Auch wenn die Phänomene auch in anderen Ländern auftreten, so gibt es doch Ursachen, die typisch für Frankreich sind.

■ Auf der Suche nach dem »typisch Französischen«

Beim Betrachten typisch »französischer Politik« schmunzeln deutsche Beobachter häufig. Im Vergleich zur deutschen Politik geht es in Frankreich in der Tat häufig viel spektakulärer zu. So gibt es in Frankreich z. B. deutlich mehr Massendemonstrationen, wochenlange Streiks und prominente radikale Politiker. Und französische Präsidenten sind – fast immer – wesentlich mehr auf ihre Medienwirkung und -auftritte bedacht als deutsche Kanzler.

Die einfachste Erklärung dafür könnte darin bestehen, die Unterschiede auf die verschiedenen »politischen Kulturen und Traditionen« zurückzuführen. Es wäre somit »typisch französisch«, ständig zu streiken, sich zu beschweren, vor kurzem gewählte Politiker sofort wieder abwählen zu wollen usw.

Diese Erklärung erfreut sich zwar bei ausländischen, aber durchaus auch bei französischen Beobachtern und Journalisten einer gewissen Beliebtheit, erscheint aber in seiner Analysedimension dennoch sehr verkürzt.

Der »Kulturbegriff« ist zudem unpräzise. Was genau wäre dann nämlich ein untrügliches Indiz für »unüberbrückbare kulturelle Differenzen«? Bei genauerem Hinsehen, dem interkulturellen empirischen Vergleich, sind die Unterschiede ohnehin meistens nicht gravierend bzw. nachweisbar.

So führt Frankreich schon lange nicht mehr die europäische Streitstatistik an, weder was Anzahl noch was die Dauer von Streiks angeht. Und bei Art und Umfang von Demonstrationen hat Spanien schon seit vielen Jahre alle anderen europäischen Länder überholt. Sozialstatistiken können zudem nicht bestätigen, dass Franzosen grundsätzlich unzufriedener oder gar aufässiger bzw. zum Widerspruch neigender wären als ihre europäischen Nachbarn.

Als alternative Erklärung wird häufig die spezifische »Qualität« bzw. »Qualifizierung französischer Politiker« genannt. In der Tat wird französischen Politikern in den Medien häufig vorgeworfen, besonders weltfremd zu sein, ja eine ganz besondere »politische Clique« oder »politische Klasse« zu bilden, die ihre persönlichen Interessen deutlich über die Interessen des französischen Volkes stelle.

Aber auch hier sind die Unterschiede zwischen Frankreich und den meisten anderen europäischen Ländern empirisch nicht sonderlich beeindruckend. Jan-Werner Müller (2011) betonte beispielsweise in seiner Studie, dass zur Kritik an der liberalen Demokratie von Anfang an immer auch die Kritik an ihren Repräsentanten gehörte, diese Kritik also so alt wie die liberale Demokratie sei und keineswegs nur in Frankreich auftauche.



Abb. 3 Historische Geste: Der französische Staatspräsident Francois Mitterrand (l) und Bundeskanzler Helmut Kohl reichen sich am 22.9.1984 über den Gräbern von Verdun die Hand. ©dpa, picture alliance

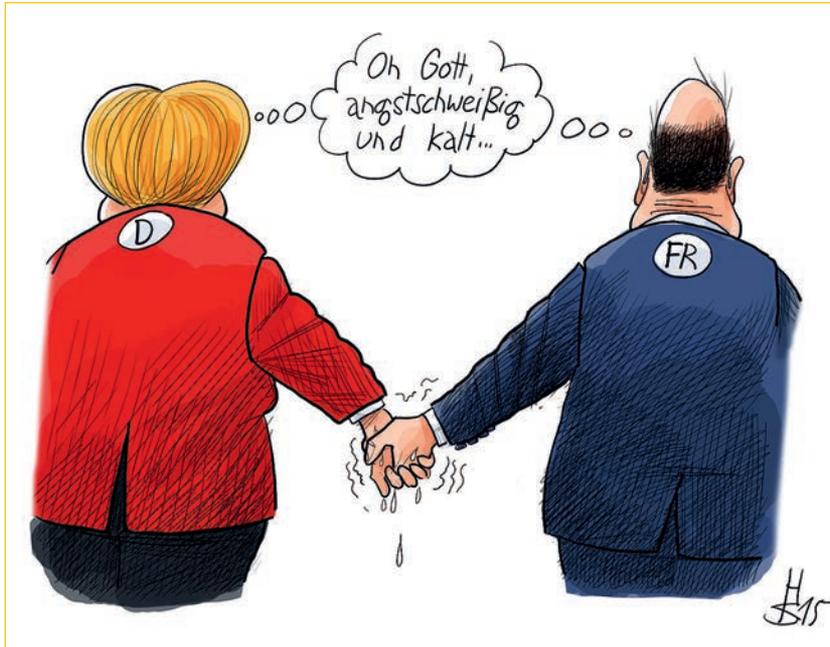


Abb. 4 »Demonstrative Geschlossenheit während der Flüchtlingskrise«

© Heiko Sakurai, 8.10.2015

In der Tat finden die Franzosen mehrheitlich, dass ihre Politiker das französische Volk nicht sonderlich repräsentiere. Und nach soziologischen Kriterien stimmt das auch: Französischen Abgeordnete sind z. B. deutlich, älter und besitzen eine deutlich bessere Ausbildung als der Durchschnitt der französischen Bevölkerung. Minderheiten sind deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil der Männer ist demgegenüber deutlich höher als in der Gesamtpopulation.

Zumeist entsprechen Politiker zudem tatsächlich dem Klischee der Karrierepolitiker, die durchschnittlich 15 Jahre in ihren Ämtern sind und im Schnitt dabei drei Mandate übertragen bekommen haben. Damit sind sie also keineswegs Abbilder der französischen Gesellschaft. Allerdings ist dies auch nicht außergewöhnlich im europäischen Vergleich, sondern eher typisch.

Wenn wir an »Repräsentation« denken, sind wir deshalb auch mehr daran interessiert, dass die gewählten Repräsentanten den Willen der Wähler widerspiegeln. In den letzten Jahren hat es dazu eine große Anzahl von Studien gegeben. Diese zeigen insgesamt, dass Regierungen und Abgeordnete ihre Arbeit durchaus ernst nehmen und ihre Wahlversprechen zumeist auch einlösen. Vergleichende Studien belegen dabei übrigens keineswegs, dass es in Frankreich anders zugeht als im restlichen Europa. Im Gegenteil: In Frankreich wird z. B. auf speziellen Websites regelmäßig überprüft, ob Wahlversprechen auch eingehalten werden, z. B. www.luiipresident.fr

Das Hauptproblem scheint woanders zu liegen. Das französische politische Leben ist dominiert durch das Auftreten des Präsidenten und die Präsidentschaftswahl, also durch das französische Präsidentsystem. Parlamentswahlen erscheinen als durchweg zweitrangig. Seitdem beide Mandate in ihrer Dauer angeglichen wurden, d. h. seit der Verfassungsreform von 2000, finden Parlamentswahlen zudem immer ein paar Wochen nach den Präsidentschaftswahlen statt. So sind Parlamentswahlen auch zeitlich den Präsidentschaftswahlen nachgeordnet. Die Hauptfrage ist dabei zumeist nur, ob der neugewählte Präsident auch eine ausreichende Mehrheit im Parlament erringen wird.

Die Erwartungen, die in den Präsidentschaftswahlen gesetzt werden, sind traditionell immens. Die Präsidentschaftswahlen strukturieren daher den politischen Wettbewerb. Ein glaubwürdiger Kandidat muss sich also primär »präsidierbar« zeigen, d. h. er muss staatsmännisch auftreten, also mithin präsidiale Führungsqualitäten und politischen Ehrgeiz zeigen. Es reicht hierbei für viele keineswegs, als seriöser und verantwortlicher Politiker zu gelten.

So hat der gegenwärtige Präsident, François Hollande, gleich zu Beginn seiner Amtszeit rund 60 Initiativen gestartet. Darunter waren einige sehr spektakuläre Versprechen wie z. B. die Neuverhandlung des EU-Vertrags von Lissabon oder die Schaffung eines Steuerhöchstsatzes von 75 Prozent für die Besserverdienenden. Die Nichteinhaltung dieser beiden spektakulären Versprechen wog dann in der Folgezeit weit schwerer als die Einhaltung der meisten anderen.

Das Problem ist dabei, dass viele der Aufsehen erregenden Versprechen von vornherein nicht wirklich realistisch waren und eine Handlungsautonomie voraussetzten, die französische Präsidenten schon lange verloren haben, wenn sie je bestanden.

Der französische Präsident ist formal gesehen nämlich gar kein Regierungschef, aber in der Praxis des französischen politischen Systems beansprucht er dennoch diese Funktion. Die Direktwahl gibt ihm darüber hinaus eine Legitimität, die kein Premierminister oder Kanzler je erreichen kann. Dadurch ergeben sich aber auch deutlich höhere Erwartungen. Diese kann er im Europa des 21. Jahrhunderts andererseits nur schwer erfüllen, da das wirtschaftliche und politische Schicksal z. B. der EU-Mitgliedstaaten

im europäischen Mehrebenensystem eng miteinander verbunden ist. So war z. B. die Neuverhandlung des Lissabonvertrages in Anbetracht des Widerstandes der deutschen und anderer europäischen Regierungen von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Das französische politische System setzt trotzdem und nach wie vor übergroße Erwartungen an den Präsidenten der Republik. Nahezu alle Kandidaten für das Präsidentenamt meinen demgemäß, sie müssten den hohen Erwartungen ihrer Wähler gerecht werden und versprechen deshalb zumeist einen grundlegenden politischen Wandel. Sehr schnell nach der Wahl zeigt sich dann aber zumeist, dass die gewählten Präsidenten gar nicht wirklich die Macht haben, ihre Wahlversprechen rasch umzusetzen. Die Folgen sind dann nicht selten katastrophal (vgl. Abb. 2).

In den letzten Jahrzehnten wurde jeder neue Präsident zu Beginn seiner Amtszeit mit großen Hoffnungen und hohen Sympathiewerten in der Beliebtheitskala begleitet. Diese Hoffnungen wurden aber sehr rasch enttäuscht und die Beliebtheitswerte nahmen rasant ab bzw. wendeten sich gar ins Negative.

Besonders Besorgnis erregend am Schaubild (Abb. 2) ist dabei die Wiederholung dieser Tendenzen. Mehr noch, bei jedem neuen Präsidenten erfolgte der Fall sogar rasanter und tiefer. Frühere Präsidenten schafften es oft noch vor den nächsten Wahlen zu punkten, aber das war in der Folgezeit immer weniger der Fall. Nicolas Sarkozy scheiterte bereits bei den Parteivorwahlen bei den Konservativen und der noch amtierende Präsident François Hollande erklärte bereits im Dezember 2016, dass er sich nicht noch einmal zur Wiederwahl stellen würde.

Welche Schlüsse können wir aus dieser Analyse für die Zukunft der französischen Politik ziehen? Und was heißt dies für den europäischen Einigungsprozess?

■ Gefahren für Frankreich und die EU

Langzeitfolgen dieser Entwicklungen sind nur schwer absehbar und Vorhersagen sind in der Politik ohnehin riskant, wie nicht zuletzt die demoskopischen Umfragen vor den US-Präsidentschaftswahlen 2016 oder dem britischen Referendum zum Brexit im selben Jahr zeigten. Allerdings können wir auf einige Gefahren der gegenwärtigen Situation hinweisen und einige Perspektiven aufzeigen:

Das französische politische Präsidialsystem scheint gegenwärtig in der Sackgasse: es verkommt immer mehr zu einer »Enttäuschungsmaschine«. Und trotzdem scheint es kaum eine glaubwürdige Alternative zu geben. Nicht weil es wirklich keine Alternativen gibt: ganz Europa hat andere, weniger durch das Mehrheitswahlsystem geprägte Systeme, die häufig zu weniger Enttäuschung führen. Deutschland ist hier ein gutes Beispiel.

Das Problem ist eher, dass es aktuell trotz der oben aufgezeigten Probleme noch immer einen Konsens in der französischen »politischen Klasse« über dieses Präsidialsystem gibt und dass grundlegende Reformen von daher unwahrscheinlich sind.

Das hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass systemkritische Präsidentschaftskandidaten in der Vergangenheit ihre Hauptkritikpunkte am System schnell vergaßen, wenn sie erst einmal an der Macht waren. François Mitterand z. B. war ein radikaler Kritiker der Verfassung der V. Republik in den sechziger und siebziger Jahren, schlug aber dennoch während seiner 14-jährigen Präsidentschaft (1981–1995) nur zaghafte Reformen am Präsidialsystem vor.

Auch wenn ein Wahlerfolg des rechtspopulistischen »Front national« und Marine Le Pen für die Wahlen im Frühjahr 2017 aktuell noch eher unwahrscheinlich erscheinen mag, so müssen die Prognosen zumindest für die darauffolgenden Wahlen im Jahr 2022 derzeit als noch völlig offen gelten. Ein autoritärer und fremdenfeindlicher Missbrauch des Systems und die Gefährdung der Demokratie scheinen jedenfalls eine reale Gefahr, die durch das Präsidialsystem nicht geringer wird. Der Präsident, der 2017 seine Amtszeit antritt, wird dabei mit großer Wahrscheinlichkeit eine ähnliche Entwicklung wie seine Vorgänger durchmachen. Dies könnte weiter in die Hände populistischer Parteien spielen und vor allem der wichtigsten unter ihnen, dem »Front national«. Der politische Wettbewerb hat den Themen des »Front national« jedenfalls bereits heute einen neuen Status verliehen. Migrationskritische Positionen sind im konservativen Lager mittlerweile schon fast die Regel und auch im linken Lager keineswegs tabu, wie z. B. die Kritik der sozialistischen Regierung unter Ex-Premierminister Manuel Valls an der Migrationspolitik der deutschen Regierung zeigte.

Auch im Bereich der Europapolitik ist dies aktuell deutlich zu spüren. Euroskeptische Positionen werden in der öffentlichen Meinung schon lange nahezu mehrheitlich vertreten.

Regierungsmitglieder versuchten bisher eher, diese Positionen zu ignorieren, statt einen alternativen Diskurs zu entwickeln. Die beiden wichtigsten Regierungsparteien, die sozialistische PS, (»Parti Socialiste«) und die konservativen »Les Républicains«, sind zwar insgesamt nach wie vor pro-europäisch gesinnt, versuchen dies jedoch aus Rücksicht auf ihre Wählerschaft in der politischen Debatte nicht zu laut zu sagen. Das ist im Übrigen nicht anders als in vielen anderen Ländern, natürlich Deutschland eingeschlossen.

Auf europäischer Ebene bedeutet dies, dass seit Jahren immer mehr Sand ins Getriebe der deutsch-französischen Partnerschaft in Europa gerät. Die Gründe dafür sind u. a. in der schwindenden Legitimität französischer Regierungen zu suchen. Die französische Migrationspolitik mag eine der Ursachen sein, schwache französische Regierungen, deren Wiederwahlchancen stark gefährdet sind, eine andere. Das derzeitige politische Präsidialsys-



Abb. 5 »Neue Versuchungen«

© Gerhard Mester, 2014

tem Frankreichs kann aber auch nur schwer ehrgeizige politische Projekte entwickeln oder umsetzen.

Darüber hinaus haben Generationen von Politikern in allen Mitgliedstaaten die EU für allerlei Probleme auf nationaler Ebene verantwortlich gemacht und damit das Bild der EU in der Wählerschaft schwer beschädigt. Unter diesen Umständen sind Fortschritte im europäischen Einigungsprozess trotz aller internationaler Herausforderungen aktuell äußerst schwierig umzusetzen, wenn nicht sogar unwahrscheinlich.

Die konstatierte »europapolitische Krise in Frankreich« korrespondiert dabei mit ähnlichen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern wie insbesondere den Niederlanden, Italien oder auch Belgien. Gleichzeitig zeigen mehrere neuere, zumeist osteuropäische Mitgliedstaaten zunehmend Widerstand gegen neue Integrationsinitiativen, ja möchten sogar bisher erreichte europäische Errungenschaften oder Kompetenzen am liebsten infrage stellen, wenn nicht gar rückgängig machen.

■ Neue Hoffnungen?

Das heißt nicht, dass es keine Hoffnung gibt. Die Europäische Union hat in der Vergangenheit immer wieder ihre Problemlösungseffizienz bewiesen, wie es nicht zuletzt Fritz Scharpf bereits 1999 gezeigt hat. Allzu viele ordnungspolitische Probleme können im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden. Umweltschutz, Verbraucherschutz, Ernährungssicherheit oder – ganz aktuell – die Finanzstabilität sind Politikbereiche, mit denen man nur grenzübergreifend umgehen kann. Diese Notwendigkeit ist auch ein Glück für die Europäische Union, deren Effizienz und Legitimität sowie Nachhaltigkeit.

Man kann nur hoffen, dass aktuell geschwächte nationale Regierungen wie in Frankreich diese europäischen Erfolge in Zukunft als eine Gelegenheit sehen, um den europäischen Einigungsprozess zu fördern und die eigene Legitimität zu stärken.

Literaturhinweise

Grossman, Emiliano/ Sauger Nicolas (2017): Pourquoi détestons-nous autant nos politiques?, Paris, Presses de Sciences Po

Müller, Jan-Werner (2011): Contesting democracy, New Haven, Yale University Press,

Scharpf, Fritz (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt, Campus



M 1 »Knapp gehalten! – Zum letzten Mal!«

© Heiko Sakurai, 15.12.2015

MATERIALIEN

M 2 Alex Veiel: »Frankreichs Chance. Die Mehrheit der Franzosen wünscht sich jetzt doch Reformen – und fürchtet sie zugleich.« StZ 29.12.2016, S. 1

Es tut sich was in Frankreich. In dem als reformunfähig verschrien Land ruft das Volk nach sozialliberalem Wandel. Laut einer aktuellen Umfrage wollen 58 Prozent der Franzosen, dass sich der Staat aus dem Wirtschaftsleben weitgehend zurückzieht und den Unternehmen größtmögliche Freiheit einräumt. Das ist ein Rekordwert. Der Wunsch findet offene Ohren. Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 überbieten sich an Reformeifer. Schuldenabbau, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, weniger Steuern, weniger Sozialabgaben, weniger Staat ist die Devise. Veränderungen tun ja auch not. Frankreichs Wirtschaft dümpelt vor sich hin. Ein Wachstum von nur 1,2 Prozent erwarten die Experten für dieses Jahr. Frankreichs einst hoch gelobtes Sozialmodell ist keines mehr. Obwohl der Staat in großem Maßstab investiert, fördert und umverteilt, ist es um die Errungenschaften der Revolution, um Gleichheit und Brüderlichkeit, schlecht bestellt. Größter Missstand ist die Jugendarbeitslosigkeit, die bei 25,7 Prozent liegt.

Derweil wachsen die Staatsschulden. Sie haben die 2000-Milliarden-Euro-Schwelle überschritten und sind bereits fast so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt. Anders gesagt: Um an einem unbefriedigenden Status quo festzuhalten, bürdet der Staat der nächsten Generation immer größere Schuldenlasten auf. Und so wäre alles klar, wollte das Volk den Wandel denn auch mittragen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass davon keine Rede sein kann. Der Glaube, dass sich persönliche Anstrengungen lohnen könnten, weil letztlich jeder von den Neuerungen profitieren wird, ist gering. Das grundsätzliche Ja zu Reformen erweist sich als ein Ja unter Vorbehalt, als ein Ja lediglich zu Reformen auf Kosten anderer.

Die Angst vor Veränderung ist nach wie vor groß. Soll aus dem im Grundsatz gutgeheißenen Wandel also etwas werden, muss die Politik glaubhaft darlegen, dass die angestrebten Neuerungen sozial ausgewogen sind und gesamtwirtschaftlichen Fortschritt

bringen. Die Reformer müssen deutlich machen, dass am Ende reicher Lohn winkt, dass »Frankreich wieder groß wird«, wie es Populisten wie etwa Donald Trump formulieren würden. Sie müssen die Franzosen für eine auf sie zugeschnittene Agenda 2010 à la Schröder gewinnen und zugleich zu verstehen geben, dass sie aus Schröders Fehlern gelernt haben. Ansätze hierzu gibt es. Emmanuel Macron, der nach Präsidentschaftsehnen strebende frühere Wirtschaftsminister der Sozialisten, versucht sich am Spagat zwischen Liberalisierung und sozialer Absicherung. Er propagiert eine finanzielle Entlastung der Unternehmen, aber auch der sozial Schwächsten. Beide sollen weniger Sozialabgaben entrichten als bisher.

Notgedrungen komplexe Reformprogramme sind im Wahlkampf freilich schwer zu vermitteln. Der für die kon-

servativen Republikaner antretende Ex-Premier François Fillon hat bereits die Konsequenzen gezogen und zum Missverständnis erklärt, was er eben noch in aller Deutlichkeit gesagt hatte. Von der Forderung, die gesetzliche Krankenversicherung solle nur noch für die Behandlung schwerer, langwieriger Erkrankungen aufkommen, will der Konservative nichts mehr wissen.

Die von den Meinungsforschern bereits abgeschriebenen Sozialisten wittern Morgenluft. Sie profilieren sich als Reformgegner. An den Rändern des politischen Spektrums suchen Links- und Rechtsradikale ihr Heil im Protektionismus, empfehlen die Rückkehr zur angeblich guten alten Zeit nationalstaatlichen Glücks. Wohin das alles führt, ist offen. Immerhin: Wo Stillstand war, ist Bewegung. Möglicherweise brechen aber verkrustete Wirtschaftsstrukturen tatsächlich auf, und Frankreich entwickelt ein neues Sozialmodell, das wieder zum Vorbild taugt.

© Alex Veiel »Frankreichs Chance. Die Mehrheit der Franzosen wünscht sich jetzt doch Reformen – und fürchtet sie zugleich.« StZ 29.12.2016, S. 1

M 3 Martina Meister: »Die schlichte Welt der Marine Le Pen«, Die Welt/ N 24, 5.2.2017

Vaterland, Ordnung, Null-Toleranz: 144 Punkte präsentiert Le Pen in ihrem Wahlprogramm. Geht es nach ihr, ist Frankreich dem Untergang geweiht – und sie die Einzige, die zur Rettung des Landes berufen ist. Gut möglich, dass die zwei Wahlgroßveranstaltungen (...) in Lyon einen Vorgeschmack auf das Finale der französischen Präsidentschaftswahlen geboten haben: Marine Le Pen gegen Emmanuel Macron. So könnte die Stichwahl am 7. Mai aussehen, wenn nicht große Umwälzungen das Bild in den nächsten Wochen wieder verändern und das Roulettespiel wieder von vorn beginnt. Die Chefin des Front National hat (...) in Lyon offiziell ihren Wahlkampf lanciert und ein „144-Punkte-Programm für Frankreich“ vorgestellt. Am Tag zuvor hatte Emmanuel Macron, der parteilose Kandidat der En-Marche-Bewegung, seine Anhänger am entgegengesetzten Ende der Stadt versammelt.

Und um das Treffen der Anti-System-Kandidaten komplett zu machen, war auch der linksradikale Jean-Luc Mélenchon vor Ort, der

Kandidat des »rebellischen Frankreich« – und hat sich den Luxus geleistet, seine Politikshow per Hologramm-Technik nach Paris übertragen zu lassen: Das Original des »YouTube-Che-Guevara«, wie ihn seine Gegner spöttisch nennen, war in Lyon, sein digitales Double in der Hauptstadt. Lustig ist das alles nicht Marine Le Pen setzt stattdessen ganz traditionell auf blau-weiß-roten Konfettiregen und mannshohes Raumfeuerwerk, das am Ende ihrer Rede gezündet wurde. Wenn man auch das als einen Vorgeschmack werten darf, dann würde der Wahlsieg des rechtspopulistischen »Front National« vermutlich eher an einen Abend des Grand Prix d'Eurovision erinnern denn an einen feierlichen Staatsakt. Aber lustig ist das alles nicht. Der Sieg des FN hätte eine Tragweite, die weit über Frankreich hinausgehen würde: Sechs Monate will sich Le Pen Zeit lassen, um die europäischen Verträge mit Brüssel neu zu verhandeln und die »Souveränität Frankreichs« wiederherzustellen. Sollte das nicht gelingen, will sie eine Volksabstimmung organisieren und im Falle eines Ja sofort den »Frexit« einleiten. Das ist das Ziel. Le Pen hat (...) deutlich gemacht, dass sie sich in Wahrheit nichts von den Verhandlungen mit einem dauernd verhandelnden »europäischen« System verspricht, von dem sie hofft, dass es bald nur noch »eine böse Erinnerung« ist: Europa sei ein »Albtraum«, von dem das Volk der Franzosen bald glücklich erwachen wird. Auch so kann man einen alten Traum beerdigen. (...)

Geht es nach Marine Le Pen, ist Frankreich dem Untergang geweiht – und sie die Einzige, die zur Rettung des Landes berufen ist. Als die großen »Feinde der Nation« hat sie zwei »Totalitarismen« ausgemacht: den »globalen Finanzkapitalismus« und den »radikalen Islamismus«. Der eine töte schnell, der andere schleichend. Was sie allen Ernstes als einziges Gegenmittel in Aussicht stellt, ist die Isolation Frankreichs, die Wiederherstellung der Grenzen und damit die Rückkehr in ein märchenhaftes Zeitalter der Vorglobalisierung, als die Sonne noch über dem Land schien, Vollbeschäftigung herrschte und Konzepte wie Deindustrialisierung und Standortverlagerung noch Fremdworte waren, die niemand verstand.

Mit ihrem omnipräsenten Wahlslogan »Im Namen des Volkes« schwingt sie sich dabei zur Richterin der Nation auf, die alle Andersdenkenden verurteilt und den Patriotismus zum einzig gültigen Prinzip erklärt. Le Pen mag die Oberfläche ihrer Partei erfolgreich »entdiabolisiert« haben, der ideologische Kern ist derselbe geblieben und erinnert verdächtig an altbekannte Gespenster. Trotz oder wegen ihrer Thesen ist die Chefin des FN in der vorteilhaften Lage, als Favoritin in das Wahlenrennen zu gehen. Sie weiß seit Monaten mindestens ein Viertel der Wähler hinter sich. Sie mag bei ihren Auftritten den Zivilisationskrieg zwischen Christentum und Islam in noch so erschreckenden Farben schildern, das ist offensichtlich das, was ihre Wähler von ihr hören wollen: Dass böse Mächte am Werk sind, die Frankreich, seine Kultur, seine Identität vernichten wollen und dass es dagegen nur ein einziges Gegenmittel gibt, den Patriotismus des Front National. Vaterland, nationales Vorrecht, Ordnung und Null-Toleranz: mit jedem Reizwort, das die 48-Jährige (...) aussprach, ertete sie tobenden Applaus. Wieder und wieder skandierten die Anhänger: »On est chez nous!« Das heißt »Wir sind hier bei uns« – frei übersetzt nichts anderes als: »Ausländer raus«.

Beim alten Jean-Marie Le Pen war es noch primitiver Antisemitismus, bei seiner Tochter Marine ist es in Patriotismus verkleidete Ausländerfeindlichkeit. Frankreich, so Le Pen, stünde vor einer »Zivilisationsentscheidung«: Werden »unsere Kinder« in einem freien, unabhängigen demokratischen Land leben? Werden sie »unsere Sprache« sprechen? Werden sie noch die französische



M 4 »Die Wölfin und die Geißlein à la Française«

Heiko Sakurai, 8.12.2015

Kultur haben? Das ist der Duktus ihrer Fragen. Ihre platte Antwort auf diese Ängste ist der Kampf der Kulturen und das Versprechen eines autoritären Staates: »Ich möchte wieder Ordnung nach Frankreich bringen.« (...)

Unterscheidet sich ihr Wahlprogramm von dem, das sie 2012 vorgelegt hat? Nicht wirklich. Die Programmpunkte, die für einen Richtungsstreit innerhalb der Partei gesorgt haben und tendenziell Wähler abschrecken könnten, wurden gestrichen.

Die Todesstrafe wird jetzt nicht mehr eindeutig gefordert. Stattdessen ist von »realem lebenslänglich« die Rede. Statt der Rückkehr zum Franc fordert sie eine »nationale Parallelwährung«. Neu ist auch, dass jeder Bürger eine Volksabstimmung initiieren kann, wenn er 500.000 Unterschriften für sein Anliegen zusammenbringt. Genauso können auch Gesetze wieder gekippt werden, sollten sich eine halbe Millionen Unterschriften gegen sie finden. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich die politische Blockade auszumalen, die das verursachen würde. Es mag ideologisch dasselbe sein, sprachlich hat sie es entschärft. Doch die semantische Augenwischerei soll vor allem helfen, eine Wählerschicht anzusprechen, die dem FN bislang am stärksten widersteht: die Rentner. Es ist eine Kategorie der Wähler, die Unwägbarkeiten, Umwälzungen und politische Systemwechsel bekanntermaßen nicht mögen und zu Recht um ihre Renten fürchten. (...)

Le Pen wütete in Lyon gegen ihre Gegner, allesamt Kandidaten des Geldes, »die Rechte der Knete«, François Fillon, und »die Linke der Knete«, Emmanuel Macron. Sie hingegen inszeniert sich als »Kandidatin des Volkes«. Dass sie selbst, ihre Familie und selbstredend die gesamte Partei in einen ganzen Rattenschwanz von Affären und Finanzskandalen verstrickt ist, scheint bei ihren Wählern einfach nicht anzukommen. 340.000 Euro fordert allein das Europäische Parlament von Marine Le Pen.

Statt Parlamentsassistenten finanzierte sie mit diesen Geldern ihren Bodyguard und Parteimitarbeiter, die nie einen Fuß nach Straßburg gesetzt hatten. (...)

Familiendramen und Finanzskandale halten Marine Le Pen nicht davon ab, weiterhin als Moralapostel aufzutreten. Die Anhänger des FN sehen in ihr eine Erlöserin und blenden den Rest aus. Ihr Versprechen vom Ende der Ausbeutung klingt einfach zu verlockend, weil sich alte Feindbilder mit geradezu marxistisch klingenden Thesen paaren: Grenzen zu, alles gut. So einfach soll die Lösung der Probleme sein.

© www.welt.de/politik/ausland/article161832292/Die-schlichte-Welt-der-Marine-Le-Pen.html

M 5 Christian Wernicke/
Leo Klimm: »Das ver-
damnte System«,
Süddeutsche Zeitung,
17.11.2006, S. 3

Als Emmanuel Macron die Halle betritt, um die Welt zu verändern, oder wenigstens Frankreich, da lächelt er nicht, wie üblich, sein Macron-Lächeln, er macht stattdessen ein ernstes Gesicht. Ganz langsam geht er vom Seiteneingang der Autowerkstatt, in die er die Journalisten bestellt hat, hinüber zur Bühne. Dann sagt er: »Frankreich, das ist vor allen Dingen ein Projekt, in dem sich jeder emanzipieren kann.« Genau das soll heute besonders für ihn selbst gelten. Kunstpause, dann: »Ich bin bereit. Deshalb bin ich der Präsidentschaftskandidat.« Ausgerechnet Macron, 38 Jahre alt, ein Archetyp der französi-

schischen Elite, ruft an diesem Novembermittwoch zum Umsturz auf, und falls dem einen oder anderen der Duktus der folgenden Sätze bekannt vorkommt, so liegt das daran, dass auch dieser Rebell im Maßanzug, den das Establishment groß gemacht hat, ankündigt, das Establishment zu bekämpfen: »Ich habe die Leere des politischen Systems von innen gesehen. Es ist ein Apparat, der nur seine eigenen Interessen verfolgt. Dieses System, ich lehne es ab!« Frankreich sei wieder reif für eine Revolution: »Eine demokratische Revolution.«

Macron plagen keine Selbstzweifel, trotz seines Lebenslaufs, der ihn als pures Produkt jenes Systems ausweist, das er heute zu bekämpfen vorgibt. Schon in seiner Spätpubertät zog der Sohn einer gutbürgerlichen Arztfamilie aus dem nordfranzösischen Amiens in die Hauptstadt, um gleich hinterm Panthéon, auf dem elitären Lycée Henri IV, seine Reife für die Hochschule zu erlangen. Es folgten Studien an besten Instituten, auch die Kadernschmiede der Republik, die berühmte École nationale d'administration, Ena, durchlief er. Der gut aussehende junge Mann fiel auf in den Pariser Salons, fand Gönner und Mentoren. Erst verdiente Macron beim Bankhaus Rothschild viel Geld, dann folgte von Mai 2012 an der Ruhm: François Hollande, eben gekürter Monarch der Republik, promovierte den Musterschüler der Republik zum Wirtschaftsberater im Élysée-Palast. Zwei Jahre später wurde er Wirtschaftsminister. Aber Macron blieb unzufrieden mit Hollandes zauderndem Kurs: Im Frühjahr 2016 gründete er seine eigene politische Bewegung »En Marche« (nicht zufällig mit den Initialen EM), im Sommer trat er als Minister zurück. Und schon jetzt, im Herbst, kandidiert er, und zwar auch gegen seinen Ziehvater. Im Élysée nennen sie ihn nun »Brutus«.

Für seinen Revolutionsaufruf hat Macron sich (...) ein Berufsbildungszentrum in der Pariser Banlieue Bobigny ausgesucht. Eine Gegend, die fast ein Jahrhundert lang von den Linken regiert wurde, dann von den Konservativen, aber vor allem abgewandt erscheint vom Oberschichten-Frankreich. In Bobigny bestimmen Frauen im Schleier das Straßenbild und auf Parkbänken gelangweilte Jugendliche, deren Eltern aus Westafrika stammen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, aber die Wohnblocks und das Ausbildungszentrum sind modern und gepflegt, es fließt viel öffentliches Geld in diese Vorstädte.

Macron bringt es fertig, in seinem fabelhaft geschnittenen Anzug zwischen Motoröl und Autohebebühnen nicht fremd zu wirken. »Die Franzosen sind sich der Herausforderungen unserer Zeit



M 6 Der ehemalige französische Wirtschaftsminister und parteiunabhängige Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron auf einer Wahlkampfveranstaltung am 16. Dezember 2016 in Paris. © dpa, picture alliane, AP Photo

bewusster als jene, die sie führen«, sagt er: »Daher kommt der Bruch.«

Wenn Marine Le Pen das böse Gesicht des Populismus ist, so will Macron das nette sein. Ein liberales, reformfreundliches, proeuropäisches Gegenangebot zum rechtsextremen Front National für Frankreichs Frustrierte. Es stört ihn nicht, dass seine neuen Gegner, wie (Ex-) Premierminister Manuel Valls, ihn als einen Populisten schmähen. Wenn Demokratie Populismus sei, dann sei er eben Populist. Genährt wird sein Selbstbewusstsein nicht nur von französischen Umfragen, in denen er regelmäßig als einer der beliebtesten Politiker der Nation erscheint. Bestärkt und bestätigt fühlt er sich obendrein durch das politische Ereignis, das (...) viele Menschen auch in Frankreich erschütterte – die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten. Der Coup des polternden Populisten bewiese, so ließ der diplomierte Philosoph Macron wenige Stunden nach der US-Wahl wissen, »dass vorab nirgendwo geschrieben steht, wie eine Wahl ausgeht«. Das klang, als wolle der Franzose siegen lernen vom Amerikaner.

Trumps Triumph, so Macron, sei nur ein Beweis mehr für jene »tiefe und unterschätzte Abscheu«, die die Menschen gegenüber »dem System« hegten.

Nicht nur Macron, alle französischen Politiker mühen sich dieser Tage um ihre Antwort auf »The Donald«. In (wenigen) Monaten lauern Präsidentschaftswahlen in Frankreich, da wird jede Welle zur Versuchung, auf ihr auch zu reiten. (...)

Marine Le Pen, die Präsidentin des Front National, fühlt sich stärker denn je. Die Rechtspopulistin wähnt sich auf dem Weg zur Macht, an diesem Mittwoch hat sie im feinen achten Arrondissement von Paris ihr neues Hauptquartier aufgeschlagen: Mit Champagner und Häppchen weihte sie ihre Wahlkampfzentrale ein. Auch sie verheißt – wie Macron, und doch völlig anders –, sie stehe über den Parteien, sie sei »weder rechts noch links«. Zum Beweis hat sie für ihren Feldzug ein neues Logo gewählt, eine blaue Rose: Blau ist die Farbe der französischen Rechten, und die Rose erinnert an die untergehende Linke im Land. An der Wand hängt ein Foto von Clint Eastwood, er zählte in Hollywood zu den immerhin vorsichtigen und insgesamt sehr wenigen Trump-Unterstützern. Statt einer Waffe hält Dirty Harry auf dem Bild die Le Pensche Rose in der Hand. Auch Le Pen fühlt sich natürlich von Donald Trump gestärkt. Alles, was der Amerikaner predigte und wofür die Briten per Brexit bereits zuvor votierten – »all das sagen

wir doch schon seit Jahren«, spottete sie grinsend (...) im Gespräch mit Journalisten vor einem Parteitreff. Der Front National wird in ihrer Geschichte zur globalen »Avantgarde« aller Globalisierungsgegner, Europhoben und Eliten-Hasser, sie selbst zu einer Art Mutter der Kompanie.

Ihre Kampagnenzentrale liegt nun an der Rue du Faubourg Saint-Honoré. Den Namen dieser Straße kennt in Paris jeder, der gerne sehr schick und teuer einkaufen geht. Nur 1,7 Kilometer stadteinwärts liegt der Élysée-Palast: Le Pens Ziel.

Wahlexperten beruhigen diese Tage mit kühlen Berechnungen, wonach die FN-Frau nach den Regeln des französischen Wahlrechts und rein rechnerisch keine Chance habe, am 7. Mai 2017 die Macht zu ergattern. Aber Wahlexperten sind nun mal seit Trumps Sieg zur globalen Lachnummer verkommen. Und die Stimmung in Frankreich, die Malaise über Terror, Jobkrise und innere Schwäche, trägt le Pen.

»Lassitude, morosité, méfiance« – so lauten die drei Begriffe, mit denen Franzosen in Umfragen ihre nationale Gefühlslage beschreiben: Verdrossenheit, Unmut, Misstrauen gegenüber »denen da oben«. Die kulturelle Debatte bestimmen seit Jahren »les déclinistes«, Vordenker des Niedergangs wie der Philosoph Alain Finkielkraut oder der Schriftsteller Michel Houellebecq. Beinahe vier von fünf Franzosen beklagen, die Demokratie funktioniere »immer schlechter«. 70 Prozent beklagen, »dass Wahlen nichts ändern«. Jeder Fünfte wünscht sich ein anderes, ein autoritäres System. (...)

© Christian Wernicke/ Leo Klimm: »Das verdammte System«, Süddeutsche Zeitung, 17.11.2006, S. 3

M 7 Christian Wernicke: »Und nun die Qual«, SZ, 1.2.2017

Wer Frankreich liebt, dem muss angst und bange werden dieser Tage: Ist die stolze Kulturnation, die Heimstatt der Menschenrechte, das nächste Land, das dem süßen Gift rechtspopulistischer Welt-Versimpler erliegt? Gestern Brexit und Trump, morgen Le Pen? Ein Triumph des »Front National« bei der Präsidentschaftswahl scheint möglich zu sein. Das wäre das Ende des vereinten Europas. Jeder weiß das, und ein Besucher aus Berlin hat diese Furcht ausgesprochen. Gleich zweimal, auf Deutsch und Französisch: »Widerstehen Sie den populistischen Sirenenklängen«, rief der designierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vorige Woche in Paris jungen Franzosen zu, »Résistez aux sirènes populistes!« Noch ist Frankreich nicht verloren. Zwar dürfte es Marine Le Pen gelingen, als Kandidatin mit den meisten Stimmen in die Stichwahl vorzudringen. Nur: Wer auch immer Frankreichs nächster Präsident werden möchte, der braucht die Stimmen von ungefähr 18 Millionen Landsleuten. Bisher ergatterte die Le-Pen-Truppe nie mehr als 6,8 Millionen Stimmen. Das Mehrheits-Wahlrecht der V. Republik mit seinen zwei Urnengängen kann den Vormarsch der französischen Madame Trump also nochmals stoppen:



M 8 Auftritt der Präsidentschaftskandidatin des rechtsextremen »Front National«, Marine Le Pen, auf einer Wahlkampfveranstaltung am 5.2.2017 in Lyon. © Franck Castel/Wostok Press/Maxppp France/ dpa picture alliance

Rechte wie linke Demokraten dürften sich am 7. Mai aufraffen, um Le Pen das Präsidentenamt zu verwehren. Millionen Franzosen werden – so lustlos wie widerwillig – dem Zweitplatzierten des ersten Wahlgangs ihre Stimme geben. Und ohne viel Hoffnung heimtrotten. Ein wirkliches Vertrauensvotum für Frankreichs neues Staatsoberhaupt oder gar für sein altes, zerschlissenes Parteiensystem wäre diese Wahl nicht. Der neue Monarch der Republik, als »kleineres Übel« gekürt, besäße weder die persönliche Kraft noch den politischen Rückhalt im Volk, die nötig wären, um die Nation zu erneuern und Europa zu stärken.

Wer (...) könnte Marine Le Pen ausbremsen? Frankreichs noch regierende Sozialisten (PS) verabschieden sich gerade von der Realpolitik. Ihr Spitzenkandidat Benoît Hamon, ein aufrechter Gesinnungslinker, begeistert vor allem junge Wähler.

Nur, sein Versprechen, allen Franzosen bald ein Grundeinkommen von 750 Euro zu garantieren, kann die völlig überschuldete Nation niemals bezahlen. Hamon mutet an wie Frankreichs Bernie Sanders. Als Dauer-Oppositioneller ist der PS-Kandidat zwar sympathischer als der Altsozialist Jean-Luc Mélenchon. Beide wetteifern um dieselben Stimmen, schwächen sich so gegenseitig – und führen die Linke ins Abseits.

Bleibt Emmanuel Macron. Auch dieser Polit-Neuling begreift sich als »Kandidat gegen das System« und meint damit die Lager-Demokratie von rechts und links.

Macron ist Jung-Millionär, Absolvent der Kaderschmieden. Der parteilose Aspirant fasziniert, ja verzaubert junge und gebildete Wähler, ist als französischer Europäer die wahre Alternative zu Marine Le Pen. Aber Zweifel bleiben, ob die Franzosen ihre Nation in einer Welt voller Trumps, Putins und Erdogans einem 39-jährigen Novizen anvertrauen.

Eine schwere Entscheidung. Erliegen die Franzosen der populistischen Verlockung? Oder akzeptieren sie, dass ihr System den perfekten Kandidaten nicht produziert? Die Qual dieser Wahl plagt ganz Europa.

© Christian Wernicke: »Und nun die Qual«, Süddeutsche Zeitung, 1.2.2017

7. Die Visegrád-Gruppe und die Zukunft der europäischen Einigung: Kerneuropa als Alternative?

JÜRGEN KALB

Das Ergebnis des britischen EU-Referendums zum Brexit wurde in den Ländern der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) zumeist mit Bedauern und Sorge aufgenommen. Die amtierenden Regierungschefs befürchteten insbesondere, dass sich Vertiefungsimpulse und Tendenzen zur Bildung eines Kerneuropas, etwa um die Eurozone, verfestigen könnten. In Sachen Europapolitik sehen die Länder des östlichen Mitteleuropa große Risiken, die sich aus dem Brexit-Votum ergeben könnten. Erstens befürchtet man, dass sich in einer EU-27 die Kräfteverhältnisse verändern würden – zugunsten Deutschlands bzw. der deutsch-französischen Achse. Großbritannien war für die Länder der Region stets ein zumindest potenzieller Verbündeter und ein Korrektiv zu Berlin und Paris. Zweitens wird erwartet, dass der britische EU-Austritt problematische integrationspolitische Konsequenzen habe. So besteht Sorge, ein Brexit könnte Vertiefungsimpulse in der EU auslösen, denen man selbst nicht folgen wolle, nicht zuletzt in der Flüchtlingsfrage. Deshalb laufe man Gefahr, in der künftigen Union an die politische Peripherie zu geraten. Drittens rechnen die ostmitteleuropäischen Länder mit ungünstigen Auswirkungen auf weitere zentrale Felder und Querschnittsfragen europäischer Politik. In der Wirtschaftspolitik wird eine Verschiebung hin zu weniger marktwirtschaftsorientierten Ansätzen für möglich gehalten. Bei den derzeit noch hohen Transferzahlungen in Richtung Mittel- und Osteuropa besteht die Sorge, diese könnten sich dramatisch reduzieren. Zudem wird ein möglicher Zuwachs des Einflusses der südeuropäischen »Krisenländer« befürchtet. (vgl. Kai-Olaf Lang 2016)



Abb. 1 Treffen der Visegrád-Gruppe mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28.8.2016: (von links) der slowakische Ministerpräsident Robert Fico, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło, der polnische Ministerpräsident Viktor Orbán sowie der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka © Jakob Ratz, picture alliance, Pacific Press Agency,

gemeinsame Außenpolitik der vier Visegrád-Staaten zu etablieren. Das Ziel: den innerhalb der EU dominierenden Ländern ein kleines aber doch wirksames Gewicht entgegenzusetzen. Eine Politik, die spätestens beim Versuch der EU-Kommission, allen Mitgliedstaaten eine festgelegte Flüchtlingsquote aufzuerlegen, endgültig zum Tragen kam. Was Polens nationalkonservative Regierung, mit Beata Szydło an der Spitze, besonders freute: »Wir betonen die ganze Zeit, dass man das Flüchtlingsproblem in Europa zwar lösen muss. Aber wir dürfen dabei keinerlei Illusionen verfallen. Wir müssen konkrete und wirksame Maßnahmen treffen. Daher sagen wir klipp und klar: humanitäre Hilfe und Problembewältigung außerhalb der EU-Grenzen. Wir müssen die Probleme dort anpacken, wo sie entstehen und dürfen sie nicht auf jene EU-Mitgliedstaaten abwälzen, die für all das, was zurzeit in Europa passiert, keinerlei Verantwortung tragen.« Der nationalkonservative Ministerpräsident Ungarns, Viktor Orbán, betonte immer wieder öffentlich: »Ungarn braucht keine Migranten. Wir brauchen sie weder für die Wirtschaft, die Demografie, noch für unsere Zukunft. Deshalb brauchen wir auch keine gemeinsame europäische Migrationspolitik. Wer Migranten braucht, soll sie reinlassen. Aber soll sie uns nicht aufdrängen. Wir brauchen sie nicht.« Orbán fungierte damit während der Flüchtlingskrise 2015 als Lautsprecher der Visegrád-Gruppe.

■ Visegrád-Gruppe fordert Reformen in der EU

Nach dem Brexit-Referendum in Großbritannien mahnten die vier Visegrád-Staaten zunehmend die EU, die Entscheidungen ihrer souveränen Mitgliedstaaten zu achten. Für Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn sei das Votum der Briten eine Warnung, dass die EU reformiert werden müsse, so z. B. Polens Ministerprä-

■ Versuch einer gemeinsamen Außenpolitik der Visegrád-Gruppe

Der Name Visegrád hat historische Bedeutung: Bereits im 14. Jahrhundert hatten sich in dem ungarischen Ort Herrscher aus Ungarn, Polen und Böhmen getroffen, um politisch-wirtschaftliche Verhandlungen zu führen. 650 Jahre später, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, haben sich Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei in dieser Tradition zur sogenannten Visegrád-Gruppe zusammengeschlossen, um innerhalb der Europäischen Union möglichst mit einer Stimme auftreten zu können.

Seit der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 ist diese Stimme nicht mehr zu überhören. Und inzwischen gelten die vier Staaten – alle Mitglieder der Europäischen Union – als wesentliche Bremser eines einheitlichen europäischen Vorgehens. Vor allem die polnische Regierung ist bemüht, etwa in der Frage der Sicherheit eine

sidentin Beata Szydlo.»Die EU muss zu ihren Wurzeln zurückkehren. Sie muss sich verstärkt um die Angelegenheiten der Bürger kümmern und weniger um die der Institutionen«, sagte Szydlo. Nach Ansicht der Visegrád-Staaten würden derzeit die Erwartungen der Europäer an die EU nicht erfüllt. Doch der bevorstehende Austritt Großbritanniens sei eine Chance, die EU durch Reformen zu stärken. So sollten nunmehr endlich mehr die Entscheidungen souveräner Staaten respektiert werden, sagte Szydlo.

Stimmen in Deutschland und Frankreich wollen ein Kerneuropa – in Polen malt man einen »Superstaat« aus

»Unsere beiden Länder verbindet ein gemeinsames Schicksal und eine gemeinsame Werteordnung. Beides zusammen bildet die Grundlage für eine immer engere Union unserer Völker. Wir werden daher weitere Schritte in Richtung einer Politischen Union in Europa unternehmen, und wir laden die anderen europäischen Staaten ein, sich uns in diesem Unterfangen anzuschließen.« Steinmeier/Ayrault, 27.6.2016

Dazu betonten die Außenminister der Visegrád-Staaten in aller Deutlichkeit, die EU-Mitgliedstaaten würden so die Kontrolle über ihre eigenen Grenzen und die Maßnahmen für die Aufnahme oder Verteilung von Flüchtlingen verlieren. Der polnische Außenminister wurde noch deutlicher: »Das ist keine gute Lösung (...) Die Stimmung in den europäischen Gesellschaften ist unterschiedlich. Europa und unsere Wähler wollen die Union nicht in die Hände von Technokraten übergeben.«

Bei einem Treffen der Ministerpräsidenten der Visegrádstaaten mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte es der polnische Außenminister auf den Punkt: »Was in dem Zusammenhang euphemistisch (= beschönigend) ‚Umverteilung‘ genannt wird und wir als ‚Zwangsumsiedlung‘ bezeichnen, kann bei uns nicht akzeptiert werden. Polen hat schlechte Erfahrung mit dem Begriff der Umsiedlung.« Ein weiteres Argument in der Debatte in Osteuropa lautet, die Flüchtlinge aus dem Süden würden, im Osten untergebracht, früher oder später ohnehin in das für seine Sozialleistungen bekannte Westeuropa abwandern. Es sei denn, man »kaserniere« sie oder versorge sie so großzügig, dass dann ein Flüchtling auf Anrieb mehr erhalte als viele einheimische Rentner.

Europaparlament fordert regelmäßige Demokratie-Kontrolle aller EU-Staaten

Zusätzliche Probleme beschäftigten nicht nur die Europäische Kommission, sondern auch das Europäische Parlament. So forderte z. B. das EP angesichts von rechtsstaatlichen Rückschritten in Ländern wie Polen und Ungarn Konsequenzen: Ein regelmäßiger Demokratie-Check soll nunmehr Europa vor einem schleichenden Werteverfall bewahren. Das Europaparlament hat aus Sorge vor einem Abbau von Demokratie in Polen, Ungarn und anderen EU-Staaten gar zukünftig eine regelmäßige Überprüfung der politischen Zustände in allen Mitgliedsländern gefordert. Die Europäische Union sei schließlich eine »Wertegemeinschaft«, die auf der Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte beruhe. Derzeit gebe es aber keinen Mechanismus, mit dem die Einhaltung dieser Prinzipien effizient durchgesetzt werden könne.

Das Straßburger Parlament schlägt daher einen »EU-Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte« vor. Nach seinen Vorstellungen soll eine unabhängige Expertengruppe einmal



Abb. 2 »Alles in Ordnung hier. Warum fragen Sie?«

© Gerhard Mester, 2016

jährlich prüfen, ob »die Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten« aller Mitgliedsstaaten weiterhin mit den Kriterien und gemeinsamen Werten übereinstimmen, auf denen die EU beruhe.

Ungarn – Eine SWOT-Analyse

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn forderte am 13.9.2016 sogar öffentlich, Ungarn aus der EU auszuschließen. »Wir können nicht akzeptieren, dass die Grundwerte der Europäischen Union massiv verletzt werden«, sagte Asselborn der »Welt«. Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baue oder die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz verletze, sollte vorübergehend oder dauerhaft »aus der EU ausgeschlossen werden«, sagte Asselborn. Ungarn hätte »heute keine Chance mehr, EU-Mitglied zu werden«. Die EU könne ein »solches Fehlverhalten« wie im Fall Ungarns nicht tolerieren, sagte der Außenminister. Der Ausschluss wäre »die einzige Möglichkeit, um den Zusammenhalt und die Werte der Europäischen Union zu bewahren«. Asselborn forderte zugleich, die bei einer Suspendierung der Mitgliedschaft nötige Einstimmigkeit im EU-Vertrag zu ändern: »Es wäre hilfreich, wenn die Regeln so geändert würden, dass die Suspendierung der Mitgliedschaft eines EU-Landes künftig keine Einstimmigkeit mehr erfordert.«

Das »Forum für Mittelost- und Südosteuropa« (Fomosa) unterzog Ungarn Ende 2016 einer aus der Ökonomie stammenden SWOT-Analyse. Die SWOT-Analyse (engl. Akronym für Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Bedrohungen) ist ein Instrument der strategischen Planung. Sie dient insbesondere der Positionsbestimmung und der Strategieentwicklung von Unternehmen und anderen Organisationen.

Stärken (»strengths«): »Die ungarische Regierung ist seit 2010 an der Macht. Premierminister Viktor Orbán und Präsident János Áder sind seit sechs bzw. vier Jahren im Amt und verfügen über eine lange politische Erfahrung. Die eigene Wählerschaft, aber auch weite Teile der politischen Opposition, stehen überwiegend hinter dem Staat Ungarn, wie bei den Feierlichkeiten rund um die Ungarische Revolution von 1959 zu erkennen war. Das Parteiensystem ist stabil, es sind keine großen Umbrüche zu erwarten, allgemein ist die Lage im ungarischen Parlament aktuell stabil.« Schwächen (»Weakness«): »Die regierende Fidesz-Partei steht derzeit stark in der Kritik. Ihr werden demokratisch nicht legitimierte Handlungen vorgeworfen, so etwa die zeitweilige Schließung der oppositionellen Zeitung »Népszabadság«. (...) Die starken staatlichen Eingriffe werden von weiten Teilen der Bevölkerung als nicht legitim empfunden, was die Spaltung der Wählerschaft aber auch der Parteien weiter vergrößert hat. Eine Schwäche ist die fehlende Macht der Opposition im Parteiensystem wie auch die schwache Position ungarischer Nicht-Regierungs-Organisa-

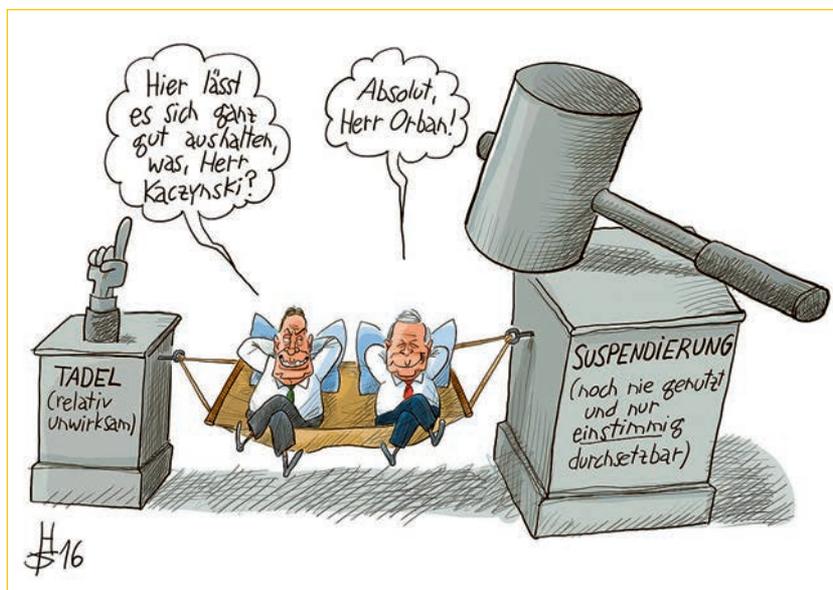


Abb. 3 »Komfortable Zwischenlage«

© Heiko Sakurai, 5.1.2016

tionen im gesamtstaatlichen Kontext. Im europäischen Vergleich hinkt Ungarn hier deutlich hinterher.

Chancen (»Opportunities«): Die EU-Mitgliedschaft ist vor allem für die ungarische Wirtschaft von Nutzen. Schließlich sind der Profit vom Binnenmarkt und von der Zollunion, aber auch die EU-Fördergelder von großem Nutzen. Hierin liegt nach wie vor großes Potenzial. Die EU-freundliche Einstellung der jüngeren Generationen hat durchaus politisches Gewicht.

Bedrohungen (Threats): »Die allgemeine rechtspopulistische Tendenz auf weltpolitischer Ebene ist eine handfeste Bedrohung für die europafreundliche Ausrichtung Ungarns. Die Tatsache, dass häufig Grenzen überschritten werden, wie im Falle des Grenzzauns zu Serbien, sorgt für Spannungen. Die Ausrichtung der Regierung ist weiterhin zu beobachten, auch hinsichtlich demokratischer und pluralistischer Grundprinzipien. Zudem ist die Popularität der rechtsradikalen Partei »Jobbik« ein Faktor für eine bedrohliche Konstellation im ungarischen Parteiensystem. Nicht zuletzt stellt Ungarns Ausrichtung hin zu China und zu den übrigen Visegrád-Staaten eine Konkurrenz für eine integrative EU-Politik dar.« (vgl. fomosa 2016).

■ Polen

Seit Herbst 2015 ist in Polen eine nationalkonservative Regierung unter Ministerpräsidentin Beata Szydło im Amt. Sie entmachtete kurz nach dem Wahlsieg der Partei »PiS« (»Recht und Gerechtigkeit«) weitgehend das polnische Verfassungsgericht, was allerdings kurz darauf das oberste Gericht als verfassungswidrig bezeichnete. Die Regierung ignorierte das dennoch. Auch die öffentlich-rechtlichen Medien werden seither staatlich stärker kontrolliert. Politische Beobachter sprechen zudem davon, dass das eigentliche Machtzentrum nunmehr beim Parteivorsitzenden der PiS, Jarosław Kaczyński, liege.

Verschiedene Oppositionsgruppen demonstrieren nicht zuletzt auch deshalb regelmäßig gegen die Regierung. Für die Oppositionspolitikerin Kamila Gasiuk-Pihowicz von der liberalen Partei »Nowoczesn« ist die derzeitige Situation in Polen ein kaum nachvollziehbares Phänomen: »Vor knapp zwölf Monaten hat die Regierungspartei PiS einen Krieg gegen die polnische Demokratie begonnen. Gleichzeitig wurden Posten in den staatlichen Unternehmen an inkompetente PiS-Politiker und ihre Verwandten verteilt. Die Staatsverschuldung hat eine Rekordhöhe erreicht. Kurzum: Ein Jahr der PiS-Regierung ist für Polen ein verlorenes Jahr.« (Tagesschau, Nov. 2016)

Im Streit über die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien hat nun auch die EU-Kommission Polen eine Frist für Nachbesserungen

gesetzt. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, sagte, die Regierung habe drei Monate Zeit, Empfehlungen aus Brüssel umzusetzen und die Justizreform zu entschärfen. Gebe es keine zufriedenstellende Lösung, seien Sanktionen möglich, die bis zum Entzug von Stimmrechten reichen könnten. Es ist das erste Mal, dass die Brüsseler Behörde ein Verfahren gegen ein Mitgliedsland wegen möglicher Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit eröffnet und dabei auch auf die Reformen am Verfassungsgericht verwiesen hat. Am Ende des Verfahrens, das sich womöglich noch Jahre hinziehen kann, könnte theoretisch der Entzug der polnischen Stimmrechte im EU-Rat drohen. Dafür wäre allerdings bislang die Zustimmung aller anderen EU-Staaten notwendig.

■ »Kerneuropa« als Alternative?

Sowohl die französische als auch die deutsche Regierung brachten nach der Brexit-

Entscheidung und den Antworten aus den Visegrád-Staaten immer wieder die These von einem Kerneuropa bzw. einem »Europa der zwei Geschwindigkeiten« ins Gespräch. Allerdings sind auch Stimmen zu hören, die auf eine konsequente Fortsetzung der Integration aller verbliebenen 27 Mitgliedstaaten setzen.

Wesentlich deutlicher artikuliert sich dazu seit langem der deutsche Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas: Gerade nach dem Brexit-Votum verteidigte Habermas diese Idee eines sogenannten Kerneuropas, ausgehend von der Eurozone, erneut.

»Es stimmt, gegen diesen Plan wird der Vorwurf der »Spaltung« erhoben. Der Vorwurf sei aber unbegründet. »Denn erst ein funktionierendes Kerneuropa könnte die in allen Mitgliedstaaten polarisierten Bevölkerungen vom Sinn des Projekts überzeugen.« Dann »könnten auch jene Bevölkerungen, die einstweilen lieber an ihrer Souveränität festhalten wollen«, nach und nach für den Beitritt und die weitere Vertiefung gewonnen werden.

An die Adresse Deutschlands gerichtet heißt das:

»Die Bundesrepublik müsste ihren Widerstand gegen eine engere finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Kooperation aufgeben, und Frankreich müsste zu entsprechenden Souveränitätsverzicht bereit sein«, sagte Habermas zu den Voraussetzungen für ein solches engere Europa.

Der Philosoph beobachtet dabei mit großer Sorge die neuen rechten Protestbewegungen in Europa: »Das Votum der britischen Wähler spiegelt auch etwas vom allgemeinen Krisenzustand der EU und ihrer Mitgliedstaaten. In den Ergebnissen der Wähleranalyse wiederholt sich das Muster, das wir bei der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten und ebenso bei unseren letzten Landtagswahlen kennengelernt haben. Die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung spricht dafür, dass es dem populistischen Lager gelungen ist, Teile der Nichtwähler zu mobilisieren.« Sie rekrutierten sich überwiegend aus den Randgruppen der Bevölkerung, die sich »abgehängt« fühlten, so Habermas. Erst ein funktionierendes Kerneuropa könnte die in allen Mitgliedstaaten polarisierten Bevölkerungen vom Sinn des Projekts überzeugen. Habermas schlägt vor, die Eurozone zu einem »künftigen Kerneuropa« auszubauen. Allerdings müssten die Staaten, die ein solches Kerneuropa bildeten, den Bürgern zu erkennen geben, dass sie die Probleme, die bei vielen Angst vor dem sozialen Abstieg und das Gefühl des Kontrollverlusts verursachten, auch tatsächlich angehen: »Sozialstaat und Demokratie bilden einen inneren Zusammenhang, den in einer Währungsgemeinschaft nicht mehr der einzelne Nationalstaat allein verbürgen kann.«

Die Politologin Gesine Schwan warnte dagegen nach dem Ausstiegs-Referendum in Großbritannien vor einer Rückbesinnung auf ein sogenanntes Kerneuropa mit wenigen Staaten. Deutsch-

land sei in den vergangenen Jahren erneut zu einer dominierenden Macht in der EU geworden, sagte Schwan im Deutschlandfunk. In einem Kerneuropa würde es als noch dominanter wahrgenommen werden. Die SPD-Politikerin Schwan sagte weiter, unter einem Kern von z.B. sechs Staaten würde Deutschland noch viel stärker wahrgenommen als unter 28. Sie plädierte deshalb für eine neue Austarierung der politischen Kräfte im Sinne der Subsidiarität. Ihrer Ansicht nach seien die EU und die Nationalstaaten derzeit bereits zu dominant. Deswegen müsse insbesondere die souveräne Bürgerpartizipation in den Kommunen gestärkt werden, zum Beispiel auch in der Flüchtlingsfrage. Wie sollte man sich aber eine Vertiefung der Union vorstellen,

ohne dass die Bürger einen weiteren demokratischen Kontrollverlust befürchten müssen? Bislang hatte noch immer jede Vertiefung die Europa-Skepsis wachsen lassen.

Die nach wie vor ungelöste Staatsschulden-Krise einzelner EU-Mitgliedstaaten, das langfristig sicher anhaltende Flüchtlingsproblem und die aktuellen Sicherheitsfragen werden bereits aktuell als drängendste Probleme diskutiert. Und schon deren Beschreibung ist in der Runde der noch 28 Mitglieder des Europäischen Rates nicht konsensfähig. Kompromisse sind nur unter kompromissbereiten Partnern möglich, und dafür dürfen die Interessenlagen nicht zu weit auseinandergehen.

Dieses Mindestmaß an Interessenkonvergenz ist nach Habermas bestenfalls von den Mitgliedern der Europäischen Währungsunion zu erwarten. Das Krisenschicksal der gemeinsamen Währung kettet diese Länder schon seit Jahren, wenn auch auf asymmetrische Weise, eng aneinander. Deshalb böte sich die Euro-Zone als die »natürliche Definition für den gegebenen Umfang eines künftigen Kerneuropas« an. Wenn diese Länder ihren politischen Willen zur intensiveren Integration erklärten, würde der in den Verträgen vorgesehene Grundsatz der »engeren Zusammenarbeit« die ersten Schritte zur Ausdifferenzierung eines solchen Kerns erlauben.

Eine Einberufung eines notwendigen Verfassungs-Konvents für dieses Kerneuropa käme allerdings wohl erst dann infrage, wenn die EU ihre Bereitschaft erklärte, die dringendsten politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme wahrnehmbar und auf überzeugende Weise gemeinsam anzupacken. Das hieße, es müsste Überlegungen in Richtung einer Sozial- und Wirtschaftsunion angestellt werden. Nur dann wären Vertragsänderungen und Referenden in einem transnationalen, europäischen Verfassungsstaat mit Aussicht auf Erfolg denkbar. Noch erscheinen die nationalen Widerstände dagegen als nahezu unüberwindlich. Womöglich könnte aber ein deutlicher Druck von außen, sei es aus Moskau, Washington oder anderswo her diesen Weg weisen.

Angesichts des bevorstehenden 60-jährigen Jubiläums der Römischen Gründungsvertrages der EWG wollte die EU eigentlich eine gemeinsame Vision formulieren. Aber auch hier zeigte sich die Uneinigkeit über die Zukunft oder gar die Finalität der EU: Nach wie vor bleibt die Frage offen: Rückbau oder Vertiefung?



Abb. 4 »Eben erst im Bau!«

© Gerhard Mester, 14.2.2017

Literaturhinweise

Fomoso (2016): Ungarn – eine SWOT-Analyse, www.fomoso.org/berichte/recherchen/ungarn-im-zeitalter-des-postfunktionalismus-eine-swot-analyse/

Habermas, Jürgen (9.7.2016): Die Spieler treten ab. Kerneuropa als Rettung: Ein Gespräch mit Jürgen Habermas über den Brexit und die EU-Krise. www.zeit.de/2016/29/eu-krise-brexit-juergen-habermas-kerneuropa-kritik/komplettansicht

Habermas, Jürgen (2014): »Für ein starkes Europa – aber was heißt das?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2014

Kaczynski, Jaroslaw (6.2.2017): Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/polen-kaczynski-machtwerbung-fuer-angela-merkel-14859897.html

Kühn, Oliver (2016): Europäer wünschen keine engere Union, FAZ, 8.6.2016

Lang, Kai-Olaf (2016): Die Visegrád-Staaten und der Brexit, SWP-Aktuell 53, August 2016

Ondarza, Nicolai von (2016): Kerneuropa und Großbritannien. SWP-Analysen, Dezember 2015

Rötzer, Florian (27.6.2016): Visegrád-Staaten wehren sich gegen eine stärkere EU-Integration.

Tauber, André (23.2.2017): Polen zeigt die ganze Machtlosigkeit der Europäischen Union, N 24/ Die Welt, www.welt.de/politik/ausland/article162303939/Polen-zeigt-die-ganze-Machtlosigkeit-der-Europaeischen-Union.html

MATERIALIEN

M 1 Zuzana Novakova: »25 Jahre Visegrád-Gruppe: Auf einem gemeinsamen Weg der gemeinsamen Idee«, Körber-Stiftung, 30.10.2016

Nach dem turbulenten Beginn der noch turbulenten 1990er Jahre wirkte eine liberale Demokratie wie die Endstation für den Kontinent nach einer langen Reise voller Konflikte und Krisen. Während dieser Ära eines »liberalen Siegs« wurde Mitteleuropa wiedergeboren. Zur selben Zeit und mit denselben Zielen wurde auch die Visegrád-Kooperation gegründet. Als die sogenannten V4 wollten Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei von nun an zusammenarbeiten, sich vom Erbe der Nachkriegszeit unter sowjetischer Herrschaft befreien und nach Europa zurückkehren. Viele Oden an die Bedeutung dieser Kooperation sind schon geschrieben worden, die liberalen Ideen folgten und eine wichtige Rolle spielte für die Annäherung jener Staaten an den Westen Europas. Nachdem alle Visegrád-Länder der EU beigetreten waren und damit gleichzeitig demokratische Institutionen und eine liberale Marktwirtschaft angenommen hatten, schien ihr gemeinsamer Weg an einem guten Ziel angekommen zu sein. Doch inzwischen hatte sich die gemeinsame Idee verändert – und wie sie nun aussieht, ist nicht erkennbar. Doch seitdem haben sich die gemeinsamen Werte- und Zielvorstellungen geändert. Die Welt ist nicht mehr überzeugt davon, dass das liberale System das einzig Wahre ist. Während der ersten Treffen der V4 schien der Übergang zur Demokratie noch ein linearer Weg zu sein, dessen Ziel außer Frage stand. Das alte System musste aufgebrochen werden, die neu entstandene Elite musste einen Konsens finden, Institutionen zum Schutz der neuen Gesetze mussten geschaffen werden. Ein Land mag während dieses Wandlungsprozesses einmal steckenbleiben, sich gar zurückentwickeln (wie die Slowakei es in der Mitte der 1990er Jahre tat), das Ziel aber blieb klar. Die Frage war nicht, wohin die Reise geht, sondern lediglich, wann sie beginnt. Die liberale Demokratie war damals die einzige Option. Das trifft heute nicht mehr zu. Radikale Stimmen in den Regierungen scheinen inzwischen normal zu sein. Immer mehr Menschen setzen ihr Kreuz in den Wahlurnen hinter den extremistischen Parteien. Wenn die Wähler nach Alternativen rufen, werden noch mehr populistische Parteien gegründet, viele von ihnen engstirnig, intolerant, gegen das System. Diese neue Normalität wirft die Frage auf, wie sehr der EU-Beitritt wirklich dazu beigetragen hat, demokratische Standards in der Region zu etablieren.

Neben den abweichenden Stimmen der populistischen Parteien wurde auch die Kooperation der V4 wiederbelebt. Die »jüngsten Entwicklungen haben bewiesen, dass die V4 die EU genauso brauchen wie die EU die Visegrád-Länder«, heißt es in der jüngsten Erklärung der Premierminister der V4-Staaten. Und tatsächlich, die EU braucht viel mehr offene Debatten und jede offene Debatte braucht eine Vielzahl unterschiedlicher Ansichten. Visegrád hat sich zu einer Plattform entwickelt, auf der eine provokative Vielzahl solcher Ansichten zusammengebracht werden, von der Ablehnung der Solidaritätsmaßnahmen der EU (vor allem in Bezug auf die Flüchtlingskrise) bis zur Uneinigkeit über eine gemeinsame außenpolitische Position der EU (beispielsweise in Bezug auf die Sanktionen gegen Russland).

Eine vielseitige Diskussion gehört zu einer Demokratie, doch einige Meinungen innerhalb der V4-Länder sind oft nicht vereinbar mit liberalen und demokratischen Werten. Im Gegensatz zu den



M 2 Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka sowie der slowakische Ministerpräsident Robert Fico am 15.2.2016 auf einer Feier zum 25-jährigen Bestehen der Visegrád-Gruppe in Prag

©Filip Singer, picture alliance, dpa

frühen 1990er Jahren, als eine gemeinsame Geschichte und ein gemeinsamer Diskurs die Sehnsüchte in der Region bestimmten, wird man heute Zeuge einer Kakophonie populistischer Töne. (...) Ein bedeutendes Beispiel dafür ist die Annäherung der V4 an ihre östlichen Nachbarn. In Anbetracht ihrer historischen Erfahrung, könnte man meinen, dass die Gruppe einer wertorientierten Herangehensweise folgt. Möglicherweise mit Rücksicht auf jene Länder, die sich erst kürzlich von ihrer sowjetischen Vergangenheit befreit haben. Doch ganz im Gegenteil: Die Gruppe lässt jede einheitliche Politik gegenüber ihren östlichen Nachbarn vermissen. Die größte Kluft durch die Visegrád-Länder ist die Uneinigkeit über die Rolle Russlands. Hier trennt sich Polen von den anderen Mitgliedsstaaten. Doch auch zwischen der Exekutive und Legislative der anderen drei Länder zieht sich ein Graben. Die Wahrnehmung des Ukraine-Konflikts reflektiert das unterschiedliche historische Erbe, weckt gemeinsame Erinnerungen. In Polen herrscht weitgehende Übereinstimmung innerhalb der Regierung und Opposition, die den Konflikt aus ihrer eigenen historischen Erfahrung betrachten, die Russland als den Angreifer wahrnimmt. Selbst die radikalen rechten Strömungen im Land sind weniger pro-russisch als ihre Pendanten in den anderen Visegrád-Ländern. (...)

© Zuzana Novakova: »25 Jahre Visegrád-Gruppe: Auf einem gemeinsamen Weg von der gemeinsamen Idee«, Körber-Stiftung, 30.10.2016, <https://www.koerber-stiftung.de/themen/russland-in-europa/beitraege-2016/25-jahre-visegrad-gruppe-auf-einem-gemeinsamen-weg-von-der-gemeinsamen-idee.html>

Die Regierung braucht verlässliche Partner in der Wirtschaft. Das ist Merkels Chance. Wenn Angela Merkel (...) in Warschau landet, könnte ihr im doppelten Sinne der Durchblick schwerfallen. Denn zum einen wird die Bundeskanzlerin nach ihrer jüngsten Türkei-Visite abermals Gesprächspartnern gegenüber sitzen, die deutsche Appelle zur Innen- oder Flüchtlingspolitik bestenfalls mit steinernen Mienen quittieren dürften. Zum anderen kämpfen Polens Hauptstadt und weite Teile des Landes seit Wochen mit hartnäckigem Smog. Besonders schlimm ist die Lage im Süden. Längst sind zulässige Werte für die Feinstaubkonzentration in der Metropole Krakau überschritten, die berühmte Burganlage Wawel zeichnet sich auf manchem Erinnerungsfoto nur noch in Umrissen ab. Skifahrer in den Karpaten tragen Atemmasken. Auslöser dieser chinesischen Verhältnisse ist die Heizsaison in einem Land, das 90 Prozent seiner Energie immer noch aus Kohle gewinnt. Nicht nur, dass in vielen Haushalten während der kalten Wintertage veraltete Kohleöfen bollern. Häufig wird darin alles verfeuert, was Brennwert besitzt, vom Plastik- bis zum Hausmüll. Und was macht die Regierung? Während Ministerpräsidentin Beata Szydlo das Problem anzugehen verspricht, will ihr Umweltminister als Lösung auf noch mehr polnische Kohle setzen, weil diese qualitativ der importierten überlegen sei. Kohle ist eben gut für Polen.

Polen zuerst – in Anlehnung an den Wahlspruch des amerikanischen Präsidenten ließe sich darauf die Handlungsmaxime zuspitzen, mit der die Partei »Recht und Gerechtigkeit« das Land seit ihrem Wahlsieg Ende 2015 regiert. Parteichef Jaroslaw Kaczynski, der auch ohne Regierungsamt als eigentliches Machtzentrum gilt, hat lange vor Trump einen Wahlkampf gegen »das Establishment« geführt. Zwar hat das größte der jungen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa seit dem Beitritt 2004 eine beachtliche wirtschaftliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Doch profitierte während der Aufschwungjahre unter dem liberalen Ministerpräsidenten Donald Tusk nur ein Teil der Bevölkerung von den Segnungen der Marktwirtschaft.

Während im Finanzdistrikt rund um den Warschauer Hauptbahnhof immer neue Wolkenkratzer wie glitzernde Symbole des neuen Wohlstands in den Himmel ragten, wuchsen im selben Tempo unter Rentnern und auf dem Land die materiellen Zukunftsängste. Nirgendwo in der EU sind die Verdienstunterschiede so groß wie in Polen. Gleichzeitig sichert der noch junge Wohlfahrtsstaat oft nur die größten Lebensrisiken ab.

Deshalb konnte Kaczynski nicht nur die »Abgehängten« mit seinem Versprechen von Wohlstand für alle hinter sich vereinen. Auch junge Familien, die sich trotz zweier in Vollzeit arbeitender Eltern durch den Alltag hangeln müssen, setzten ihr Kreuz in der Hoffnung auf mehr soziale Sicherheit. Mit dem neuen Kindergeld wurde 2016 ein zentrales Wahlversprechen umgesetzt. Die wahre Bedeutung der umgerechnet rund 115 Euro netto im Monat lässt sich erst im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von etwa 930 Euro ermessen. In der Bevölkerung hat das der Regierung viele Pluspunkte gebracht, während die Opposition erhebliche Auflösungserscheinungen zeigt.

Doch solche Ausgaben wollen finanziert werden. Gerade hat das Statistikamt ein Wachstum von 2,8 Prozent im vergangenen Jahr ausgewiesen. Das ist deutlich weniger als vorhergesagt, und, was noch schwerer wiegt, es liegt auch klar unter den letzten Ergebnissen der Vorgängeradministration. Dabei sollte doch alles besser werden.



M 4 »Noch ist Polen nicht verloren!« (links Ministerpräsidentin Beata Szydlo, rechts der PiS-Vorsitzende Jaroslaw Kaczynski © Gerhard Mester, 6.9.2016

Finanziert wurde der Aufschwung der Vergangenheit zum einen durch Milliardenzahlungen der EU, zum anderen durch ausländische Investoren. Während Polen auch in dieser Haushaltsperiode von Brüssel gut bedacht wird, droht der Kapitalzufluss aus dem Ausland zum Rinnsal zu verkümmern. Zwar hat Kaczynski anders als Trump nie direkte Drohungen gegen internationale Konzerne ausgesprochen. Doch die Härte und die Konsequenz, mit denen Justiz und Medien im Land neu geordnet werden, haben unter Investoren alte Ängste vor hoher Rechtsunsicherheit neu belebt. Die Machthaber in Warschau sind dabei, den Ruf des Landes als sicherer Hafen in der Region zu verspielen. In der jüngsten Handelskammerumfrage unter Investoren verlor Polen deshalb schon seinen Spitzenplatz an Tschechien. Viele Projekte sind zwar nicht gekippt, liegen jedoch auf Eis.

Diese Unsicherheit könnte Merkel in die Hände spielen, wenn sie mit Szydlo, Kaczynski und Staatspräsident Duda über wirtschaftliche Themen spricht. Denn Polen braucht verlässliche Partner, und die traditionellen Bande in den angelsächsischen Raum müssen auch an der Weichsel erst neu geknüpft werden. Gemeinsame ökonomische Interessen gibt es weiterhin viele. Wie Deutschland mit Frankfurt versucht sich auch Warschau als kontinentales Ausweichquartier für die Finanzbranche nach dem Brexit in Stellung zu bringen. Schon weil die polnische Industrie eng mit der deutschen verwoben ist, kann auch dort niemand Interesse an wachsendem Protektionismus und neuen Hürden für den Welthandel haben. Kaczynski und Co. können es sich derzeit nicht leisten, verlässliche Wirtschaftspartner vor den Kopf zu stoßen. Das ist Merkels Chance.

© Sven Astheimer: »Polen zuerst«, FAZ GmbH, Frankfurt am Main, 6.2.2015, S. 15

Rechtspopulisten in Europas Parlamenten

| Stimmenanteil und Zahl der Sitze* rechtspopulistischer Parteien in den nationalen Parlamenten | | Ergebnis bei den jüngsten Parlamentswahlen | Sitze | Gesamtzahl Sitze |
|---|---|--|-------|------------------|
| Ungarn | Fidesz-KNDP + Jobbik | 65,3 % | 156 | 199 |
| Polen | Recht und Gerechtigkeit (PiS) | 37,6 | 235 | 460 |
| Schweiz | Schweizerische Volkspartei (SVP) | 29,4 | 65 | 200 |
| Dänemark | Dänische Volkspartei | 21,1 | 37 | 179 |
| Österreich | FPÖ | 20,5 | 40 | 183 |
| Finnland | Wahre Finnen | 17,7 | 38 | 200 |
| Lettland | Nationale Allianz | 16,6 | 17 | 100 |
| Norwegen | Fortschrittspartei | 16,3 | 29 | 169 |
| Schweden | Schwedendemokraten | 12,9 | 49 | 349 |
| Großbritannien | UKIP | 12,6 | 1 | 650 |
| Griechenland | Goldene Morgenröte + Unabhängige Griechen | 10,7 | 28 | 300 |
| Niederlande | PVV | 10,1 | 15 | 150 |
| Litauen | Partei für Ordnung und Gerechtigkeit | 7,3 | 11 | 140 |
| Tschechien | Morgendämmerung der direkten Demokratie | 6,9 | 14 | 200 |
| Bulgarien | Angriff | 4,5 | 11 | 240 |
| Italien | Lega Nord | 4,1 | 18 | 630 |
| Belgien | Vlaams Belang | 3,7 | 3 | 150 |
| Frankreich | Front National | 3,7 | 2 | 577 |

Quelle: dpa, Länderparlamente *jeweils direkt nach der Wahl Stand Dez. 2015 dpa•20760

M 5 Stimmenanteil und Zahl der Sitze rechtspopulistischer Parteien in europäischen Parlamenten, Stand 11.12.2015

© picture alliance, dpa-infografik

M 6 Irene Hahn-Fuhr / Gert Röhrborn (2016): »Polen erfordert einen zweiten Blick«, Frankfurter Rundschau, 3.11.2016

Wer den Erfolg der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) verstehen will, muss zur Kenntnis nehmen, dass sie einen gesellschaftlichen Nerv trifft. Polen ist in den Augen vieler Bürger durch ungleiche ökonomische Chancen und politische Gestaltungsmöglichkeiten geprägt. Der Wahlsieg vor einem Jahr beruhte auf dem Versprechen eines konservativen Wohlfahrtsstaats. Dieser sollte der in der Transformation benachteiligten Arbeiterschaft »ihre Würde zurückgeben«, mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen sowie die Verantwortlichen für Korruption bestrafen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist das Herz des konservativen Modernitätsversprechens der PiS. Sie punktet mit dem neuen Kindergeld »500+« und der Ankündigung eines umfassenden Wohnungsbauprogramms. Eine Steuerreform soll Geld in die Staatskassen spülen, für eine gerechtere Lastenverteilung sorgen und die zunächst kreditfinanzierte Sozialpolitik gegenfinanzieren.

Der »Morawiecki-Plan« setzt auf Hochtechnologiestandorte, die Stärkung nationaler Champions und die Renationalisierung von Banken. Am Beispiel der Energiepolitik zeigt sich hingegen, wie schwer sich die Regierung mit dem Austarieren konträrer Interessen tut. Offiziell kämpft sie weiterhin für die Kohle – auch weil viele Bergarbeiter zu ihrer Klientel gehören. Dabei wissen die Verantwortlichen um die Notwendigkeit eines strukturellen Wandels und versuchen sich daher etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien pragmatisch zu geben. In konkreten Politikfeldern erinnert dieser Kurs an die alte Sozialdemokratie im Westen.

Im ersten Jahr seit der Wahl hat Kaczynski durch seine Politik des divide et impera auch ungewollte Effekte erzielt: eine breite gesellschaftliche Mobilisierung gegen die gezielte Schwächung des Verfassungsgerichtes sowie die Verschärfung des strikten Abtreibungsrechts. In beiden Fällen hat die PiS die Mehrheitsmeinung gegen sich, dennoch bleibt sie bisher Herrin des Verfahrens. Im Bildungsbereich steht die nächste Protestwelle ins Haus.

Ohne Zweifel hat Jaroslaw Kaczynski klare Vorstellungen einer Staatsräson für seine »geistig-moralische Wende«. Die Schlagwörter »Rechtspopulismus« und »Orbanisierung« sind hier irreführend. Der historische und gegenwärtige politische Einfluss der

katholischen Kirche, als deren Schutzpatron sich der Parteivorsitzende versteht, ist im Gegensatz zu Ungarn direkter. Orbán strebt eher nach postmoderner Oligarchisierung. Kaczynski zeigt einen Hang zu klerikalem und volkstümelndem Traditionalismus. Ihre wesentliche Gemeinsamkeit liegt heute wohl in der Instrumentalisierung von Ausländerfeindlichkeit und einer unterschwelligen Angst vor kultureller Überfremdung. Die Stärke der PiS ist die Schwäche der Opposition. Die vorherige Regierungspartei PO ist nach der Niederlage durch interne Führungskämpfe paralysiert und steht wegen veralteter Skandale am Pranger. Der neuen Hoffnungsträgerin der liberalen Mitte im Sejm, »Nowoczesna«, fehlt jedoch das von der Mehrheit gewünschte soziale Gesicht, sie steht symbolisch für die Transformationsgewinner. Das linke Spektrum bleibt trotz der Neugründung »Razem« weiterhin nahezu bedeutungslos. Neben personellen Schwächen ist die PiS sozialpolitisch schwer links zu überholen.

Trotz euroskeptischer Stimmen aus den Reihen der PiS wäre es ein Fehler, die Partei als Ganze in eine europafeindliche Ecke zu stellen. Vielmehr wäre es gut zur Kenntnis zu nehmen, dass Polen im Allgemeinen und die PiS im Speziellen eigene Vorstellungen von europäischer Kooperation und Integration vertritt. Dabei handelt es sich auch ein Jahr nach dem Wahlerfolg noch immer um mediale Kampagnen der »Rückgewinnung polnischer Souveränität«.

Diese sollten nicht davon ablenken, dass jede Gesellschaft ihre eigene Interpretation »europäischer Solidarität« entwickelt. So ist auch Polen an einer verlässlichen, gemeinschaftsorientierten EU-Politik interessiert. Das von Deutschland vorangetriebene Nord-Stream-Pipelineprojekt hat nicht nur aus polnischer Sicht die Einigkeit europäischer Energiepolitik stark erschüttert. Gerade wegen der unterschiedlichen Wahrnehmung europäischer Gegenwart ist jetzt eine Rückbesinnung auf die besonnene Diskussion und das Erringen sinnvoller Kompromisse notwendig, die die vitalen nationalen Interessen aller Mitglieder berücksichtigen. Eine starke, dynamische und bürgernahe EU muss kritische Stimmen ernst nehmen und nicht pauschal als Populismus abtun. Wenn Deutschland und Polen auf Augenhöhe ihre unterschiedlichen Interessen in Einklang bringen, hat die EU gute Chancen, ihre gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern.

© Irene Hahn-Fuhr/ Gert Röhrborn (2016): »Polen erfordert einen zweiten Blick«, Frankfurter Rundschau, 3.11.2016, www.fr-online.de/gastbeitraege/gastbeitrag-polen-erfordert-einen-zweiten-blick,29976308,34909908.html

M 7 **Deutschlandradio Kultur (26.11.2016):**
»Gespräch mit dem polnischen
Politikwissenschaftler Piotr Buras«

Piotr Buras leitet das Warschauer Büro des European Council on Foreign Relations, ein außenpolitischer Think Tank. Zuvor war er unter anderem Berlin-Korrespondent von Polens größter Tageszeitung Gazeta Wyborcza.

Deutschlandradio Kultur: Herr Buras, der 45. Präsident der USA wird Donald Trump heißen. Was meinen Sie? Ist das für Polen eine gute oder eine schlechte Nachricht?

Piotr Buras: Ich glaube, das ist für jedes Land in Europa und in der Welt eine große Überraschung und ein ziemliches Risiko. Davon ist Polen natürlich genauso betroffen wie die gesamte Europäische Union, wie Deutschland und andere Staaten. Ich glaube, das, was Trump so riskant für den Westen, für die Welt macht, ist seine Unberechenbarkeit. Und das bezieht sich auch auf die Grundsätze der polnischen Außenpolitik. Damit meine ich die Zukunft der Nato, die Beziehungen zu Russland und vieles andere. Also, das ist ja zunächst einmal ein großes Fragezeichen. Und das ist schon an sich ein ziemliches Problem.

Deutschlandradio Kultur: (...) Die nationalkonservative polnische Regierung hat erstmal den Wahlsieg Trumps begrüßt. Tatsächlich hat ja die regierende Partei »Recht und Gerechtigkeit«, abgekürzt PiS, eine gewisse ideologische Nähe zu Trump – Betonung der nationalen Interessen, Skepsis gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern, besonders wenn die Muslime sind, ein Hang zum Populismus. Bedeutet der Sieg Trumps vielleicht Rückenwind für die polnische Regierung?

Piotr Buras: Das ist vielleicht etwas übertrieben. Mich hat auch, ehrlich gesagt, die Reaktion der führenden polnischen Politiker bzw. der regierungsnahen Medien etwas überrascht. Die war sehr stark von einer gewissen Schadenfreude gekennzeichnet, Schadenfreude darüber, dass die Wähler in den Vereinigten Staaten den Eliten, dem politischen Establishment die Leviten gelesen haben, dass eben dieser verhassten, auch in großen Teilen der PiS-nahen Milieus in Polen, der verhassten linksliberalen Elite, ja ein gewisser Zeigefinger gezeigt worden ist. Und diese Demütigung der Linksliberalen, wie das in vielen Kommentaren in Polen apostrophiert worden ist, scheint ein Grund für Freude zu sein. Insofern war diese erste Reaktion unter den Nationalkonservativen in Polen sehr stark innenpolitisch, ideologisch motiviert. Und diese außenpolitischen Aspekte sind größtenteils beiseitegeschoben worden. In der polnischen Politik herrscht »ziemliches Chaos«.

Deutschlandradio Kultur: Außenpolitische Aspekte sieht dabei aber Ihr Außenminister Witold Waszczykowski durchaus auch. Er wertet den Erfolg Trumps als Warnung an die EU, dass nun ernsthafte Korrekturen an der europäischen Politik vorgenommen werden müssten. Damit meint er sicher die Themen Flüchtlingspolitik und Sicherung der Außengrenzen, mit denen ja auch Trump gepunktet hat. Wird Polen gegenüber der EU jetzt noch konfliktbereiter auftreten als bisher schon?

Piotr Buras: Das glaube ich nicht. Ich glaube, die ersten Monate dieses Jahres, das war ein Test einer neuen Europa- und Außenpolitik, wo sich die polnische Regierung ziemlich stark mit der Europäischen Kommission, aber auch mit wichtigen Partnern in der EU angelegt hat und wo man versucht hat, mit einem viel stärkeren Nachdruck die polnischen Interessen bzw. die polnische Souveränität zu vertreten. Immer diese Aspekte Souveränität, dass Polen ein unabhängiger souveräner Staat sei, wo die anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht hineinreden dürfen, das war zentral für diese Politik. Und ich glaube, diese Politik hat uns eher an den Rand der Europäischen Union hinaus manövriert. Und interessanterweise denke ich, dass das in vielen Kreisen in der Regierung auch eingesehen wurde. Wobei das Problem der polnischen Euro-



M 8 Proteste des »Komitees zur Verteidigung der Demokratie« (KOD) am 11.1.2017 vor dem Sejm, dem polnischen Parlament, gegen die von der PiS angestrebten Verfassungsänderungen
 © Michal Fludra, NurPhoto, dpa

papolitik heute nicht darin besteht, dass sie zu stark nationale Interessen vertritt, das tun auch viele andere Regierungen, aber dass sie einfach völlig inkonsistent ist. Dass wir unterschiedliche Machtzentren in der Regierung haben und dazu noch ein externes Machtzentrum in der Person des Parteivorsitzenden Jaroslaw Kaczynski und dass eben diese unterschiedlichen Machtzentren sich sehr oft auch in die Quere kommen und ihre Politik konterkarieren, einander konterkarieren. Also, dass ja momentan ein ziemliches Chaos in dieser Politik, ist, glaube ich, momentan das größte Risiko für die polnische Europapolitik. Polen wünscht eine einheitliche Front gegenüber Russland. (...)

Deutschlandradio Kultur: (...) Außerdem verliert Polen ja demnächst durch den Brexit auch noch seinen engsten Partner innerhalb der EU, die ebenfalls europaskeptischen Briten, die ja in der Verteidigungspolitik, aber auch generell für Polen eine gewisse Rolle gespielt haben. Wird es jetzt nicht sehr einsam für die Polen in Europa?

Piotr Buras: Es wird ziemlich einsam. Sie haben zu Recht auf Brexit hingewiesen. Die neue polnische Regierung, die seit einem Jahr im Amt ist, hat Anfang des Jahres Großbritannien zum wichtigsten Verbündeten in der Europäischen Union erklärt. Bisher galten Deutschland, aber auch Frankreich als die wichtigsten Partner. Und dann sechs Monate später hat Großbritannien entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Jetzt haben wir eine ähnliche Situation mit den Vereinigten Staaten, wo unser wichtigster sicherheitspolitischer Partner möglicherweise sich völlig anders in der Welt orientiert, als wir das gewohnt sind. Es würde sich natürlich anbieten, angesichts dieser völlig neuen Konstellation in Europa und im transatlantischen Verhältnis, sich etwas stärker mit eben Deutschland und Frankreich zu koordinieren. Es wird nun mühsam umgesetzt, mit vielen Problemen. (...)

© www.deutschlandradiokultur.de/politikwissenschaftler-piotr-buras-es-wird-ziemlich-einsam.ggo.de.html?dram:article_id=372444

8. Lernort Brüssel – Europa (be-)greifen

HANS GAFFAL/ JÜRGEN ROOS

Europa braucht Staatsbürger und keine User und Konsumenten – so lautet ein Beitrag von Richard David Precht im Feuilleton der Wochenzeitung »Die ZEIT«, in dem der Autor für eine neue europäische Erzählung (»Narrativ«) plädiert, in der nicht der gemeinsame Markt und nach ihrem Vorteil gierende Produzenten und Konsumenten, sondern leidenschaftliche »Citoyens« (engagierte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger) auf der Basis gemeinsamer Werte den politischen Diskurs bestimmen. Schülerinnen und Schüler zu leidenschaftlichen Europäern zu machen, scheint andererseits in Zeiten eines immer stärker um sich greifenden Nationalismus als Ziel der politischen Bildung ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Zeigt doch die Beteiligung von Erst- und Jungwählern bei Wahlen und Volksabstimmungen in Europa, dass die junge Generation die friedenssichernde Wirkung und die Freiheiten des europäischen Binnenmarktes vermutlich schon allein deshalb nicht genügend zu schätzen wissen, weil sie eine andere europäische Realität gar nicht mehr kennen. Lohnt sich vor diesem Hintergrund überhaupt eine Studienfahrt nach Brüssel, ins Zentrum der Europäischen Union? Wir sagen entschieden: Ja, denn eine gründlich vor- und nachbereitete und zielorientiert durchgeführte Studienfahrt kann all das leisten, was im Klassenzimmer an deutliche Grenzen stößt: Der Lernort Brüssel steht für eine neue außerschulische Lernumgebung, die das Thema Europa begreifbar, spürbar und erlebbar machen, indem es in Realbegegnungen und persönlichen Gesprächen mit politischen Akteuren exklusive Einblicke in den Arbeitsalltag europäischer Institutionen und ihrer Repräsentanten ermöglicht. Die im Folgenden vorgestellte fünftägigen Studienfahrt bietet die Chance zu einer vertieften und reflektierten Beschäftigung mit ausgewählten Themen und Herausforderungen der EU.



Abb. 1 Parlamentarium in Brüssel – interaktives Museum

© Europäisches Parlament

mutigende soziale Projekte und Initiativen wie »Urban Gardening« und Fassaden-Kunst.

»Eintauchen in die EU«: interaktiver Rundgang im Parlamentarium

Ein interaktiver Rundgang durch das Parlamentarium bietet dem Besucher die Chance, an seinem individuellen Wissensstand über die EU anzuknüpfen und sich mit Fragen und Themen zu beschäftigen, die ihn gerade interessieren. Zum Auftakt der Studienfahrt ermöglicht das Parlamentarium damit einen idealen Einstieg, um sich schrittweise an die komplexe europäische Thematik heranzutasten. Tragbare Multimedia-Guides begleiten die Besucher auf der virtuellen Europa-Reise durch eine didaktisch hervorragend aufbereitete Themenlandschaft mit hohem Aufforderungscharakter: So kann man z. B. in einer Miniaturausgabe des Plenarsaal Platz nehmen, wo in einer digitalen 360-Grad-Projektion über die Arbeitsorte, Aufgaben und Tätigkeiten der Europaparlamentarier informiert wird. Auf einer begehbaren Europa-Karte können unterschiedliche Wege kennengelernt werden, auf denen die Europäische Union zum Wohlergehen ihrer Bürger beiträgt, und in einer gemütlichen Sofa-Ecke kann man zuhören, wie ein Umweltaktivist aus Polen, ein slowenischer Professor, ein finnischer Sänger sowie viele andere erzählen, welche Auswirkungen die Europäische Union auf ihre Leben hat. Mit gezielten Arbeitsaufträgen zu einzelnen Stationen des Rundgangs lässt sich v. a. bei sehr heterogenen Gruppen vermeiden, dass der Rundgang in unterschiedlicher Geschwindigkeit zurückgelegt wird.

»Crashkurs für Abgeordnete«: Rollenspiel im Parlamentarium

Das Parlamentarium bietet Schülerinnen und Schülern ab 14 Jahren zudem ein interaktives Rollenspiel an, bei dem die Spieler in

»Brüsseler Brennpunkte«: politisch-historischer Rundgang durch Brüssel

Um zu verstehen, wie »Brüssel« und die Republik Belgien überhaupt funktionieren, sollte man die Studienfahrt mit einer thematischen Stadtführung beginnen. Wir empfehlen eine politisch-historische und städtebauliche Stadtführung zu Fuß z. B. mit Malte Woydt, der beeindruckende Rundgänge zu vielfältigen Themen durch ausgewählte Viertel der Stadt anbietet. Wer unserer Empfehlung folgt und die vorgeschlagene Unterkunft wählt, der kann auf einem Rundgang vom Touristenzentrum rund um den Grand-Place über das Viertel des früheren Hafens nach Molenbeek einen imposanten Einblick in neuere politisch-historische Entwicklung Brüssels gewinnen. Dabei weicht das medial vermittelte Bild vom Problem- und Migrantenviertel Molenbeek einem differenzierteren Bild: Das frühere belgische »Klein-Manchester« zeigt neben städtebaulichen Besonderheiten, Gentrifizierung und den typischen Problemen von Einwanderervierteln viele er-

vier Fraktionen (konservativ, liberal, ökologisch, sozialdemokratisch) eingeteilt und per personalisierten Smartphone durch die einzelnen Stationen der Simulation geführt werden. Die Fraktionen teilen sich in Gruppen, um Ausschüsse bilden zu können. Jeder Ausschuss erhält einen fiktiven Fall zur Prüfung und Abstimmung: Zum einen handelt es sich um einen Kommissionsvorschlag zu einer Wassersolidaritätsrichtlinie, mit der die Ungleichgewichte in den Wasservorräten zukünftig geregelt werden sollen. Der zweite Vorschlag, eine Personenerkennungsrichtlinie, zielt auf eine Regulierung der aus Gesundheits-, Erkennungs- und Sicherheitsgründen praktizierten Verwendung implantierter Chips, um individuelle Grundrechte zu sichern und ihren potentiellen Missbrauch einzuschränken. Anhand der Richtlinien können exemplarisch zentrale Fragen des politischen Diskurses erörtert werden: Soll der Staat als Erbringer öffentlicher Güter und Dienstleistungen in die Freiheitsrechte und Marktmechanismen eingreifen, was ist sozial gerecht und wo endet die Verantwortung und Freiheit des Einzelnen? Ganz nebenbei lernen die Schüler in diesem Crash-Kurs in Form eines »Speed-Debating« mit zeitlich knapp bemessenen Spielphasen, wie europäische Rechtsvorschriften entstehen, welche wichtige Rolle das Europäische Parlament dabei spielen kann und wie komplex sich Entscheidungsprozesse in einer Europäischen Union von 28 bzw. 27 Mitgliedstaaten gestalten. Durch die schülerorientierte mediale Präsentation (Smartphone, Touchscreens, Videobildschirme) und räumliche Inszenierung (Plenarsaal, Fraktionsräume, Informationsnischen, Pressekonferenzraum) wird dieses überzeugende Rollenspiel zu einem außerunterrichtlichen Lernort, der neue Einblicke in den europäischen Entscheidungsprozess und ein Hinterfragen der vorhandenen Präkonzepte zur Europäischen Union ermöglicht.

■ »Fair, aber hart«: moderierte Podiumsgespräche

Das politische (und das wirtschaftliche) Brüssel bietet eine Vielzahl an interessanten Gesprächspartnern. Welche Personengruppen man zum Gespräch einlädt, hängt vom Alter und Wissensstand der Schüler und Schülerinnen, ihren Interessen und etwaigen Unterrichtsschwerpunkten ab. Wir haben uns für zwei EU-Parlamentarierinnen unterschiedlicher Fraktionen, einen Verbandsvertreter (VDA) und zwei Journalisten (private und öffentlich-rechtliche Medien) entschieden. Die ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU führt eine Liste deutschsprachiger Journalisten in Brüssel, auf der sich knapp 100 potenzielle Gesprächspartner finden. Lobbyisten und deren Kontrolleure findet man z. B. über Organisationen wie LobbyControl.

Bei der Organisation von moderierten Diskussionen ist frühzeitig zu überlegen, wo das Gespräch stattfinden soll. Entsprechende Räume für Gruppen ab 25 Personen sind nicht immer leicht zu finden. Nur selten kann das Gespräch bei der entsprechenden Organisation stattfinden. Die Landesvertretung Baden-Württemberg hilft mit ihren Räumlichkeiten im Europa-Viertel aus, braucht dafür

Abb. 2 Bausteine einer Studienfahrt nach Brüssel (5 Tage – 1. Tag Anreise – 5. Tag Rückfahrt)

| Tag 2 | | |
|-------|---|---|
| Dauer | Programm | Ort/ Ansprechpartner |
| 3 Std | Stadtführung | www.woydt.de |
| 2 Std | Parlamentarium | www.europarl.europa.eu/visiting/en/brussels/parlamentarium |
| Tag 3 | | |
| 3 Std | Rollenspiel im Parlamentarium | www.europarl.europa.eu/visiting/de/br%C3%BCssel/rollenspiel_1 (Reservierung mindestens 4 Monate im Voraus!) |
| 3 Std | Moderiertes Gespräch mit EU-Abgeordneten und Besichtigung des Plenarsaals | Anmeldung über die Büros der jeweiligen EU-Parlamentarier |
| 3 Std | Moderiertes Gespräch mit Journalisten von Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen | www.bruessel-eu.diplo.de/contentblob/4723982/Daten/7117523/downloaddatei_journalisten.pdf (Liste deutschsprachiger Journalisten) |
| Tag 4 | | |
| 2 Std | Besuch der Landesvertretung: Vortrag und Führung | Landesvertretung Baden-Württemberg, Rue Belliard 60–62, B-1040 Brüssel, Email: poststelle@bruessel.bwl.de |
| 3 Std | Gespräch mit Lobbyisten | http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do?locale=de sowie https://www.lobbycontrol.de/lobby-planet-bruessel/ (Informationen und Adressen) |

aber einen langen zeitlichen Vorlauf. Die Unterkunft »De Waterman« hält für solche Gespräche gleich zwei »Konferenzräume« bereit.

■ In der Lobby »Schwarzwaldstube« – Besuch der Landesvertretung

Bei einem Besuch der Landesvertretung, die als Horchposten, Schaufenster, Sprachrohr und Gesprächsplattform des jeweiligen Bundeslandes fungiert, erfahren die Schülerinnen und Schüler, wie man spezifischen Landesinteressen in den europäischen Entscheidungsprozess einzubringen versucht. Für die abschließende Gesprächsrunde bieten sich v. a. bildungspolitische Themen an.

■ »Sozialer Lernort«: die Wahl der Unterkunft

Es ist ratsam, sich schon weit im Voraus Gedanken darüber zu machen, ob und wie die Unterkunft in die Konzeption der Studienfahrt einzubinden ist. In Brüssel wie in vielen anderen Städten gibt es Unterkünfte und Begegnungsorte von sozialen Trägern, die speziell Schul- und Jugendgruppen als Zielgruppe ansprechen und oft günstiger sind als Unterkünfte, die über kommerzielle Anbieter angeboten werden. Das Jugendzentrum »De Waterman«, ist z. B. Teil eines Sozialprojekts einer privaten flämischen Stiftung, das unserer Ansicht nach sehr gut als außerschulischer Lernort zu einer schüler- und handlungsorientiert konzipierten Studienfahrt passt.

Im Rahmen der vorgestellten Konzeption bietet dieser soziale Lernort ein Übungsfeld im Kleinen für das, was im Großen von der Europäischen Union gefordert wird: ein wertorientiertes und demokratisches Zusammenleben, das sich Grundhaltungen wie Verlässlichkeit und Toleranz sowie Verantwortungsbewusstsein gegenüber Mitmenschen und Umwelt verpflichtet fühlt.

D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 73

»Die Zukunft der Europäischen Union: Rückbau der Vertiefung?«



Abb. 1 Sven Jochem, Prof. Dr., apl. Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, © www.photo-spice.de



Abb. 2 Dirk Wentzel, Professor Dr., Hochschule Pforzheim, seit 2005 »Jean Monnet Chair« in European-Economic Relations.



Abb. 3 Hans-Jürgen Bieling, Professor Dr., Universität Tübingen, Professur für Politik und Wirtschaft (Political Economy) und Wirtschafts-didaktik.

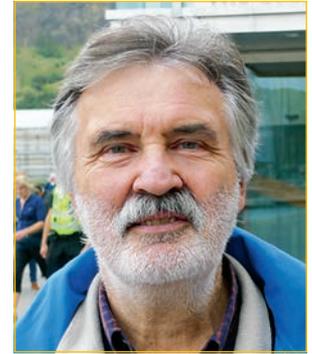


Abb. 4 Udo Seiwert-Fauti, Senior Scotland Affairs – and Europe Correspondent, Strasbourg and Edinburgh. Vor allem für schottische Medien (z. B. BBC Scotland) sowie deutsche Sender.



Abb. 5 Emiliano Grossman, professeur associé à Sciences Po, rattaché au Centre d'études européennes Paris



Abb. 6 Hans Gaffal, Studiendirektor, Referent für Gemeinschaftskunde/Wirtschaft am Regierungspräsidium Stuttgart (Gymnasien), Theodor-Heuss-Gymnasium Esslingen



Abb. 7 Jürgen Roos, Oberstudienrat, Gemeinschaftskunde, Sport und Geschichte am Theodor-Heuss-Gymnasium Esslingen. Davor: Redakteur bei Schwäbisches Tagblatt und Sonntag Aktuell, freier Autor für Süddeutsche Zeitung, taz, Tagesspiegel u. a.



Abb. 8 Jürgen Kalb, Studiendirektor, Fachreferent LpB, Chefredakteur von D&E, Fachberater am RP Stuttgart für Geschichte, Gemeinschaftskunde und Wirtschaft, Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Stuttgart-Bad Cannstatt

Ihre Ansprechpartner/-innen bei der LpB

Leitung

Direktor

Lothar Frick 07 11/16 40 99-60

Büro des Direktors

Sabina Wilhelm 07 11/16 40 99-62

Stellvertretender Direktor

Karl-Ulrich Templ 07 11/16 40 99-40

Stabsstellen

Kommunikation und Marketing

Leiter: Werner Fichter 07 11/16 40 99-63

Daniel Henrich 07 11/16 40 99-64

Demokratie stärken

Leiter: Felix Steinbrenner 07 11/16 40 99-81

Team meX

Stefanie Beck 07 11/16 40 99-82

Assistenz: Viet Hoang 07 11/16 40 99-86

Flüchtlingshilfe

Ulrike Kammerer 07 11/16 40 99-87

Assistenz: Teresa Ewen 07 11/16 40 99-89

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter

Kai-Uwe Hecht 07 11/16 40 99-10

Organisation

Julia Telegin 07 11/16 40 99-11

Haushalt

Gudrun Gebauer 07 11/16 40 99-12

Personal

Sabrina Gogel 07 11/16 40 99-13

Information und Kommunikation

Wolfgang Herterich 07 11/16 40 99-14

Klaudia Saupe 07 11/16 40 99-49

Haus auf der Alb

Siegfried Kloske 07 1 25/1 52-137

Abteilung

Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit

Sibylle Thelen 07 11/16 40 99-30

Andreas Schulz 07 11/16 40 99-726

Politische Landeskunde

Dr. Iris Häuser 07 11/16 40 99-20

Schülerwettbewerb des Landtags

Monika Greiner 07 11/16 40 99-25

Stefanie Hofer 07 11/16 40 99-26

Frauen und Politik

Beate Dörr 07 11/16 40 99-29

Sabine Keitel 07 11/16 40 99-32

Jugend und Politik

Angelika Barth 07 11/16 40 99-22

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Steffen Vogel 07 11/16 40 99-35

Max Kemmner 07 11/16 40 99-36

Stefan Paller 07 11/16 40 99-37

Sarah Mann 07 11/16 40 99-34

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien

Karl-Ulrich Templ 07 11/16 40 99-40

Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs

Prof. Dr. Reinhold Weber 07 11/16 40 99-42

Deutschland & Europa

Jürgen Kalb 07 11/16 40 99-43

Bürger & Staat/ Didaktische Reihe

Prof. Siegfried Frech 07 11/16 40 99-44

Unterrichtsmedien

Michael Lebisch 07 11/16 40 99-47

E-Learning

Sabine Keitel 07 11/16 40 99-32

Politische Bildung Online

Jeanette Reusch-Mlynárik

Haus auf der Alb 07 1 25/1 52-136

Internetredaktion

Wolfgang Herterich 07 11/16 40 99-14

Klaudia Saupe 07 11/16 40 99-49

Bianca Braun 07 11/16 40 99-53

Rebecca Beiter 07 11/16 40 99-48

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Telefon: 07 1 25/1 52-0, Fax -100

www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/ Gesellschaft und Politik

Dr. Markus Hug 07 1 25/1 52-146

Schule und Bildung/ Integration und Migration

Robert Feil 07 1 25/1 52-139

Internationale Politik und Friedenssicherung/ Integration und Migration

Wolfgang Hesse 07 1 25/1 52-140

Europa – Einheit und Vielfalt

Thomas Schinkel 07 1 25/1 52-147

Servicestelle Friedensbildung

Claudia Möller 07 1 25/1 52-135

Hausmanagement

Julia Telegin/Nina Deiß 07 1 25/1 52-109

LpB-Shops/ Publikations- ausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20

70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9.00–12.00 Uhr

13.00–15.30 Uhr

Fr 9.00–12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1

72574 Bad Urach

Telefon: 07 1 25/1 52-0

Öffnungszeiten:

Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr

13.00–16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55

79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9.00–17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22

69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di 9.00–15.00 Uhr

Mi/Do 13.00–17.00 Uhr

Newsletter »Einblick«

anfordern unter

www.lpb-bw.de/newsletter

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0
Fax: 07 11/16 40 99-77
lpb@lpb-bw.de
www.lpb-bw.de

12000732017

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.

Privat-Abonnements (zwei Ausgaben pro Jahr im April und November) können für 6,00 Euro bestellt werden bei Redaktion »Deutschland & Europa«, verena.demel@lpb.bwl.de.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite www.deutschlandundeuropa.de